

dortmunder berichte



Bericht zur sozialen Lage in Dortmund 2018

2018

Stadt Dortmund



Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
1. Einleitung	6
2. Grundlagen der Sozialberichterstattung	9
2.1 Soziale Lage und Teilhabechancen	10
2.2 Zur Bedeutung des Sozialraums	12
3. Rahmenbedingungen der Sozialberichterstattung in Dortmund	12
3.1 Funktionen der Sozialberichterstattung	12
3.2 Die soziale Lage beeinflussende Faktoren	10
3.3 Räumliche Gliederung der Stadt Dortmund	14
3.4 Datenspektrum	17
4. Bevölkerungsstruktur und Bevölkerungsentwicklung	18
5. Beiträge zur sozialen Lage in Dortmund	24
5.1 Erwerbsbeteiligung	24
5.2 Empfängerinnen und Empfänger von Transferleistungen	26
5.3 Einkommen	30
5.4 Exkurs: Vom Strukturwandel auf dem Weg zur Digitalisierung	31
5.5 Wohnen	33
5.6 Bildung	39
5.7 Jugendhilfe in Dortmund	58
5.8 Gesundheit	72
6. Entwicklung in den Aktionsräumen	83
6.1 Entwicklung in den 13 Aktionsräumen	86
6.1.1 Bodelschwingh/Westerfilde	86
6.1.2 Dorstfelder Brücke	89
6.1.3 Eving/Kemminghausen	92
6.1.4 Eving/Lindenhorst	95
6.1.5 Hörde	98
6.1.6 Marten	101
6.1.7 Nette	105
6.1.8 Hafen	107
6.1.9 Borsigplatz	110
6.1.10 Nordmarkt	113
6.1.11 Scharnhorst-Ost	116
6.1.12 Alt-Scharnhorst	119
6.1.13 Wickede	122
6.2 Weitere auffällige Sozialräume	125
6.2.1 Bövinghausen/Westrich	125
6.2.2 Dorstfeld	128

7. Besondere Zielgruppen	130
7.1 Lebenslage der Flüchtlinge in Dortmund	130
7.2 Lebenslage der EU2-Zuwanderinnen und Zuwanderer in Dortmund	134
7.3 Lebenslage der Menschen mit Behinderung oder Beeinträchtigung und zentrale Eckpunkte der Inklusion in Dortmund	141
7.3.1 Lebenslage der Menschen mit Behinderung oder Beeinträchtigung	145
7.3.2 Inklusion in Dortmund	143
7.4 Lebenslage der Seniorinnen und Senioren in Dortmund	148
8. Exkurs: Verbesserung der sozialen Lage durch den Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund	157
9. Zusammenfassung der zentralen Befunde und Ausblick auf das weitere Vorgehen	160
9.1 Zentrale Befunde 2017	160
9.2 Kommunale Handlungsnotwendigkeiten und weiteres Vorgehen	164
10. Verzeichnisse	166



Vorwort

2007 ist der erste Bericht zur sozialen Lage in Dortmund erschienen. Seitdem haben sich strukturelle Rahmenbedingungen geändert, die das Leben in unserer Stadt und damit auch die persönliche Lebenssituation vieler Dortmunderinnen und Dortmund beeinflussen. Gleichzeitig sind viele neue Menschen in unsere Stadt gekommen, die auf Dauer hier bleiben wollen. Auch sie brauchen, genau wie alle anderen Dortmunderinnen und Dortmund, nachhaltige Perspektiven.

Als Sozialdezernentin liegt es mir am Herzen, die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen in Dortmund sicherzustellen. Das funktioniert nur über eine vorausschauende, nachhaltige Sozialpolitik. Dafür brauchen wir die sorgfältige Erhebung und Auswertung von Daten zur Lebenssituation der Menschen in unserer Stadt. Denn nur wenn wir die unterschiedlichen Lebenslagen kennen, können wir dort, wo es notwendig ist, passgenaue Maßnahmen entwickeln. Dafür untersucht der Sozialbericht, wo Dimensionen sozialer Benachteiligung, Armut und Ausgrenzung wirken und wie sie sich auf die Stadt und ihre Quartiere verteilen. Dazu gehören neben dem Zugang zu Arbeit, Bildung und Gesundheit auch alle Maßnahmen, die den Bewohnerinnen und Bewohnern unserer Stadt ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Daher untersucht der vorliegende Bericht so verschiedene Themen wie die Bevölkerungsentwicklung, Migration, Erwerbsbeteiligung und Einkommen, Wohnen und Gesundheit.

Der Sozialbericht ist damit die zentrale Grundlage zur zielgenauen Bekämpfung sozialer Ungleichheit. Er liefert ‚Daten für Taten‘, denn es geht um bedarfsgerechtes Handeln.

Vor diesem Hintergrund liegt es auf der Hand, dass, zehn Jahre nach der Veröffentlichung der ersten Sozialanalyse, eine Aktualisierung notwendig war. Die Stadtverwaltung wird den Bericht zur sozialen Lage gründlich auswerten und die zukünftige städtische Sozialpolitik auf dieser Basis ausrichten.

Der vorliegende Bericht soll nicht nur der Verwaltung bei der Umsetzung ihrer Aufgaben helfen. Er soll vielmehr Informationsgrundlage für alle sein, die an der Weiterentwicklung der Sozialpolitik in Dortmund interessiert sind, und gleichermaßen Appell an alle, sich an ihrer Umsetzung zu beteiligen.

Ich danke allen, die an der Erstellung des Berichts zur sozialen Lage mitgewirkt haben.

Birgit Zoerner

Dezernentin für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Sport und Freizeit

1. Einleitung

Aufgabe kommunaler Sozialberichterstattung ist es, über die Lebensverhältnisse der in der Stadt lebenden Menschen zu informieren und damit die kommunale Sozialpolitik und -planung zu unterstützen. Ziel der Sozialpolitik in Dortmund ist die gleichberechtigte Teilhabe aller hier lebenden Menschen. Sie sollen gute Start- und Rahmenbedingungen haben und die Stadtgesellschaft aktiv mitgestalten können (Stadt Dortmund 2007a: 4). Besonderes Augenmerk liegt dabei auf einer Verbesserung der Lebensbedingungen vor allem der Menschen, die von sozialer Benachteiligung betroffen sind. Dabei gilt es nicht nur festzustellen, wie viele Menschen sich in benachteiligenden Lebenssituationen befinden, sondern auch, wo die soziale Lage unter dem Durchschnitt liegt und in welchen Lebensbereichen die Situation schwierig ist. Deshalb war die Identifizierung von Sozialräumen, in denen überdurchschnittlich viele Menschen von Benachteiligung betroffen sind, ein besonderer Schwerpunkt des Berichts zur sozialen Lage in Dortmund 2007. Mit dem gleichzeitig veröffentlichten Sozialstrukturatlas, einer Datensammlung zur demografischen und sozialen Struktur der Stadt Dortmund, ihrer Stadtbezirke und Sozialräume (Stadt Dortmund 2007b), lag hierzu erstmalig eine statistisch unterfütterte, kleinräumige Analyse zur Lebenslage der Dortmunderinnen und Dortmunder in unterschiedlichen Lebensbereichen vor.

Zentrales Fazit der Datenanalyse war der Befund, dass in 13 der insgesamt 39 Dortmunder Sozialräume die soziale Lage erkennbar schwieriger war als im städtischen Schnitt. In diesen Sozialräumen brauchten die Menschen besondere Unterstützung. Mit der Veröffentlichung des Sozialberichts 2007 beschloss der Rat der Stadt Dortmund daher, Ressourcen gezielt in die benachteiligten Quartiere zu lenken und in den einzelnen Quartieren passgenaue Handlungskonzepte zu entwickeln und umzusetzen. Im Rahmen eines ‚Aktionsplans Soziale Stadt Dortmund‘ sollten benachteiligte Sozialräume zu ‚Aktionsräumen‘ werden. Im Februar 2008 startete dazu ein Beteiligungsprozess.

Über 500 Dortmunderinnen und Dortmunder informierten sich im zentralen ‚Forum Soziale Stadt‘ in Fachvorträgen zu Dimensionen der sozialen Lage und diskutierten die Ergebnisse des Sozialberichts und mögliche erste Lösungsansätze. Anschließend folgte ein dezentraler Bürgerbeteiligungsprozess in den 13 Aktionsräumen, in dem über 2.000 Menschen - Fachleute aus Verbänden, Kirchen, Organisationen, Politik und Verwaltung sowie Dortmunder Bürgerinnen und Bürger aus den Quartieren - bedarfsgerechte Lösungsansätze entwickelten und erste mögliche Umsetzungsschritte erarbeiteten. Dabei bestätigte sich - wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung - für alle dreizehn Aktionsräume, dass Ursache der problematischen sozialen Lage vieler Menschen vor Ort insbesondere Barrieren im Zugang zum Arbeitsmarkt sind. Besonders erschwerend wirkt sich langanhaltende Arbeitslosigkeit aus. Aber auch geringfügige Beschäftigung und prekäre Bezahlung belasten die Einkommenssituation der Betroffenen und ihrer Familien, die dann häufig auf Transferleistungen angewiesen sind. Das gilt ähnlich, wenn auch in abgeschwächtem Maße, für Menschen in Zeitverträgen und Leiharbeit. Leidtragende sind oft die Kinder, die früh mit Dimensionen von Benachteiligung bis hin zu Ausgrenzung und Armut konfrontiert sind, Bildungsbeneachteiligung erfahren und an vielen gesellschaftlichen Bereichen – Sport, Freizeit, Kultur – nicht oder nur eingeschränkt teilhaben.

Die Möglichkeiten einer Kommune, solche Dimensionen sozialer Ungleichheit zu reduzieren, sind begrenzt. Standortverlagerungen von Unternehmen oder globale Entwicklungen, die beispielsweise zu einem Anstieg von hilfesuchenden Flüchtlingen führen, können viele positive Effekte bisher geleisteter Arbeit ‚statistisch neutralisieren‘. Auch wenn also ein Großteil der örtlichen Probleme auf überörtliche, teils bundespolitische Entscheidungen zurückgeht und dort zu lösen ist und auch wenn die Schaffung von Arbeitsplätzen und wirtschaftlichem Wachstum nur bedingt örtlich

beeinflusst werden kann¹: Es gibt durchaus kommunale Möglichkeiten, Beschäftigung zu fördern und Benachteiligung, Armut und Ausgrenzung zu bekämpfen. Vor dem Hintergrund der im Beteiligungsprozess erarbeiteten Handlungsnotwendigkeiten stehen daher die Ziele

- Arbeit und Beschäftigung im Quartier
- Eltern und Kinder stärken – Kinderarmut bekämpfen
- Sozialen Zusammenhalt im Quartier stärken

im besonderen Fokus des Aktionsplans soziale Stadt. Durch gemeinsames Handeln von Politik, Verwaltung und Stadtgesellschaft konnten im Laufe der zurückliegenden zehn Jahre zu diesen Zielen gut abgestimmte, passgenaue und integrierte Konzepte entwickelt und in unterschiedlichen Projekten vor Ort erprobt werden. Dafür wurden den Aktionsräumen von Beginn an weitere personelle und finanzielle Ressourcen zur Verfügung gestellt: Hauptamtliche Aktionsraumbeauftragte initiieren, begleiten und steuern als vernetzende Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner vor Ort die Hilfsangebote und Projekte, die zu einem großen Teil aus dem aus städtischen Mitteln eingerichteten Aktionsfonds finanziert werden. Diese besondere Unterstützung für die Aktionsräume ist auch eine Anerkennung für ihren Integrationsbeitrag, den sie für die gesamte Stadt übernehmen.²

Vor dem Hintergrund dieser Erkenntnisse der vergangenen zehn Jahre wurde der vorliegende Bericht zur sozialen Lage in Dortmund 2017 gemeinsam mit allen relevanten Fachbereichen der Verwaltung entwickelt. Er ist die Fortführung und Weiterentwicklung der Analyse aus dem Jahr 2007. Denn zur bedarfsgerechten Gestaltung der Lebensbedingungen in Dortmund

reicht es nicht aus, wenn sich die Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger aus Politik und Verwaltung auf alte Befunde und Vermutungen stützen. Sie brauchen vielmehr aktuell aufbereitete, valide Daten und Informationen. Die Fachbereiche der Dortmunder Stadtverwaltung halten deshalb ein umfängliches Berichtswesen vor, das Daten zu unterschiedlichsten Bereichen sammelt und auswertet. Nur so können die tatsächlichen Handlungsbedarfe erkannt und zielgenaue Angebote entwickelt werden. In dieses Berichtswesen ist die vorgelegte Analyse einzuordnen.

Ziel der Aktualisierung ist es, aktuelle Daten zu analysieren und die Entwicklungen der letzten zehn Jahre darzustellen. Auf dieser Grundlage ist zu prüfen, ob die seinerzeit identifizierten 13 Aktionsräume nach wie vor die Quartiere sind, die besondere Unterstützung benötigen, oder ob eine Neuzuordnung erforderlich ist.

Ebenso wie 2007 gibt der neue Sozialbericht Auskunft über die Entwicklung und über die Dimensionen sozialer Ungleichheit in Dortmund. Er eignet sich dabei nicht zur Evaluation einzelner Maßnahmen und Projekte und kann keine Aussagen über die Qualität und Wirkung solcher örtlichen Ansätze treffen. Er trifft vielmehr Aussagen zu den Fragen, unter welchen Rahmenbedingungen vor Ort gearbeitet wird, wie sich soziale Ungleichheit in unserer Stadt unter Berücksichtigung der geleisteten Arbeit entwickelt hat und wie sich dies in den einzelnen Themenfeldern darstellt. Wie der erste Bericht zur sozialen Lage in Dortmund erhebt deshalb auch der aktuelle Sozialbericht nicht den Anspruch, in allen Bereichen ausführlich zu informieren und Zusammenhänge erschöpfend darzustellen, sondern er ermöglicht einen zusammenfassenden Blick über die Entwicklungen in den relevanten Lebensbereichen und erlaubt Aussagen über die Gesamtentwicklung in Dortmund. Je nach Interessenlage oder fachlichem Verständnis werden sich weitergehende Fragen ergeben, die nur durch eine vertiefte Analyse hinreichend bearbeitet und beantwortet werden können.

1 vgl. 5.4 'Exkurs: Vom Strukturwandel auf dem Weg zur Digitalisierung - Die soziale Situation in Dortmund aus Sicht der Wirtschaftsförderung'.

2 Einen Überblick über Hintergrund, Rahmenbedingungen, Umsetzung und Ergebnisse des Aktionsplans soziale Stadt Dortmund gibt der Bericht 'Zehn Jahre Aktionsplan soziale Stadt Dortmund vor Ort' (Stadt Dortmund 2018b).

Das ist nicht Anliegen des vorliegenden Berichtes, sondern der ergänzenden, zahlreichen Fachberichte, die detaillierte Informationen liefern und Entwicklungen und Fragestellungen differenziert behandeln. Zukünftig wird es darum gehen, diese einzelnen, sich ergänzenden Berichte unter Berücksichtigung der jeweiligen Berichtsziele noch besser zu verzahnen und aufeinander abzustimmen, um so weitere Grundlagen für gemeinsames, zielgerichtetes Handeln zu erarbeiten.

Wie bereits der erste Bericht zur sozialen Lage in Dortmund, so wird auch die aktuelle Analyse mit ihren Ergebnissen Grundlage für die Weiterentwicklung des „Aktionsplans Soziale Stadt Dortmund“ sein. Dabei wird der Beteiligungsprozess nicht so intensiv und breit geführt werden müssen wie in der konstituierenden Phase. Dennoch ist es das Ziel, auf bewährte Verfahren zurückzugreifen und das Know-how der Menschen vor Ort, der ehrenamtlich Engagierten und der Fachkräfte einzubinden und so zu gemeinsam getragenen und nachhaltigen Lösungen zu kommen.

Auch in seinem Aufbau setzt der aktuelle Bericht die bekannte Struktur im Großen und Ganzen fort. Nachdem zu Beginn die Grundlagen der Sozialberichterstattung (Kapitel 2) und deren Rahmenbedingungen (Kapitel 3) dargestellt werden, wird im darauffolgenden Kapitel über die Dortmunder Bevölkerungsstruktur und Bevölkerungsentwicklung (Kapitel 4) informiert. In Kapitel 5 stehen die Themen Erwerbsbeteiligung, Transferleistungen und Einkommen, Wohnen, Bildung, Erziehungshilfen und Gesundheit im Fokus. Kapitel 6 beschreibt, wie die Sozialräume identifiziert werden, in denen ein besonderer Handlungsbedarf vorliegt (Aktionsräume) und fasst in Sozialraumprofilen zusammen, wie sich die Situation in diesen Räumen entwickelt hat. Abweichend von der bisherigen Berichtsstruktur wurde mit Kapitel 7 ein Abschnitt eingefügt, der sich mit weiteren, die soziale Lage beeinflussten Faktoren beschäftigt. Kapitel 8 beschreibt, wie die Aktivitäten im Rahmen des Aktionsplans Soziale Stadt dazu beitragen, die soziale Lage vor Ort zu verbessern. Der Bericht schließt mit einer Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse und einem Ausblick auf das weitere Vorgehen in Kapitel 9.

2. Grundlagen der Sozialberichterstattung

Der Sozialbericht 2007 stellte die Grundlagen der Sozialberichterstattung ausführlich dar. In diesem Zusammenhang wurden zentrale Aspekte des Lebenslagenkonzepts als theoretische Basis der Dortmunder Berichterstattung vorgestellt. Darüber hinaus wurden die Bedeutung des Sozialraums und damit der enge Zusammenhang zwischen Wohnort und Lebensbedingungen hervorgehoben (Stadt Dortmund 2007a).

Auch der vorliegende Bericht baut auf diesen Grundlagen auf. Zur Vermeidung von Redundanzen wird daher auf eine erneute weitreichende Darstellung verzichtet; zusammengefasst werden nur die für das Verständnis des Berichtes und seiner Methodik notwendigen Grundaussagen aus dem vorhergehenden Sozialbericht.

2.1. Soziale Lage und Teilhabechancen

Ein Sozialbericht, der sich mit den Lebensbedingungen und den Lebenslagen der Menschen in Dortmund beschäftigt, muss insbesondere die vorhandene ‚soziale Struktur‘ und damit die unterschiedliche Verteilung von Zugängen zu Teilhabe und Ressourcen beschreiben. Prüfstein ist die Möglichkeit der Teilhabe und Mitgestaltung der Stadtgesellschaft.

In der empirischen Armutsforschung finden unterschiedliche Konzepte zur Armutsmessung Verwendung. Grundsätzlich kann unterschieden werden zwischen Ansätzen, die Armut nach den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln messen und solchen, die die unterschiedlichen Dimensionen von Armut betrachten. So werden bei der Bestimmung von Einkommensarmut nach dem so genannten ‚Ressourcenansatz‘ die Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe an den individuell verfügbaren finanziellen Ressourcen gemessen. Ein solcher Ansatz reduziert die Abbildung von Armut auf die Messung der verfügbaren finanziellen Ausstattung und klammert die Folgen dieser Einkommenssituation aus. Für die Beschreibung der Effekte von sozialer

Benachteiligung ist ein derartiger Ansatz daher nicht ausreichend. Zwar ist Armut zuallererst ein Mangel an Einkommen, also eine schlechte Ausstattung der Personen oder Haushalte mit finanziell verfügbaren Mitteln. Gleichzeitig gehen aber mit der materiellen Armut weitere Effekte einher. So ist Armut einerseits Folge eines eingeschränkten oder fehlenden Zugangs zu existenzsichernder Erwerbsarbeit. Andererseits schmälert Armut die Erwerbschancen durch schlechtere Schul- und Berufsbildungschancen. Sie führt zu Benachteiligung in den Bereichen Gesundheit, Wohnen und soziale Teilhabe. Armut wird in dem vorliegenden Sozialbericht daher nicht nur als ‚die Abwesenheit von Geld‘ verstanden. Vielmehr wird sie als vielfache Unterversorgung gesehen und nimmt die genannten gesellschaftlichen Bereiche in den Blick. Diese Perspektive folgt eher dem sogenannten ‚Lebenslagenansatz‘, der von einem komplexen Armutverständnis ausgeht und zur Definition von Armut neben dem verfügbaren Einkommen auch Aspekte wie Bildungschancen, gesundheitliche Standards, Wohnverhältnisse, gesellschaftliche und politische Mitbestimmung und Handlungsmöglichkeiten in den Blick nimmt³. Allerdings verfügt Dortmund - wie die Kommunen insgesamt - nicht über ausreichende Informationsgrundlagen, um den hohen Ansprüchen des ‚Lebenslagenansatzes‘ gerecht zu werden und Dimensionen wie etwa die gesellschaftliche und die politische Partizipation sowie Handlungsmöglichkeiten und Rechtssicherheit zu erfassen und zu analysieren. Daher wurde für den vorliegenden Sozialbericht - wie bereits 2007 - ein Kompromiss eingegangen und weitgehend auf die von der Kommunalstatistik bereits aufbereiteten Daten zurückgegriffen. Der Vorteil ist ein breiter Überblick über verschiedene Dimensionen der sozialen Situation in Dortmund, die jedoch ‚nebeneinander‘, also nicht verknüpft und nicht in ihrer Wechselwirkung betrachtet werden können.

³ vgl. Lebenslagenkonzept u.a. nach Ingeborg Nahnsen (1975) und Gerhard Weisser (1978).

2.2 Zur Bedeutung des Sozialraums

Chancen und Benachteiligung sind nicht gleichmäßig über die Stadt verteilt. Vielmehr ist die soziale Lage der Menschen eng mit ihrer eigenen Wohnadresse, ihrem Quartier oder Stadtteil verknüpft: In jeder Stadt gibt es wohlhabendere Stadtteile und solche, in denen weniger begüterte Menschen leben. Der soziale (Nah-)Raum ist damit Grenze und Ressource für die Lebensbewältigung und die Partizipation an sozialen Angeboten und Institutionen. Diese Ungleichheit ist dann problematisch, wenn sie benachteiligende Effekte auf die Möglichkeiten und Zugänge der Bewohnerinnen und Bewohner hat. So kann eine ‚schlechte Wohnlage‘ andere Lebensbereiche berühren, etwa wenn die infrastrukturelle Anbindung und die gesundheitliche oder die soziale Versorgung schlechter ausgeprägt sind als im städtischen Schnitt.

Strategische Sozialplanung, die auf die größtmögliche Wirksamkeit sozialpolitischer Initiativen zielt, setzt daher das Wissen um die Lebensbedingungen und Lebensweisen und die Analyse der sozialen Lage in den einzelnen Sozialräumen und Quartieren voraus.

Dabei ist der Begriff ‚Sozialraum‘ bereits in den 1920er Jahren in der Stadtsoziologie in Chicago, USA, entstanden (Castree, Kitchin, Rogers 2013). Die ‚social area‘ bezeichnet in diesem Zusammenhang gleichermaßen den physischen Raum und die Menschen, die diesen Raum nutzen. Dabei sind die soziale und die territoriale Ebene nicht immer deckungsgleich: Nicht alle sozialen Beziehungen und Aktivitäten einer Bewohnerin oder eines Bewohners spielen sich zwangsläufig in einem ‚Sozialraum‘ ab. Der Sozialraum ist daher einerseits durch die Individuen und ihre Aktionsradien definiert und wird andererseits – ganz technisch – als institutionell definierte Steuerungsgröße verstanden. Dieses Spannungsfeld zwischen dem ‚Sozialraum‘ als individuelle Lebenswelt (die sich über mehrere Städte oder Länder erstrecken kann) und dem ‚Sozialraum‘, verstanden als technische Planungseinheit, muss immer bedacht werden.

Sozialraumverständnis in Dortmund

Letztendlich ist die Definition des Begriffs ‚Sozialraum‘ von Kommune zu Kommune unterschiedlich. Für Dortmund ist der ‚Sozialraum‘ zunächst eine planerische Bezugsgröße, die interdisziplinär als Arbeitseinheit genutzt wird. Vor dem Hintergrund des in der Jugendhilfe angewandten lebensweltorientierten Ansatzes war eine kleinräumige Gliederung der gesamten Stadt oberhalb der statistischen Unterbezirke notwendig. Ergebnis war Ende der 1990er Jahre die Unterteilung des Stadtgebietes in 39 Dortmunder Sozialräume (vgl. auch 3.3, Räumliche Gliederung der Stadt Dortmund). Diese Einteilung dient der Verwaltung der Stadt Dortmund als Grundlage für sozialpolitische Planungs- und Gestaltungsprozesse, um Unterstützungsangebote bedarfsgerecht dort zu erbringen, wo Schieflagen entgegengewirkt werden muss. Statistische Erkenntnisse, die gesamtstädtische Daten differenzieren, tragen damit dazu bei, dass Ressourcen genau da eingesetzt werden können, wo sie benötigt werden, was langfristig zu mehr Verteilungsgerechtigkeit innerhalb der Stadtgesellschaft führt. Das ist notwendig, denn insbesondere Stadtteile, in denen Problemlagen kumulieren und sichtbarer sind als anderswo, verfügen meist über stabile Netzwerke unterschiedlicher Akteure und ihrer Angebote. Diese sind in der Lage, sich auf Herausforderungen einzustellen und Probleme zu bewältigen. Solche Sozialräume gehen soziale Schieflagen an und erbringen enorme Integrationsleistungen für die Stadtgesellschaft. Sie verdienen damit die größtmögliche Anerkennung und Unterstützung.

In einigen Fällen reicht auch die sozialräumliche Gliederung noch nicht aus, um soziale Ungleichheit sichtbar zu machen. So kann ein Sozialraum insgesamt durchschnittliche Ausprägungen sozialer Indikatoren – wie beispielsweise des Bezugs von Transferleistungen – aufweisen, die aber in einem spezifischen Viertel deutlich negativer ausgeprägt sind. In diesem Fall kann der Blick auf den Sozialraum die unterdurchschnittliche Lage in einem kleinen Quartier nivellieren. Eine weitere Differenzierung – beispielsweise nach den statistischen Unterbezirken – könnte ein noch genauereres Bild der Lage ermöglichen. Gleichzeitig muss die Verwaltung handlungsfähig bleiben, konkrete Prozesse müssen steuerbar gehalten werden. Die Größe und Anzahl der 39 Sozialräume ermöglicht genau diese Handlungsfähigkeit.

3. Rahmenbedingungen der Sozialberichterstattung in Dortmund

3.1 Funktionen der Sozialberichterstattung

Das vorangegangene Kapitel verdeutlicht, dass strategische Sozialplanung eine vorausschauende und damit gelingende Sozialpolitik für die Stadtgesellschaft nur ermöglicht, wenn sie sowohl die gesamtstädtische (Makroanalyse) als auch die sozialräumliche Ebene (Mikroanalyse) analysiert. Zudem ist die Sozialberichterstattung so auszurichten, dass sie die folgenden zentralen Funktionen erfüllt:

1. Informationen über die soziale Lage der Menschen in der Stadt werden transparent dargestellt und öffentlich zugänglich gemacht. Verwaltung, Politik und die unterschiedlichen freien Träger haben Zugang zu diesen Informationen, um sie für die eigene Arbeit zu nutzen und Handlungsbedarfe zu erkennen. Die Bürgerinnen und Bürger nutzen den Bericht, um soziale Entwicklungen und Probleme, politisches und Verwaltungshandeln nachvollziehen zu können. Die transparente Darstellung sozialrelevanter Fakten dient nicht zuletzt dazu, die Öffentlichkeit zu informieren und Notwendigkeiten für Lösungsstrategien aufzuzeigen (Informationsfunktion).
2. Die strategische Sozialplanung wertet die im Rahmen ihrer Sozialberichterstattung zusammengetragenen Daten kleinräumig aus. Sie nutzt sie für eigene Planungszwecke und stellt sie - indem sie sie öffentlich zugänglich macht (vgl. Ziff. 1) - gleichermaßen für Planungen anderer Akteure zur Verfügung. Damit ist es möglich, fachbereichs- und trägerübergreifend auf Probleme und Handlungsbedarfe rechtzeitig und bedarfsgerecht zu reagieren. Auf diesem Wege hilft Sozialberichterstattung als Frühwarnsystem, zukünftiges Handeln bedarfsgerecht auszurichten. (Planungsfunktion).

3. Zwar können einzelne sozialpolitische Maßnahmen über den Bericht zur sozialen Lage nicht evaluiert werden. Denn Sozialberichterstattung trifft keine Aussagen zur Qualität und Wirkung einzelner Maßnahmen, sondern sie bildet komplexe sozialräumliche, kommunale, landespolitische und bundesweite wie auch geopolitische Entwicklungen anhand einzelner sozialer Indikatoren ab. Allerdings ermöglicht eine maßnahmen- und wirkungsorientierte Berichterstattung die Formulierung sozialpolitischer Ziele und Handlungsfelder. Auf dieser Grundlage ist eine fundierte Einschätzung möglich, ob die Ziele geplanter oder bereits vorhandener Angebote bedarfsgerecht auf die Ziele der vereinbarten Handlungsfelder ausgerichtet sind (Evaluationsfunktion).

Die strategische Sozialplanung in Dortmund greift diese Funktionen auf.

3.2 Die soziale Lage beeinflussende Faktoren

Die soziale Lage der Menschen in Dortmund ist von unterschiedlichen Kriterien abhängig. Daher ist es wichtig, im Rahmen der Sozialberichterstattung den vielfältigen Lebensrealitäten der Menschen gerecht zu werden. Im vorliegenden Bericht wird deshalb nicht nur nach arm und reich unterschieden. Auch andere Merkmale, die – je nach vorhandenen oder nicht vorhandenen Zugängen zu Ressourcen – für die soziale Lage konstitutiv sind, fließen mit ein. Die Erwerbsbeteiligung, die Wohnsituation, Bildungschancen, Gesundheit, die Abhängigkeit von Transferleistungen, ein Migrationshintergrund und andere Lebensbereiche können die soziale Lage der Menschen massiv beeinflussen. Zu diesen Themen wurden eigene Kapitel erstellt. Dabei liefert der Bericht zur sozialen Lage in Dortmund keine detaillierte Analyse dieser einzelnen die soziale Lage beeinflussenden Kriterien. Er benennt sie vielmehr und beschreibt mögliche Zusammenhänge und Ursachen. Die vertiefte Auseinandersetzung findet sich in den einzelnen Fachanalysen, die das differenzierte Berichtswesen der

Stadt Dortmund leistet. Dazu gehören unter anderem der Suchtbericht, der Bildungsbericht, der jährliche Sachstandsbericht Zuwanderung aus Südosteuropa und das Wohnungslosenhilfekonzept.

Um eine transparente Übersicht über die Entwicklungen der vergangenen zehn Jahr zu gewährleisten, wurden für den vorliegenden Bericht die bereits 2007 bearbeiteten Themen aufgegriffen, die Analysestruktur wurde im Großen und Ganzen beibehalten. Ergänzt wurde als weiteres Berichtselement eine nicht abschließende Kategorisierung von Faktoren, die die soziale Lage, und damit die Lebenssituation und -perspektiven der Menschen, gravierend beeinflussen können. Sie sind in einem strategisch ausgerichteten Sozialplanungsprozess besonders zu berücksichtigen (Kapitel 7). Dazu gehören

- die Lebenssituation als Flüchtling,
- die Lebenssituation als EU2-Zuwanderin oder -Zwanderer,
- die Lebenssituation mit einer Behinderung oder Beeinträchtigung und
- die Lebenssituation als Seniorin oder Senior.

Dabei ist die Lebenssituation als Neuzuwanderin oder Neuzuwanderer dann eine besondere, wenn der Zugang zu den Leistungen aus den Sozialgesetzbüchern eingeschränkt ist. Die soziale Lage der betroffenen Menschen wird auch davon beeinflusst, dass sie meist kein deutsch sprechen, keine Kenntnis über mögliche Hilfsstrukturen haben und insgesamt vor großen organisatorischen und sozialen Herausforderungen stehen, die bis hin zu massiven existenziellen Notlagen reichen können. Die strategische Sozialplanung muss diese Personengruppen genau kennen und bedarfsgerechte Angebote schaffen. Auch ist Zuwanderung - neben der Alterung der Gesellschaft - das zentrale Thema im Kontext des demografischen Wandels und damit zwingend Querschnittsthema der strategischen Sozialplanung. In diesem Zusammenhang gilt auch der Lebenssituation von Seniorinnen und Senioren besondere Aufmerksamkeit. Sie stellen eine vergleichsweise große Gruppe, die mög-

lichst barrierefreie Zugänge zu bedarfsgerechten Angebotsstrukturen braucht und solche in ihrem Lebensalltag oft nicht vorfindet. Bereiche wie Pflege und Betreuung können ebenso mit individuellen Herausforderungen einhergehen wie Vereinsamung. Das gilt ähnlich auch für Menschen mit Behinderung oder Beeinträchtigung. Sie stehen in der Schul- und Berufsbildung, am Arbeitsplatz, auf dem Wohnungsmarkt, in den Bereichen Sport und Gesundheit und insgesamt in ihrem Lebensalltag vor persönlichen und sozialen Herausforderungen, denen die Stadt als Ganzes ebenso intensiv begegnen muss. Erschwerend kann sich für beide Zielgruppen zudem eine unzureichende Einkommenssituation auswirken - die dann mit besonderen Schwierigkeiten einhergeht, wenn aus der Lebenssituation resultierende besondere Bedarfe nur unzureichend über die vorhandenen Angebotsstrukturen aufgefangen werden können.

Im Rahmen des vorliegenden Berichts werden grundlegende Informationen über diese Zielgruppen zusammengestellt und die wichtigsten Herausforderungen und Lösungsstrategien erläutert. Vertiefende Analysen finden sich in den teils zu den Themen erarbeiteten Fachberichten.

3.3 Räumliche Gliederung der Stadt Dortmund

Mit 601.780 Einwohnerinnen und Einwohnern war Dortmund am 31.12.2017 die achtgrößte Stadt Deutschlands. Flächenmäßig steht sie mit 280,7 qkm an neunter Stelle. Die Stadt liegt im östlichen Ruhrgebiet, in der Mitte Nordrhein-Westfalens, und ist dem Regierungsbezirk Arnsberg zugeordnet. Dortmund ist Mitglied im Landschaftsverband Westfalen-Lippe und im Regionalverband Ruhr.

Die Stadt ist heute Dienstleistungs-, Forschungs- und Hochtechnologiestandort. Groß geworden ist sie aber – wie das übrige Ruhrgebiet – im Zuge der Industrialisierung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Die Entwicklung zog über die Jahre und Jahrzehnte zunächst Menschen aus Oberschlesien, aus Ost- und Westpreußen sowie aus Posen nach Dortmund. Seit Mitte des 20. Jahrhunderts kamen Flüchtlinge und Vertriebene, sogenannte ‚Gastarbeiter‘ und ihre Familien, Asylsuchende und Bürgerkriegsflüchtlinge, Spätaussiedlerinnen und -aussiedler und jüdische Emigrantinnen und Emigranten aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion. Zuletzt waren es Menschen, die als EU-Bürgerinnen und Bürger oder als Flüchtlinge und deren Familienangehörige nach Dortmund kamen. Ehemals viele Dörfer und Gemeinden wuchsen im Laufe dieses Prozesses immer weiter zusammen. Nach mehreren Eingemeindungen entstand so die großstädtische Struktur, die mit ihrer Vielfalt die Metropole Ruhr insgesamt kennzeichnet.

Die lokale Prägung wurde dabei aber nicht beendet: Noch heute definiert sich Dortmund über annähernd 100 sehr heterogene Ortsteile von Altendorne bis Wischlingen. Und die Menschen in der Stadt identifizieren sich nach wie vor über ‚ihren‘ Stadtteil, der den Lebensalltag vieler Dortmunderinnen und Dortmunder zu einem großen Teil prägt. Schon allein deshalb kann eine

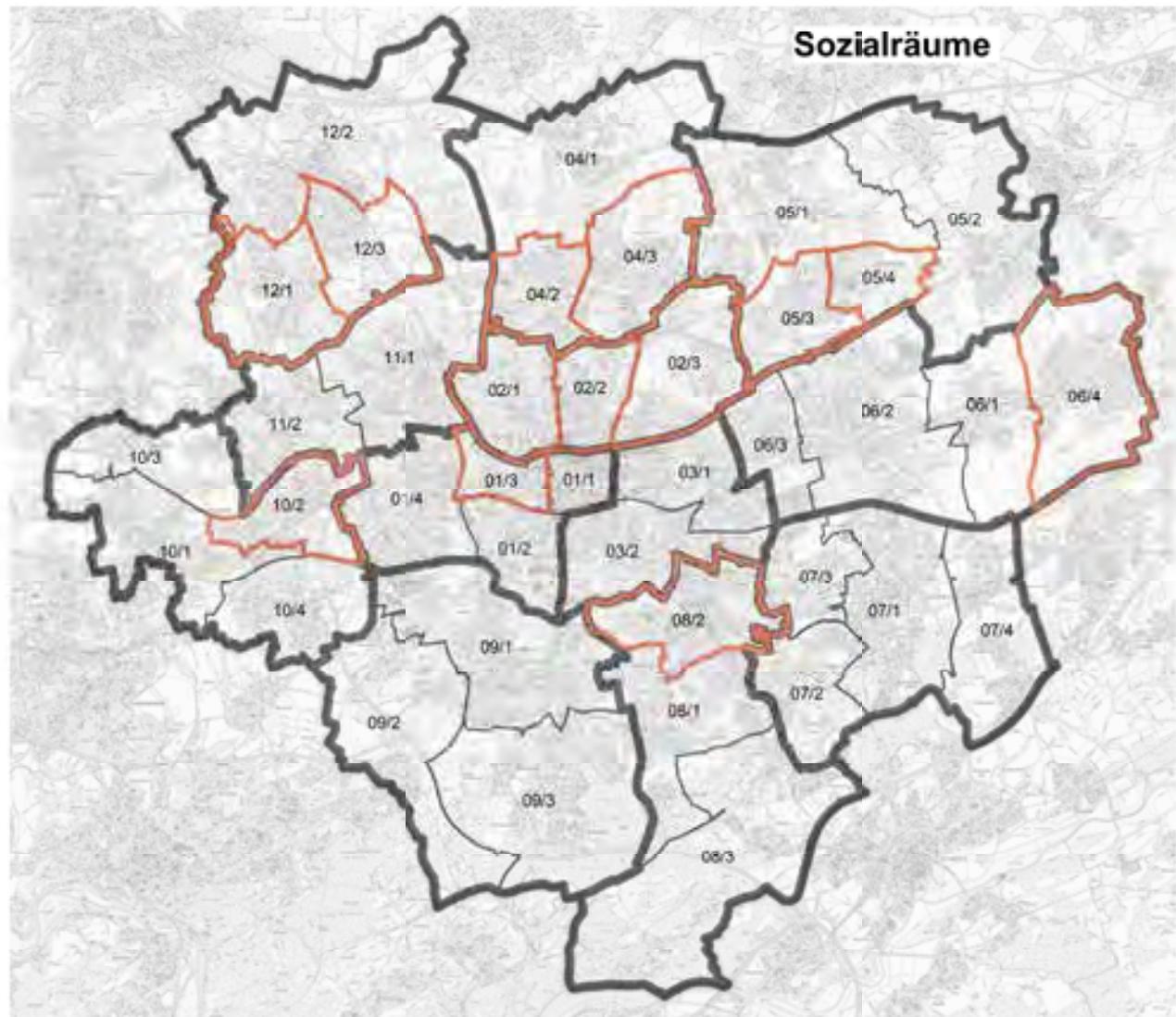
Betrachtung der Stadt als Ganzes nicht ausreichen, wenn es darum geht, die Lebensbedingungen und Lebenswirklichkeit der Menschen in den Blick zu nehmen.

Es gilt, genauer auf die einzelnen Stadtteile zu schauen.

Um das in standardisierter Form tun zu können, haben viele NRW-Städte im Zusammenhang mit der letzten Kommunalreform 1975 hierarchische Gliederungssysteme, eine sogenannte kleinräumige Gliederung, aufgebaut, in der Regel – und so auch in Dortmund – dreistufig. Seither gibt es in Dortmund zwölf Stadtbezirke, 62 Statistische Bezirke und 170 Statistische Unterbezirke, für die die Statistik regelmäßig Daten und Informationen zur Verfügung stellt.

Der Standard der kleinräumigen Gliederung kann nicht allen Analysezwecken gerecht werden. Es gibt Fragestellungen, die Raumabgrenzungen unterhalb der Statistischen Unterbezirke, also die Bildung von kleineren Quartieren, erfordern (vgl. Kapitel 2.2). Für die Sozialberichterstattung wurde im Vorfeld des letzten Berichtes zur sozialen Lage nach einer pragmatischen Lösung gesucht, die sich am räumlichen Lebensumfeld der Menschen orientiert, gleichzeitig aber auch eine effiziente soziale Arbeit sicherstellen sollte (Stadt Dortmund 2007a: 38-40). Aufbauend auf Überlegungen zur Jugendhilfeplanung wurden 39 Sozialräume festgelegt, je Stadtbezirk mindestens zwei (z.B. Huckarde) und höchstens vier (z.B. Innenstadt-West). Es handelt sich dabei jeweils um Aggregate aus Statistischen Unterbezirken mit Einwohnerzahlen zwischen knapp 8.000 (Kley/Oespel, Wambel) und fast 33.000 (Kaiserbrunnen/Körne/Nördliche Gartenstadt). Die folgenden Abbildungen geben eine kartografische und eine tabellarische Übersicht zu den Sozialräumen.

Karte 1: Dortmund, Stadtbezirke und Sozialräume



Quelle: Dortmunder Statistik

- Sozialräume
- dar. Aktionsräume
- Stadtbezirke

Kapitel 3

Tabelle 1: Hauptwohnungsbevölkerung (HWB) und Gebietsfläche in den Sozialräumen (SR) der Stadt Dortmund zum Stand 12/2017

Nr.	Stadtbezirk	Sozialraum Nr.	Sozialraum (SR)	HWB insges. 12/2017	Gebietsfläche in ha
1	Innenstadt-West	01/1	City	9.687	177,9
1	Innenstadt-West	01/2	Westfalenhalle	15.828	374
1	Innenstadt-West	01/3	Dorstfelder Brücke	12.458	211,5
1	Innenstadt-West	01/4	Dorstfeld	15.350	612,4
2	Innenstadt-Nord	02/1	Hafen	18.502	461,7
2	Innenstadt-Nord	02/2	Nordmarkt	28.072	324,7
2	Innenstadt-Nord	02/3	Borsigplatz	12.905	655,2
3	Innenstadt-Ost	03/1	Kaiserbrunnen/Körne/nördl. Gartenstadt	32.978	516,6
3	Innenstadt-Ost	03/2	Südliche Gartenstadt/Ruhrallee/Westfalendamm	23.376	610
4	Eving	04/1	Brechten/Holthausen	9.875	1214,1
4	Eving	04/2	Lindenhorst/Eving II	9.962	399,9
4	Eving	04/3	Eving I/Kemminghausen	18.490	675,3
5	Scharnhorst	05/1	Derne/Hostedde/Kirchderne/Grevel	12.958	1080,1
5	Scharnhorst	05/2	Husen/Kurl/Lanstrop	11.787	1350,5
5	Scharnhorst	05/3	Alt-Scharnhorst	8.592	423,2
5	Scharnhorst	05/4	Scharnhorst-Ost	12.538	290,1
6	Brackel	06/1	Asseln	8.045	656,4
6	Brackel	06/2	Brackel	24.982	1169,2
6	Brackel	06/3	Wambel	7.813	370,8
6	Brackel	06/4	Wickede	15.254	891,6
7	Aplerbeck	07/1	Aplerbeck	21.825	876
7	Aplerbeck	07/2	Berghofen	11.929	504,5
7	Aplerbeck	07/3	Schüren	9.741	386,9
7	Aplerbeck	07/4	Sölde/Sölderholz	11.810	730,4
8	Hörde	08/1	Benninghofen/Hacheney/Wellinghofen/Wichlinghofen	19.794	768,5
8	Hörde	08/2	Hörde	25.229	591,6
8	Hörde	08/3	Höchsten/Holzen/Syburg	10.495	1618,8
9	Hombruch	09/1	Barop/Brünninghausen/Hombruch	27.687	1075,8
9	Hombruch	09/2	Menglinghausen	11.930	1084,1
9	Hombruch	09/3	Kirchhörde/Löttringhausen/Lücklemburg	17.437	1337,7
10	Lütgendortmund	10/1	Lütgendortmund	22.960	722,3
10	Lütgendortmund	10/2	Marten	9.676	432
10	Lütgendortmund	10/3	Bövinghausen/Westrich	8.312	515,1
10	Lütgendortmund	10/4	Kley/Oespel	7.754	575
11	Huckarde	11/1	Deusen/Huckarde	18.879	953,2
11	Huckarde	11/2	Rahm/Kirchlinde	17.639	556,9
12	Mengede	12/1	Bodelschwingh/Westerfilde	13.809	636,3
12	Mengede	12/2	Mengede/Oestrich/Schwieringhausen	15.324	1717,2
12	Mengede	12/3	Nette	10.098	523,3
Dortmund insgesamt				601.780	28070,8

Quelle: Dortmunder Statistik

3.4 Datenspektrum

Um die unterschiedlichen Facetten zur sozialen Lage in Dortmund beschreiben zu können, ist der Rückgriff auf eine Vielzahl statistischer Quellen mit amtlicher, kommunaler und fachlicher Ausrichtung notwendig.

Angaben zur Bevölkerung und zur Bevölkerungsentwicklung gehen zurück auf das kommunale Melderegister, aus dem die Statistik monatlich einen Abzug mit einem großen Merkmalsspektrum erhält. Sie finden sich in fast allen Kapiteln des Sozialberichtes entweder in direkter Form oder jedenfalls als Bezugsgröße für verschiedene Kennzahlen. Aus den Einwohnerdaten abgeleitet sind Angaben zu den Haushalten und zum Migrationshintergrund. Der Städtevergleich zur Einwohnerentwicklung ist ebenfalls Ergebnis kommunaler Angaben in den Melderegistern.

Eine wichtige Datenquelle für die Sozialberichterstattung ist die Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Sie liefert gesamtstädtisch und kleinräumig Angaben zur Erwerbsbeteiligung, zur Arbeitslosigkeit und zum Leistungsbezug nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II („Hartz IV“). Auch die Städtevergleiche zur Erwerbstätigkeit und zum Transferleistungsbezug beruhen auf der Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

IT.NRW als Statistisches Landesamt hat Angaben zu den Lebenshaltungskosten sowie zu den Schulen und den Schülerinnen und Schülern beigetragen. Auch der Städtevergleich zum Einkommen der privaten Haushalte greift als Ergebnis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auf Angaben der der amtlichen Statistik zurück.

Wichtige Datenlieferanten sind auch die Fachbereiche der Verwaltung. Das gilt insbesondere für die Sozialverwaltung mit Angaben unter anderem zu den Grundsicherungsempfängerinnen und -empfängern im Alter, den Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern sowie zur Asylbewerberleistungsstatistik. Auch diese Daten stehen als Individualdaten und damit kleinräumig bereit. Das Kapitel „Wohnen“ mit Angaben zur Wohnungsversorgung, zu Wohnkosten und zum Wohnungsleerstand wird von Seiten des Wohnungsamtes bedient.

Für das Thema Bildung können seit kurzer Zeit die sogenannten SCHILD-Daten ausgewertet werden. Sie liefern Angaben unter anderem zu Schulempfehlungen, Übergängen zu weiterführenden Schulen und Abschlüssen. Des Weiteren sind Auswertungen insbesondere nach deutschen und ausländischen Schülerinnen und Schülern möglich. Die Daten zu erzieherischen Hilfen beruhen auf der Geschäftsstatistik des Jugendamtes. Zu nennen ist schließlich das Gesundheitsamt mit den Analysen der Schuleingangsuntersuchungen sowie den Sprechstunden für nicht Krankenversicherte und der Clearingstelle Gesundheit.

4. Bevölkerungsstruktur und Bevölkerungsentwicklung

Den Hinweisen zur Entwicklung der sozialen Lage in Dortmund vorangestellt ist ein Blick auf die demografische Entwicklung in den letzten zehn Jahren. Beschrieben werden neben der Einwohnerzahl selbst der Geschlechterproportz, die Altersstruktur, der Migrationsstatus und schließlich die Haushaltsstruktur. Dem folgen Erläuterungen zu den Komponenten, auf die diese Entwicklungen zurückgeführt werden können: Sogenannte Bevölkerungsbewegungen, unterschieden nach Geburten und Sterbefällen sowie Zu- und Abwanderungen. Die Befunde konzentrieren sich im Gegensatz zu den folgenden Kapiteln auf die Gesamtstadt. Lediglich die Bevölkerungsentwicklung insgesamt wird auch im Vergleich der 39 Sozialräume dargestellt.

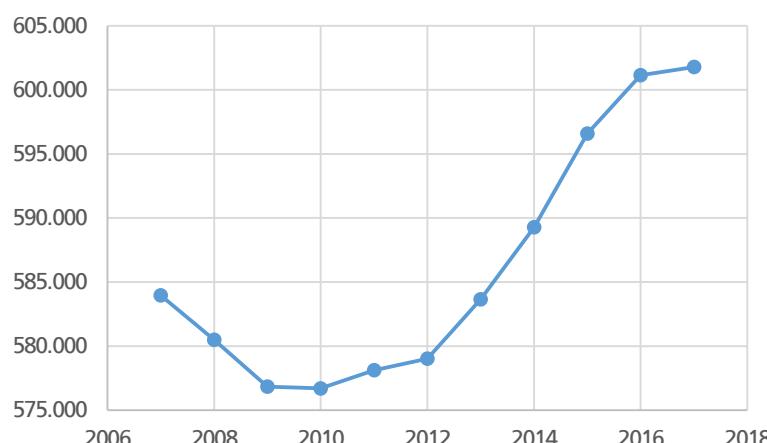
Wir werden mehr, nicht weniger

Über mehr als zwei Jahrzehnte waren sich alle Bevölkerungsvorausberechnungen einig in der Einschätzung, dass die Einwohnerzahlen insbesondere in den großen Städten und somit auch in Dortmund sinken würden. Diese Einschätzung des ‚Wir werden weniger‘ hat sich in den letzten Jahren als nicht haltbar erwiesen. In Dortmund hatte die Einwohnerzahl 2010 mit 576.704 einen Tiefpunkt erreicht. Seither steigt sie stetig: Allein in den Jahren 2013 bis 2016 ist sie um rund 22.000 gewachsen. 2016 wurde erstmals seit

1995 die Marke von 600.000 Einwohnerinnen und Einwohnern wieder überschritten, Ende 2017 waren 601.780 Personen in Dortmund gemeldet (s. Abb. 1). Glaubt man der letzten Bevölkerungsprognose seitens IT.NRW, wird dieser Trend anhalten⁴. Dortmund könnte danach bis 2030 auf knapp 620.000 Einwohnerinnen und Einwohner anwachsen und diese Zahl bis 2040 in etwa halten.

⁴ Vgl. IT.NRW: Bevölkerungsvorausberechnung 2014 – Basisvariante, Landesdatenbank Ergebnis – 12421-9k08.

Abbildung 1: Einwohnerentwicklung 2007 bis 2017



Quelle: Dortmunder Statistik

Eher mehr Männer als mehr Frauen

Der Einwohnerzuwachs der letzten zehn Jahre verteilt sich nicht gleichmäßig auf die Geschlechter. Im Saldo geht er zum Großteil auf mehr Männer in Dortmund zurück: Ihre Zahl ist zwischen 2007 und 2017 um mehr als 14.000 gestiegen, die der Frauen hingegen um nicht mehr als knapp 3.500 (s. Abb. 2). Das hat Auswirkungen auf den Geschlechterproportz. Der Frauenanteil ist seit 2007 um 0,9 Prozentpunkte auf 50,5 Prozent zurückgegangen. Mit 303.861 lebten Ende 2017 nur noch knapp 6.000 mehr Frauen als Männer in Dortmund. Sollte der Trend anhalten, werden also in wenigen Jahren die Männer die Mehrheit der Dortmunder Bevölkerung stellen.

Noch hinterlässt die Alterung keine großen Spuren

Der sicherlich meistzitierte demografische Effekt ist die absehbare Alterung der Gesellschaft. Tatsächlich ist diese Erwartung im letzten Jahrzehnt in Dortmund kaum zum Tragen gekommen. Die Zahl der über 65-jährigen ist – ebenso wie die Zahl der Minderjährigen – nur leicht gestiegen, deutlich mehr geworden sind dagegen die Dortmunderinnen und Dortmunder im sogenannten erwerbsfähigen Alter zwischen 18 und 65 Jahren. Hier liegt das Plus bei mehr als 16.000 (s. Abb. 2).

Entscheidend dafür sind verschiedene Entwicklungen. Zum einen speisen sich Zuwanderungen zum Großteil aus der erwerbsfähigen Bevölkerung, zum anderen sind in den letzten Jahren vergleichsweise geburtenschwache Jahrgänge in die Altersgruppe 65 und älter aufgestiegen.

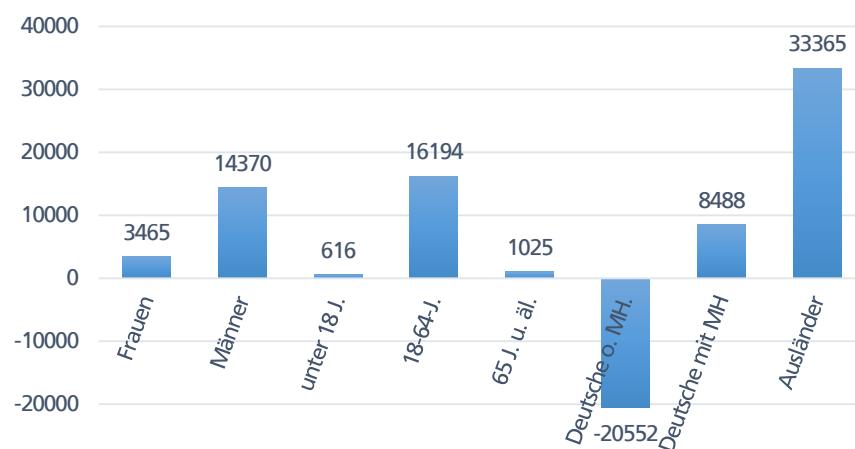
Dessen ungeachtet werden wir als Gesellschaft absehbar älter. Das zeigt schon ein differenzierterer Blick auf die Altersstruktur. Gewachsen ist nämlich in den letzten zehn Jahren vor allem die Zahl der älteren Erwerbsfähigen, also der 50- bis unter 65-jährigen (um fast 20.000). Dagegen ist die Zahl der jüngeren Erwerbsfähigen zwischen 18 und 50 Jahren rückläufig (-3.400).

Bunter heißt auch jünger

Die größten Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur hat es im Hinblick auf den Migrationsstatus gegeben. Die Zahl der Dortmunderinnen und Dortmunder ohne deutsche Staatsangehörigkeit ist zwischen 2007 und 2017 um mehr als 33.000 gestiegen. Ihr Bevölkerungsanteil lag zuletzt bei 17,7 Prozent, das sind 5,1 Prozentpunkte mehr als 2007.

Auch die Zahl der Deutschen mit Migrationshintergrund war Ende 2017 um rund 8.500 höher als zehn Jahre zuvor. Dagegen lebten rund 20.000 weniger Deutsche in Dortmund, die über keine Migrationsgeschichte verfügen (s. Abb. 2).

Abbildung 2: Entwicklung 2007 bis 2017 nach Bevölkerungsgruppen



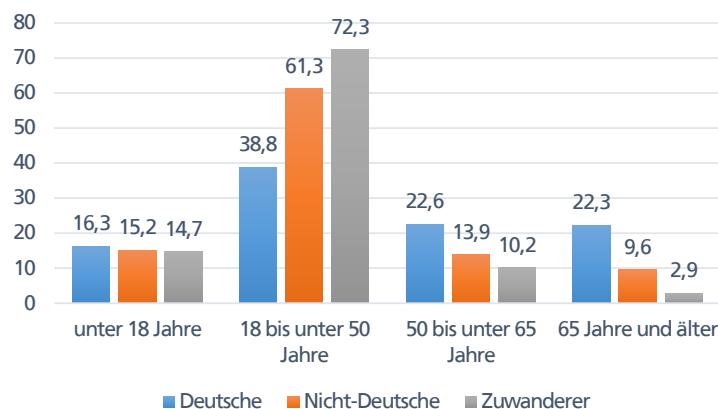
Quelle: Dortmunder Statistik

Bei allen Integrationsherausforderungen, die diese Entwicklungen mit sich bringen, darf doch ein positiver Effekt im Hinblick auf die demografische Alterung nicht unerwähnt bleiben: Zuwanderung bringt deutlich mehr jüngere Menschen nach Dortmund. Fast drei Viertel der Zuwandernden und mehr als 60 Prozent der hier lebenden Ausländerinnen und Ausländer⁵ waren 2017 zwischen 18 und 49 Jahre alt, bei den Deutschen lag dieser Anteil nur bei knapp 39 Prozent⁶. Umgekehrt waren 55 Prozent der Deutschen 50 Jahre und älter. Bei den Ausländerinnen und Ausländern waren es 23,5 Prozent, bei den Zugewanderten sogar lediglich 13,1 Prozent (vgl. Abb. 3).

5 Zugewanderte: Personen, die 2017 nach Dortmund gezogen sind.

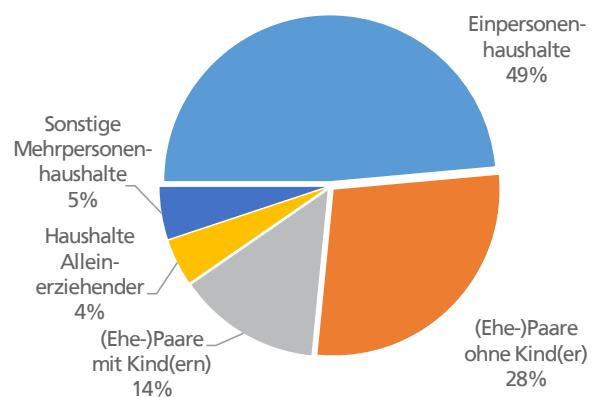
6 Deutsche und Ausländer/innen: Bestandszahlen zum 31.12.2017.

Abbildung 3: Deutsche, Nicht-Deutsche und Zuwanderer nach Alter 2017 (in %)



Quelle: Dortmunder Statistik

Abbildung 4: Haushalte nach Haushaltstyp 2017

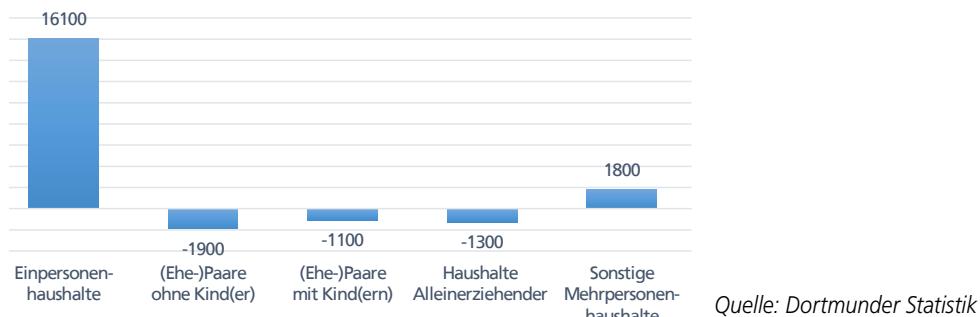


Quelle: Dortmunder Statistik

Mehr Singles und weniger Haushalte mit Kindern

Fast die Hälfte der 311.500 Haushalte in Dortmund sind Eipersonenhaushalte. Damit lebt jeder vierte Mensch in Dortmund als Single. Darüber hinaus ist die Zahl der (Ehe-) Paarhaushalte ohne Kinder mit 87.200 (28,0 Prozent) doppelt so hoch wie die der (Ehe-) Paare mit Kind(ern). Alleinerziehenden- (4,0 Prozent) und sonstige Mehrpersonenhaushalte (5,0 Prozent) spielen quantitativ eine untergeordnete Rolle (s. Abb. 4). Die Entwicklung zwischen 2007 und 2017 ist gekennzeichnet durch einen starken Anstieg der Single-Haushalte um rund 16.100. Gleichzeitig ist die Zahl der Haushalte mit Kindern um rund 2.400 zurückgegangen. Der demografische Trend zur Singularisierung hat sich also in den letzten zehn Jahren in Dortmund bestätigt (s. Abb. 5).

Abbildung 5: Entwicklung der Haushaltzahlen 2007 bis 2017



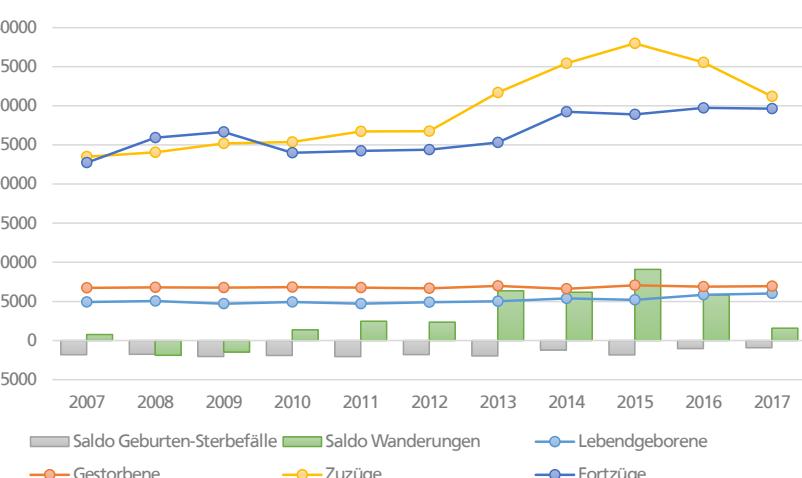
Geburtenzahl entwickelt sich erfreulich

Geburten und Sterbefälle beschreiben im Saldo die sogenannte natürliche Bevölkerungsbewegung. Seit den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts ist die Zahl der Sterbefälle in Dortmund höher als die der Geburten, so dass die natürliche Einwohnerentwicklung zurückgeht. Das gilt auch für den Zeitraum von 2007 bis 2017, in dem die Zahl der Geburten mit insgesamt knapp 57.000 mehr als 18.000 unter der Zahl der Sterbefälle lag. Dabei verläuft die Entwicklung innerhalb dieser elf Jahre aber mit positivem Trend: Bei vergleichsweise stabilen Sterbefallzahlen von jährlich knapp 7.000 ist die Zahl der Geburten von unter 5.000 im Jahr 2007 gerade in den Jahren 2016 und 2017 deutlich gestiegen. 2017 lag sie erstmals seit 1996 bei mehr als 6.000 und damit um weniger als 1.000 unterhalb der Zahl der Sterbefälle. Davor lag der Negativ-Saldo letztmalig 1997 unter 1.000 (s. Abb. 6).

Ohne Zuwanderung kein Bevölkerungswachstum

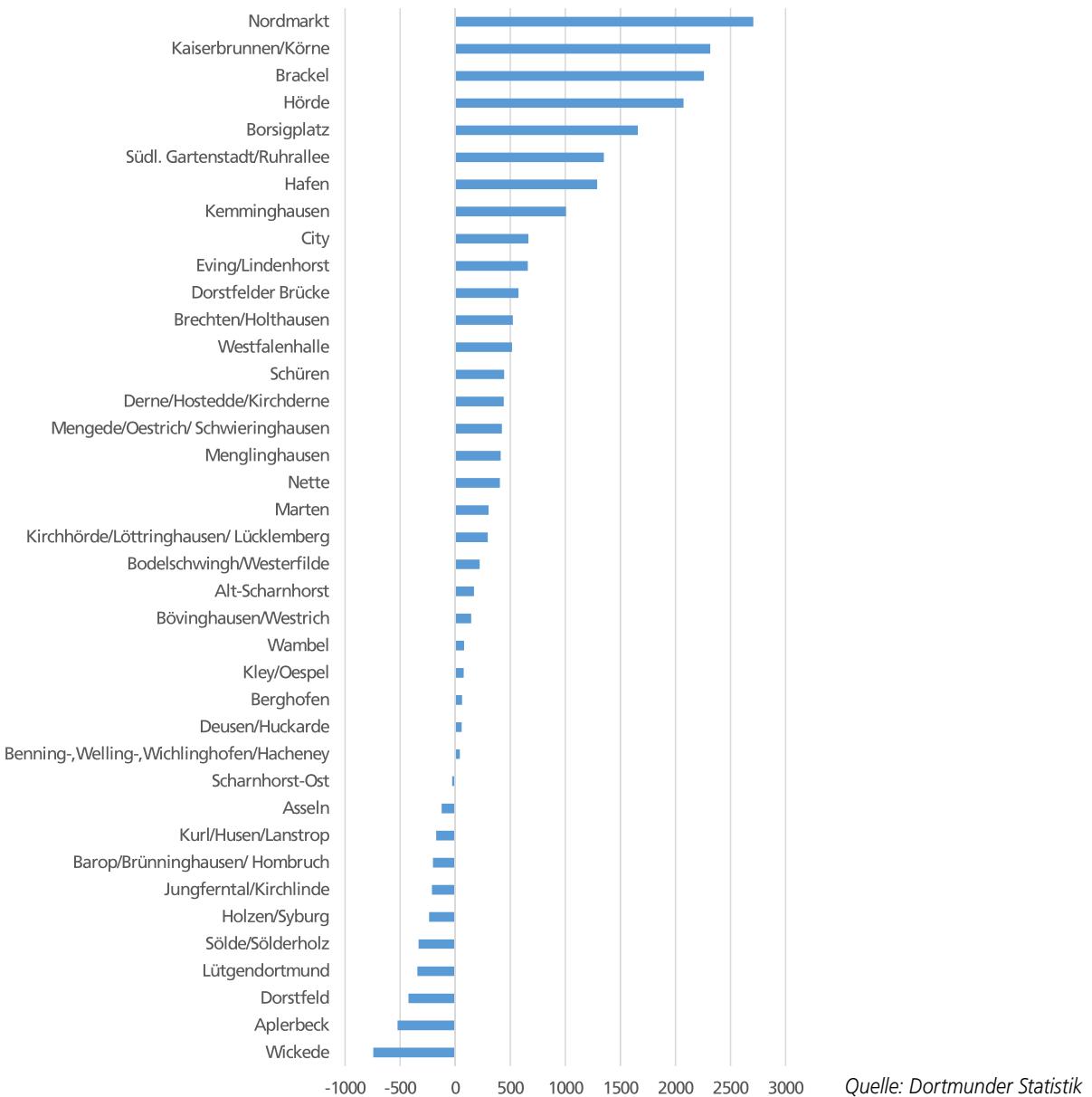
Großstädte entstehen und wachsen insbesondere durch Zuwanderung (Häußermann, Oswald 1997). So war auch in Dortmund die positive Bevölkerungsentwicklung - vor allem seit 2010 - nur möglich, weil mehr Menschen zu- als fortzogen. Rund 250.000 Zuzügen zwischen 2010 und 2017 standen etwa 215.000 Wegzüge gegenüber. Im Saldo ergibt das ein Plus von 35.000 (s. Abb. 6). Damit wird der negative Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung mehr als kompensiert, die Einwohnerzahl stieg von knapp 584.000 im Jahr 2007 auf 601.780 Ende 2017.

Abbildung 6:
Bevölkerungsbewegungen
2007 bis 2017



Quelle: Dortmunder Statistik

Abbildung 7: Einwohnerentwicklung 2007 bis 2017 nach Sozialräumen



Besonders ausgeprägt war der Wanderungsgewinn zwischen 2013 und 2016. Ausgelöst wurde er zum einen durch Zuwanderungen aus EU-Staaten, insbesondere durch Zuzüge von Menschen aus Bulgarien und Rumänien. Zum anderen kamen Flüchtlinge und deren Angehörige aus arabischen und nordafrikanischen Ländern nach Dortmund.

2017 ist die Dynamik deutlich zurückgegangen, der Saldo lag nur noch im dreistelligen positiven Bereich.

Wachstum konzentriert sich auf die Innenstadt und Eving

Der Bevölkerungszuwachs seit 2007 verteilt sich erwartungsgemäß nicht gleichmäßig über die Stadt. Der Blick auf die 39 Sozialräume weist acht Räume aus, in denen der Anstieg im Zeitraum 2007 bis 2017 bei mehr als 1.000 Menschen liegt. In 20 Sozialräumen ist das Wachstum geringer. Zehn der Sozialräume haben Einwohnerinnen und Einwohner verloren, teils ist ihre Zahl um mehr als 700 zurückgegangen. In Scharnhorst-Ost ist die Einwohnerzahl praktisch unverändert.

Neben Hörde und Brackel – als Sozialräume mit großen Neubaugebieten – konzentriert sich der Einwohnerzuwachs auf die Innenstadtbezirke (insbesondere Innenstadt-Nord und -Ost) und auf Eving. Einwohner verloren haben dagegen überwiegend Sozialräume in den südlichen und westlichen Stadtbezirken, darüber hinaus und am stärksten der Sozialraum Wickede (-744 Einwohner).

Bei Betrachtung der 2007 im Bericht zur sozialen Lage in Dortmund als Aktionsräume ausgewiesenen Sozialräume bildet Wickede damit Ende 2017 eher die Ausnahme: In elf der übrigen zwölf Aktionsräume ist die Bevölkerungszahl gestiegen, am stärksten in den drei Sozialräumen im Stadtbezirk Innenstadt-Nord, die in der Summe um 5.653 Einwohnerinnen und Einwohner gewachsen sind. Der Stadtbezirk Eving hatte Ende 2017 2.190 Einwohnerinnen und Einwohner mehr als zehn Jahre vorher (s. Abb. 7). Insgesamt haben die Aktionsräume mit einem Plus von 5,6 Prozent deutlich stärker hinzugewonnen als die sonstigen Sozialräume, wo der Zuwachs bei insgesamt 1,9 Prozent liegt (Dortmund: +3,1 Prozent).

Im Städtevergleich belegt Dortmund einen mittleren Platz⁷

Für einen Städtevergleich kann auf Daten für den Zeitraum 2007 bis 2016⁸ zurückgegriffen werden. In diesem Zeitraum ist die Einwohnerzahl Dortmunds um 2,9 Prozent auf 601.150 gestiegen (s. Abb. 8). Im Vergleich ähnlich großer Städte bundesweit und der Städte im Ruhrgebiet belegt Dortmund damit einen Platz im Mittelfeld. Deutlich am stärksten zugelegt haben in diesem Zeitraum Leipzig und Frankfurt am Main mit einem Plus von jeweils knapp 15,0 Prozent. Dabei erreichte das Wachstum in Frankfurt am Main annähernd die Größenordnung einer Großstadt (+92.876). Auch Stuttgart, Düsseldorf, Dresden, Hannover, Nürnberg und Köln sind schneller gewachsen als Dortmund.

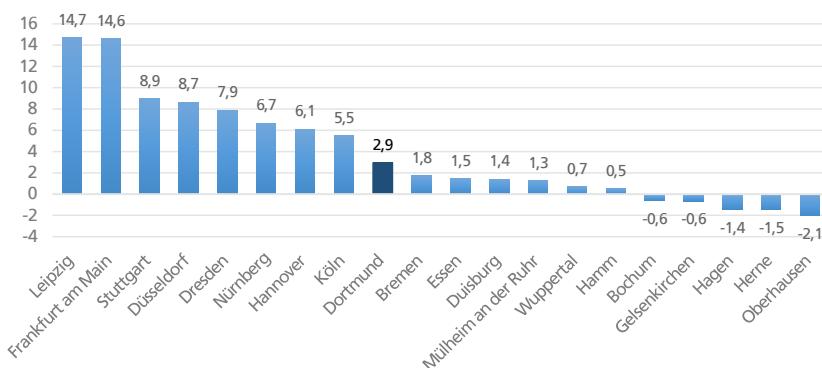
In anderen Vergleichsstädten entwickelten sich die Zuwachsrate langsam. So lagen die Einwohnergewinne in Bremen, Essen, Duisburg, Mülheim an der Ruhr, Wuppertal und Hamm bei unter 2,0 Prozent. In Bochum, Gelsenkirchen, Hagen, Herne und Oberhausen lebten 2016 sogar weniger Einwohner als 2007.

Damit schneidet Dortmund von allen Ruhrgebietsstädten am besten ab.

⁷ Der Vergleich basiert auf den Einwohnermelderegistern der Städte. Ein Städtevergleich auf Basis der amtlichen Einwohnerzahlen wäre aufgrund des Zensus 2011 nur für den Zeitraum 2011 bis 2015 möglich.

⁸ Die Daten für 2017 liegen im Städtevergleich aktuell noch nicht vor.

Abbildung 8: Einwohnerentwicklung 2007 bis 2016 im Städtevergleich (in %)



Quelle: Einwohnermelderegister der Städte, Internet-Recherche 30.05.2018

5. Beiträge zur sozialen Lage in Dortmund

Wesentlich bestim mend für die soziale Lage ist die materielle Situation der Menschen. Der Großteil der Bevölkerung bestreitet seinen Lebensunterhalt aus Erwerbseinkünften, ein nennenswerter Teil aber ist – teils zusätzlich – auf staatliche Transferleistungen angewiesen. In diesem Kapitel geht es entsprechend um die Entwicklung der Erwerbstätigkeit, der Einkommen und Lebenshaltungskosten sowie des Transferleistungsbezuges.

Zu den hier berücksichtigten Transferleistungen gehört als mit Abstand wichtigste die Grundsicherung nach dem 2. Kapitel des Sozialgesetzbuches (SGB II). Sie enthält Leistungen für Kinder und Personen im erwerbstäglichen Alter, unterschieden nach Arbeitslosengeld II für erwerbsfähige Leistungsberechtigte und Sozialgeld für nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte, im Schwerpunkt Kinder unter 15 Jahren. Ergänzend dazu regelt das SGB XII Leistungen zur Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter Erwerbsunfähigkeit sowie verbleibende Leistungen zur Sozialhilfe für Bedarfsgemeinschaften ohne erwerbsfähige Leistungsberechtigte (HzL).

Schließlich zählen zu den staatlichen Transfers auch die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungs-Gesetz. Nicht zu den Transferzahlungen gehören Versicherungsleistungen (wie Rente, Arbeitslosengeld I).

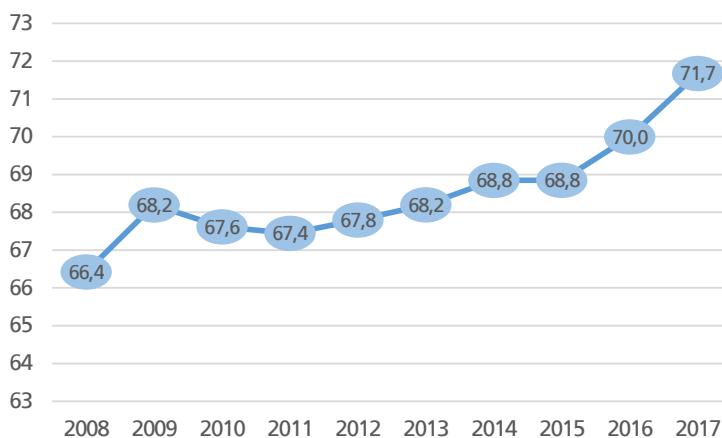
Auch hier steht neben der gesamtstädtischen Betrachtung die kleinräumige Analyse für die Sozialräume, ergänzt wird die Darstellung durch einen Städtevergleich. Die Daten sind nach dem sogenannten Wohnortprinzip jeweils auf die Dortmunder Bevölkerung bezogen.

5.1 Erwerbsbeteiligung

Immer mehr Dortmunderinnen und Dortmunder sind erwerbstätig ...

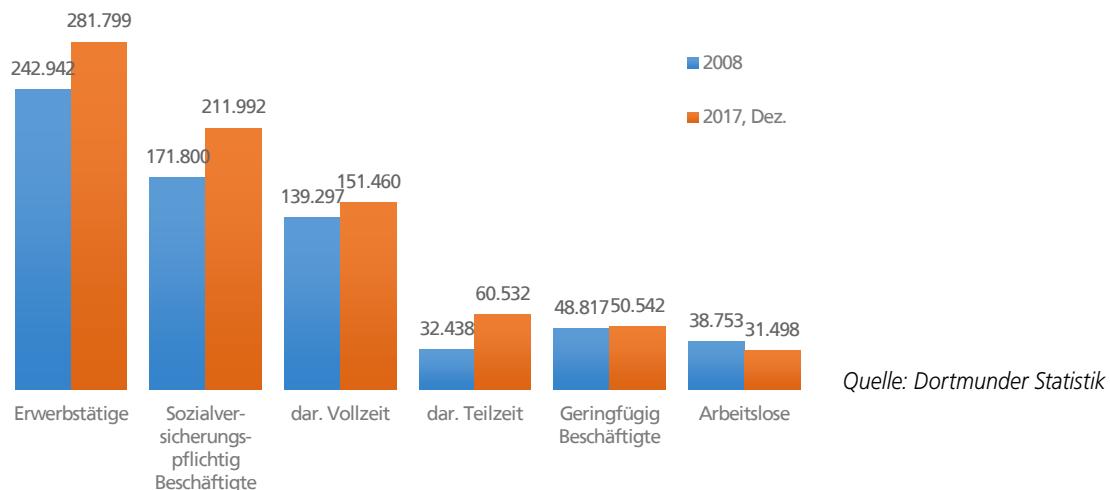
Ende 2017 waren knapp 282.000 Dortmunderinnen und Dortmunder erwerbstätig. Bezogen auf die Bevölkerung im Erwerbsalter (18 bis unter 65 Jahre) ist das eine Quote von 73,4 Prozent. Die Entwicklung im letzten Jahrzehnt ist erfreulich: Die Zahl der Erwerbstägen ist seit 2008 um fast 39.000 gestiegen, die Quote um 7,2 Prozentpunkte (2008: 66,4 Prozent).

Abbildung 9: Erwerbsquote 2008 bis 2017 (in % der 18- unter 65-Jährigen)



Quelle: Dortmunder Statistik

Abbildung 10: Entwicklung der Beschäftigung 2008 bis 2017
(Personen mit Wohnort Dortmund)



Der Arbeitsmarkt entwickelt sich zunehmend positiv: Zwischen Mitte 2015 und Mitte 2017 ist die Zahl der Erwerbstätigen jährlich um mehr als 6.000 gestiegen, ein Anstieg in gleicher Höhe ist allein im zweiten Halbjahr 2017 festzustellen (s. Abb. 9). In Folge der insgesamt positiven Entwicklung ist auch die Zahl der registrierten Arbeitslosen zurück gegangen, wenn auch nicht in gleichem Maße, sondern lediglich um etwas mehr als 7.200 Personen (von 38.753 im Jahr 2008 auf 31.498 im Dezember 2017, s. Abb. 10). Erwerbstätigkeit hat sich demnach weniger nach Arbeitslosigkeit (zumindest der Dortmunder) als vielmehr aus dem Reservoir der Nicht-Erwerbstätigen bzw. Zugezogenen gespeist.

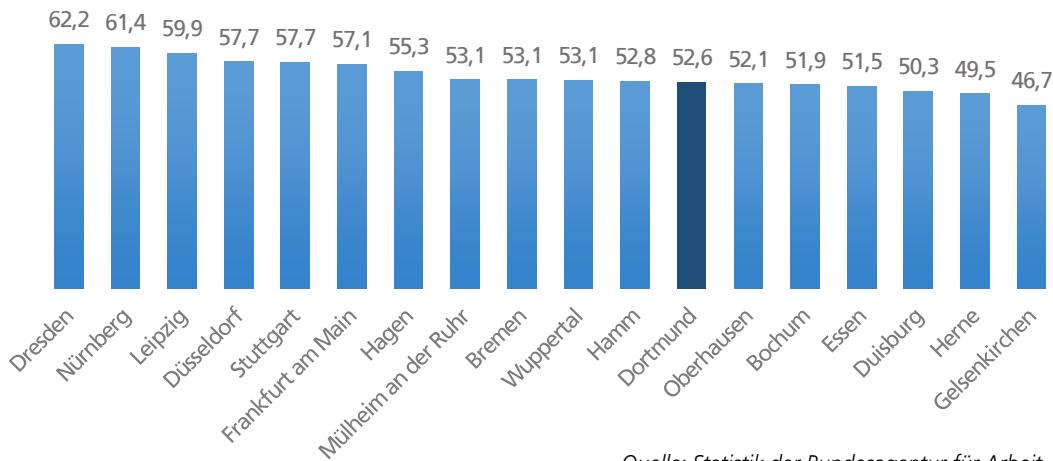
... aber nicht immer sozialversicherungspflichtig und in Vollzeit

Der Zuwachs an Erwerbstätigkeit betrifft unterschiedliche Arbeitsformen in unterschiedlichem Maße. Kaum gestiegen ist die Zahl der geringfügig Beschäftigten. Das liegt möglicherweise da-

ran, dass es nach Einführung des Mindestlohnes Umwandlungen in sozialversicherungspflichtige (Teilzeit-)Beschäftigungsverhältnisse geben haben dürfte. Dafür spricht der deutliche Anstieg bei den Teilzeitkräften von rund 32.500 auf über 60.000 (wenn dieser auch teils auf eine Revision in der Erfassung bei der Bundesagentur für Arbeit 2011/12 zurückzuführen ist). Es bleibt offen, inwieweit diese Teilzeit-Arbeitsverhältnisse Ergebnis bewusster Entscheidungen der Erwerbstätigen oder Ergebnis mangelnder Alternativen sind.

Der Anstieg bei den klassisch vollzeit-sozialversicherungspflichtig beschäftigten Dortmunderinnen und Dortmunder fällt dagegen moderater aus. Ihre Zahl ist zwischen Mitte 2008 und Mitte 2017 um 7.651 gestiegen. Das zweite Halbjahr 2017 deutet hier aber eine Wende an: Allein in diesen sechs Monaten wurden im Saldo 4.500 zusätzliche Vollzeitarbeitsplätze von in Dortmund wohnenden Arbeitnehmern besetzt, ein Plus von drei Prozent (s. Abb. 10).

Abbildung 11: Beschäftigungsquote 2017 im Städtevergleich
(Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in % der 15- bis unter 65-Jährigen)



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Städtevergleich: Beschäftigungsquote noch ausbaufähig

Ungeachtet des Beschäftigungszuwachses der letzten Jahre ist die Erwerbsbeteiligung der Dortmunder Bevölkerung mit 52,6 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten je 100 15- bis unter 65-Jährige eher unterdurchschnittlich (s. Abb. 11).

Nur einige Ruhrgebietsstädte - unter anderem Essen (51,5 Prozent), insbesondere aber Gelsenkirchen (46,7 Prozent) - weisen noch niedrigere Anteile sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung aus. An der Spitze liegen die ostdeutschen Großstädte und Nürnberg mit Anteilen um oder über 60,0 Prozent. Mit Quoten zwischen 57,0 Prozent und 58,0 Prozent folgen Düsseldorf, Stuttgart und Frankfurt am Main. Im Ruhrgebiet weist Hagen mit 55,3 Prozent die höchste Beschäftigungsquote auf.

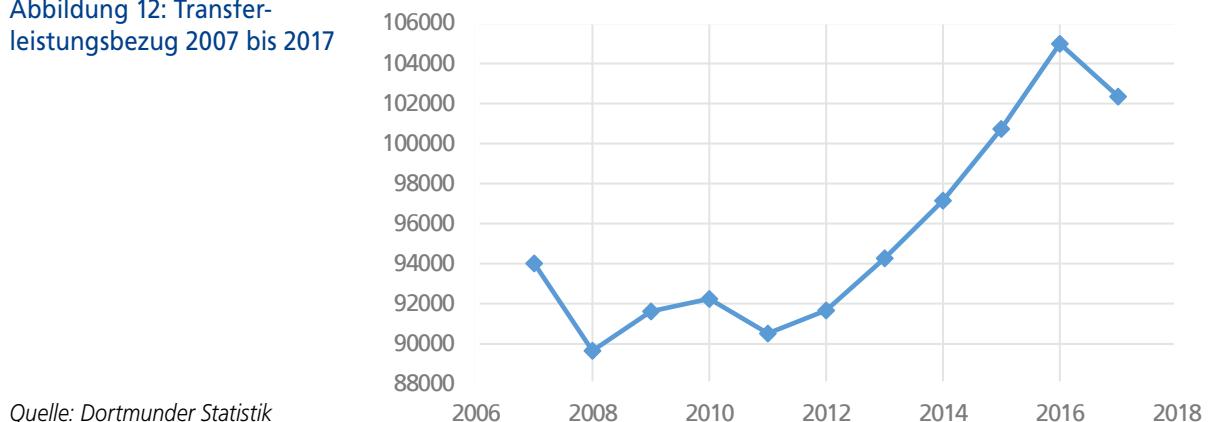
Damit liegen die Beschäftigungsquoten heute deutlich höher als zu Zeiten der Einführung der Statistik zur Sozialversicherungspflicht Mitte der 70er Jahre. So lag die Beschäftigungsquote in Dortmund 1977 bei 45,6 Prozent.

5.2 Empfängerinnen und Empfänger von Transferleistungen

Jeder sechste Mensch in Dortmund ist auf staatliche Transferleistungen angewiesen

Trotz der vergleichsweise guten Arbeitsmarktlage bleiben viele Dortmunderinnen und Dortmunder auf Unterstützung durch staatliche Transferleistungen angewiesen. Ihre Zahl ist zwischen 2011 und 2016 von rund 90.000 auf knapp 105.000 gestiegen. Im Jahr 2017 ist dann ein Rückgang auf etwas mehr als 102.000 festzustellen (s. Abb. 12).

Abbildung 12: Transferleistungsbezug 2007 bis 2017



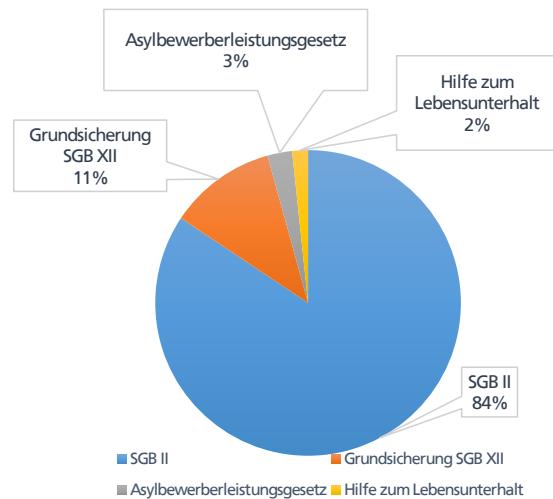
Quelle: Dortmunder Statistik

Dieser Rückgang ist im Wesentlichen auf einen Rückgang der Asylbewerberleistungsempfängerinnen und -empfänger zurückzuführen: Asylsuchende finden sich zwischenzeitlich zu größeren Teilen im SGB II - ohne dass die Zahlen dort gestiegen wären. Das kann als Indiz dafür gelten, dass nun vermehrt ehemalige SGB II-Empfängerinnen und Empfänger nicht mehr auf Unterstützung angewiesen sind. Die überragende Beschäftigungsentwicklung gerade im zweiten Halbjahr 2017 (s.o.) stützt diese These. Seit 2007 ist der Anteil der Empfängerinnen und Empfänger von Transferleistungen von 16,1 Prozent auf 17,0 Prozent der Bevölkerung gestiegen. Ein Großteil in dieser Gruppe, 86.346 oder 84,4 Prozent, erhält Leistungen nach dem SGB II. Vor zehn Jahren lag dieser Anteil noch bei fast 90 Prozent, inzwischen haben sowohl die Grundsicherung im Alter (+3.897 Empfänger/innen) und das Asylbewerberleistungsgesetz (+1.754 Empfänger/innen) ein höheres Gewicht (vgl. Abb. 13).

Kinder am stärksten betroffen ...

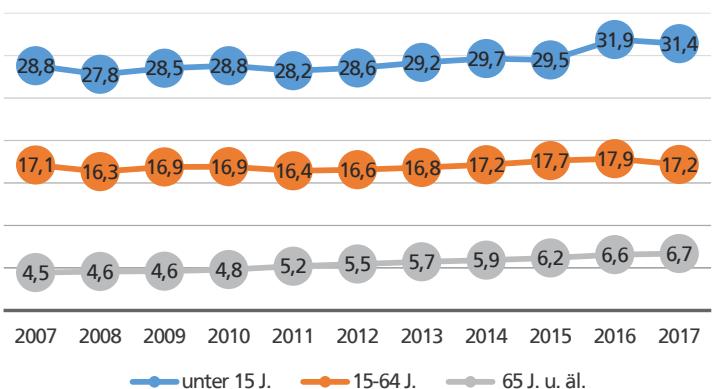
Das leitet über zu der Frage nach der Betroffenheit unterschiedlicher Altersgruppen. Abbildung 14 zeigt hier deutliche Unterschiede. Am stärksten von Transferleistungen abhängig sind junge Menschen: Mehr als 30 Prozent der unter 15-jährigen Dortmunderinnen und Dortmunder, über 25.000 an der Zahl, bezogen 2017 Leistungen zur Grundsicherung, in aller Regel in Form von Sozialgeld nach dem SGB II. Die Personen im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 64 Jahren sind die mit Abstand größte Gruppe und entsprechend mit einem Wert nahe dem Durchschnitt vertreten. Relativ am günstigsten sieht die Situation für die 65-jährigen und Älteren aus, sie beziehen lediglich zu 6,7 Prozent Transferleistungen.

Abbildung 13: Transferleistungsempfänger/innen nach Leistungsart 2017



Quelle: Dortmunder Statistik

Abbildung 14: Entwicklung Transferleistungsbezug 2007 bis 2017 nach Altersgruppen (in % der Bezugsbevölkerung)



Quelle: Dortmunder Statistik

... aber bei den Älteren steigen die Anteile stärker

Das Bild verschiebt sich allerdings, wenn man die Entwicklung zwischen 2007 und 2017 betrachtet. Zwar sind die absoluten Zahlen in den drei Altersgruppen in etwa gleichem Maße (zwischen 2.500 und 3.000) gestiegen. Prozentual bedeutet das aber für die Gruppe der 65-jährigen und Älteren einen Anstieg um über 50 Prozent. In der Gruppe der 15- bis unter 65-jährigen liegt die Steigerung lediglich bei 4,5 Prozent. Auch wenn das Niveau gegenwärtig noch vergleichsweise günstig ist, ist der Hinweis auf zunehmende Altersarmut demzufolge nicht grundlos.

Große Unterschiede zwischen den Sozialräumen

Erwartungsgemäß ist das Niveau des Transferleistungsbezugs in den Stadtteilen, hier beschrieben über die 39 Sozialräume, sehr unterschiedlich (s. Abb. 15). In Holzen/Syburg waren Ende 2017 nicht mehr als 3,6 Prozent der Bewohnerinnen und Bewohner auf staatliche Unterstützung angewiesen, am Borsigplatz und am Nordmarkt war dieser Anteil mehr als zehnmal so hoch. Eine starke Konzentration mit Anteilen von mehr als einem Drittel findet sich darüber hinaus in den Sozialräumen Hafen und Scharnhorst-Ost.

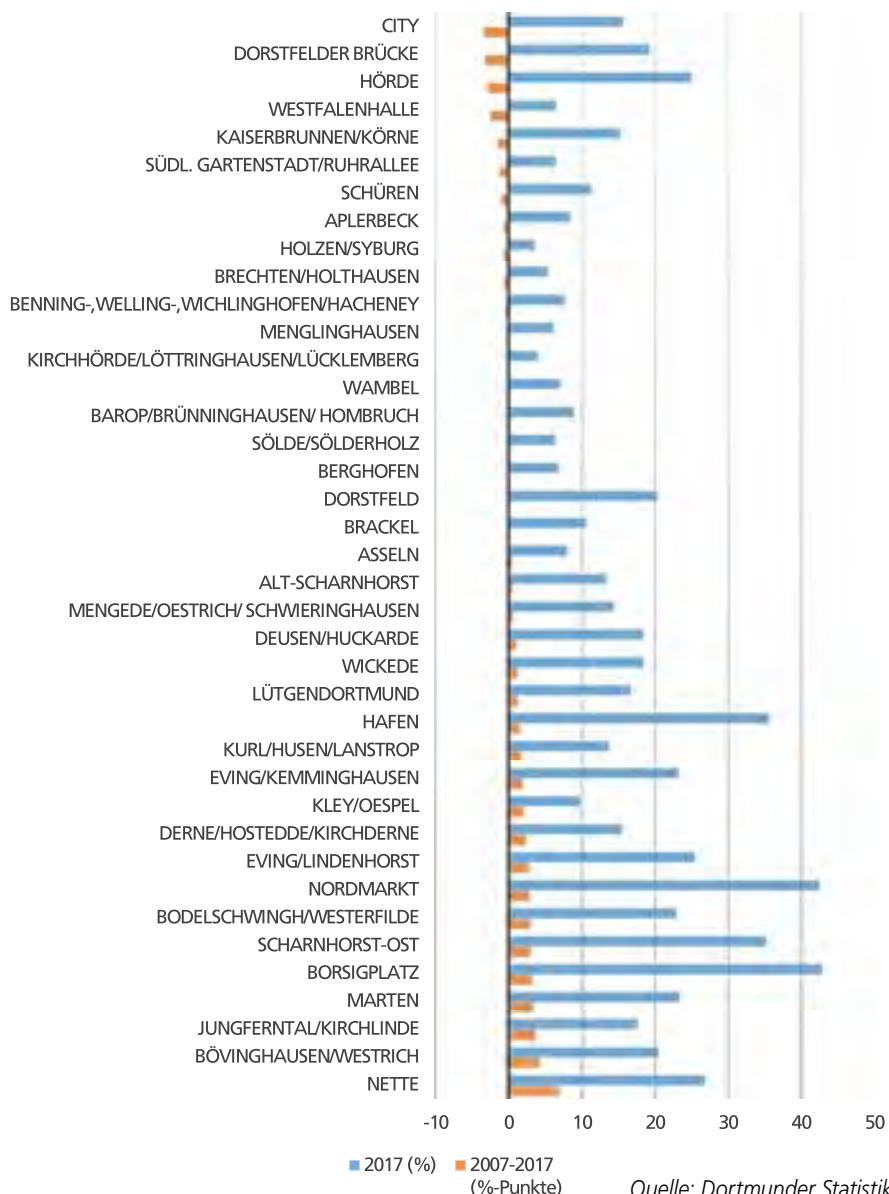
Auch die Entwicklung des Transferleistungsbezuges seit 2007 ist in den Sozialräumen unterschiedlich verlaufen. Negativ aus dem Rahmen fällt der Aktionsraum Nette: Hier lebten 2017 fast 800 Transferleistungsempfängerinnen und -empfänger mehr als zehn Jahre zuvor. Der Anteil an der Bevölkerung ist von wenig überdurchschnittlichen 19,9 Prozent auf deutlich überdurchschnittliche 26,8 Prozent gestiegen. Auch in den benachbarten Sozialräumen Bövinghausen/Westrich, Jungferntal/Kirchlinde und Bodelschwingh/Westerfilde liegt die Transfer-Quote 2017 um mehr als 3 Prozentpunkte über der von 2007. Borsigplatz, Marten und Scharnhorst-Ost verzeichnen Anstiege in gleicher Größenordnung.

Insgesamt bestätigt sich für den Zusammenhang zwischen Ausgangsniveau und Veränderung: Die Quoten sind da stärker gestiegen, wo sie schon hoch waren. Entsprechend liegt die Steigerungsrate in den 13 Aktionsräumen mit 2,1 Prozentpunkten (28,8 Prozent) deutlich über der in den 26 übrigen Sozialräumen, die lediglich 0,1 Prozentpunkte erreicht (11,2 Prozent).

Transferleistungsquote höher als in den meisten anderen Städten

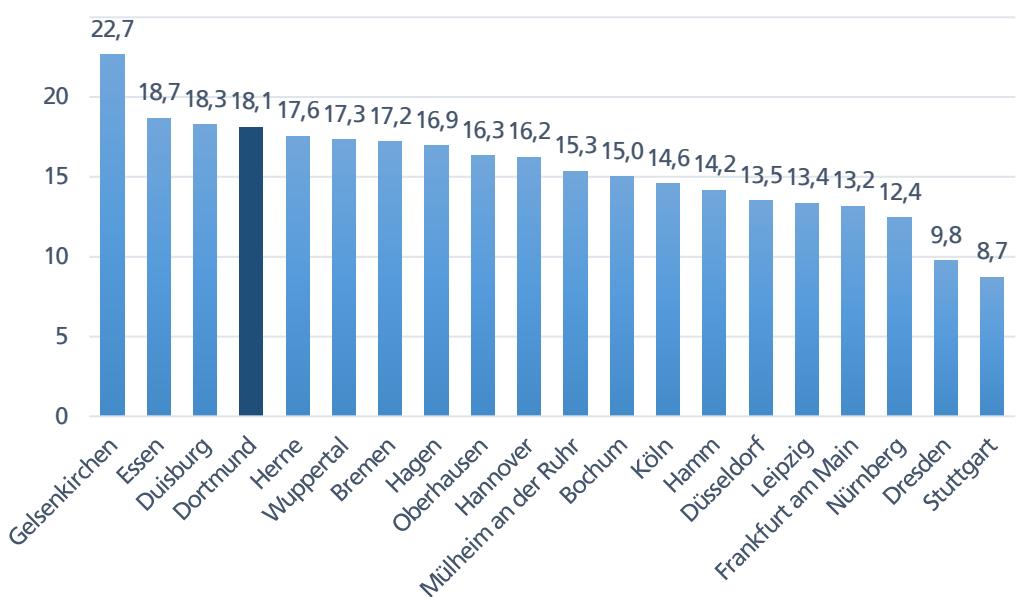
Im Städtevergleich zeigen sich gerade in den Ruhrgebietsstädten hohe Bevölkerungsanteile, die auf staatliche Unterstützung für ihre Lebenshaltung angewiesen sind. In Gelsenkirchen sind fast 23 von 100 Einwohnerinnen und Einwohnern von Transferleistungen abhängig. Das ist die mit Abstand höchste Quote im Städtevergleich. In Essen, Duisburg und Dortmund liegen die Quoten bei über 18 Prozent. Von den NRW-Städten schneidet Düsseldorf mit 13,8 Prozent am günstigsten ab. Noch geringere Mindestsicherungsquoten finden sich in Frankfurt am Main, Nürnberg, Dresden und - mit dem niedrigsten Wert von 8,7 Prozent und damit halb so hoch wie in Dortmund - in Stuttgart.

Abbildung 15: Transferleistungsbezug 2017 und Entwicklung 2007 bis 2017



Quelle: Dortmunder Statistik

Abbildung 16: Transferleistungsempfänger 2016 im Städtevergleich (in %)



Quelle: Dortmunder Statistik

5.3 Einkommen

Einkommen etwas stärker gestiegen als die Lebenshaltungskosten

Das durchschnittliche Jahreseinkommen jeder Dortmunderin und jedes Dortmunders ist zwischen 2007 und 2016 (neuere Daten liegen noch nicht vor) von 16.113 auf 18.946 Euro gestiegen. Mit 17,6 Prozent ist die Steigerungsrate etwas höher als die der Preise mit 12,3 Prozent (Basis: NRW). Insbesondere die Entwicklung der Jahre 2014 bis 2016 ist erfreulich, ist doch der Abstand zwischen Einkommen und Preisen von 0,7 auf 5,3 Prozentpunkte gestiegen (s. Abb. 17).

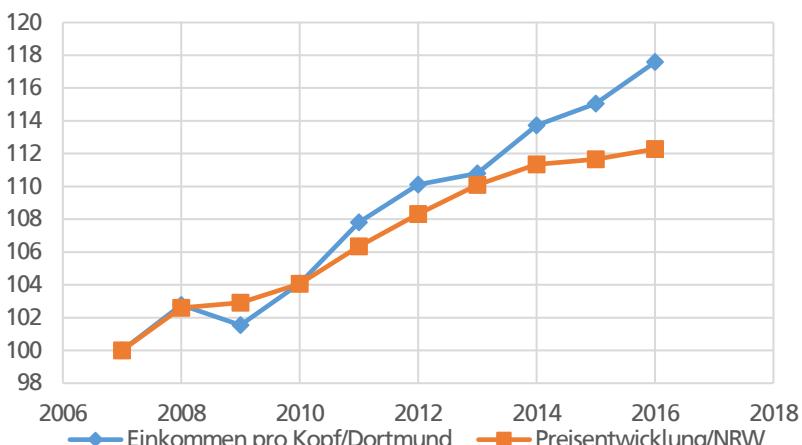
Einkommensniveau eher mäßig

Im Vergleich zu den anderen Groß- und Revierstädten war das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in Dortmund 2016 unterdurchschnittlich (Abb. 18). Mit jeweils rund 25.000 Euro pro Kopf und Jahr lagen die verfügbaren Einkommen in Düsseldorf und Stuttgart am höchsten. In sechs weiteren Großstädten, darunter Mülheim an der Ruhr und Essen, liegen

die verfügbaren Jahreseinkommen über 20.000 Euro. Am niedrigsten mit weniger als 17.000 Euro pro Kopf sind die durchschnittlichen Einkommen in Duisburg und Gelsenkirchen.

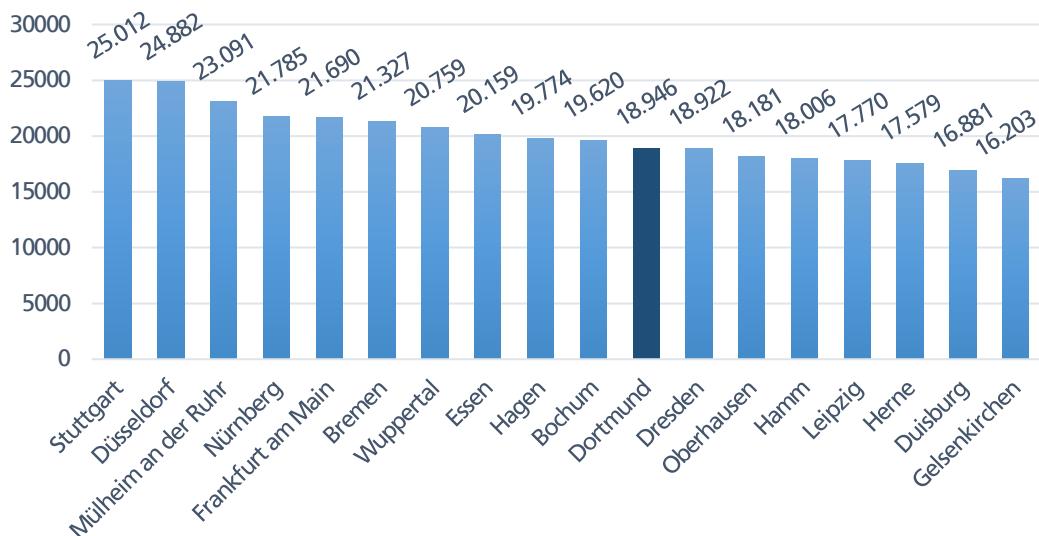
Aussagekräftiger als die Einkommen wäre ein Städtevergleich mit Bezug auf die Kaufkraft, also die Berücksichtigung der unterschiedlichen Lebensführungskosten. Diese resultieren insbesondere aus unterschiedlichen Wohnkosten. Da diese im Ruhrgebiet trotz des sich auch hier verschärfenden Wohnungsmarktes immer noch vergleichsweise niedrig sind, wird das geringere Einkommenniveau insoweit zumindest teilweise kompensiert. Das kommt insbesondere Menschen mit kleineren Einkommen zugute.

Abbildung 17: Entwicklung von Einkommen und Lebenshaltungskosten 2007 bis 2016 (2007=100)



Quelle: Dortmunder Statistik

Abbildung 18: Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte 2016 im Städtevergleich (je Einwohner/in in Euro)



Quelle: Dortmunder Statistik

Exkurs: Vom Strukturwandel auf dem Weg zur Digitalisierung

Die soziale Situation in Dortmund aus Sicht der Wirtschaftsförderung

Die soziale Situation ist in jedem Gemeinwesen eng mit der Erwerbs situation der Bevölkerung verknüpft. Dies gilt auch für die Stadt Dortmund und ihre Bürgerinnen und Bürger. Die Wirtschaftsförderung der Stadt Dortmund leistet zur Verbesserung der sozialen Situation der Dortmunderinnen und Dortmunder ihren Beitrag, indem sie attraktive Rahmenbedingungen für die Gründung und die Ansiedelung neuer Unternehmen schafft, bestehende Unternehmen partnerschaftlich unterstützt, Netzwerke für technische und soziale Innovation betreibt und die Schaffung von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung fördert.

Dortmund hat in den vergangenen 50 Jahren einen bemerkenswerten strukturellen Wandel durchlebt, weg von einer vorwiegend durch Montanindustrie geprägten Stadt hin zu einem modernen wissensgeprägten Technologie- und Dienstleistungsstandort. Einher mit diesem Wandel der lokalen Wirtschaftsstruktur ging auch ein Wandel des Arbeitsmarktes: Boten die Schwerindustrie und das produzierende Gewerbe über Jahrzehnte hinweg ein breites Spektrum an Verdienstmöglichkeiten auch für An- und Ungelernte, so kam es im Zuge der strukturellen Veränderungen in der Montanindustrie zu einem

starken Rückgang an Arbeitsplätzen. Insgesamt verlor die Stadt in der Zeit von 1960 bis 1994 rund 90.000 Arbeitsplätze, die Arbeitslosenquote stieg auf zeitweise 18 Prozent. Damit verbunden war nicht selten eine erhebliche Verschlechterung der sozialen Situation. Aus Arbeitslosigkeit wurde oftmals Langzeitarbeitslosigkeit, zunehmend verfestigt und entkoppelt von der konjunkturellen Situation, mit allen Begleiterscheinungen. Ein steigender Bezug von Transferleistungen und Kaufkraftverluste gehörten zu den Folgen.

Im Jahr 2018 steht Dortmund, insbesondere im Vergleich mit anderen Kommunen aus dem Ruhrgebiet, solide da. Die Einwohnerzahl ist auf über 600.000 Personen gestiegen, ca. 240.000 Personen befinden sich in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Dies war zuletzt Mitte der 1970er Jahre der Fall. Allein im Jahr 2017 wuchs die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 8.000 Personen.

Die Basis für die Entwicklung Dortmunds hin zu einem erfolgreichen Dienstleistungs- und Hochtechnologiestandort, der Hochqualifizierte aus dem In- und Ausland anzieht, wurde durch die Hochschulgründungen

und später durch eine proaktive Förderung von Gründungen im IT- und Technologiebereich gelegt.

Auf der anderen Seite ist aktuell eine starke Veränderung der Helferarbeitsmärkte für An- und Ungelernte zu beobachten. Einfache Tätigkeiten kommen zunehmend unter Substitutionsdruck, sie können vermehrt auch durch digital gesteuerte Prozessketten abgebildet werden. Dies wird, trotz einer inzwischen auf 9,8 Prozent (Oktober 2018) gesunkenen Arbeitslosenquote, für die Stadt und ihre Einwohnerinnen und Einwohner zu einer Herausforderung, da sich neue Tätigkeiten und Strukturen herausbilden, die sich deutlich von den Mustern klassischer Erwerbsarbeit unterscheiden werden.

Die Wirtschaftsförderung Dortmund nimmt diese Herausforderungen an. Sie schafft Rahmenbedingungen für einen Standort Dortmund, der für die Ansiedelung neuer Unternehmen attraktiv ist. Ein Beispiel hierfür sind die Aktivitäten auf dem Gelände der Westfalenhütte. Hier ist es in den vergangenen Jahren gelungen, eine industrielle Brache in einen florierenden Logistikstandort zu transformieren. Unternehmen wie Decathlon, Schenker oder Amazon haben im Dortmunder Norden über 3.500 neue Arbeitsplätze, vielfach für An- und Ungelernte, geschaffen. Auf der anderen Seite der Innenstadt entstehen im Bereich von „Phoenix-West“ eine Vielzahl von Arbeitsplätzen auf unterschiedlichen Qualifikationsniveaus, beispielsweise in der neue Zentrale des Netzbetreibers Ampri-on oder auch auf dem „Wilo Campus“.

Ebenso engagiert sich die Wirtschaftsförderung in der Beschäftigungsförderung. Denn nur ein geregeltes Einkommen aus Erwerbsarbeit ermöglicht ein sozial abgesichertes Leben, ohne Abhängigkeit von Transferleistungen. Um zu verhindern, dass junge Talente mit schwierigen Startchancen dem Arbeitsmarkt verlorengehen, unterstützt die Wirtschaftsförderung Dortmunder Schülerinnen und Schüler beispielsweise im Projekt „jobtec“ und mit einem Übergangsmanagement an der Hauptschule Husen. Um bestehende Arbeitsplätze zu erhalten und die für Dortmund so wichtigen kleinen und mittleren Unternehmen bei der Fachkräftesicherung zu unterstützen, eröffnet die Wirtschaftsförderung Dortmund ihnen über die Programme Potenzialberatung, Bildungsscheck und „unternehmensWert:Mensch“ Zugänge zu Fördermitteln der Europäischen Union und des Landes Nordrhein-Westfalen.

Ebenso unterstützt sie, gemeinsam mit unterschiedlichen Trägern, über das Landesprogramm „Öffentlich geförderte Beschäftigung“ Langzeitarbeitslose durch Qualifizierung und Coaching auf dem Weg in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Neben den genannten Förderprogrammen setzt die Wirtschaftsförderung, unter anderem in enger Zusammenarbeit mit dem Sozialamt, aber auch eigene beschäftigungspolitische Impulse. So beschreitet die Stadt Dortmund aktuell den landesweit beachteten Weg, mit der Etablierung eines „Service Center kommunale Arbeit“ (SCA) über eine Neuaustrichtung, u.a. der kommunalen Vergabepraxis, positive Arbeitsmarkteffekte für Langzeitarbeitslose zu erzielen. Diese enge Form der ressortübergreifenden Kooperation zwischen Wirtschaftsförderung, Sozialdezernat und Jobcenter ist in ihrer Struktur in Deutschland bisher einzigartig.

5.5 Wohnen

Der Lebensalltag und die Lebensverhältnisse werden entscheidend durch die Wohnverhältnisse mitbestimmt. Damit ist das Wohnen ein zentraler Aspekt für die Beschreibung der Lebenssituation und der sozialen Lage der Dortmunderinnen und Dortmunder. Von besonderer Bedeutung sind auch hier die Belange von Menschen in schwierigen Situationen, so dass vor allem nachfrageorientierte und damit bezahlbare Wohnungsangebote im Fokus stehen.

Dortmunder Wohnungsmarkt in den letzten Jahren deutlich angespannt

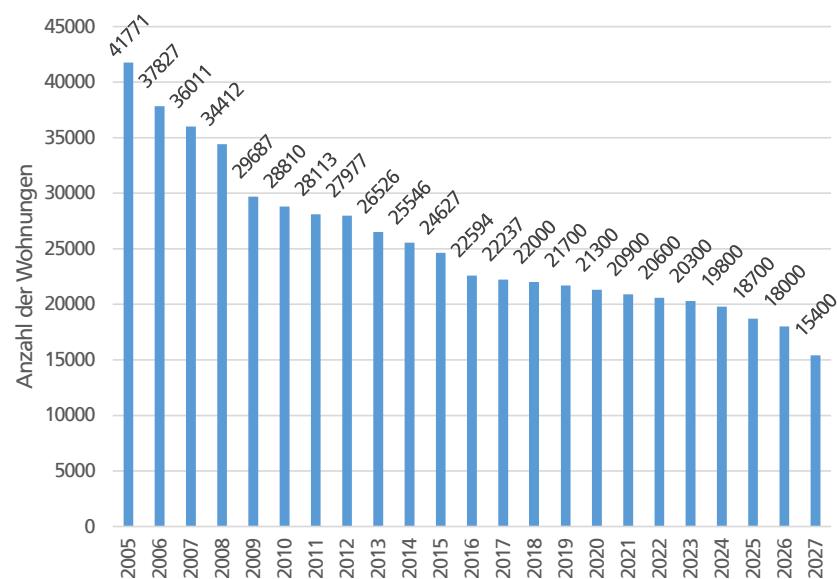
Lange Zeit galt der Dortmunder Wohnungsmarkt als entspannt. Das war auch im Jahr 2005 so. Bis heute hat sich die Situation sukzessive immer weiter angespannt. Dabei haben sich besonders im Zeitraum von 2014 bis 2016 die Bevölkerungs- und Haushaltszahlen deutlich erhöht. Es kamen nach und nach immer mehr Menschen nach Dortmund, nicht nur aus dem Umland, sondern aus ganz Deutschland und dem Ausland.

Darunter waren neben Studierenden auch Zugewanderte aus Südosteuropa und nicht zuletzt die zahlreichen Flüchtlinge aus den weltweiten Krisengebieten.

Parallel zu diesem Bevölkerungswachstum setzte sich der Trend zu immer mehr und immer kleineren Haushalten fort. Zum Stichtag 31.12.2017 gab es 316.080 Privathaushalte in Dortmund⁹, rund die Hälfte davon waren Ein-Personen-Haushalte.

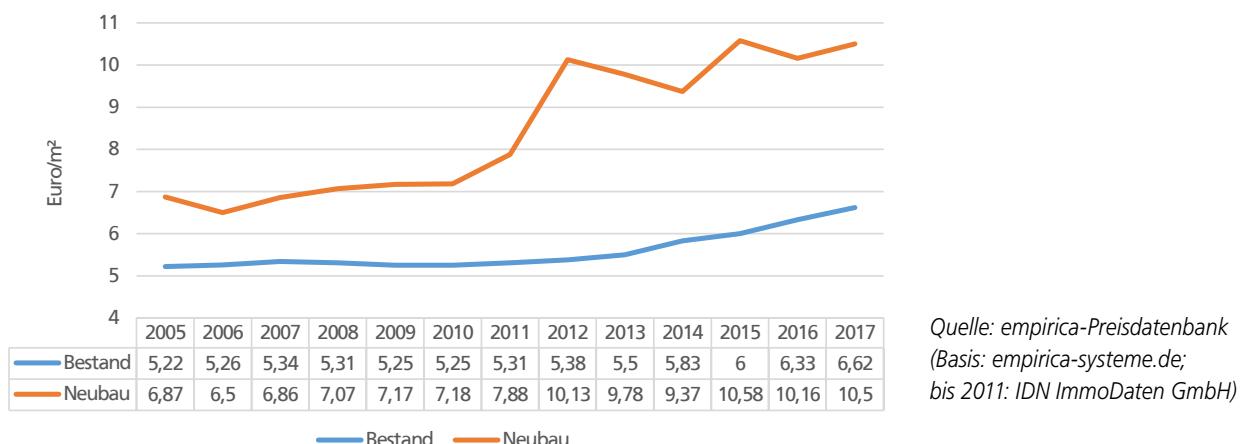
⁹ Nicht inbegriffen sind rund 8.300 Personen in Gemeinschaftsunterkünften. Gemeinschaftsunterkünfte sind definiert als Unterbringungsarten, in denen keine eigene Haushaltsführung möglich ist (z.B. keine eigene Küche in der Wohneinheit vorhanden). Hierzu gehören z.B. stationäre Pflegeeinrichtungen (Senioren/Behinderte) und Flüchtlingsunterkünfte.

Abbildung 19: Entwicklung des geförderten Mietwohnungsbestandes zum 31.12. (ab 2018 geschätzt)



Quelle: Amt für Wohnen und Stadterneuerung

Abbildung 20: Entwicklung der Angebotsmieten in Dortmund 2005 bis 2017, Nettokaltmieten, Median in Euro/m²



Die wachsende Nachfrage nach Wohnungen konnte eine Zeit lang im vorhandenen Bestand gedeckt werden, der von 306.577 (2005) auf 320.452 (2016) stieg. Die Bautätigkeit reichte jedoch zur endgültigen Bedarfsdeckung nicht aus. Eine stetige Abnahme der Wohnungsleerstände war die Folge. Die aktuelle strukturelle Wohnungsleerstandsquote von 1,8 Prozent¹⁰ zeigt, dass die Kapazitäten des vorhandenen Wohnungsangebotes nahezu ausgeschöpft sind.

Deutlicher Rückgang im Bereich des geförderten Wohnraums und steigende Mieten

Ende 2017 umfasste der geförderte Wohnungsbestand in Dortmund 24.252 Wohnungen. Damit lag der Anteil am Gesamtwohnungsbestand unter 8,0 Prozent. Der geförderte Wohnraum gliedert sich in 22.237 Mietwohnungen und 2.015 Eigentumsmaßnahmen. Im Vergleich dazu lag der Bestand an geförderten Mietwohnungen im Jahr 2005 noch etwa doppelt so hoch: bei rund 41.800 Wohnungen (vgl. Abb. 19). Die ‚Talfahrt‘ des geförderten Mietwohnungsbestandes wird künftig zunächst etwas gebremst verlaufen. Einen deutlichen Einbruch mit einem Wegfall aus der Mietpreisbindung bei rund 2.600 geförderten Wohnungen wird es im Jahre 2027 geben.

Neubau von Mietwohnungen findet auf Grund der stark gestiegenen Baukosten und der hohen Nachfrage fast ausschließlich im hochpreisigen Segment statt. Hohe Baukosten und gesetzliche

Anforderungen verteuern nicht nur den Neubau, sondern auch Modernisierungsmaßnahmen. Die Angebotsmieten¹¹ im Bestand sind seit 2005 erheblich von 5,22 Euro/m² auf 6,62 Euro/m² (jeweils Median, netto kalt) gestiegen (vgl. Abb 20). Die Neubaumieten haben sich noch deutlicher von 6,87 Euro/m² im Jahr 2005 auf 10,50 Euro/m² im Jahr 2017 erhöht. Auch die Immobilien- und Bodenpreise sind in den letzten Jahren spürbar gestiegen.

Hohe Nachfrage unterschiedlicher Gruppen nach preiswertem Wohnraum

Die kommunale Wohnraumversorgung, insbesondere die Sicherung von preiswerten Wohnungen, ist eine der zentralen Aufgaben der örtlichen Wohnungspolitik. Neben der Angebotsseite muss daher auch die Nachfrageentwicklung für Wohnungen im unteren Preissegment kontinuierlich beobachtet werden.

¹¹ Quelle: empirica-Preisdatenbank (Basis 2005: IDN Immobilien GmbH, Basis 2017: empirica-systeme.de).

¹⁰ Bezogen auf den Wohnungsbestand 2016.

Haushalte mit geringem Einkommen

Nach preiswertem Wohnraum besteht eine vielfältige, „konkurrierende“ Nachfrage von Haushalten mit geringem Einkommen. Eine überschlägige Berechnung auf Grundlage der Einkommensdaten aus dem kommunalen Mikrozensus belegt, dass ungefähr die Hälfte der Dortmunder Haushalte theoretisch Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein hätte. Tendenziell verfügen mehr Ein-Personen-Haushalte sowie Haushalte mit vier und mehr Personen über ein geringes Einkommen und sind damit stärker auf bezahlbare Wohnungen angewiesen als andere Haushaltstypen.

Leistungsbeziehende Haushalte

Zudem ist die Gruppe der transferleistungsbeziehenden Personen bzw. Haushalte insbesondere in den letzten Jahren stark angestiegen. So bezogen im Jahre 2016 ca. 16,0 Prozent mehr Personen SGB II-, SGB XII- und Asylbewerberleistungen als noch fünf Jahre zuvor. Die Bevölkerungszahl ist im selben Zeitraum um knapp 4,0 Prozent gestiegen. Zwar war die Zahl der Personen, die Leistungen nach den genannten Rechtskreisen beziehen, 2017 im Vergleich zum Vorjahr leicht rückläufig, sie blieb aber auf einem hohen Niveau. Insgesamt dominieren die Ein- und Zwei-Personen-Haushalte. Daneben stellen größere Familienhaushalte im Transferleistungsbezug eine besonders beachtenswerte Nachfragegruppe dar.

Studierende

In der Hochschulstadt Dortmund suchen auch Studierende bezahlbaren Wohnraum nach, da sie in der Regel nur geringe Unterstützungsleistungen erhalten oder eher niedrige Erwerbseinkünfte erzielen. Rund 52.500 junge Menschen studieren derzeit an den sechs Dortmunder Hochschulen. Nicht nur die Anzahl der Studierenden ist in den letzten Jahren erheblich gestiegen, sondern auch der Anteil derer, die in Dortmund wohnen.

Zugewanderte Haushalte

Die Unterbringung der zugewiesenen Flüchtlinge ist eine kommunale Pflichtaufgabe. Ziel ist es, die Menschen möglichst schnell in Wohnungen zu vermitteln, um die Übergangseinrichtungen zu entlasten und eine bessere Integration zu ermöglichen. Die Stadt Dortmund setzt dabei auf ein dezentrales Unterbringungskonzept und unterstützt die Menschen bei ihrem Umzug von einer Gemeinschaftseinrichtung in eine eigene Wohnung. Ende 2017 lebten in Dortmund rund 11.000 Menschen, die als Flüchtlinge oder deren Angehörige in die Stadt gekommen sind. Zum Stichtag 31.12.2017 waren noch rund 800 Menschen in einer der Unterbringungseinrichtungen registriert, der weit überwiegende Teil lebte bereits in Wohnungen.

Hinzu kommen EU-Bürgerinnen und -Bürger, die seit 2007 insbesondere aus den EU2-Staaten Rumänien und Bulgarien zuwandern. Weder reichen ihre sprach- und gesellschaftskulturellen Kenntnisse aus, sich auf dem Wohnungsmarkt zurechtzufinden, noch haben sie ein regelmäßiges, auskömmliches Einkommen. Auch leben sie häufig in einem großen Familienverband, was sich zusätzlich erschwerend auswirkt. Insbesondere im Stadtbezirk Innenstadt-Nord, wo sich regelmäßig über 50 Prozent der aus den EU2-Staaten nach Dortmund zugewanderten Menschen niederlassen, führen diese Herausforderungen zu einer spürbaren Dynamik auf dem Wohnungsmarkt und damit in den Quartieren. Das ist nicht zuletzt deshalb der Fall, weil Zuwandernde in einer derartigen Lebenssituation nicht selten in ausbeutierischen Strukturen landen, überteuerte Mieten für verwahrloste Wohnungen zahlen und teils ohne Versorgung mit Strom, Wasser etc. sind.

(Neu-)Zuwanderung in hoher Quantität ist weiter zu erwarten. Ein Großteil der Neubürgerinnen und -bürger wird in Dortmund bleiben und Teil der Stadtgesellschaft werden. Es ist in diesem Zusammenhang weiter von einer hohen Nachfrage nach preiswerten Wohnungen, insbesondere für Einzelpersonen und für größere Familienhaushalte, auszugehen.

Wohnungszugangsstrategie des Dortmunder Trägerverbundes Neuzuwanderung

Mit Unterstützung der StadtRaumKonzept GmbH hat das Sozialdezernat daher eine integrierte Wohnungszugangsstrategie erarbeitet, die seit 2018 durch die GrünBau gGmbH und eingebettet in die Dortmunder Gesamtstrategie Neuzuwanderung umgesetzt wird. Ziel ist es, Wohnungszugänge für Zugewanderte in prekärsten Lebenslagen zu schaffen und sie in ein nachhaltiges Mietverhältnis zu begleiten. Eigentümerinnen und Eigentümer, die zu fairen Mietverhältnissen bereit sind, werden in ihrer Rolle als Vermieter unterstützt, zum Beispiel bei Konflikten oder ungeklärten Fragen im Zusammenhang mit dem Mietverhältnis.

Flankiert wird das Projekt durch unterschiedliche Maßnahmen. Dazu gehören Angebote zur Stabilisierung der Lebenssituation der zugewanderten Familien. Diese Hilfen werden im Rahmen der Dortmunder Gesamtstrategie Neuzuwanderung umgesetzt.

Darüber hinaus wird das Projekt eng mit der Ankaufstrategie der Stadt Dortmund verknüpft. Sie umfasst neben dem Kauf auch die In-Wert-Setzung solcher Immobilien, die als sogenannte ‚Problemhäuser‘ negativ auf die Nachbarschaften wirken. Die Zielgruppe des Projekts soll im Rahmen von Qualifizierungsmaßnahmen an der Sanierung der Häuser beteiligt und bei der beruflichen Integration unterstützt werden.

Insgesamt sollen auf diesem Wege die Nachbarschaften stabilisiert und sichtbar aufgewertet werden. Die dreijährige Umsetzung dieser qualifizierten (sozialen) Wohnungsvermittlung und -begleitung wird aus Mitteln des Aktionsprogramms ‚Obdachlosigkeit verhindern – Weiterentwicklung der Hilfen in Wohnungsnotfällen‘ des Landes Nordrhein-Westfalen finanziert.

Unterversorgung im Bereich des geförderten Wohnraums

Die beschriebene Nachfrageentwicklung im Bereich der preiswerten Wohnungen wird durch die Situation der Wohnraumversorgung im geförderten Mietwohnungsbau unterstrichen. Die Zahl der Wohnungssuchenden hat sich auch in diesem Segment in den vergangenen Jahren kontinuierlich erhöht. Insgesamt haben im Jahr 2017 rund 2.000 Haushalte mit der Unterstützung des Amtes für Wohnen und Stadterneuerung eine geförderte Wohnung beziehen können. Etwa die Hälfte der Wohnungen wurde von Ein- bzw. Zwei-Personen-Haushalten bezogen. Kinderreiche Familien und andere Haushalte mit fünf und mehr Personen sind verstärkt auf Hilfe bei der Wohnraumversorgung angewiesen. Das Angebot an geförderten familiengeeigneten Wohnungen ist knapp und auf dem frei finanzierten Wohnungsmarkt ist die Konkurrenz groß. Am 31.12.2017 waren beim Amt für Wohnen und Stadterneuerung 1.890 Haushalte wohnungssuchend vorgemerkt, die nicht mit einer passenden geförderten Wohnung versorgt werden konnten. Im Vergleich zum Jahr 2005 hat sich die Zahl der ‚unterversorgten‘ Haushalte um 36 Prozent erhöht.

Maßnahmenpaket zur Deckung der Wohnungsnachfrage

Zur Entlastung des angespannten Wohnungsmarktes ist es Ziel der Dortmunder Wohnungspolitik, dass Wohnraumangebote für alle Nachfragegruppen geschaffen werden sollen („Wohnen für alle“). Die Ankurbelung des Neubaus gehört ebenso dazu wie die Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Wohnungsbestandes unter Berücksichtigung ökologischer und demografischer Aspekte. Die vielschichtig ausgerichtete Wohnungsbauoffensive der Stadt Dortmund zeigt mittlerweile erste Erfolge: Im Jahr 2017 wurden 1.475 Wohnungen fertiggestellt. Die Fertigstellungen sind damit um rund 50 Prozent im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen.

25 Prozent der geplanten Wohneinheiten für geförderten Mietwohnungsneubau

Vor dem Hintergrund steigender Mieten und Baukosten, des stark reduzierten Sozialwohnungsbestandes sowie der hohen Nachfrage nach preiswertem Wohnraum stellt die Schaffung von bezahlbaren Wohnungsangeboten eine besondere wohnungspolitische Herausforderung dar. Der geförderte Wohnungsbau mit den entsprechenden Mietpreis- und Belegungsbindungen ist dabei eines der wenigen Steuerungselemente. Dabei liegen die Bewilligungsmieten in Dortmund bei 5,25 Euro/m² netto kalt (bis einschließlich 2017) bzw. 5,55 Euro/m² (ab 2018) deutlich unter den mittleren Angebotsmieten im Bereich des frei finanzierten Neubaus (2017: 10,50 €/m²). Zur konsequenten Flächensicherung für geförderten Wohnraum im gesamten Stadtgebiet hat der Rat bereits am 10.04.2014 einen Beschluss zur sogenannten 25 Prozent-Quote gefasst. Demnach sind im Rahmen der Entwicklung neuer Wohnbauflächen in der Regel 25 Prozent der geplanten Wohneinheiten für den geförderten Mietwohnungsneubau vorzusehen. Die Regelung gilt gleichermaßen für Projekte auf städtischen als auch auf privaten Grundstücken. Die auf Grundlage des Ratsbeschlusses entstandenen bzw. zukünftig entstehenden geförderten Mietwohnungen verteilen sich über das gesamte Stadtgebiet. Auch in Stadtbezirken mit einem vergleichsweise hohen Mietniveau konnten und können dadurch bezahlbare und gleichzeitig qualitativ hochwertige Mietwohnungen realisiert werden. Damit wird ein wichtiger Beitrag geleistet, einem wohnungsmarktbedingten Segregationsprozess entgegenzuwirken.

Insgesamt wurden in den Jahren 2015 bis 2017 Fördermittel für den Neubau von 894 Mietwohnungen (inkl. 64 Mieteinfamilienhäuser) bewilligt. Zusätzlich konnten durch die Bewilligung von Modernisierungsfördermittel in den letzten drei Jahren für insgesamt 1.522 Mietwohnungen (inkl. 189 Wohnheimplätze für Studierende) Mietpreis- und Belegungsbindungen geschaffen bzw. bereits bestehende verlängert werden.

Investitionen der Stadt

Neben einer kontinuierlichen Investorenakquise für weitere geförderte Neubau- und Modernisierungsprojekte investiert die Stadt Dortmund selbst bzw. durch die Dortmunder Stadtentwicklungsgesellschaft auf städtischen Grundstücken (einschließlich Sondervermögen) in den sozialen Wohnungsbau. Rund 180 geförderte Mietwohnungen werden an den Standorten Zum Erdbeerfeld (Mengede), Holtestraße (Lütgendortmund) und Fuchteystraße (Huckarde) errichtet.

Neufestlegung der Mietobergrenze

Die zunehmende Anspannung auf dem Dortmunder Wohnungsmarkt, insbesondere im Marktsegment der preiswerten Mietwohnungen, hat dazu geführt, dass die im Jahr 2005 festgelegten Mietobergrenzen zur Bestimmung der angemessenen Kosten der Unterkunft nicht mehr geeignet waren, dass sich Haushalte im SGB II- und SGB XII-Bezug ausreichend mit Wohnraum versorgen können. Auf Grundlage eines schlüssigen Konzeptes wurden im Jahre 2017 neue Grenzen für die Nettokaltmieten je nach Größe der Bedarfsgemeinschaft hergeleitet und durch die Stadt Dortmund als Richtwerte für die Bestimmung der angemessenen Kosten der Unterkunft festgeschrieben. Die neuen Mietobergrenzen liegen zum Teil sehr deutlich über den bisherigen Werten. Um der aktuell dynamischen Marktsituation Rechnung zu tragen, wird das Konzept zunächst jährlich fortgeschrieben.

Fazit

Der ehemals als entspannt geltenden Darmstädter Wohnungsmarkt hat sich im Laufe der letzten Jahre immer weiter angespannt. Der Nachfragedruck und die Konkurrenzsituation sind im Bereich der preiswerten Mietwohnungen für Ein- bis Zwei-Personen- sowie für größere Familienhaushalte am stärksten. Zur Entlastung des angespannten Wohnungsmarktes ist eine bedarfsorientierte Angebotserweiterung notwendig. Die Schaffung und Sicherung von bezahlbarem Wohnraum im gesamten Stadtgebiet hat in diesem Zusammenhang eine hohe wohnungs- und sozialpolitische Bedeutung.

Der geförderte Wohnungsbau ist ein geeignetes Instrument, einen Teil der Nachfrage nach preiswertem Wohnraum zu decken. Es ist dringend erforderlich, das Niveau der Fördertätigkeit für Neubau- und Bestandsmaßnahmen der letzten Jahre mindestens zu halten.

Die konsequente Flächensicherung für den geförderten Mietwohnungsneubau im Rahmen von Bebauungsplanverfahren (sogenannte „25 Prozent-Quote“) leistet dazu einen wichtigen Beitrag. Darüber hinaus ist es sinnvoll, die Angemessenheitsgrenzen gem. § 22 SGB II bzw. § 35 SGB XII im unteren Preissegment marktorientiert zu gestalten, um leistungsbeziehenden Haushalten den Zugang zu Wohnungsangeboten in ausreichendem Maße auch auf dem freifinanzierten Wohnungsmarkt zu ermöglichen.

5.6 Bildung

Bildung in der Schule

Als zentrale und verpflichtende Bildungseinrichtung für alle Kinder und Jugendlichen leistet die Schule in einem entscheidenden lebensbiografischen Abschnitt einen zentralen Beitrag für Bildungschancen und Bildungsgerechtigkeit. Das folgende Kapitel ‚Bildung in der Schule‘ liefert Daten zu den Übergangsempfehlungen am Ende der Grundschulzeit, den Übergängen in weiterführende Schulen und zu den erreichten Schulabschlüssen. Dabei werden jeweils zunächst die gesamtstädtischen Daten vorgestellt, die in Beziehung zu den NRW-Daten gesetzt werden. Dann wird der Blick auf die einzelnen Sozialräume gerichtet¹². So ergibt sich ein differenzierteres Bild von Bildungschancen und -erfolgen in Abhängigkeit von der Lage des sozialen Raums¹³.

Tabelle 2: Anzahl der Schulen in Dortmund

Schulform	2016/17	2004/05
Grundschulen	89	93
Hauptschulen	9	17
Förderschulen	18	21
Sekundarschule	1	-
Realschulen	14	14
Gesamtschulen	9	9
Gymnasien	16	15
Freie Waldorfschulen	3	3
Berufliche Schulen	14*	16*
Weiterbildungskollegs	2	3
	175	191

Quelle: IT.NRW, Düsseldorf 2018 *eigene Berechnungen

Entwicklung der Zahl der Schülerinnen und Schüler¹⁴

Die Zahl der Schulen insgesamt ist in Dortmund von 191 im Schuljahr 2004/2005 auf 175 im Schuljahr 2016/2017 gesunken (vgl. Tabelle 2). Dabei ist insbesondere die Zahl der Grund- und der Hauptschulen zurückgegangen. Gestiegen sind lediglich die Zahl der Sekundarschulen (+1) und die Zahl der Gymnasien (+1).

Der Rückgang der Zahl der Schülerinnen und Schüler an den Grundschulen (vgl. Tabelle 3) ist Ergebnis der vorausgegangenen negativen Geburtenentwicklung, die erst im Zuge der Zuwanderungen zum Teil, aber nicht gänzlich, ausgeglichen wurde.

12 Für die folgenden Ausführungen und Abbildungen werden unterschiedliche Datenquellen genutzt: für den Vergleich NRW und Dortmund Daten von IT.NRW, für die Auswertungen auf Sozialraumbene Daten aus SchildNRW. Da beide Datenquellen unterschiedliche Zeitpunkte des Abzuges nutzen, kommt es zu Abweichungen. Weitere Abweichungen ergeben sich dadurch, dass in den IT.NRW-Daten alle öffentlichen und privaten Schulen in Dortmund erfasst sind (bei den Übergängen von der Grundschule zur weiterführenden Schule alle Schulabgänger/innen der Dortmunder Grundschulen, unabhängig davon, ob sie auf eine Schule in oder außerhalb Dortmunds wechseln). In den SchildNRW Daten sind alle Schülerinnen und Schüler mit ihrem Wohnort ausgewiesen. Enthalten sind alle öffentlichen Schulen Dortmunds, sowohl bei den Übergängen als auch bei den Abgängen. Im Unterschied zu den Daten von IT.NRW können bei den Übergängen nicht die Schüler/innen ausgewiesen werden, die von einer Dortmunder Grundschule auf eine weiterführende Schule außerhalb Dortmunds gehen.

13 Es ist zu beachten, dass in den folgenden Ausführungen zu erreichten Schulabschlüssen die beruflichen Schulen noch nicht berücksichtigt werden konnten. Hierzu sind derzeit ausführlichere Veröffentlichungen aus dem Fachbereich Schule geplant.

14 Betrachtet wird die Entwicklung der Schüler/innenzahlen im Vergleich der Schuljahre 2004/2005 und 2016/2017, differenziert nach Schulformen. Von IT.NRW liegen z.Zt. nur Daten für das Schuljahr 2016/17 vor. Die SchildNRW Daten liegen für das Schuljahr 2017/18 vor.

Tabelle 3: Anzahl der Schülerinnen und Schüler in Dortmund nach Schulform

Anzahl der Schülerinnen und Schüler in Dortmund nach Schulform	2004/2005	2014/15	2015/16	2016/2017	Veränderungen 2004/05 bis 2016/17 in Prozent
Grundschule	22.481	19.744	19.970	20.757	-7,7
Hauptschule	6.265	2.927	2.783	2.787	-55,5
Realschule	9.132	7.743	7.715	7.760	-15,0
Gymnasium	14.205	14.612	14.642	14.601	2,8
Gesamtschule	9.250	9.186	9.210	9.405	1,7
Sekundarschule	-	236	293	374	-
Förderschulen	3.898	2.735	2.595	2.525	-35,2
Freie Waldorfschulen	863	1.061	1.046	1.048	21,4
Weiterbildungskollegs	1798*	1.694	1.589	1.573	-12,5
Berufliche Schulen	24.660*	25.637	25.308	25.390	3,0

Quelle: IT.NRW, Düsseldorf 2018 und eigene Berechnungen; *Für die Weiterbildungskollegs und die Beruflichen Schulen konnte nur die Schüler/innenzahl von 2006/07 ermittelt werden

Aktuell steigt die Zahl der Grundschüler/innen tendenziell wieder an. Auch für die kommenden Jahre kann mit einem weiteren Anstieg gerechnet werden. Die Hauptschulen sind seit vielen Jahren die ‚Verliererinnen‘ in der Konkurrenz der weiterführenden Bildungsgänge; das gilt für Dortmund wie für alle Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Eltern wünschen sich für ihre Kinder einen möglichst hohen Bildungsabschluss, für viele ist daher die Hauptschule keine Option. Die Zahlen an den Gesamtschulen sind leicht gestiegen - entgegen der Tendenz an allen anderen Schulformen. In jedem Jahr gibt es Anmeldeüberhänge, d.h. nicht alle Kinder können aufgenommen werden. Der Rückgang der Zahl der Schülerinnen und Schüler an den Förderschulen ergibt sich daraus, dass zunehmend mehr Kinder und Jugendliche mit Förderbedarf im inklusiven Lernen an Regelschulen wechseln. Der Rückgang der Zahlen an Dortmunder Gymnasien zwischen 2004/05 und 2016/17 erklärt sich in der Schulzeitverkürzung durch den Wechsel G9/G8; die Nachfrage ist hier nicht gesunken, sondern steigt weiterhin an.

Schulwahlverhalten nach der Grundschule

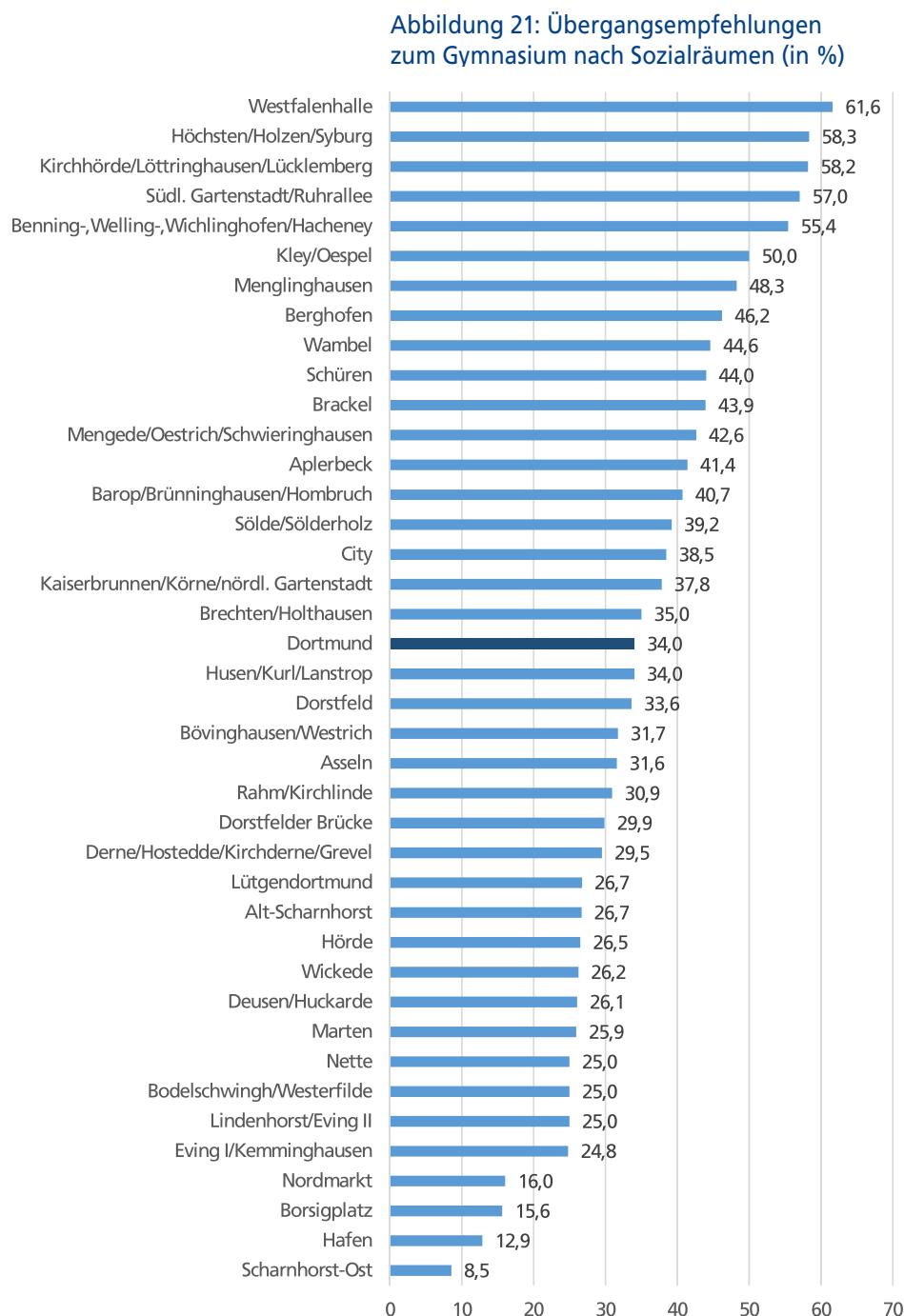
Eine der bedeutendsten Weichenstellungen für den weiteren Bildungsverlauf ist der Übergang von der Grundschule zur weiterführenden Schule. Die Wahl der weiterführenden Schulen mit Beginn des 10. Lebensjahres stellt die Weichen dafür, welche Qualifikationen die Schülerinnen und Schüler für sich erreichen können. Sie beeinflusst damit auch ihren späteren beruflichen Erfolg und ihre sozioökonomische Position. Seit 2011 vergeben in NRW die Grundschulen keine verbindlichen Grundschulgutachten mehr, sondern nur noch eine Empfehlung, welche weiterführende Schulform geeignet ist. Eine solche Empfehlung wird lediglich für die Schulformen Gymnasium, Realschule oder Hauptschule ausgesprochen. Zusätzlich kann eine eingeschränkte Empfehlung für eine zweite Schulform ausgesprochen werden. Eine Empfehlung für eine Gesamt- oder Sekundarschule braucht es nicht. Über die Wahl der Schulform entscheiden die Eltern.

Welche Schulformempfehlung ein Kind erhält und auf welche Schulform es dann tatsächlich wechseln wird, steht nachweislich in einem starken Zusammenhang mit der sozialen Lage der Herkunftsfamilie und damit auch mit dem Wohnort des Kindes. Berücksichtigt wird im Folgenden nur die ‚erste‘ Schulformempfehlung.

Übergangsempfehlungen zur weiterführenden Schule

Zum Schuljahr 2016/17 erhielten insgesamt 34 Prozent der Kinder in Dortmund eine Empfehlung zum Besuch des Gymnasiums, 30,6 Prozent eine Realschulempfehlung und 15,4 Prozent eine Hauptschulempfehlung. Hier zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Sozialräumen.

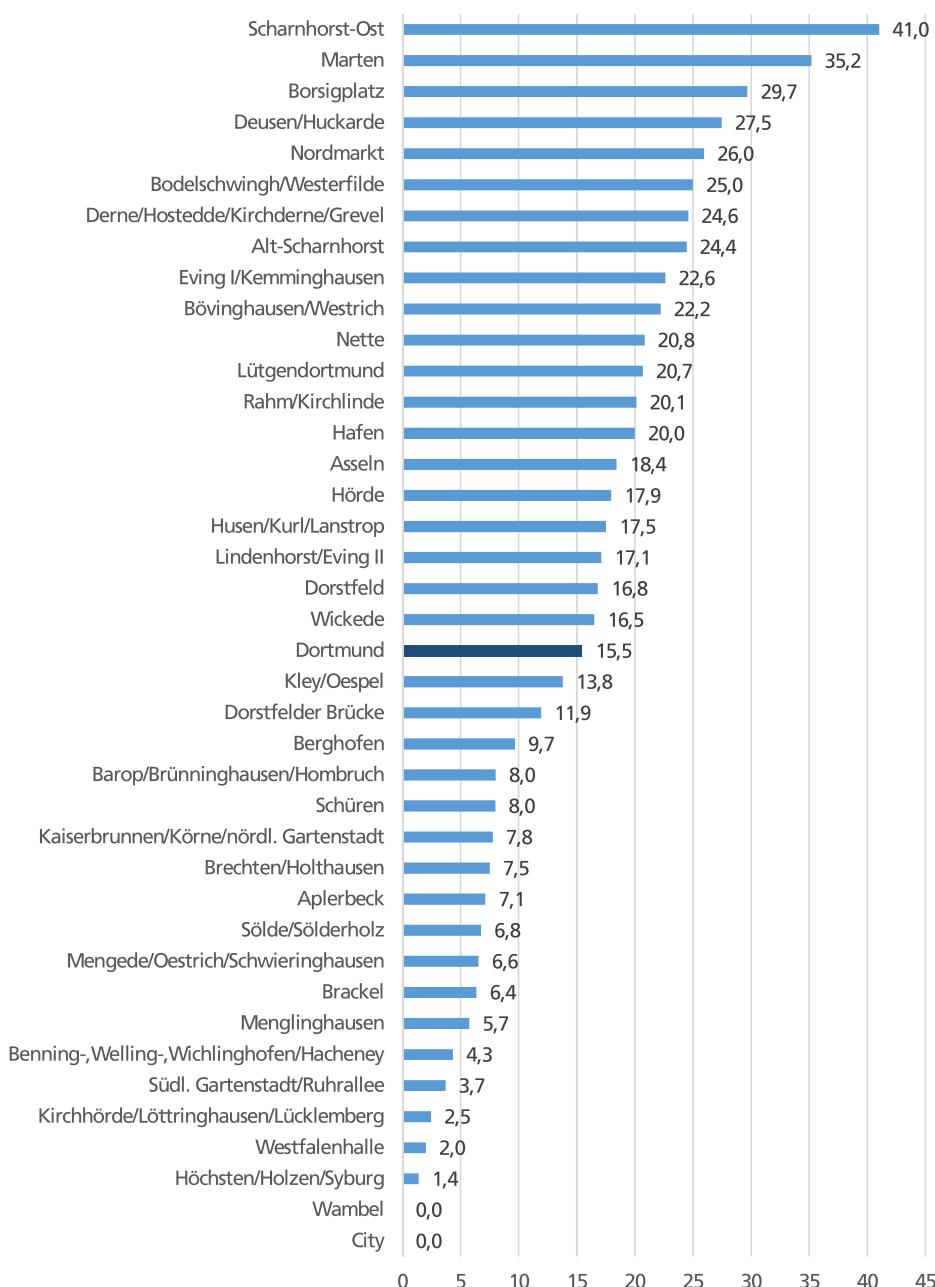
Die folgenden Abbildungen zeigen die breite Spreizung der Übergangsempfehlungen in den verschiedenen Sozialräumen der Stadt. So variieren die Gymnasialempfehlungen zwischen über 61,0 Prozent im Sozialraum Westfalenhalle und 8,5 Prozent in Scharnhorst-Ost.



Quelle: SchildNRW 2017/18;
eigene Berechnungen

Eine ähnlich große Spannbreite zeigt der Blick auf die Empfehlungen zur Hauptschule. Die Quote liegt zwischen 0,0 Prozent in den Sozialräumen City und Wambel und 41,0 Prozent im Sozialraum Scharnhorst-Ost.

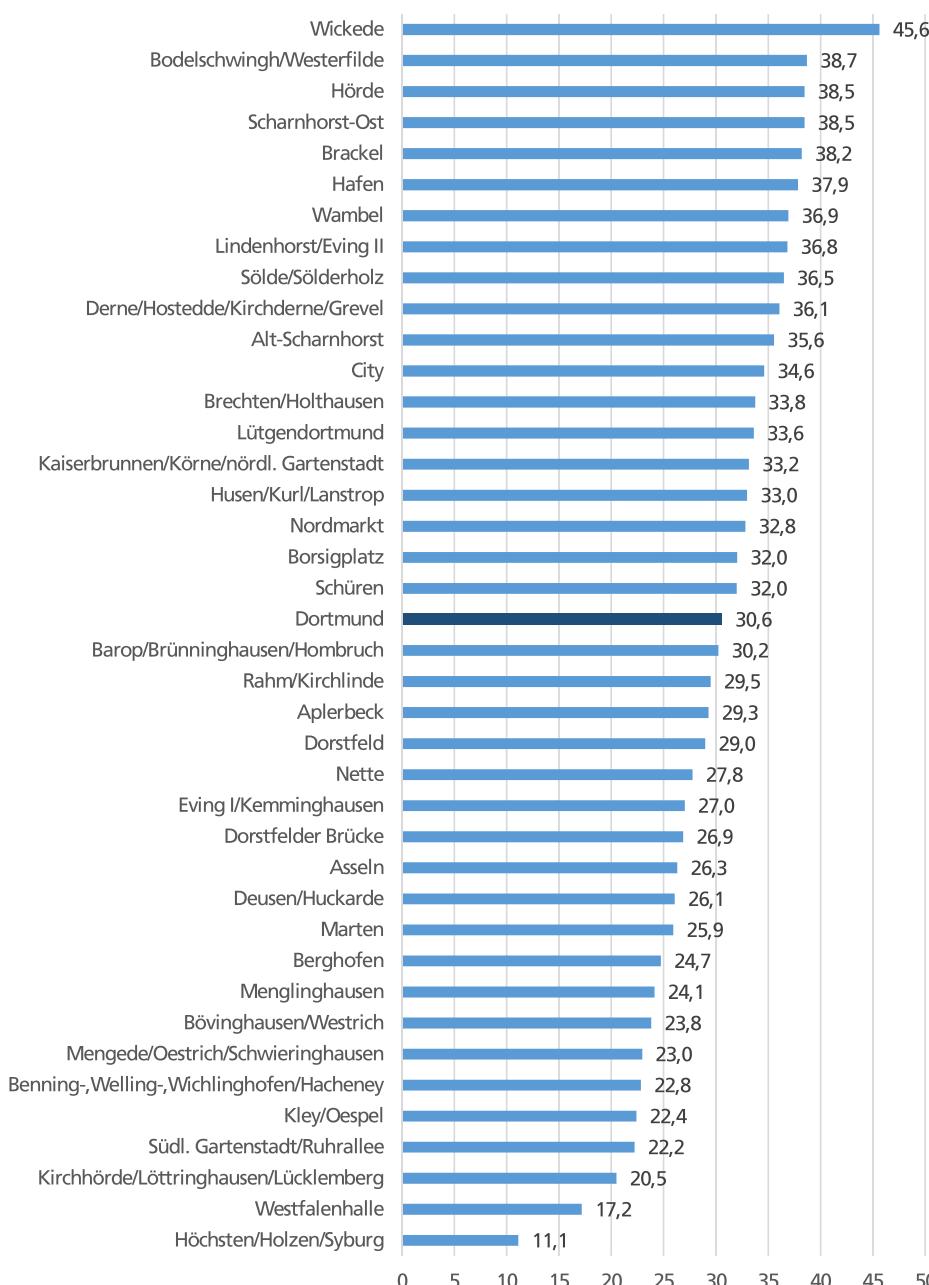
Abbildung 22: Übergangsempfehlungen zur Hauptschule nach Sozialräumen (in %)



Quelle: SchildNRW 2017/18; eigene Berechnungen

Deutlich geringere Unterschiede zeigen sich bei den Empfehlungen zur Realschule. Hier bewegt sich die Spannbreite zwischen 11,1 Prozent in Höchsten/Holzen/Syburg und 45,6 Prozent in Wickedede. Allerdings liegen die meisten Sozialräume zwischen 20,0 und 30,0 Prozent.

Abbildung 23: Übergangsempfehlungen zur Realschule nach Sozialräumen (in %)



Quelle: SchildNRW 2017/18; eigene Berechnungen

Deutlicher Zusammenhang von Schulwahlempfehlung und sozialer Lage

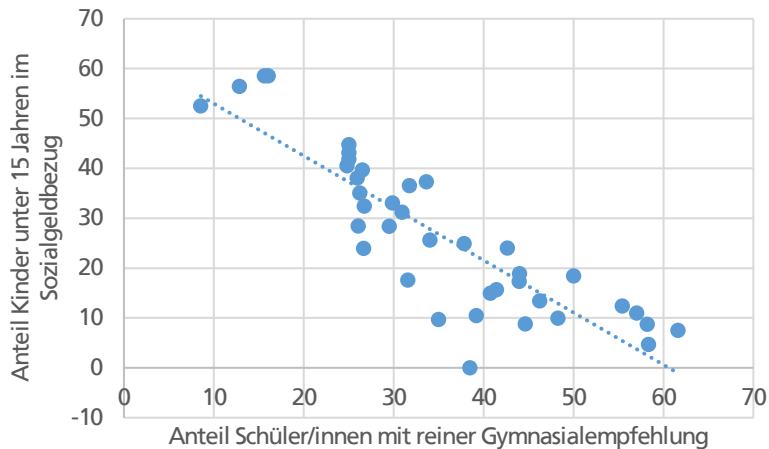
Die bisherigen Befunde belegen, dass die Schulwahlempfehlung zwischen den verschiedenen Dortmunder Sozialräumen variiert. Hier zeigt sich: Je niedriger die Quote der Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren mit Sozialgeldbezug im Sozialraum ist, desto höher ist der prozentuale Anteil der Gymnasialempfehlungen in diesem Raum. Umgekehrt gilt: Je höher der Anteil der Kinder und Jugendlichen im Sozialgeldbezug, desto niedriger ist die Quote der Gymnasialempfehlungen und desto höher die Quote der Hauptschulempfehlungen.

Anders formuliert heißt dies: Je stärker der Sozialraum sozial benachteiligt ist, in dem die Kinder leben, desto geringer sind ihre Chancen, auf ein Gymnasium zu wechseln. Studien¹⁵ zeigen, dass nicht allein das Leistungsvermögen der Kinder entscheidet, welche Schulformempfehlung ein Kind bekommt, sondern auch die Einschätzung der Lehrerinnen und Lehrer in Bezug auf die Entwicklungschancen der Kinder, d.h. die erwartete familiäre Unterstützung oder die Erreichbarkeit einer adäquaten Schule. Hier ist zudem zu beachten, dass das Schulformangebot in Dortmund (wie auch in anderen Großstädten) ungleich über die Sozialräume verteilt ist: Ob ein Kind an eine Hauptschule wechselt, hängt auch damit zusammen, dass in der näheren Umgebung eine Hauptschule zu finden ist. In Dortmund liegen sechs der insgesamt neun Hauptschulen im

Schuljahr 2016/17 in einem der dreizehn Aktionsräume. Zudem sind die Schülerinnen und Schüler in sozial benachteiligten Sozialräumen häufig weniger mobil, suchen nahegelegene Schulen auf und verbleiben in ‚ihrem‘ Sozialraum. Umso wichtiger ist es, hier ein attraktives Schulformangebot zu stellen, das ihnen Bildungschancen sichern kann. Die folgenden Abbildungen setzen die Schulwahlempfehlungen ins Verhältnis zur sozialen Lage der Sozialräume. Dabei steht hinter jedem Punkt in der Abbildung ein Sozialraum in Dortmund. In den vier sozial benachteiligten Sozialräumen Dortmunds (höchste Sozialgeldquote der unter 15-jährigen) erhalten weniger als 10,0 Prozent der Kinder eine Empfehlung zum Besuch des Gymnasiums, aber über 50,0 Prozent eine Hauptschulempfehlung. Somit hat ein Kind, das in einem sozial benachteiligten Sozialraum aufwächst, eine geringere Chance eine Gymnasialempfehlung zu erhalten als Kinder in sozial privilegierten Sozialräumen.

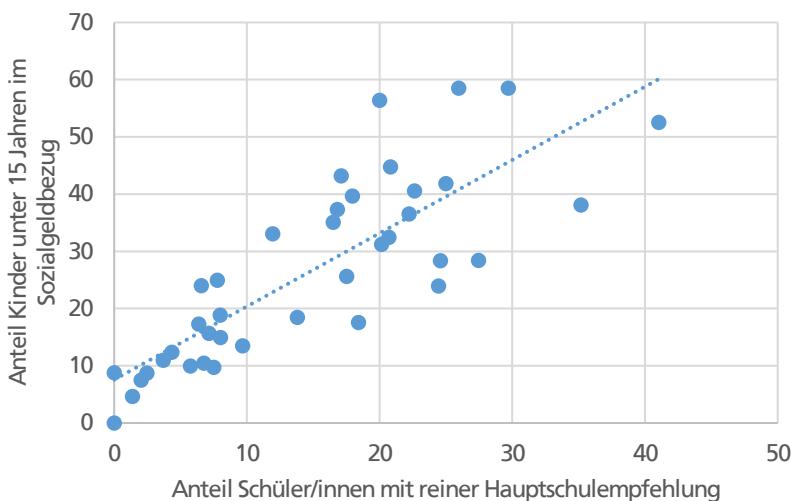
15 hier z.B. Baumert et al: ‚Der Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule - Leistungsgerechtigkeit und regionale, soziale und ethnisch-kulturelle Disparitäten: Zusammenfassung der zentralen Befunde‘. In Maaz et al. (Hrsg.): ‚Der Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule: Leistungsgerechtigkeit und regionale, soziale und ethnisch-kulturelle Disparitäten.‘ 2010.

Abbildung 24: Schulwahlempfehlungen und soziale Lage – Sozialgeld und Gymnasialempfehlung (in %)



Quelle: SchildNRW 2017/18 und Dortmunder Statistik; eigene Berechnungen (die Daten zum Sozialgeld Stichtag 31.12.2017)

Abbildung 25: Schulwahlempfehlungen und soziale Lage – Sozialgeld und Hauptschulempfehlung (in %)



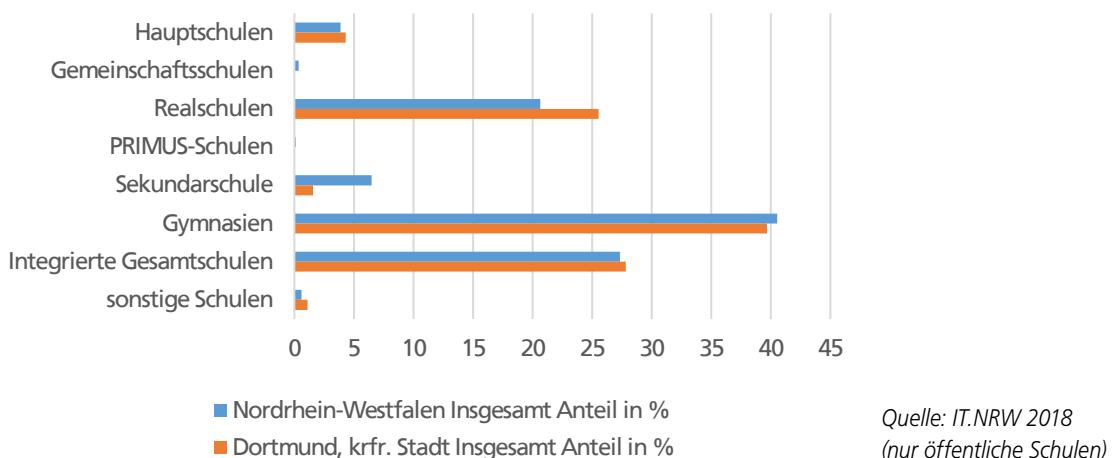
Quelle: SchildNRW 2017/18 und Dortmunder Statistik; eigene Berechnungen (die Daten zum Sozialgeld Stichtag 31.12.2017)

Tatsächliche Übergänge nach der Grundschule

Die letztendliche Entscheidung über die weiterführende Schule treffen - wie bereits oben formuliert - die Eltern. Die Zahlen der tatsächlichen Übergänge weichen daher von den Schulwahlempfehlungen ab. Im Schuljahr 2016/2017 haben 4.649 Schülerinnen und Schüler in Dortmund zu

einer weiterführenden Schule gewechselt, 25,5 Prozent davon zu einer Realschule, 39,7 Prozent zu einem Gymnasium und 27,8 Prozent zu einer Gesamtschule. Lediglich 4,3 Prozent besuchten eine Hauptschule. Auf die einzige Sekundarschule in Dortmund geht insgesamt 1,6 Prozent der Schülerinnen und Schüler. Die Anteile in Dortmund weichen nur geringfügig von denen in Nordrhein-Westfalen ab.

Abbildung 26: Übergänge in verschiedene Schulformen in Dortmund im Vergleich zu Nordrhein-Westfalen



Übergänge an weiterführende Schulen variieren nach Sozialräumen

Insgesamt folgen 93,3 Prozent der Schülerinnen und Schüler einer Gymnasialempfehlung, 62,9 Prozent wechseln mit einer Realschulempfehlung an eine Realschule. Dagegen folgen lediglich 30,4 Prozent einer Hauptschulempfehlung. Hier gilt wieder zu berücksichtigen, dass nur die erste ausgesprochene Schulformempfehlung in die Untersuchung einbezogen wurde. Zudem sind nicht die Schulformempfehlungen und die Schulwahl für alle Dortmunder Kinder bekannt: So wird für Schülerinnen und Schüler, die aus dem Ausland zuwandern, keine Empfehlung für den Übergang ausgesprochen.

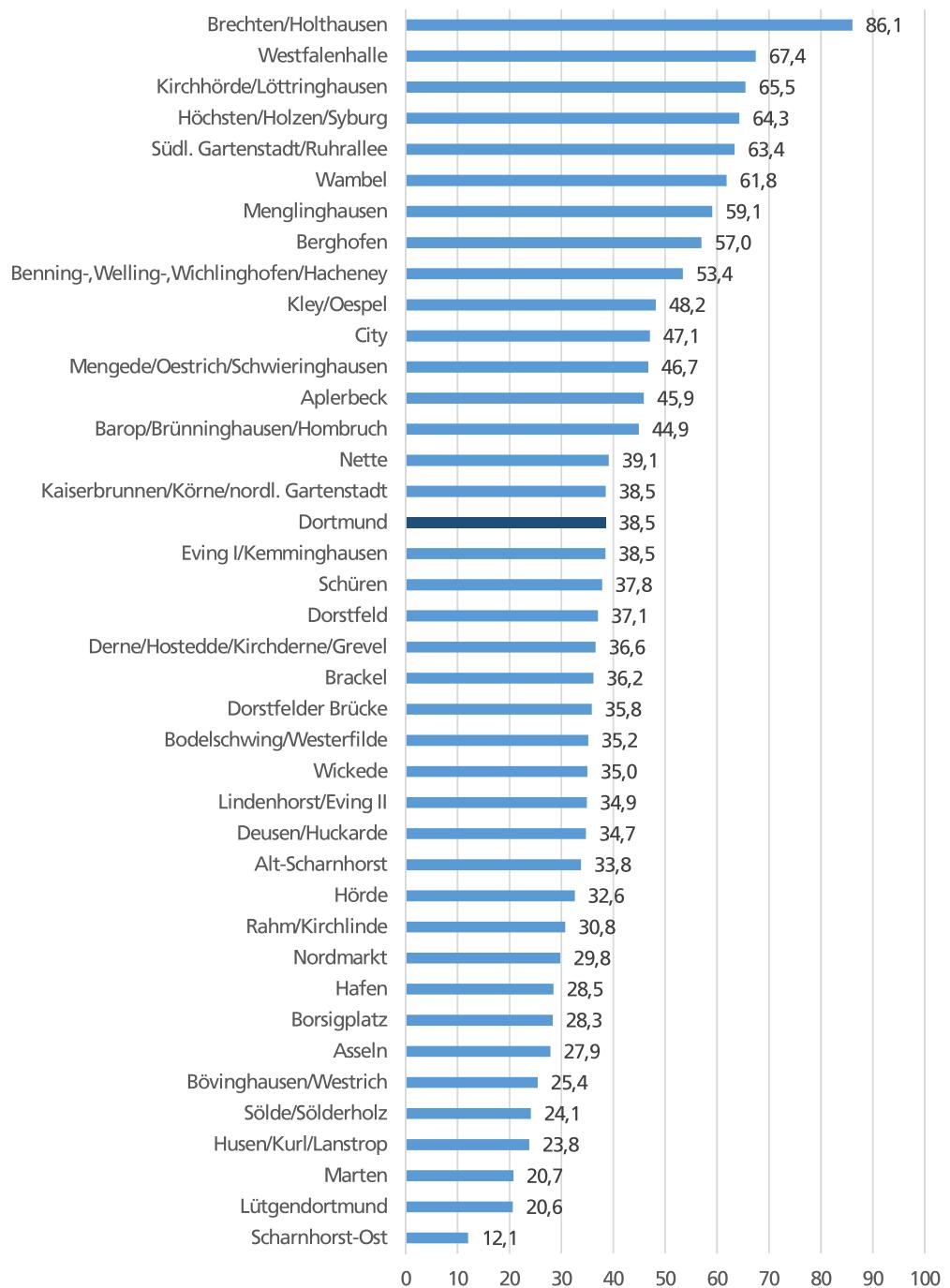
Anders als bei den Schulformempfehlungen ist bei den tatsächlichen Übergängen die Gesamtschule von Bedeutung. Die Gesamtschule bietet allen Kindern - unabhängig von der Schulformempfehlung - die Möglichkeit, einen Schulabschluss vom Hauptschulabschluss bis zum Abitur zu erwerben. So besuchen 52,8 Prozent der Schülerinnen und Schüler mit Hauptschulempfehlung eine Gesamtschule, immerhin noch 23,9 Prozent der Kinder mit einer Realschulempfehlung, sowie nur 4,0 Prozent mit einer Gymnasialempfehlung (von rund 20,0 Prozent ist die Empfehlung nicht bekannt). Ob die Schulformempfehlung der tatsächlich gewählten Schulform gleicht, steht in Zusammenhang mit der sozialen Lage. Studien und die vorliegende Datengrundlage zeigen,

dass Familien, die in sozial benachteiligten Sozialräumen leben, häufiger einer Schulformempfehlung folgen, als Familien, die in privilegierten Sozialräumen leben.

Der Blick auf die folgenden Abbildungen zeigt, dass auch die tatsächlichen Übergänge auf die verschiedenen Schulformen von der sozialen Lage des Sozialraums abhängen. Hier nimmt wie oben beschrieben auch das ungleiche Schulformangebot vor Ort Einfluss. Auf welche Schule und welche Schulform ein Kind tatsächlich wechselt, steht darüber hinaus aber auch in Zusammenhang mit der sozialen Lage der Herkunfts-familie und ihrer jeweiligen Bildungsaspiration.

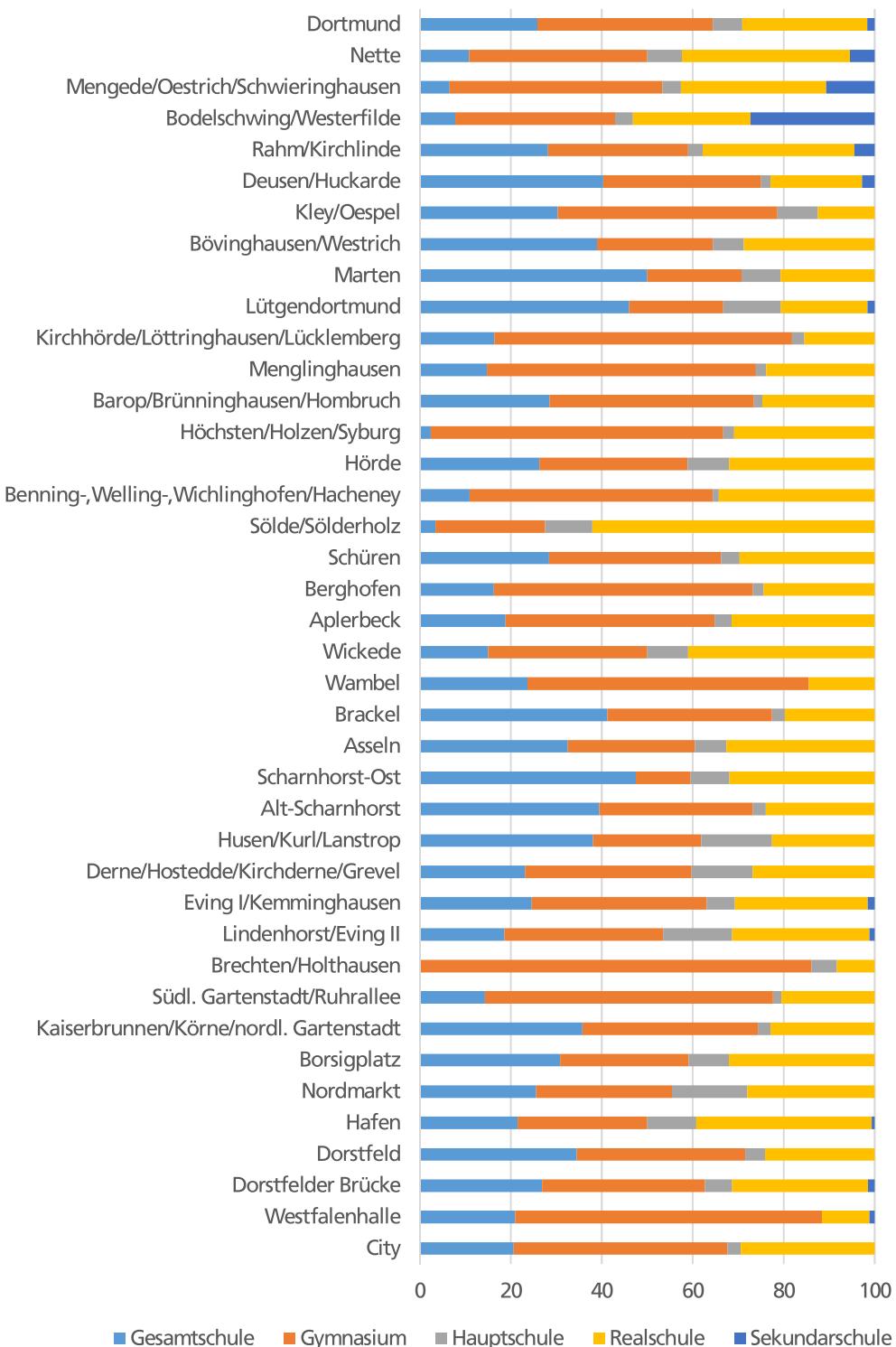
Bemerkenswert ist beispielsweise die hohe Quote der Kinder aus Brechten/Holthausen, die auf ein Gymnasium wechseln (über 85,0 Prozent), denn eine Gymnasialempfehlung als erste Schulformempfehlung haben hier nur rund 35,0 Prozent erhalten.

Abbildung 27: Übergänge zum Gymnasium 2017/18 (in %)



Quelle: SchildNRW 2017/18; eigene Berechnungen

Abbildung 28: Übergänge an die weiterführenden Schulen nach Sozialräumen (in %)



Quelle: SchildNRW 2017/18; eigene Berechnungen

In Scharnhorst-Ost haben rund 10,0 Prozent der Schülerinnen und Schüler eine Gymnasialempfehlung erhalten, etwa 13,0 Prozent wechselten an ein Gymnasium. Dabei spielt sicherlich die Erreichbarkeit der Gesamtschulen und der Gymnasien eine Rolle.

In Dortmund gibt es seit dem Schuljahr 2012/13 eine Sekundarschule, die im Sozialraum Bodelschwingh/Westerfilde liegt und damit insbesondere in diesem Sozialraum und in den umliegenden Sozialräumen eine Rolle spielt. Da im Schuljahr 2017/18 die ersten Jugendlichen die Jahrgangsstufe 10 verlassen haben und somit für das Schuljahr 2016/17 keine Daten vorliegen, findet die Sekundarschule in den folgenden Ausführungen zu Schulabschlüssen keine weitere Erwähnung.

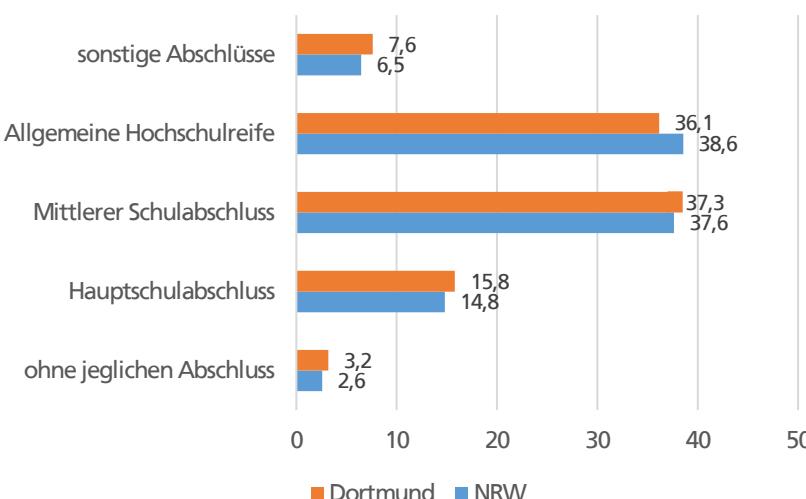
Schulabschlüsse

Der erreichte Schulabschluss hat eine wesentliche Bedeutung für den Eintritt in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und damit für die Berufs- und Lebenschancen.

Im Schuljahr 2016/2017 sind in Dortmund 5.486 Schülerinnen und Schüler aus den allgemeinbildenden Schulen entlassen worden. 175 Jugendliche haben die Schule ohne Abschluss verlassen, 240 mit einem Abschlusszeugnis der Förderschule (58 Geistige Entwicklung, 185 Lernen). Der größte Teil der Jugendlichen (2.044 Jugendliche) verließ die Schule mit dem Mittleren Schulabschluss, das Abitur (Gymnasium, Oberstufe der Gesamtschule) erreichten 1.983 Jugendliche. 686 Schülerinnen und Schüler erreichten den Hauptschulabschluss nach Klasse 10 und 181 Jugendliche den Hauptschulabschluss nach Klasse 9.

An dieser Stelle sei noch einmal darauf hingewiesen, dass die beruflichen Schulen hierbei nicht berücksichtigt werden konnten, aber in der Vergabe von Schulabschlüssen sowohl der Sekundarstufe I als auch II eine wichtige Rolle spielen.

Abbildung 29: Schulabschlüsse an Allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2016/17 (in %)



Quelle: IT.NRW 2018; eigene Berechnungen

Schulabschlüsse und soziale Lage der Schülerinnen und Schüler

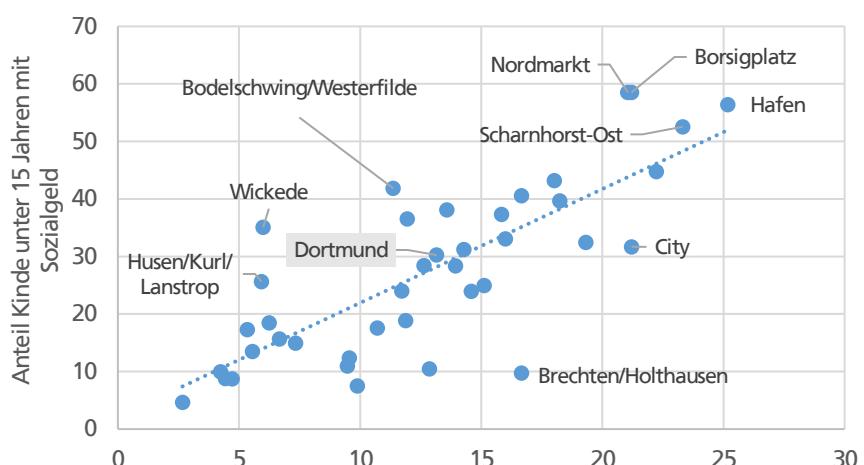
Die folgenden Abbildungen setzen die erreichten Schulabschlüsse ins Verhältnis zur sozialen Lage der Sozialräume, aus denen die Schülerinnen und Schüler kommen. Jeder Punkt in den Abbildungen steht für einen Sozialraum in Dortmund. Die eingezeichnete Gerade verdeutlicht, welche Abschlussquoten bei einer bestimmten Sozialgeldquote in einem Sozialraum erwartet werden könnten.

Insgesamt zeigt sich: Ein Kind hat eine geringere Chance, einen hohen Schulabschluss zu erreichen, wenn es in einem sozial benachteiligten Sozialraum aufwächst, also in einem Sozialraum mit einer entsprechend hohen Sozialgeldquote der unter 15-jährigen.

Die folgenden Abbildungen bestätigen, dass mit steigender Sozialgeldquote in einem Sozialraum auch der Anteil der Hauptschulabschlüsse wächst (Korrelation 0,7). Hier liegen die Sozialräume relativ nahe an dem Erwarteten und es gibt weniger ‚Ausreißer‘. Bei der Vergabe des Mittleren Schulabschlusses streuen die Sozialräume wesentlich stärker. Hier besteht ein geringerer Zusammenhang zwischen dem Sozialgeldbezug und dem Mittleren Schulabschluss (Korrelation 0,42). Bei dem Abitur ist der Zusammenhang gegenläufig: Ein niedriger Sozialgeldbezug steht im Zusammenhang mit einer hohen Abiturquote. (Korrelation von -0,72).

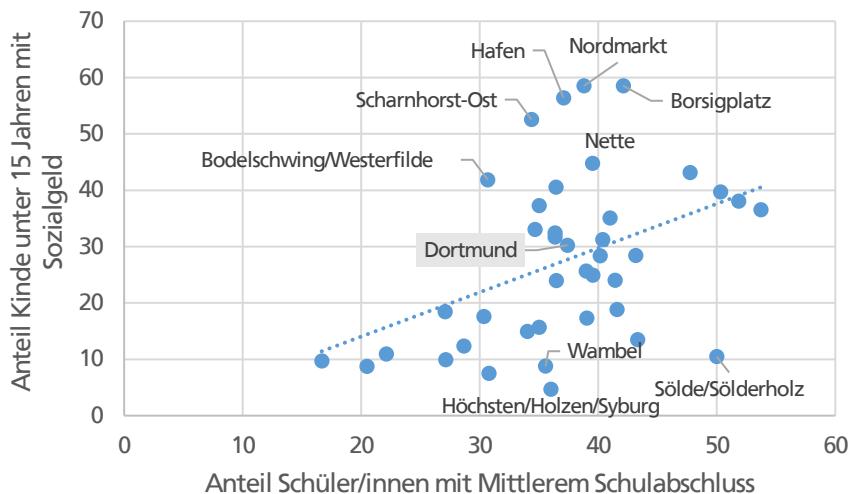
Interessant sind die Sozialräume in der Nordstadt und Scharnhorst-Ost, die stärker von dem Erwarteten abweichen. Hier gibt es eine höhere Abiturquote als mit Blick auf die Sozialgeldquote und auf Grundlage der beschriebenen Korrelationen in den übrigen Sozialräumen erwartet werden könnte. Ein wesentlicher Grund dafür können die Bemühungen der Schulen vor Ort für eine Verbesserung der Bildungschancen sein.

Abbildung 30: Schulabschlüsse und soziale Lage – Hauptschule und Sozialgeld (in %)



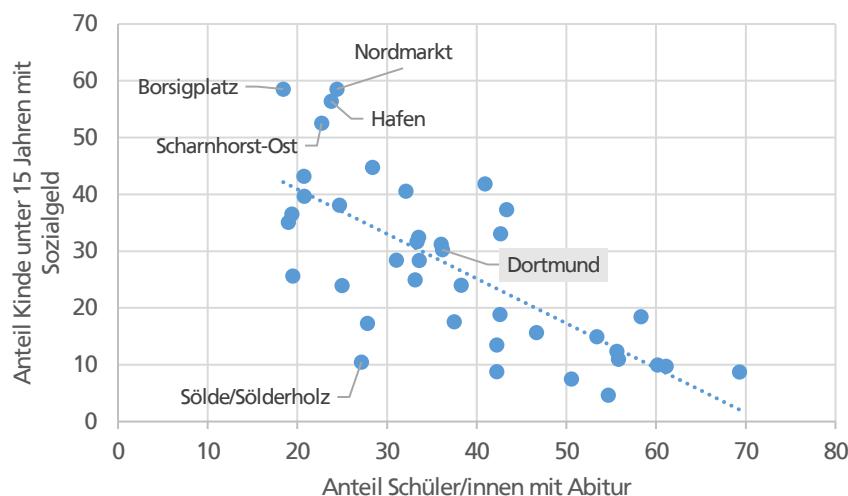
Quelle: SchildNRW 2017/18; eigene Berechnungen
(die Daten zum Sozialgeld Stichtag 31.12.2017)

Abbildung 31: Schulabschlüsse und soziale Lage – Mittlerer Schulabschluss und Sozialgeld (in %)



Quelle: SchildNRW 2017/18; eigene Berechnungen
(die Daten zum Sozialgeld Stichtag 31.12.2017)

Abbildung 32: Schulabschlüsse und soziale Lage – Abitur und Sozialgeld (in %)

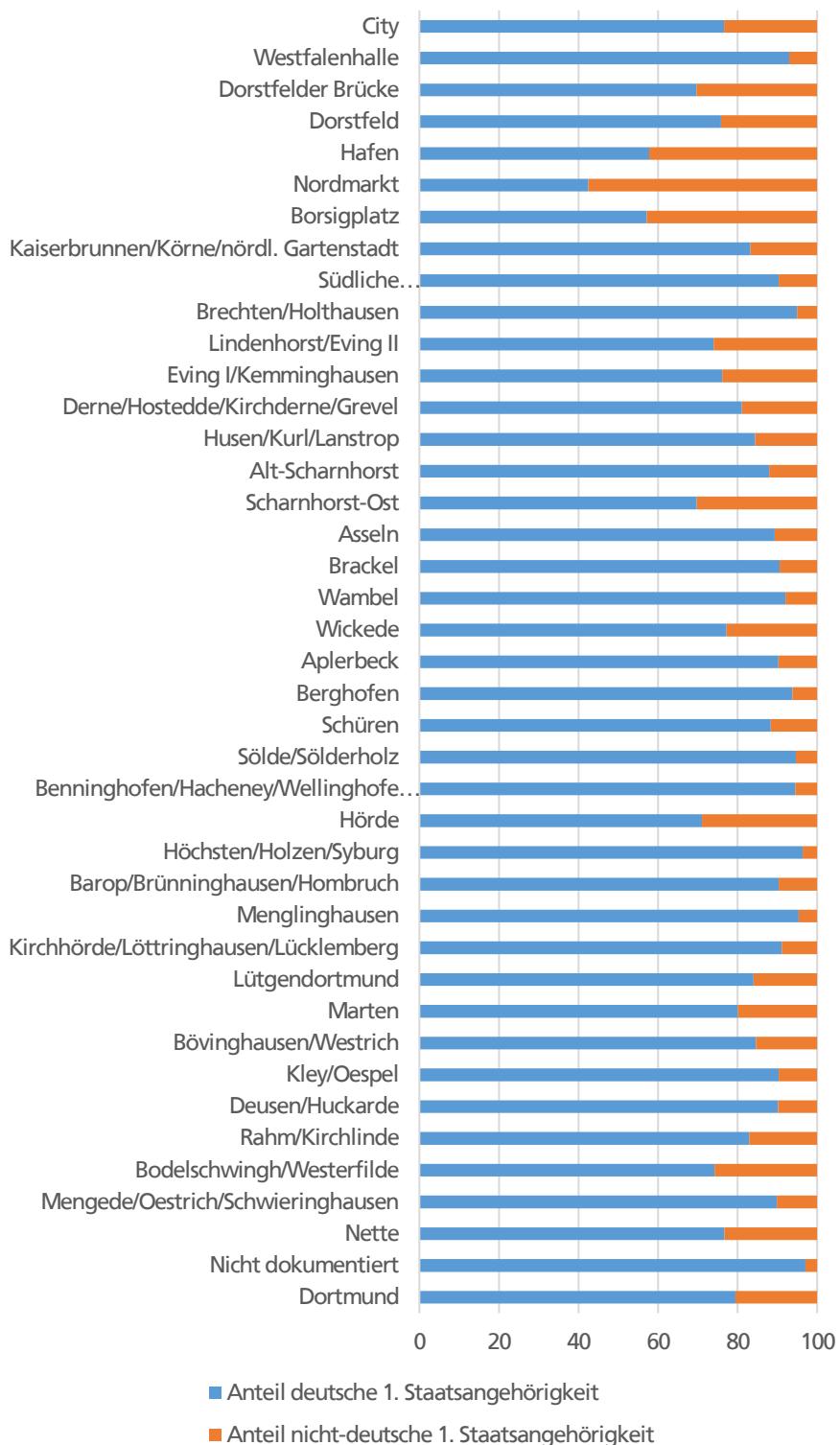


Quelle: SchildNRW 2017/18; eigene Berechnungen
(die Daten zum Sozialgeld Stichtag 31.12.2017)

Zum Teil weichen die Sozialräume, die am Rande des Dortmunder Stadtgebietes liegen, von dem Erwarteten ab, da die Schülerinnen und Schüler, die außerhalb von Dortmund eine Schule besuchen, nicht vollständig in der Datengrundlage abgebildet sind.

Auch hier sei noch einmal darauf hingewiesen, dass die Schulabschlüsse, die an Berufskollegs erreicht werden, nicht berücksichtigt werden konnten.

Abbildung 33: Grundschulen –
Anteile Kinder mit erster Staatsangehörigkeit deutsch und nicht-deutsch (in %)



Quelle: SchildNRW; eigene Berechnungen

Ausländische Kinder und Jugendliche

Ausländische Schülerinnen und Schüler haben im Bildungssystem häufig die schlechteren Chancen. Nur zum Teil lässt sich dies durch die soziale Lage der Familien erklären und ihre konkreten Lebensumstände vor Ort in den Sozialräumen, in denen sie aufwachsen. Eine genauere Analyse benötigte den Blick auf die verschiedenen Staatsangehörigkeiten und auch Informationen dazu, wie lange die Kinder und Jugendlichen in Deutschland leben. An dieser Stelle können jedoch nur wenige, zusammenfassende Zahlen dargestellt werden.

Betrachtet man die Zahl der Schülerinnen und Schüler in Dortmund insgesamt (SchildNRW 2017/18), besuchen 33,4 Prozent davon eine Grundschule und 66,6 Prozent eine weiterführende Schule. An den Grundschulen liegt der Anteil der ausländischen Kinder bei über 20,0 Prozent, bei den weiterführenden Schulen bei rund 16,0 Prozent. Das hängt auch damit zusammen, dass in den vergangenen Jahren überproportional viele Kinder im Grundschulalter mit ihren Familien neu zugezogen sind.

Insbesondere die Sozialräume in der Nordstadt (Hafen, Borsigplatz und Nordmarkt) weisen hohe Anteile ausländischer Kinder auf. In der Regel handelt es sich um Kinder, die die spanische, rumänische, bulgarische oder syrische Staatsangehörigkeit haben und zum Großteil noch nicht lange in Deutschland und in Dortmund leben.

Ausländische Kinder an den Grundschulen in Dortmund

20,6 Prozent der Grundschulkinder in Dortmund haben als erste Staatsangehörigkeit eine nicht-deutsche. In den Grundschulen der 39 Sozialräume sind die Anteile ausländischer Kinder sehr unterschiedlich hoch, am höchsten im Sozialraum Nordmarkt mit 57,5 Prozent, am geringsten in Höchsten/Holzen/Syburg, mit 3,7 Prozent.

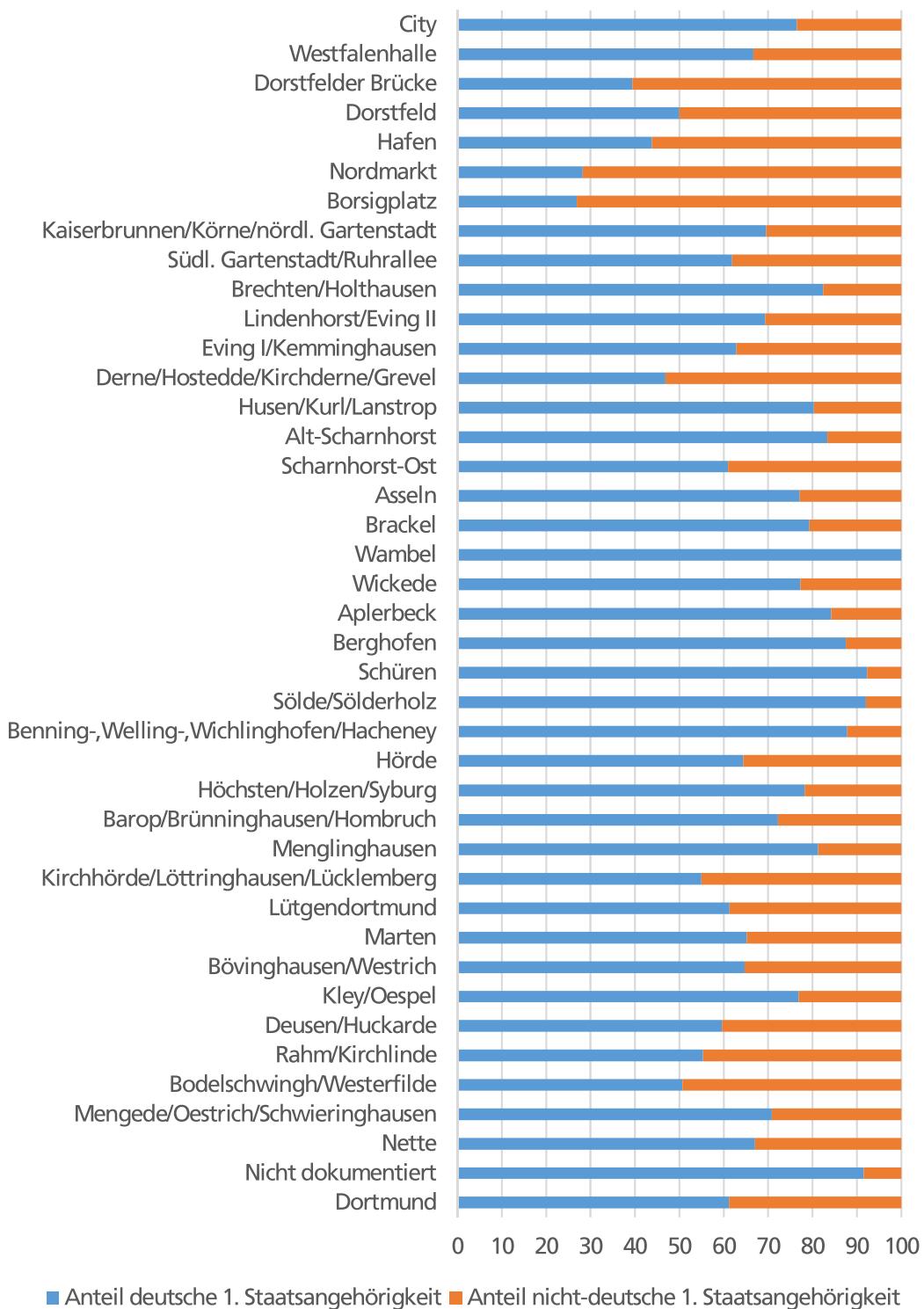
Ausländische Kinder an weiterführenden Schulen in Dortmund

Die folgenden Abbildungen vergleichen die Anteile der Schülerinnen und Schüler mit deutscher und nicht-deutscher Staatsangehörigkeit an den verschiedenen Schulformen nach Sozialraum. Es muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass sich die Gruppe der Schülerinnen und Schüler nicht-deutscher Staatsangehörigkeit so ungleich auf die 39 Sozialräume verteilt, dass in manchen Sozialräumen weniger als zehn Jugendliche mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit leben. Zur besseren Vergleichbarkeit sind die Anteile an den jeweiligen Schulformen dennoch prozentual angegeben.

Der Anteil der Kinder mit ausländischer Staatsangehörigkeit ist an den Hauptschulen mit rund 39,0 Prozent am höchsten; die (in absoluten Zahlen) größte Gruppe ausländischer Jugendlicher geht auf die Gesamtschule, die Gruppe deutscher Jugendlicher ist am Gymnasium am größten. Auffallend sind mit Blick auf die Hauptschulen insbesondere die Sozialräume der Nordstadt sowie Dorstfeld, Dorstfelder Brücke und Derne/Hostedde/Kirchderne/Grevel, in denen die Anteile nicht-deutscher Schülerinnen und Schüler höher sind als die der Schülerinnen und Schüler mit deutscher Staatsangehörigkeit.

Auch unter den Gymnasiastinnen und Gymnasiasten ist der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit einer nicht-deutschen ersten Staatsangehörigkeit im Sozialraum Nordmarkt am höchsten. Die stärksten Gruppen sind hier türkische, spanische und mazedonische Jugendliche.

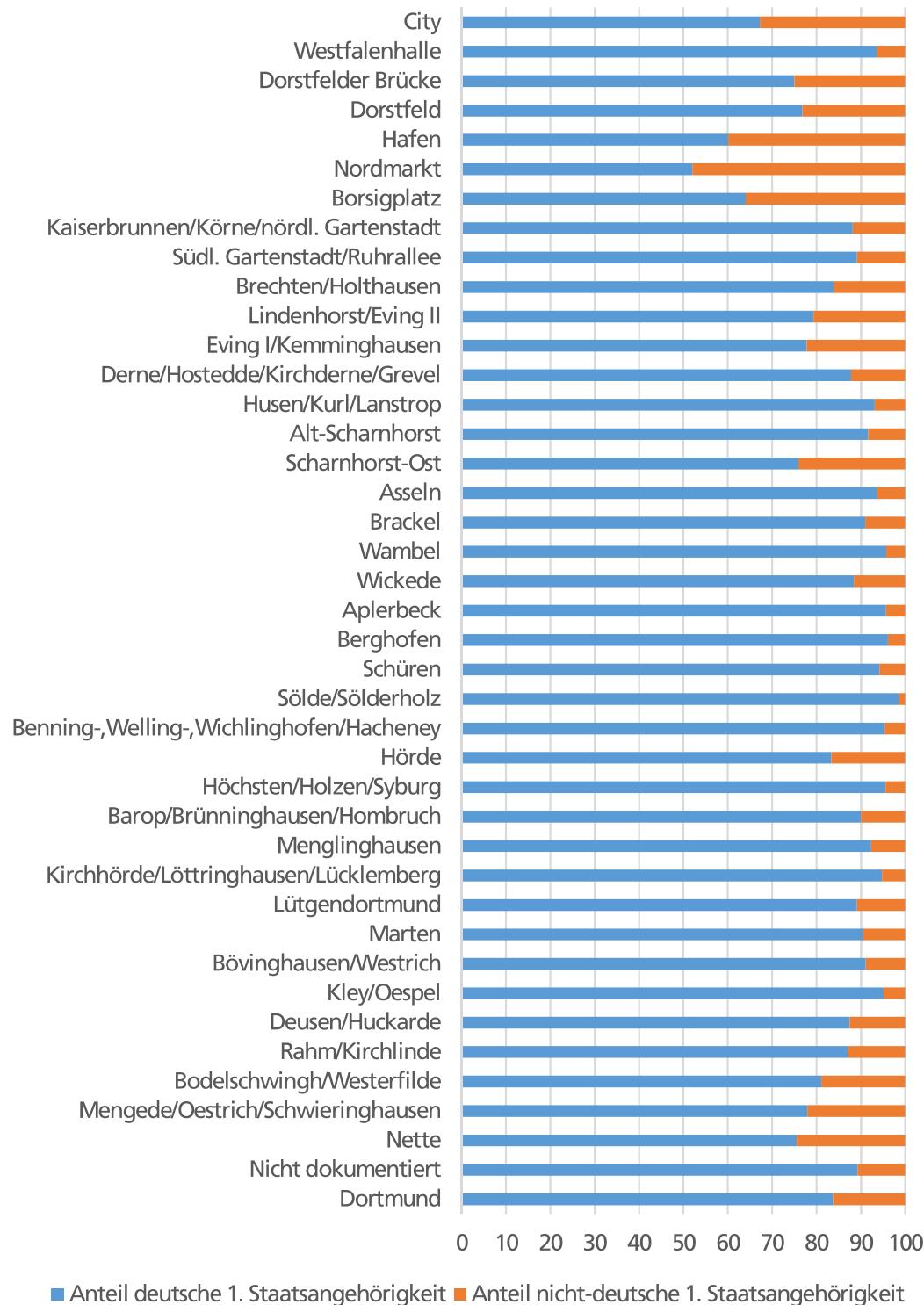
Abbildung 34: Anteile Schüler/innen an verschiedenen Schulformen nach Staatsangehörigkeit - Hauptschule (in %)



■ Anteil deutsche 1. Staatsangehörigkeit ■ Anteil nicht-deutsche 1. Staatsangehörigkeit

Quelle: SchildNRW; eigene Berechnungen

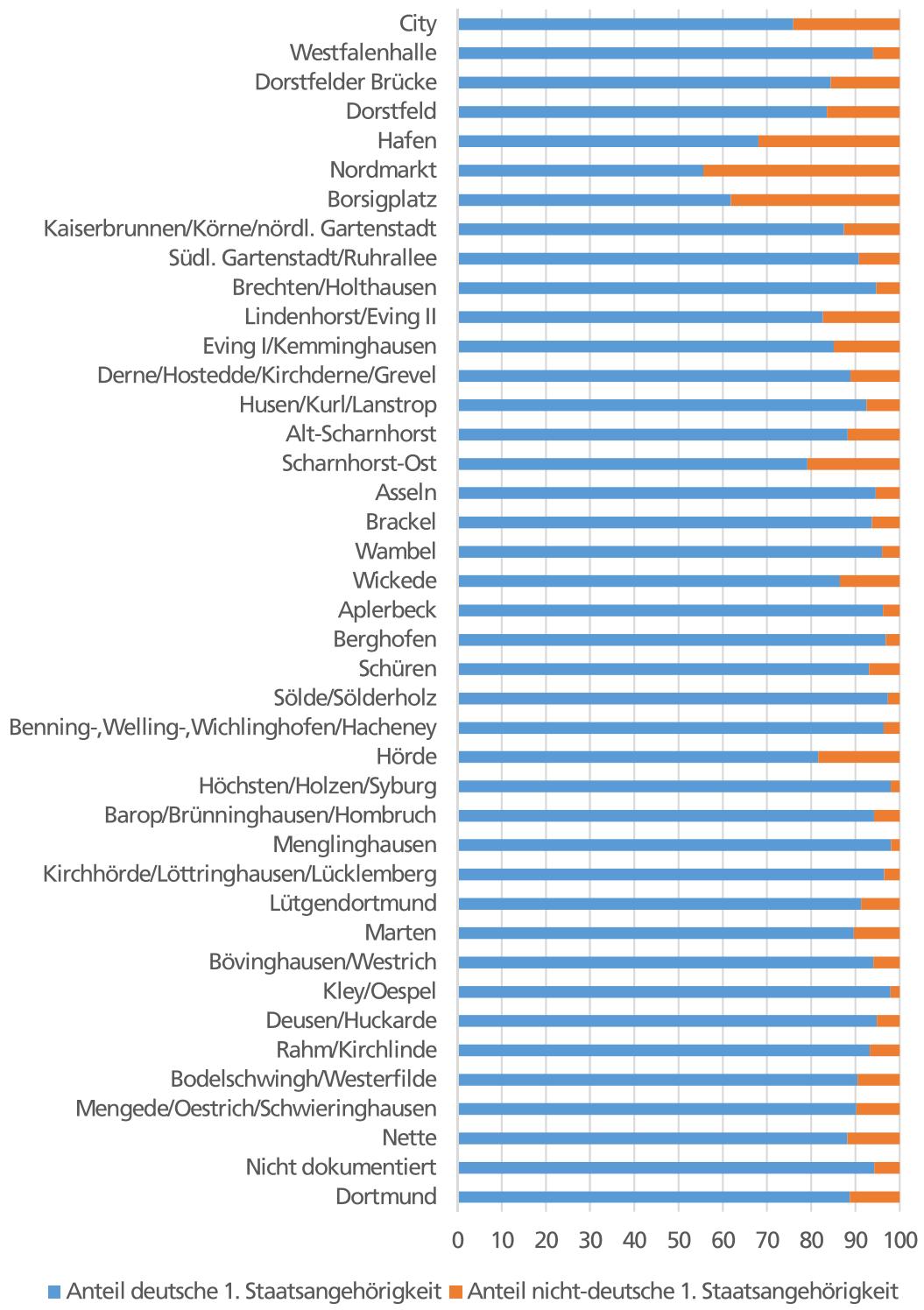
Abbildung 35: Anteile Schüler/innen an verschiedenen Schulformen nach Staatsangehörigkeit - Gesamtschule (in %)



■ Anteil deutsche 1. Staatsangehörigkeit ■ Anteil nicht-deutsche 1. Staatsangehörigkeit

Quelle: SchildNRW; eigene Berechnungen

Abbildung 36: Anteile Schüler/innen an verschiedenen Schulformen nach Staatsangehörigkeit - Gymnasium (in %)



■ Anteil deutsche 1. Staatsangehörigkeit ■ Anteil nicht-deutsche 1. Staatsangehörigkeit

Quelle: SchildNRW; eigene Berechnungen

Fazit

Das Schulwahlverhalten in NRW zeigt einen Trend zu Schulformen, die das Abitur vergeben und Schulen, die die Entscheidung über den Bildungsabschluss länger offen halten. Dieser Trend stellt sich im Vergleich zu anderen Kommunen NRWs wie auch des Bundes ähnlich dar.

Zusammenfassend lässt sich ein Zusammenhang zwischen der sozialen Lage und den Bildungschancen an vielen Stellen der Bildungsbiografie feststellen: Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Sozialräumen haben eine geringere Chance, eine Übergangsempfehlung für höher qualifizierende Schulform zu erhalten, und eine geringere Chance, eine weiterführende, höher qualifizierende Schulform zu besuchen als Kinder aus sozial privilegierten Sozialräumen. Damit haben sie eine geringere Chance, einen höher qualifizierenden Schulabschluss für sich erreichen zu können, der im Übergang in die Arbeitswelt und für ihre spätere sozioökonomische Position in der Gesellschaft eine entscheidende Schlüsselrolle einnimmt.

Die vorgelegten Daten weisen aber auch an manchen Stellen auf positive Entwicklungen hin; so liegt zum Beispiel die Abiturquote in den Sozialräumen der Nordstadt höher als aufgrund ihrer Sozialdaten erwartet werden könnte. Dahinter steht sicherlich auch die erfolgreiche Arbeit der Schulen und Kooperationspartner vor Ort. Die kommunale Bildungsplanung nimmt die Gelingensbedingungen und Erfahrungenvor Ort in den Blick, um auf die unterschiedliche Bedarfe eingehen zu können.

5.7 Jugendhilfe in Dortmund

Aufgaben und Leistungen

Die Kinder- und Jugendhilfe fördert Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung und hilft jungen Erwachsenen in besonders schwierigen Situationen. Sie berät und unterstützt Eltern und andere Erziehungsberechtigte bei der Erziehung ihrer Kinder. Es gehört zu ihren Aufgaben, Kinder und Jugendliche vor Gefährdungen zu schützen - sowohl präventiv durch Aufklärung über mögliche Gefährdungsquellen als auch durch entsprechende Interventionen, wenn eine Kindeswohlgefährdung bereits eingetreten ist. Oberste Handlungsmaxime ist immer das Wohl des Kindes.

Die bundesrechtliche Grundlage für die Kinder- und Jugendhilfe ist das Achte Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII).

Neben vielen Aufgaben, die das Zusammenwirken von öffentlicher und freier Jugendhilfe regeln, umfasst das Leistungsspektrum Schwerpunkte, die unmittelbar Kinder, Jugendliche und Eltern betreffen. Dazu gehören

- Beratung, Unterstützung und Förderung von Familien,
- Betreuung und Bildung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und Kinder-tagespflege,
- Offene Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Jugendverbandsarbeit und erzieherischer Kinder- und Jugendschutz,
- Hilfen zur Erziehung, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche, Hilfe für junge Volljährige,
- Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen,
- Mitwirkung in gerichtlichen Verfahren,
- Beistandschaften, Pflegschaften und Vormundschaften für Kinder und Jugendliche.

Herausgehobene sozialstatistische Merkmale in Dortmund

Die Unterstützungsbedarfe für Familien durch die Jugendhilfe liegen in Dortmund zum Teil seit Jahren über dem Landesdurchschnitt

Beispielhaft lässt sich dies am Mindestsicherungsbezug¹⁶ in NRW¹⁷ belegen. Die Zahl der minderjährigen Leistungsbezieherinnen und -bezieher in NRW lag Ende 2016 bei 598.364. Die Zahl ist kontinuierlich seit 2011 angestiegen. Bei den landesweiten Quoten (Mindestsicherung in Prozent) liegt Dortmund, gemeinsam mit anderen Ruhrgebietsstädten, in der höchsten Clustergruppe von 26,0 Prozent und mehr. Ebenso deutlich liegt die Quote der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss in Dortmund in der höchsten Anteilsgruppe in NRW von 6,7 Prozent und mehr.¹⁸

Darüber hinaus sind auch in Dortmund die ‚typischen‘ Großstadtproblemlagen im Bereich von Drogenauffälligkeiten oder Umfeldproblematiken - beispielsweise im Bereich des Hauptbahnhofes - eine Herausforderung.

Die Mobile Jugendarbeit/Streetwork hat 9.270 Teilnehmerinnen und Teilnehmern in 2017 Unterstützung angeboten.

16 Zu den Leistungen gehören: Gesamtregelleistung nach SGB II, Hilfe zum Lebensunterhalt nach SGB XII und Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

17 Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen in NRW. MAGS 2018.

18 ebenda

Besondere Herausforderungen an die Jugendhilfe ergeben sich aus den folgenden Fakten:

- in alleinerziehenden Haushalten leben
 - 16,8 Prozent der bis unter 6-jährigen Kinder,
 - 23,0 Prozent der 6 bis unter 14-jährigen Kinder und Teens und
 - 25,2 Prozent der Jugendlichen von 14 bis 18 Jahren
- einen Migrationshintergrund haben
 - 57,5 Prozent der 0 bis unter 6-jährigen,
 - 56,2 Prozent der 6 bis unter 14-jährigen und
 - 51,0 Prozent der über 14 jährigen Kinder und Jugendlichen¹⁹
- Die Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen beträgt 2017 im Durchschnitt 9,2 Prozent (Bund 5,0 Prozent, Land 6,0 Prozent) Im Dezember 2017 ist sie erstmals auf den historischen Tiefstand von 8,0 Prozent²⁰ gesunken.
- 75 Prozent der arbeitslosen jungen Menschen haben keine abgeschlossene Berufsausbildung,
- 30,2 Prozent der Kinder unter 15 Jahren leben in Bedarfsgemeinschaften (SGB II Bezug)²¹.

¹⁹ An der jeweiligen Gesamtbevölkerungsgruppe, Daten Dortmunder Statistik 2018, sozialräumliche Jugendhilfeplanung in den Dortmunder Stadtbezirken.

²⁰ Pressemitteilung der Bundesanstalt für Arbeit vom 03.01.2018.

²¹ Statistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen.

Für Kinder und Jugendliche mit ausländischen Wurzeln kann der Migrationshintergrund ein besonderes Gefährdungsmoment in der persönlichen, schulischen und beruflichen Integration sein. Das gilt ebenso für von Armut betroffene Kinder und Jugendliche. Zum Teil treffen diese Merkmale gleichzeitig zu. Das führt zu einer statistisch höheren Betroffenheit der Erwerbslosigkeit. Davon sind insbesondere Jugendliche betroffen, die selbst in die BRD eingereist sind oder deren Eltern aus dem außereuropäischen Ausland kommen.²² „Nach wie vor sind auch unter jungen Menschen mit türkischen Migrationshintergrund Erwerbslosigkeit und Nicht-Erwerbstätigkeit verbreiteter.“²³

Die Kinder- und Jugendhilfe nimmt die ungleichen Bedingungen des Aufwachsens in Dortmund insgesamt und in den verschiedenen Stadtbezirken bzw. Sozialräumen, die Verschiedenheit der Herkunftsfamilien und Migrations-

geschichten sowie der Geschlechter zum Anlass, ihren fachlichen Beitrag zur gelingenden Sozialisation der Kinder und Jugendlichen zu leisten. Sie steht vor der Herausforderung, soziale bzw. sozioökonomische Schieflagen der Familien in Dortmund so auszugleichen, dass das Recht junger Menschen auf Erziehung durch die Familie²⁴ gesichert wird – auch wenn diese einen solchen Auftrag nicht aus eigener Kraft erfüllen kann.

Die Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe sind in der Vergangenheit erheblich gewachsen. Das Jugendamt Dortmund hat seine Angebote den Bedarfen angepasst, in den Teilleistungen ausdifferenziert und entsprechend ausgebaut.

So wird im Leistungsbereich des §35a bei einer drohenden seelischen Behinderung durch Diskalkulie, Legasthenie, Autismusdiagnosen und anderes das Leistungsspektrum ausdifferenziert und mit unterstützenden Maßnahmen ange-

²² 15. Kinder- und Jugendbericht, Seite 149.

²³ Ebenda, Seite 149.

²⁴ Familie: Erwachsene, die Erziehungsverantwortung für Kinder übernehmen.

boten. Gleiches gilt bei Angeboten der Sozialpädagogischen Familienhilfen. Hier wird nach intensiver Diagnostik in therapeutische oder familienunterstützende Leistungen unterschieden.

Frühe Hilfen in Dortmund

Präventives und frühzeitiges Handeln in und mit Familien hat in Dortmund in den vergangenen Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen. Mit Inkrafttreten des Bundeskinderschutzgesetzes in 2012 wurde präventives Handeln durch die Frühen Hilfen erstmals gesetzlich verankert²⁵. Frühe Hilfen bieten einen neuen, präventiven Ansatz, um allen Kindern von Anfang an ein gesundes und gewaltfreies Aufwachsen zu ermöglichen.

Frühe Hilfen haben in Dortmund einen besonderen Stellenwert, da sie im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe in Kooperation mit den Akteuren des Gesundheitswesens und den freien Trägern ein interdisziplinäres und lokales Unterstützungsnetzwerk mit koordinierten Hilfsangeboten für Kinder und deren Familien bilden und die Rahmenbedingungen für den Alltag von Familien und Kindern mitgestalten. Insbesondere für die vorgeburtliche Lebensphase und für Familien mit Kindern im Alter von 0 bis 3 Jahren gewährt der Bund im Rahmen der Bundesinitiative ‚Frühe Hilfen und Familienhebammen‘, gemäß §3 Abs. 4 KKG Bundeskinderschutzgesetz kontinuierliche Fördermittel.

Die Frühen Hilfen umfassen vielfältige aufeinander bezogene und einander ergänzende Angebote und Maßnahmen. Grundlegend sind Angebote, die sich an alle (werdenden) Eltern mit ihren Kindern im Sinne der Gesundheitsförderung richten (universelle/primäre Prävention). Darüber hinaus wenden sich Frühe Hilfen auch an Familien in belasteten Lebenslagen (selektive/sekundäre Prävention).

Frühe Hilfen basieren vor allem auf multiprofessioneller Kooperation, beziehen aber auch bürgerschaftliches Engagement und die Stärkung sozialer Netzwerke von Familien mit ein. Zentral für die praktische Umsetzung Früher Hilfen ist deshalb eine enge Vernetzung und Kooperation von Institutionen und Angeboten aus den Bereichen der Schwangerschaftsberatung, des Gesundheitswesens, der interdisziplinären Frühförderung und weiterer sozialer Dienste. Frühe Hilfen haben dabei sowohl das Ziel, die flächendeckende Versorgung von Familien mit bedarfsgerechten Unterstützungsangeboten voranzutreiben, als auch die Qualität der Versorgung zu verbessern.

Das Gesundheitswesen beteiligt sich aktiv an den Frühen Hilfen mit ihren Leistungen der Regelversorgung durch Gesundheitsfachkräfte, niedergelassene Ärzte, Geburts- und Kinderkliniken und Sozialpädiatrischen Zentren und Frühförderung.

Der Einsatz von Familienhebammen und Familien-, Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerinnen durch das Gesundheitsamt und den vier Schwangerenberatungsstellen stellt einen besonderen Schwerpunkt im Rahmen der Frühen Hilfen in Dortmund dar.

25 Nationales Zentrum Frühe Hilfen 2015.

Familienbüros in den Stadtbezirken

Seit 2006 sind in den Dortmunder Stadtbezirken Familienbüros als ein Baustein frühzeitiger und präventiver Angebotsstruktur eingerichtet worden, die im Stadtbezirk als Service- und Anlaufstelle für Eltern und Familien zur Verfügung stehen. Im persönlichen Gespräch informieren sie Eltern und Familien über die Angebote, Leistungen und Services und erfragen Hinweise, Vorstellungen und Anregungen. Damit wird allen Eltern aus einer Hand Unterstützung aus der Jugendhilfe angeboten. Familienbüros

- führen Willkommensbesuche bei allen Eltern neugeborener Kinder und bei zugezogenen Familien durch,
- informieren sie über bestehende Betreuungsangebote, z.B. in Kindertageseinrichtungen, in Schulen und bei Tagesmüttern und -vätern,
- unterstützen bei der Suche nach Freizeit-, Kultur- und Sportangeboten,
- bieten in Kooperation mit unterschiedlichen Partnern frühkindliche Bildungsmaßnahmen zur Sprachförderung, Sport und Bewegung und geeigneter Ernährung für Kinder bis zu drei Jahren an,
- agieren gemeinsam mit den Seniorenbüros bei der Aktion ‚Hand in Hand‘ um Generationen einander begegnen zu lassen und
- helfen bei persönlichen Anliegen.

Netzwerk INFamilie

Im Netzwerk INFamilie haben sich verschiedene soziale Akteure, unabhängig von ihrem Status, Herkunft oder Trägerschaft, aus einem Quartier zusammengeschlossen, um die sozialen Teilhabechancen von Kindern und ihren Eltern in den jeweiligen Quartieren zu fördern.

Das Netzwerk INFamilie ist im Kontext des Landesprogramm ‚Kein Kind zurücklassen – Kommunen in NRW beugen vor‘ (heute ‚Kommunale Präventionsketten‘) der Landesregierung Nordrhein-Westfalen im November 2011 im Brunnenstraßen- und Hannibalviertel entstanden. Der Rat der Stadt Dortmund hat in seiner Sitzung am 18.02.16 die Übertragung des Konzeptes Netzwerk INFamilie auf die Aktionsräume der Sozialen Stadt beschlossen.

Das Ziel des Netzwerkes INFamilie ist es, Kindern angemessene Startchancen in Schule und Beruf zu ermöglichen und früh passgenaue, unterstützende Angebote bis hin zu Präventionsketten anzubieten. Es geht aber auch um gemeinsam initiierte Aktionen im Quartier um das Wohnumfeld attraktiver zu gestalten, die Menschen zu aktivieren und zu fördern.

Kindertageseinrichtungen

Frühe Bildung für Kinder sowohl unter als auch über drei Jahren ist Bestandteil einer gelungenen Bildungsbeteiligung mit der Aussicht auf eine bessere gesellschaftliche Teilhabe jenseits der Grundsicherung. Hierzu werden in Dortmund große Anstrengungen unternommen, trotz der gewachsenen Einwohnerzahl²⁶ und 6.018 Geburten im Jahr 2017 (2016: 5.848) ausreichend Plätze in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege zur Verfügung zu stellen. Aktuell ist von zusätzlichen Geburten in der Größenordnung von 400 pro Jahr in der nächsten Zukunft auszugehen.

26 601.780 Einwohner zum 31.12.2017

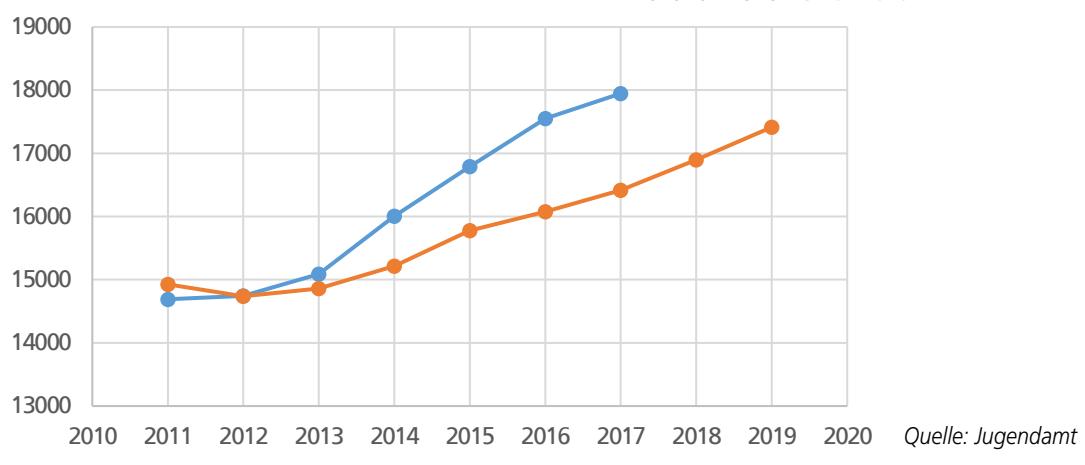
Die Ü3-Prognose für 2018/19 und 2019/20 ergibt sich aus dem Fortschreiben der aktuellen U3 Kinder in den Ü3 Bereich. Seit 2014 sind die Kinderzahlen erheblich gestiegen. Die Entwicklungen in der Gesamtstadt seit 2011 können der nachfolgenden Tabelle und der grafischen Darstellung (Abb. 37) entnommen werden.

Tabelle 4: Anzahl unter 3-jähriger und 3- bis unter 6-jähriger in Dortmund

	U 3	Ü 3
31.12. 2011	14.690	14.928
31.12. 2012	14.746	14.738
31.12. 2013	15.088	14.861
31.12. 2014	16.007	15.217
31.12. 2015	16.789	15.779
31.12. 2016	17.553	16.077
30.09. 2017	17.947	16.415
Prognose Ü3 2018		16.896
Prognose Ü3 2019		17.414

Der weitere Ausbau von Kindertageseinrichtungen bleibt der wichtigste Baustein, den wachsenden Betreuungsbedarf von Eltern sicherzustellen und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu gewährleisten. Damit steht die Jugendhilfe in Dortmund vor der Herausforderung, bei wachsenden Bevölkerungszahlen in den Innenstadt-bereichen den damit einhergehenden Bedarf an Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege sicherzustellen. Insbesondere in den wachsenden Zuzugsgebieten, z.B. der Innenstadt-Nord, sind fehlende Grundstücke zum Bau von Kindertageseinrichtungen eine zentrale Barriere, zeitnah entsprechende Bedarfe zu decken.

Abbildung 37: Entwicklung der Anzahl unter 3-jähriger und 3- bis unter 6-jähriger in Dortmund



Die durchschnittliche Versorgungsquote in der Gesamtstadt lag zum 31.12.2017 bei:

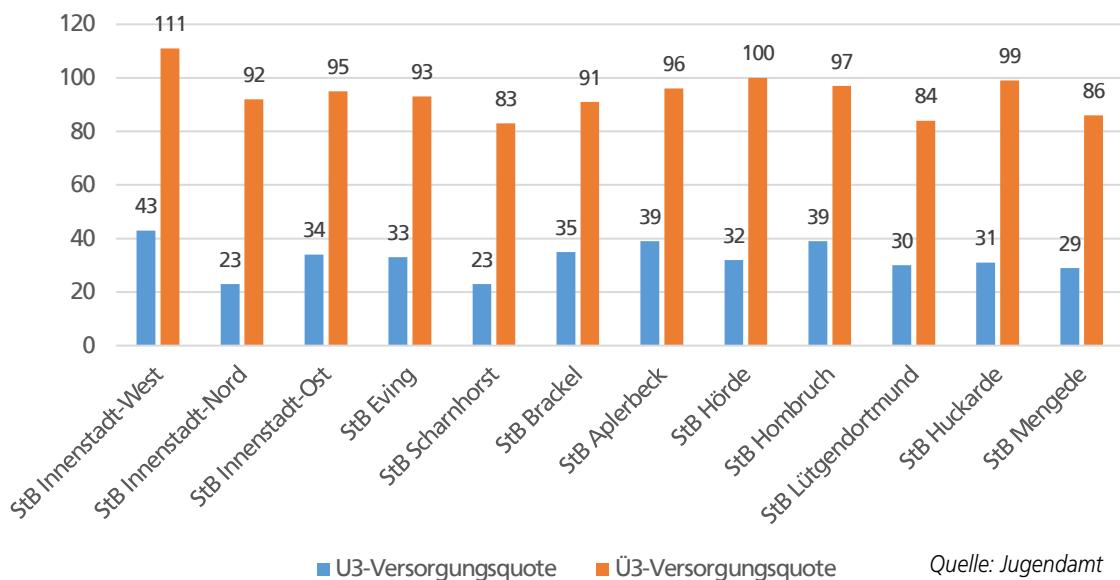
- **31,9 Prozent für die Betreuung unter 3-jähriger Kinder und**
- **93,6 Prozent für die Betreuung der Kinder von 3 bis unter 6 Jahren (vgl. Abb. 38).**

In den Stadtbezirken sind deutliche Unterschiede auszumachen, die perspektivisch durch bedarfsgerechte Planungen und Umsetzungen auszugleichen sind.

Die Kinder unter drei Jahren sollen zu 35 Prozent mit Plätzen in Tageseinrichtungen für Kinder und in der Kindertagespflege versorgt werden. Die Kinder über drei Jahren sind zu 100 Prozent mit Plätzen in Tageseinrichtungen für Kinder zu versorgen.²⁷

²⁷ Beschluss des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie vom 31.01.2018.

Abbildung 38: Versorgungsquoten unter 3-jähriger und 3- bis 6-jähriger in Dortmund



Kinderstuben und Brückenangebote

Für die Jugendhilfe besteht die Herausforderung, zugezogenen und zugewanderten Kindern ohne vorherige frühkindliche Bildungserfahrungen unmittelbar einen Zugang zu Sprach- und Bildungsmöglichkeiten zukommen zu lassen, um die Bildungs- und Integrationschancen in Kindertageseinrichtungen und Grundschule zu verbessern. In den vergangenen Jahren sind hierzu niederschwellige Angebote in ‚Kinderstuben‘²⁸ eingerichtet worden, die insbesondere im Stadtbezirk Innenstadt-Nord einen frühen Zugang zu Bildung und Betreuung ermöglichen und gleichzeitig durch integrierte Elternbildungsangebote ausländischen Familien den Zugang zum deutschen Bildungssystem vermitteln sollen. Für Familien, die aus Südosteuropa zugewandert sind, wird in drei Kinderstuben ein zielgruppenspezifisches Angebot vorgehalten.

Kinderstuben befinden sich in Wohnungen, Ladenlokalen und damit in unmittelbarer Nachbarschaft. Sie kümmern sich um spezifische Herausforderungen wie die Sprachbildung und die soziale Integration der Familien durch Eltern- und Netzwerkarbeit.

Die Stadt Dortmund hat sich zum Ziel gesetzt, Kinder aus Familien mit besonderem Förderbedarf verstärkt auf ihrem Entwicklungs- und Bildungsweg zu begleiten.

„Brückenangebote“ vor dem Besuch einer Kindertageseinrichtung oder der Grundschule richten sich an vier- bis sechsjährige Kinder, um niederschwellige Betreuungs- und Bildungsangebote für Kinder aus neuzugewanderten Familien vor dem Besuch einer Kindertageseinrichtung oder (bei entsprechendem Lebensalter) der Grundschule Bildungsangebote zu vermitteln. Im Jahr 2017 konnten so 376 Kinder an 31 Standorten betreut und qualifiziert werden.

Diese Bildungsangebote sind wichtig, um Kindern Sprachbildung zu vermitteln, um Übergänge in institutionelle Bildungseinrichtungen besser vorzubereiten und die Integrationschancen zu erhöhen

28 Kinderstuben sind Großpflegestellen mit einem durchgängigen Bildungsangebot für Eltern am Nachmittag. Der Betreuungsschlüssel ist durch das Verhältnis 1 zu 3 und eine zusätzlich Fachkraft erhöht.

Familienzentren

2006 beschloss die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, einen Teil der Kindertageseinrichtungen in Familienzentren umzuwandeln.

Familienzentren sollen ihren Bildungs- und Beratungsauftrag aktiv auf den Sozialraum ausweiten und niedrigschwellig die Familien erreichen, die noch keine Kinder in der Einrichtung betreuen lassen. Wegen ihres niedrigschwelleigen Zugangs sind Familienzentren besonders geeignet, möglichst viele Eltern und ihre Kinder, aber auch die Bevölkerung im Wohnviertel insgesamt mit familienunterstützenden Angeboten zu erreichen. Kooperationen mit den örtlichen Beratungsstellen, den Familienbildungsstätten sowie den Einrichtungen und Diensten der Jugendhilfe sollen die Leistungsbandbreite unterstützen und im Sozialraum festigen.

Die Erwartung an Familienzentren besteht darin, dass sie gerade im frühen Kindesalter prekäre Entwicklungsverläufe und Erziehungssituationen rechtzeitig erkennen und pädagogische Maßnahmen wirksam initiieren.

Die Landesmittel wurden von bisher 12.000 Euro um 1.000 Euro auf 13.000 Euro jährlich erhöht. Zudem werden alle Familienzentren seit dem 01.08.2011 gesetzlich gefördert, was eine größere Planungssicherheit für Träger und Einrichtungen bedeutet.

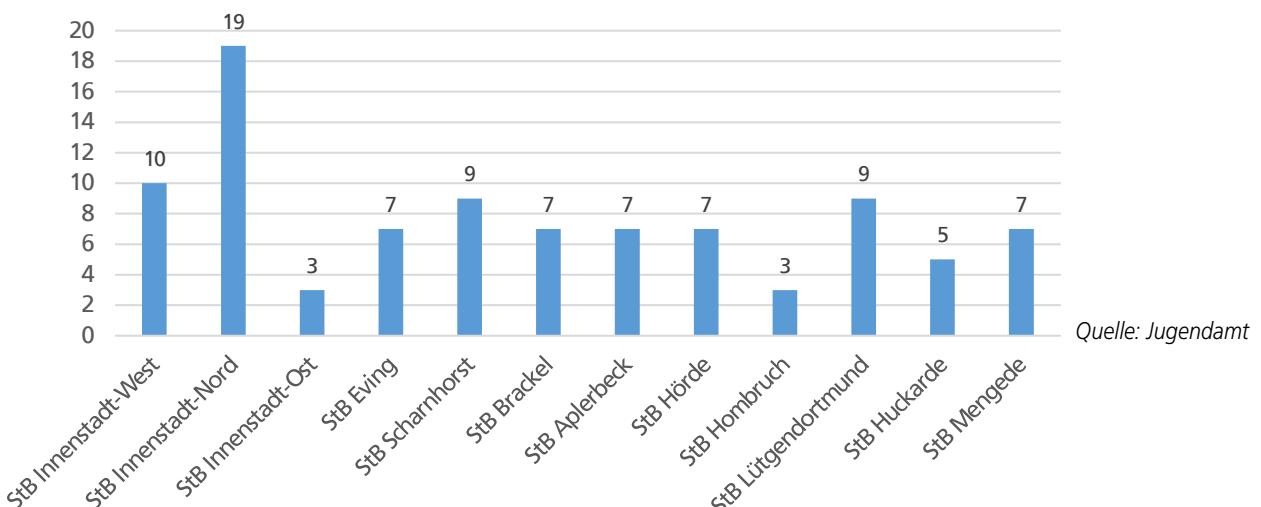
Dortmund sind inklusive des Kindergartenjahres 2018/19 insgesamt 88 Kontingente zur Förderung von Familienzentren zugesprochen worden. Diese 88 Kontingente sind auf 93 Kindertageseinrichtungen verteilt. Zehn Einrichtungen arbeiten zu zweit in Verbünden mit jeweils einem Förderkontingent.

Abbildung 39 zeigt die aktuelle Verteilung der Familienzentren auf die Stadtbezirke.

Bereits lange vor der Neuausrichtung des Leistungs- und Aufgabenprofils von Familienzentren durch die Landesregierung im Jahr 2011 hatten sich in Dortmund die Träger auf eine umfassende Veränderung der Auswahl neuer Familienzentren und deren Aufgaben verständigt. Damit war Dortmund Vorreiter, bevor die landesweite Verteilung der Förderkontingente an einem Sozialindex ausgerichtet wurde. Die Messgrößen ‚Kinder unter 7 in Bedarfsgemeinschaften nach SGB II‘ und ‚Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Schulabschluss‘ wurden zu Grunde gelegt.

Auch weiterhin sollen Familienzentren vorrangig in Quartieren entwickelt werden, die diese Merkmale aufweisen.

Abbildung 39: Familienzentren in Dortmund inkl. Verbundeinrichtungen



Angebote und Maßnahmen der Kinder- und Jugendförderung

Ein wichtiges Angebot der Jugendhilfe zur Stabilisierung der sozialen Lage von Kindern und Jugendlichen sind die zentralen und dezentralen Angebote der Kinder- und Jugendförderung in den Stadtbezirken und Quartieren. Dieses freiwillige, jugendspezifische und nicht-kommerzielle Angebot bietet Kindern und Jugendlichen einen organisierten Raum jenseits der eigenen Familie und der Schule an, um sich zu treffen, Gemeinsamkeiten zu erleben und jugendpolitische Perspektiven zu entwickeln. Im Zentrum der Angebote stehen „selbst gestaltete Bildungsprozesse“²⁹, als wesentlicher Bestandteil einer präventiven, weil selbstverantworteten Teilhabe am Leben in Dortmund.

Die Kinder- und Jugendförderung bietet mit ihren Jugendfreizeiteinrichtungen und zentralen Fachdiensten (Förderung der Kinder- und Jugendlichen in den Stadtbezirken, Jugendbildung, Elternförderung, Fun- und Trendsport) vielfältige zentrale und dezentrale Angebote und Maßnahmen mit folgenden Schwerpunkten an:

- Förderung der Entwicklung von Eigenverantwortung und Selbstorganisation durch selbstbestimmte Freizeitgestaltung und Partizipation,
- Förderung des sozialen Lernens und des Umgangs mit gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen sowie des sozialen Engagements,
- Aufbau von Handlungskonzepten, um Möglichkeiten zur Überwindung von individuellen und sozialen Lebensschwierigkeiten zu finden,
- Mitwirkung an der Gestaltung kind- und jugendgemäßer Lebenswelten,
- Angebot von Orientierungshilfen, die das Zusammenleben der deutschen und ausländischen jungen Menschen sowie von Mädchen und Jungen fördern,
- Treffmöglichkeiten zur Freizeitgestaltung in 80 kleinen und größeren Einrichtungen in den Stadtbezirken.

Darüber hinaus werden stadtteilorientierte Veranstaltungen und Projekte mit unterschiedlichen Kooperationspartnern durchgeführt.

Hilfen zur Erziehung

Familien sind nach wie vor der zentrale Bezugspunkt für Kinder und Jugendliche. Aufgabe der Jugendhilfe ist es unter anderem, Angebote zur Förderung der Erziehung in Familien vorzuhalten. Unabhängig vom Einkommen der Eltern, der Herkunft, der Religion und des Alters müssen Kinder und Jugendliche die Chance haben, gleichberechtigt an den gesellschaftlichen Entwicklungen und Chancen beteiligt zu sein. Hilfen in schwierigen und krisenhaften Lebenslagen werden dort über die Jugendhilfe vermittelt, in denen ein Scheitern des gelingenden Aufwachens von Kindern und Jugendlichen droht.

Empirische Studien belegen, dass das gelingende Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in hohem Maße an die sozioökonomische Situation der Familien gebunden ist. Es besteht ein direkter Zusammenhang zwischen dem Bildungsstand der Eltern und der materiellen Situation der Kinder. Der Zusammenhang zwischen dem Qualifikationsniveau der Eltern und den Bildungschancen von Kindern ist ebenfalls signifikant und hat sowohl unmittelbaren Einfluss auf die Teilnahme von Kindern an entwicklungsfördernden Maßnahmen als auch die Wahl der weiterführenden Schulen.³⁰ Die Situation überforderter Eltern, insbesondere die Belastungen alleinerziehender Elternteile in wirtschaftlich prekärer Situation, sind maßgeblich für steigende Fallzahlen in den Hilfen zur Erziehung.

Der 15. Kinder- und Jugendbericht geht in mehreren Kapiteln darauf ein, dass Qualifizierungs-, Verselbständigungs- und Selbstpositionierungsprozesse für Jugendliche eine wesentliche Bedeutung haben. Grundlegende Veränderungen im Jugendalter, wie Entgrenzung, Digitalisierung, Scholarisierung und Verschiebung des beruflichen Ausbildungsalters, bedeuten auch, dass die Jugendhilfe auf diese Veränderungen eingehen muss.

29 15. Kinder- und Jugendbericht, Drucksache 18/11050, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

30 Vgl. MAIS 2016, Sozialbericht, Seite 271.

Jugendhilfe unterstützt nach § 41 SGB VIII junge Volljährige, da mit Erreichen der Volljährigkeit nicht gleichzeitig die persönliche Reife zur Eigenständigkeit gegeben ist. Die Rechtskreisübergabe an das SGB II ist mit Erreichen der Volljährigkeit zunächst eine grundsätzliche Option der Jugendhilfe. Im 15. Kinder- und Jugendbericht wird auf diese Problematik dezidiert eingegangen: „Demgegenüber fokussieren die Hilfen der Erziehung gegenwärtig in der Praxis häufig auf eine verengte Vorstellung von Verselbständigung Jugendlicher, die allein als Vorbereitung auf ein Hilfeende und ein selbständiges Wohnen mit Erreichen der Volljährigkeit begriffen wird.“³¹

Deshalb wird in Dortmund im Jugendberufshaus, einer gemeinsamen Einrichtung der Rechtskreise SGB II, III und VIII, über das Kooperationsbüro rechtskreisübergreifend aus SGB VIII und SGB II im Zusammenwirken zwischen Jugendamt und Jobcenter einzelfallbezogen entschieden. Dieses Verfahren trägt auch dem Umstand Rechnung, dass Jugendliche zum Teil einen langen Verbleib über das 18. Lebensjahr hinaus in der Jugendhilfe ablehnen. Die Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Rechtskreisen steht in der Verpflichtung, die ‚richtige‘ und einzelfallbezogene Hilfe anzubieten. Dadurch soll langfristig auch Jugendarbeitslosigkeit reduziert und vermieden werden.

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Aufgrund weltweiter Krisen- und Kriegssituatationen hatte auch die Fluchtbewegung der begleiteten und unbegleiteten Kinder und Jugendlichen deutlich zugenommen. Bis zum 31.07.2015 erreichte die Anzahl der Alterseinschätzungen und Inobhutnahmen bei unbegleiteten Kindern und Jugendlichen bereits die Gesamtzahl des Jahres 2014. Am 31.08.2015 wurden 734 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF) betreut. Am 31.10.2015 waren es bereits 1.128 Jugendliche und bis zum 31.10.2015 mussten wöchentlich zwischen 55 bis 80 Kinder und Jugendliche in Obhut genommen werden.

Zum 01.11.2015 ist das ‚Gesetz zur Verbesserung der Unterbringung und Versorgung ausländischer Kinder und Jugendlicher‘ in Kraft getreten. Mit diesem Gesetz wurde die Umverteilung der UMF innerhalb Deutschlands nach dem Königsteiner Schlüssel ermöglicht. Die Umverteilung von UMF auf andere Kommunen führte zu Verfahrensänderungen und Entlastungen der Stadt Dortmund.

Zum 31.12.2017 bestanden noch 508 Leistungsverpflichtungen des Jugendamtes Dortmund für unbegleitete Jugendliche – hierzu zählen auch die Fälle der vorläufigen Inobhutnahme – die sich noch in Dortmund aufgehalten hatten. Damit hat Dortmund, gemeinsam mit wenigen anderen Städten, die Hauptverantwortung der Hilfen für unbegleitete jugendliche Flüchtlinge getragen. Die hohe Anzahl unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge stellt die Stadt Dortmund weiterhin vor große Herausforderungen. Insbesondere sind die Systeme Jugendhilfe und Schule gefordert, die Bedarfe der jungen Menschen an Bildung und Integration, auch im Hinblick auf den unterschiedlichen ausländerrechtlichen Status, zu erfüllen. Dazu sind im Jahr 2015 bereits Schritte in Richtung eines differenzierten Betreuungskonzeptes erarbeitet worden, die weiter fortgeführt werden.

Leistungsspektrum der Hilfen zur Erziehung

Hilfen zur Erziehung reichen von niedrigschwelligen Angeboten der Beratung bis zu manifesten Hilfen innerhalb und außerhalb der Familien.

Damit stellt das Jugendamt zusammen mit den Partnerinnen und Partnern der freien Träger der Jugendhilfe über die ausdifferenzierten Leistungen des SGB VIII einen umfangreichen Hilfekatalog zur Verfügung, der neben den klassischen Hilfen für Kinder und Jugendliche innerhalb und außerhalb der Familie weitere familienunterstützende Leistungen bereithält (vgl. Tabelle 4 Produkte und Leistungen).

31 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Familie, 15. Kinder- und Jugendbericht, S. 434.

Tabelle 5: Produkte und Leistungen nach SGB VIII der Jahre 2016, 2017 und deren Inanspruchnahme

Beratung junger Menschen und ihrer Familien	2017	2016
§ 16 Sozialpädagogische Beratung	7.923	-7.017
§ 8a Überprüfungen Kindeswohlgefährdung	1.757	-1.207
Überprüfungen der U-Untersuchungen	5.280	-4.818
§§18, 52a Beratung in Status- und Unterhaltsangelegenheiten	4.310	-4.202
Hilfen für junge Menschen innerhalb ihrer Familien		
§ 20 Betreuung in Notsituationen	17	-19
§ 28 Hilfeplangestützte Erziehungsberatung	52	-41
§ 30 Erziehungsbeistand - Betreuungshelfer	676	-654
§ 31 Sozialpädagogische Familienhilfe	1.333	-1.217
§ 32 Tagesgruppen	143	-109
Hilfen für junge Menschen außerhalb ihrer Familien		
§ 42 Inobhutnahme	1.230	-2.550
§ 35 Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung	70	-95
§ 33 Vollzeitpflege	1.083	-1.085
§ 19 Gemeinsame Unterbringung von Müttern/Vätern und ihren Kindern	19	189
§ 34 Heimerziehung und sonstige Wohnformen	1.065	-1.052
AdVermiG Adoptionsvermittlung	23	-33
§ 27 ff Hilfen für unbegleitete Minderjährige	2.471	-4.703
Eingliederungshilfen		
§ 35a Ambulante Eingliederungshilfe	1.334	-1.406
§§ 35a stationär, in Verbindung mit § 41 Hilfen für seelisch behinderte junge Menschen	123	-143
Mitwirkung in gerichtlichen Verfahren		
§§ 17, 50 Familien-/Vormundschaftsgerichtshilfe	3.094	-2.962
Beistandschaften/Gesetzliche Vertretung		
§ 55 Führung von Beistandschaften	-5.765	5.195
§ 55 Gesetzliche Vertretung als Pfleger/Vormund	640	-699
Beurkundungen		
§ 59 Statusurkunden	2.049	(1.988)*
§ 59 Unterhaltsurkunden	341	-437
Unterhaltsvorschuss		
UVG Leistungsgewährung	5.493	-4.152
UVG Anspruchsverfolgung	5.927	-3.856

Quelle: Jugendamt

Die durch gesetzliche Novellierungen noch relativ neu hinzugekommenen Aufgabenfelder innerhalb des SGB VIII (§35a (Eingliederungshilfe) und §8a (Kindeswohlgefährdung) spiegeln deutlich die sozialpolitischen Herausforderungen an ein gelingendes Aufwachsen von Kindern in Dortmund mit bzw. unter der Verantwortung durch die öffentliche Jugendhilfe.

Hilfen zur Erziehung nach Inanspruchnahme von Mädchen und Jungen

Geschlechtsspezifische Häufigkeit der Inanspruchnahme von erzieherischen Hilfen hat sich seit Jahren überproportional bei Jungen manifestiert. Im Jahr 2017 haben 3.678 Jungen im Gegensatz zu 3.001 Mädchen Leistungen der Hilfen zur Erziehung erhalten (vgl. Tabelle 5). Ist die Situation bei den stationären Hilfen noch ausgeglichen, zeigt die hohe Überrepräsentanz der Jungen bei den ambulanten Hilfen mit einem Verhältnis von 2.107 Jungen zu 1.486 Mädchen in den laufenden Fällen einen deutlich höheren Problemdruck.

Tabelle 6: Hilfen zur Erziehung – ambulant und stationär

	Insgesamt		männlich		weiblich	
Bevölkerungsgruppe	absolut	je 1.000				
Hilfen zur Erziehung insgesamt	6.676	57	3.746	62	2.930	52
Ambulant	3.199	27	1.641	27	1.558	27
Stationär	3.477	30	2.105	35	1.372	24

Quelle: Jugendamt

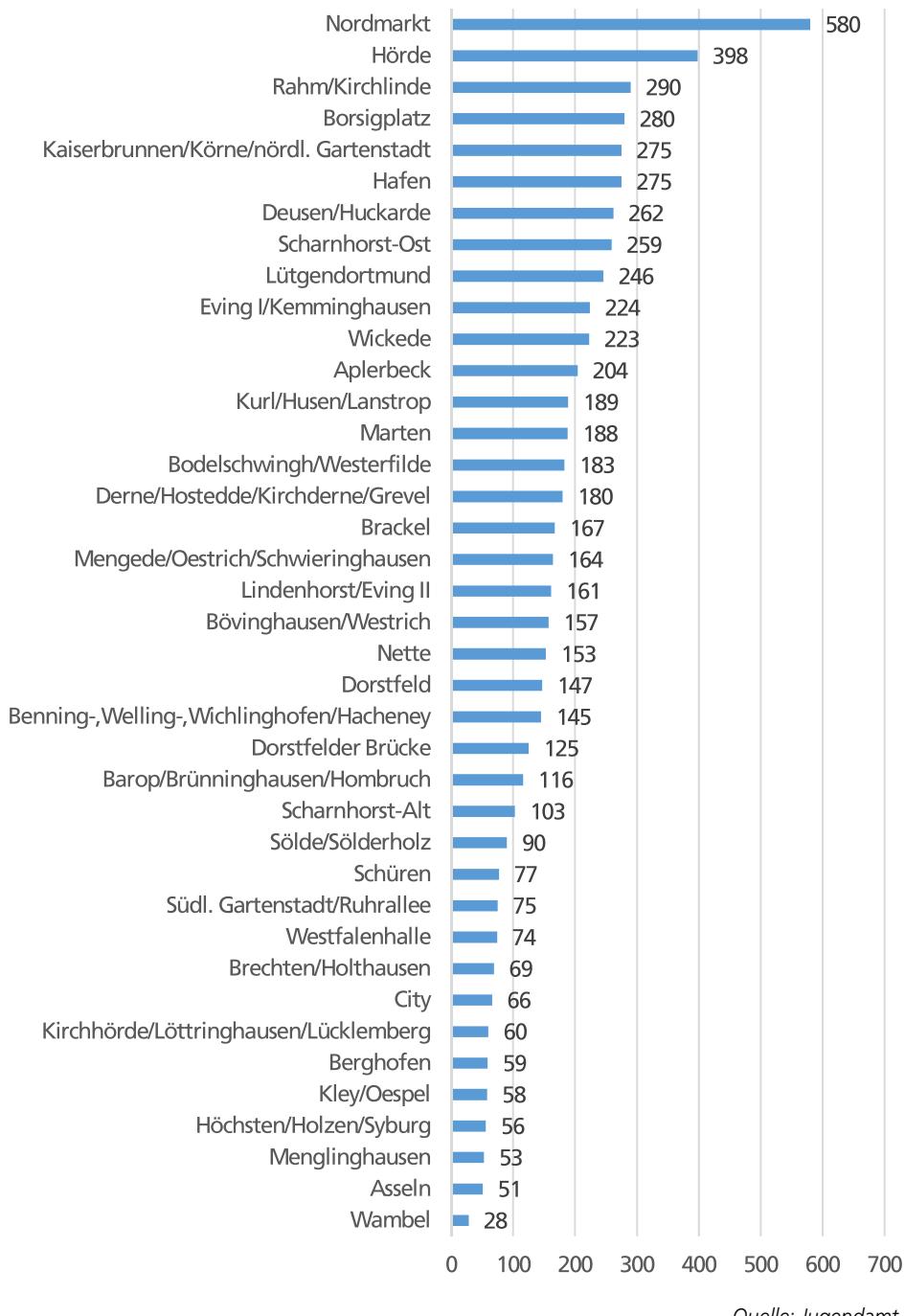
Hilfen zur Erziehung nach Sozialräumen

Die Belastung innerhalb der Sozialräume ist seit vielen Jahren durch ein ausgeprägtes Nord-Süd-Gefälle geprägt. Die 39 Sozialräume spiegeln auch in der Inanspruchnahme von Jugendhilfleistungen diese manifestierte sozio-ökonomische Situation wider. Ausgehend von der These, dass Empfängerinnen und Empfänger von SGB II-Leistungen überdurchschnittlich häufig sowohl Sozial- als auch Jugendhilfediensleistungen in Anspruch nehmen, lässt sich über diesen Indikator im Wesentlichen die unterschiedliche Inanspruchnahme von Jugendhilfe in den Sozialräumen erklären.

Um eine präzise Situation der Gewährung von Hilfen zur Erziehung auf die Lebenswirklichkeit in den Dortmunder Sozialräumen darzustellen, wird in den Abbildungen 40 und 41 zwischen der absoluten Anzahl der Hilfen und der Hilfen pro Tausend Jugendeinwohner (0 bis unter 21 Jahre) differenziert. Die letztgenannte Darstellung wird auch als Leistungsdichte bezeichnet. Diese Leistungsdichte ist von zwei Variablen abhängig: einerseits von der Anzahl der gewährten Hilfen, andererseits von der Anzahl der Jugendeinwohner. Steigt zum Beispiel die Anzahl der Jugendeinwohner bei gleicher Fallzahl, so sinkt die Leistungsdichte. Steigen die Fallzahlen im gleichen Maß wie die Zahl der Jugendeinwohner, bleibt die Leistungsdichte konstant.

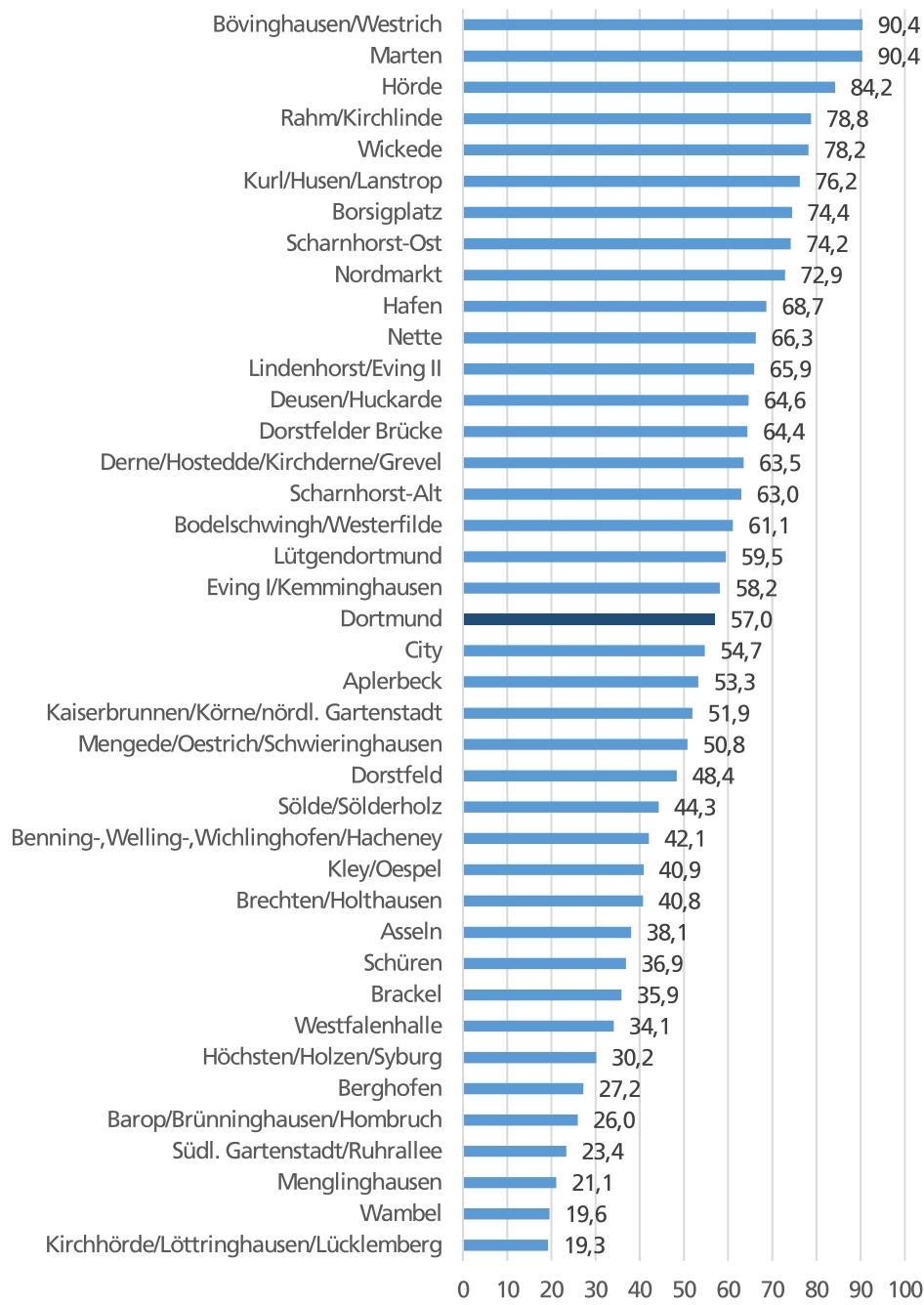
Am Beispiel des Sozialraumes Nordmarkt wird deutlich, dass trotz hoher Fallzahl bei gleichzeitig hohem Jugendeinwohnerwert die Leistungsdichte dennoch niedriger sein kann als in den übrigen Sozialräumen. Ursächlich für diese Verschiebung sind unter anderem Zuzüge von bestimmten ethnischen Gruppen in den Sozialraum, die einer Zusammenarbeit mit dem Jugendamt ablehnend gegenüberstehen.

Abbildung 40: Anzahl der laufenden Hilfen innerhalb und außerhalb der eigenen Familie im Jahr 2017



Quelle: Jugendamt

Abbildung 41: Inanspruchnahme der Hilfen zur Erziehung
pro tausend Jugendeinwohner/innen (0 bis unter 21 Jahre) gesamt



Quelle: Jugendamt

5.8 Gesundheit

Nach dem heutigen Stand der Wissenschaft haben die sozialen Verhältnisse, in denen unsere Kinder aufwachsen, einen maßgeblichen Einfluss auf den Gesundheitszustand, die Entwicklungsmöglichkeiten sowie auf die Bildungschancen. Kinder aus Familien mit einem schwierigen sozialen Umfeld sind auch stärker gesundheitlichen Belastungen ausgesetzt. In der Regel verfügen sie über geringere Bewältigungsressourcen, die sie jedoch benötigen, damit sich gesundheitliche Beeinträchtigungen sowie Störungen in der Entwicklung nicht folgenschwer auf die weiteren Lebensphasen auswirken.

Befunde aus der Schuleingangsuntersuchung (SEU)

Die SEU bietet neben der individualmedizinischen Komponente auch die Grundlage für die Koordination und Planung von gesundheitsfördernden Maßnahmen. Der öffentliche Gesundheitsdienst besitzt damit zusätzlich ein epidemiologisches Instrument, da durch die Verpflichtung zur Untersuchung ein kompletter Bevölkerungsjahrgang untersucht wird. Durch Standardisierung ist es zudem möglich, sowohl auf lokaler Ebene (unterschiedliche Sozialräume) wie auch überregional (Land NRW) zu vergleichen. Die SEU ist ein wichtiges Instrument zur Beurteilung der gesundheitlichen Situation von Kindern und deren Entwicklungsstand. Sie ist außerdem gesetzlich vorgeschrieben. Die Eltern werden zur gesundheitlichen Vorgeschichte befragt, Vorsorgeheft und Impfausweis werden durchgesehen, Größe und Gewicht des Kindes ermittelt, das Seh- und Hörvermögen sowie schulrelevante Entwicklungsbereiche überprüft. Bei besonderen Fragestellungen oder bei fehlenden Vorsorgeuntersuchungen schließt sich eine körperliche Untersuchung an. 2016 wurden insgesamt 5.009 Kinder untersucht³². Daraus ergaben sich folgende Befunde:

³² Die vollumfängliche Auswertung der Daten zur Schuleingangsuntersuchung 2017 lag zum Zeitpunkt der Erstellung des Berichts noch nicht vor. Aus diesem Grunde wurde hier auf Daten aus dem Jahr 2016 zurückgegriffen.

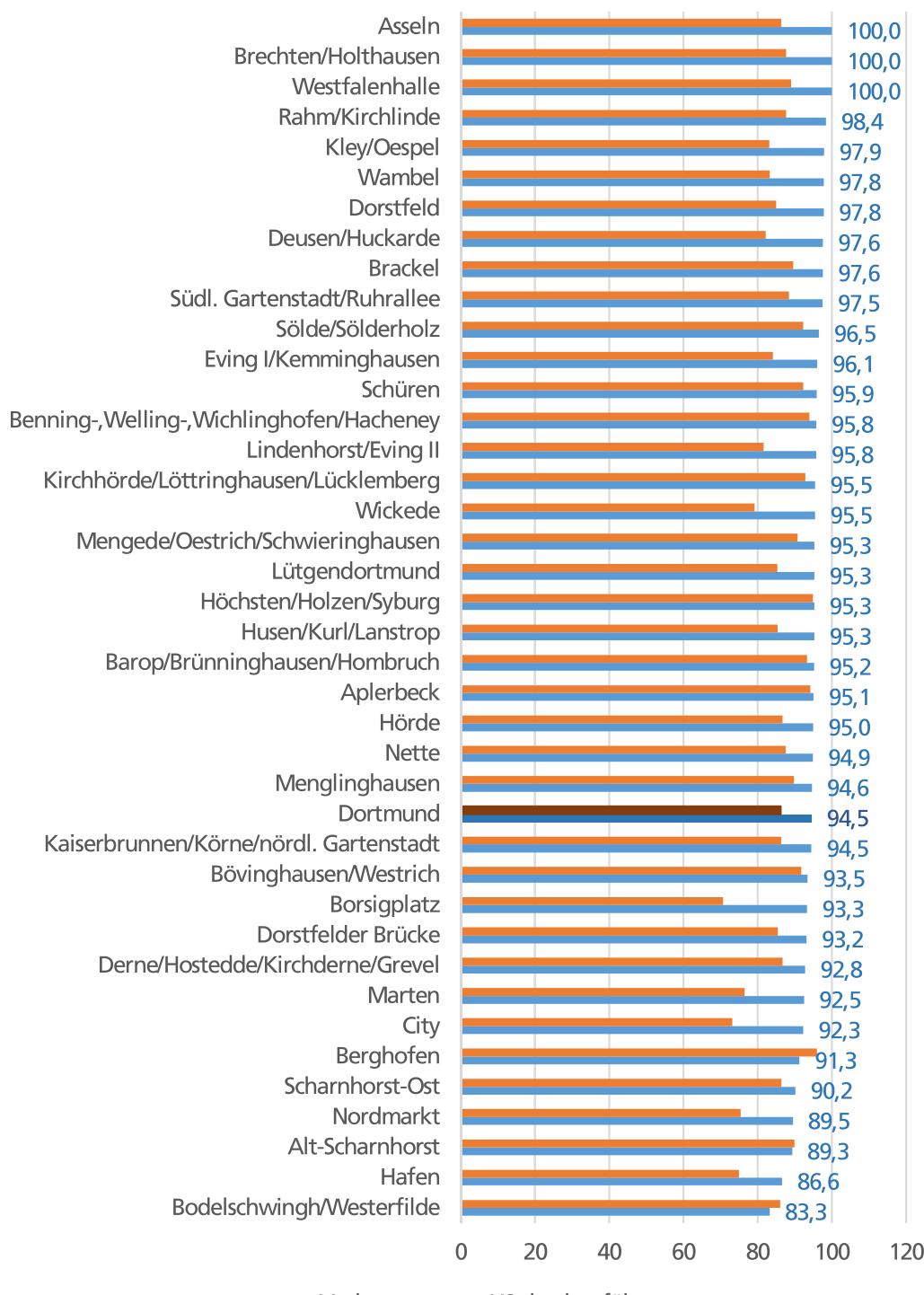
Früherkennungsuntersuchungen

Seit 1991 gibt es in allen Bundesländern ein einheitliches Früherkennungsprogramm für Kinder. Bis zum Schulalter umfasst es neun Untersuchungen. Diese sind ein wesentlicher Baustein zur gesunden kindlichen Entwicklung und haben altersspezifische Schwerpunkte.

Die Inanspruchnahme der Früherkennungsuntersuchungen kann als wichtiger Indikator für gesundheitsbewusstes Verhalten angesehen werden. Sie berechnet sich auf der Basis der vorgelegten Untersuchungshefte. Gesamtstädtisch haben 2016 84,7 Prozent der Eltern bei der Schuleingangsuntersuchung das Früherkennungsheft vorgelegt. Somit beziehen sich die nachfolgenden Ergebnisse nur auf die vorgelegten Hefte. Es wird allgemein angenommen, dass Kinder, für die bei der Schuleingangsuntersuchung kein Früherkennungsheft vorlag, auch seltener an den Untersuchungen teilgenommen haben. Deshalb vermitteln die auf der Grundlage der vorgelegten Hefte ermittelten Ergebnisse vermutlich eher ein zu günstiges Bild. Die tatsächliche Rate dürfte niedriger liegen. Die Auswertung der Zahlen belegt den geringsten Wert für den Sozialraum Borsigplatz mit 70,7 Prozent; der höchste Wert wird im Sozialraum Berghofen mit 96,0 Prozent erreicht.

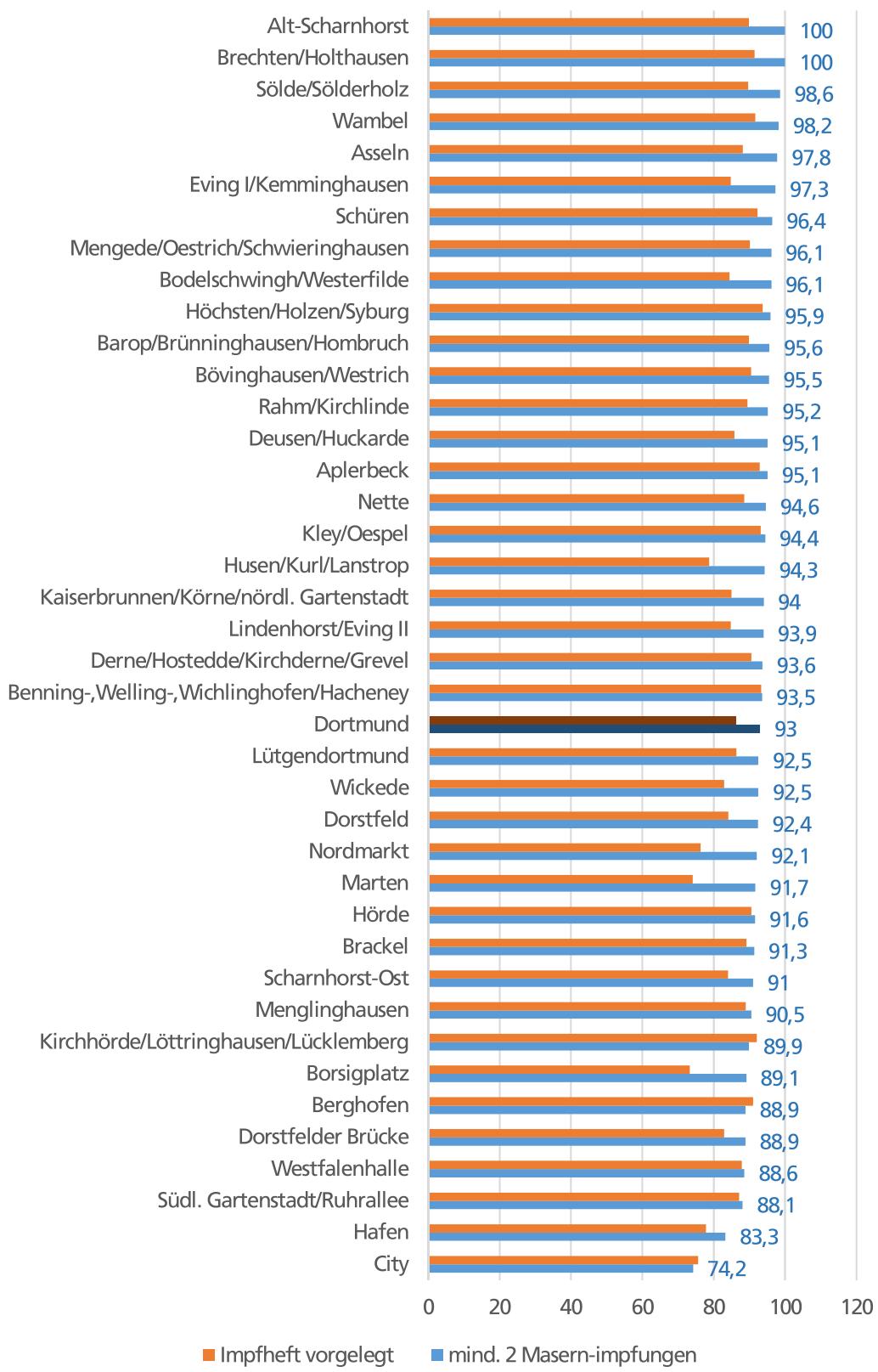
In den letzten Jahren konnte ein Anstieg der Inanspruchnahme der U 9 verzeichnet werden. Die beobachteten Steigerungen sind das Ergebnis des Zusammenwirkens unterschiedlicher Akteure in den Bereichen Jugend und Gesundheit. Beispielhaft ist hier das Projekt „Ich gehe zur U“ zu nennen, das in Kooperation mit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZGA), dem Familienbüro der Stadt Dortmund, den Tageseinrichtungen für Kinder und dem Kinder- und Jugendgesundheitsdienst durchgeführt wurde. Ein Großteil ist vermutlich auch auf die 2008 in Kraft getretene UTeilnahmeDatVO zurückzuführen. Diese regelt das Meldeverfahren zwischen Ärztinnen und Ärzten, dem Landeszentrum für Gesundheit, den Meldebehörden und den örtlichen Trägern der Jugendhilfe.

Abbildung 42: Anteil Durchgeführte U9-Untersuchung (in %, SEU2016)



Quelle: Gesundheitsamt

Abbildung 43: Anteil von mindestens 2 MMR Impfungen (in %, SEU2016)



Quelle: Gesundheitsamt

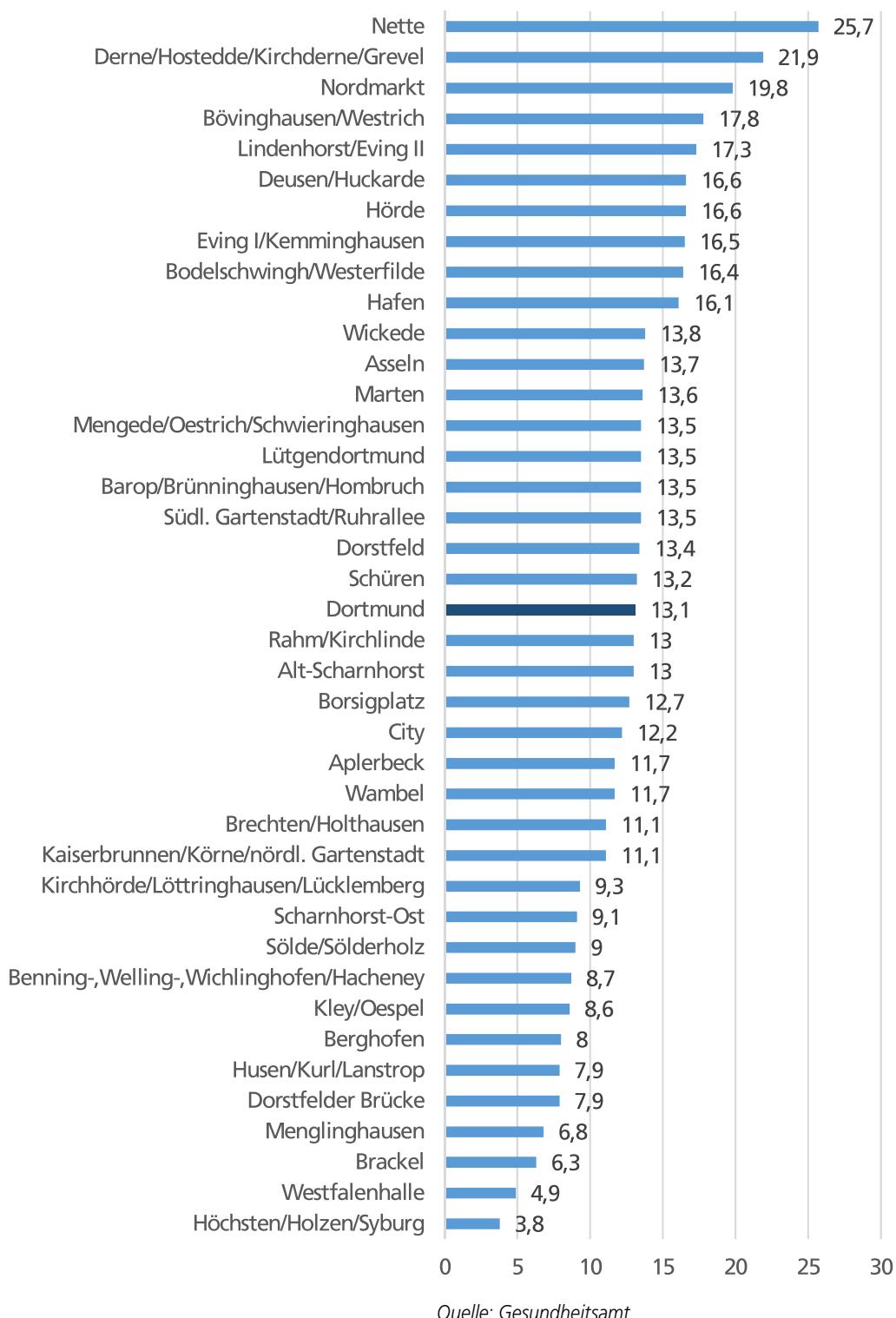
Impfungen

Neben den Befunden aus der SEU gilt auch der Impfstatus der Bevölkerung als wichtiger Indikator der Gesundheitsversorgung. Impfungen schützen nicht nur individuell, sondern führen auch zu einem Kollektivschutz der Bevölkerung. Ist der Anteil geimpfter Personen hoch, findet ein Erreger nicht mehr genug empfängliche Personen und die Krankheit kann sich nicht ausbreiten. Dieser Nutzen für den Gesundheitsschutz der Allgemeinbevölkerung setzt jedoch erst ein, wenn die Durchimpfungsquoten entsprechend hoch sind. Der Prozentsatz an Personen, die in einer Bevölkerung geimpft sein müssen, um einen sicheren Kollektivschutz zu gewährleisten, ist dabei für jede Infektionskrankheit unterschiedlich. So liegt der Prozentsatz für Masern bei 92,0 bis 95,0 Prozent. Masern gelten in einem Land als eliminiert, wenn eine endemische Mensch-zu-Mensch-Übertragung über einen Zeitraum von mindestens zwölf Monaten nicht mehr nachgewiesen werden kann. Damit das gelingt, muss die Rate dauerhaft über 95,0 Prozent liegen.

Die Durchimpfungsrate bei den Dortmunder Schulanfängern ist, dank jahrelanger Aufklärungsarbeit aller beteiligten Gesundheitsakteure, kontinuierlich gestiegen und gibt grundsätzlich keinen Anlass zur Besorgnis. Lediglich die Rate der zweiten Masern-Mumps-Röteln-Impfung bedarf einer entsprechenden Steigerung. Auch hier wird - analog zu den Früherkennungsuntersuchungen - die Inanspruchnahme von Impfungen auf der Basis der vorgelegten Impfausweise berechnet.

In den einzelnen Sozialräumen zeigt sich ein sehr unterschiedliches Bild. Lediglich 15 Sozialräume erreichen den von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) geforderten Wert zur Elimination der Masern. Anders als beim Übergewicht (vgl. unten) finden sich auch in den sozial stabilen Sozialräumen nicht ausreichende Werte. Erfahrungswerte zeigen, dass in diesen Räumen vermehrt Familien leben, die sich mit dem Thema Impfungen kritisch auseinandersetzen und eher dazu tendieren, einige Impfungen nicht oder erst zu einem späteren Zeitpunkt durchführen zu lassen.

Abbildung 44: Anteil Übergewicht/Adipositas (in %, SEU 2016)



Quelle: Gesundheitsamt

Übergewicht

Zur Prävalenz von Übergewicht und Adipositas stellt die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZGA) fest: „Adipositas hat sich im Gesundheitswesen zu einem Kernproblem entwickelt. Die Welt-Gesundheitsorganisation WHO bezeichnet Adipositas sogar als das größte chronische Gesundheitsproblem. Als Folge von Übergewicht und Adipositas kann es zu einer Reihe von Erkrankungen und Nebenerkrankungen kommen, die nicht nur für die Erwachsenen ein hohes Risiko darstellen. Bereits bei Kindern und Jugendlichen können Übergewicht und Adipositas zu Krankheiten des Herz-Kreislauf-Systems, orthopädischen und psychischen Erkrankungen führen. Es handelt sich dabei also nicht nur um ein ‚Gewichtsproblem‘, sondern um eine bereits im Kindes- und Jugendalter auftretende ernstzunehmende Gesundheitsstörung.“³³

33 www.bzga-kinderuebergewicht.de/adipo_mtp/grundlagen/situation.htm

Laut BZGA gibt es sehr komplexe Ursachen für die Entwicklung von Übergewicht und Adipositas. Einen starken Einfluss auf das Ess- und Bewegungsverhalten in der Familie haben neben genetischen insbesondere soziale und soziokulturelle Faktoren. Veränderte familiäre Strukturen, ethnische Zugehörigkeit oder ein niedriger sozialer Status können zu ungünstiger Ernährungsweise und mangelnder körperlicher Bewegung führen. Ein Missverhältnis von aufgenommener Energie zu verbrauchter Energie mündet langfristig in eine vermehrte Ansammlung von Körperfett.

Gesamtstädtisch liegen die Werte für Übergewicht/Adipositas mit 13,1 Prozent weiterhin auf einem hohen Niveau. Der Landesdurchschnitt lag in NRW 2016 bei 10,9 Prozent. In den 2007 als Aktionsraum definierten Sozialräumen (dunkelrote Balken) tritt Übergewicht/Adipositas häufiger auf. Ausnahmen bilden die Aktionsräume Alt-Scharnhorst, Borsigplatz, Scharnhorst-Ost und Dorstfelder Brücke.

Herabsetzung der Sehschärfe

Gutes Sehen ist eine Grundvoraussetzung für das Lernen in der Schule. Kinder, deren Sehfähigkeit gestört ist, bedürfen der besonderen Zuwendung durch die Schule. Bei Vorschulkindern besteht das Problem, dass eine Sehleistungsminderung vom Kind und dessen Eltern häufig nicht bemerkt wird. Wird aber ein Sehfehler über mehrere Jahre nicht korrigiert, sind die betroffenen Kinder oft dauerhaft in ihrer Entwicklung gehemmt.

Eine unerkannte und nicht ausreichend behandelte Herabsetzung der Sehschärfe kann das Lernverhalten beeinträchtigen und zu einer falschen Beurteilung der schulischen Leistungsfähigkeit führen. Da eine unbehandelte Sehschwäche außerdem auch die Sicherheit bei Sport und Spiel gefährdet und dadurch ein erhöhtes Unfallrisiko besteht, unterstreicht dies die Forderung zur Früherkennung von Sehstörungen bei Kindern im Vorschulalter.

Der Sehtest wird mithilfe eines Sehtestgerätes standardisiert durchgeführt. Kinder, die eine Brille tragen, absolvieren den Test mit ihrer Brille. Ein Arztbesuch wird - unbeschadet des Sehtestergebnisses - allen Brillenträgerinnen und Brillenträgern empfohlen, deren letzter Augenarztbesuch länger als ein Jahr zurückliegt.

Es ist daher unverzichtbar, die Kinder vor Schulbeginn im Hinblick auf eine ausreichende Sehschärfe zu untersuchen. In den allermeisten Fällen ist die Herabsetzung der Sehschärfe durch eine Brille ausgleichbar.

Gesamtstädtisch verfügen 17,8 Prozent der Kinder zum Zeitpunkt der Schuleingangstuntersuchung über ein nicht ausreichendes Sehvermögen. Bei 9,1 Prozent der Kinder war eine Behandlung bereits eingeleitet. 8,7 Prozent der Kinder waren augenärztlich nicht versorgt. Die Verteilung auf die Sozialraum-Cluster³⁴ zeigt ein differenziertes Bild. Der Anteil der unbehandelten Sehbeeinträchtigungen ist in den belasteten Sozialräumen der Cluster 4 und 5 (Dorfstfelder Brücke, Lindenhorst/Eving, Eving/Kemminghausen, Alt-Scharnhorst, Scharnhorst-Ost, Wickedede, Hörder, Marten, Bodelschwingh/Westerfilde, Nette, Hafen, Nordmarkt und Borsigplatz) höher als in dem unauffälligen Sozialraum-Cluster 3 (Dorfstfeld, Derne/Hostedde/Kirchderne/Grevel, Husen/Kurl/Lanstrop, Schüren, Lütgendortmund, Bövinghausen/Westrück, Deusen/Huckarde, Rahm/Kirchlinde, Mengede/Oestrich/Schwieringhausen) und in den unbelasteten Sozialräumen der Cluster 1 und 2 (übrige Sozialräume, vgl. Stadt Dortmund 2008a: 107f). Bei Kindern aus den sozial stabilen Sozialräumen der Cluster 1 und 2 wird häufiger zu einem früheren Zeitpunkt eine Behandlung eingeleitet.

34 Nach der Definition 2007.

Abbildung 45: Anteil Herabsetzung der Sehschärfe (in %, SEU2016)

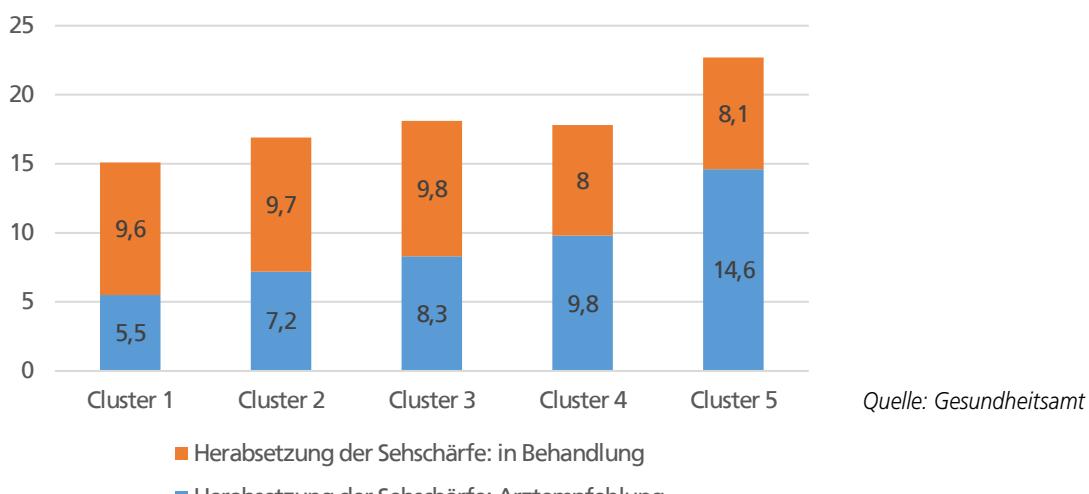
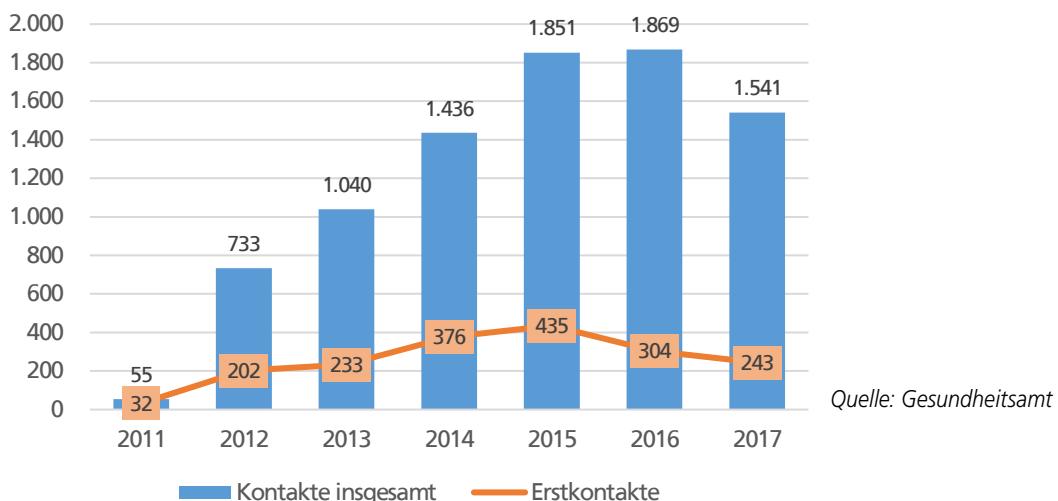


Abbildung 46: Sprechstunde
für nicht-krankenversicherte Kinder – Kontakte



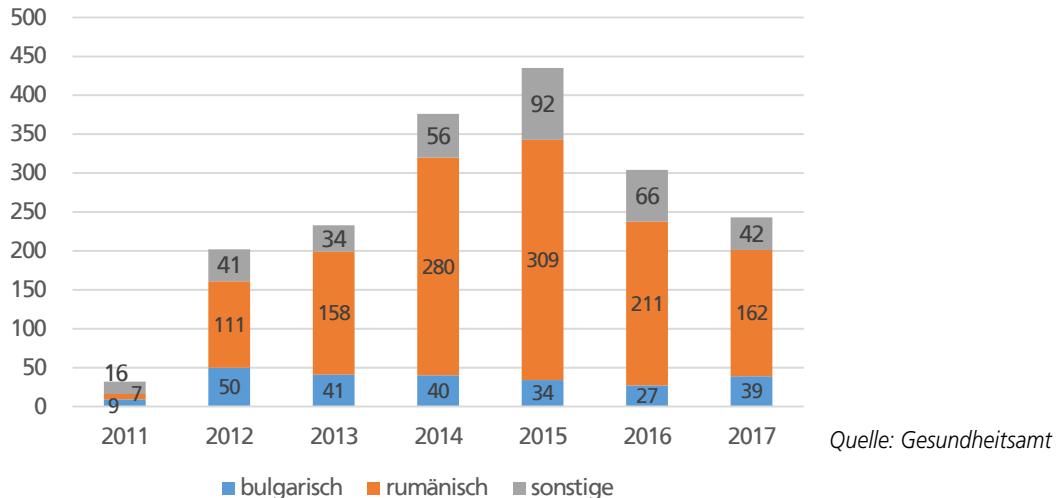
Sprechstunden für nicht Krankenversicherte im Gesundheitsamt Dortmund

Seit dem EU-Beitritt Rumäniens und Bulgariens im Jahr 2007 hat sich der Anteil der aus diesen Ländern in Dortmund gemeldeten Staatsangehörigen stark erhöht (vgl. Kapitel 7.2). Das Gesundheitsamt wird seitdem zunehmend mit Menschen konfrontiert, die aufgrund ihrer Vita eine defizitäre medizinische Betreuung erfahren haben und gesundheitlich unzureichend versorgt bzw. aufgeklärt sind. Zentrales Problem ist dabei in vielen Fällen ein fehlender oder ungeklärter Krankenversicherungsschutz.

Vor diesem Hintergrund bietet das Gesundheitsamt seit Juni 2011 eine Sprechstunde speziell für Kinder ohne Krankenversicherungsschutz an. Des Weiteren wird seit dem 01.08.2012 ein gynäkologisches und infektologisches Untersuchungs- und Behandlungsangebot für Frauen ohne Krankenversicherungsschutz angeboten.

Mit der Einführung der Sprechstunde für nicht-krankenversicherte Kinder im Jahre 2011 wurde die Sprechstunde für zwei Stunden pro Woche von einer Kinderärztin des Gesundheitsamtes durchgeführt. Aufgrund der stark zunehmenden Inanspruchnahme wurden die Sprechstundenzeiten (zunächst mit Kinderärzten auf Honorarbasis) ausgeweitet. Seit 2015 sind eine Kinderärztin und eine Kinderkrankenschwester jeweils in Teilzeit in der Sprechstunde tätig. Seit 2011 steigen die Kontakte kontinuierlich und erreichen 2016 ihren Höhepunkt mit 1.869 Kontakten. Seit 2017 ist die Anzahl der Kontakte (1.541) wieder rückläufig. Der Höchststand der Erstkontakte wurde 2015 mit 435 erreicht. Seitdem sinken auch die Erstkontakte wieder. Die Kinder und Jugendlichen, die in der Sprechstunde versorgt werden, stammen größtenteils aus Rumänien und sprechen überwiegend kein Deutsch.

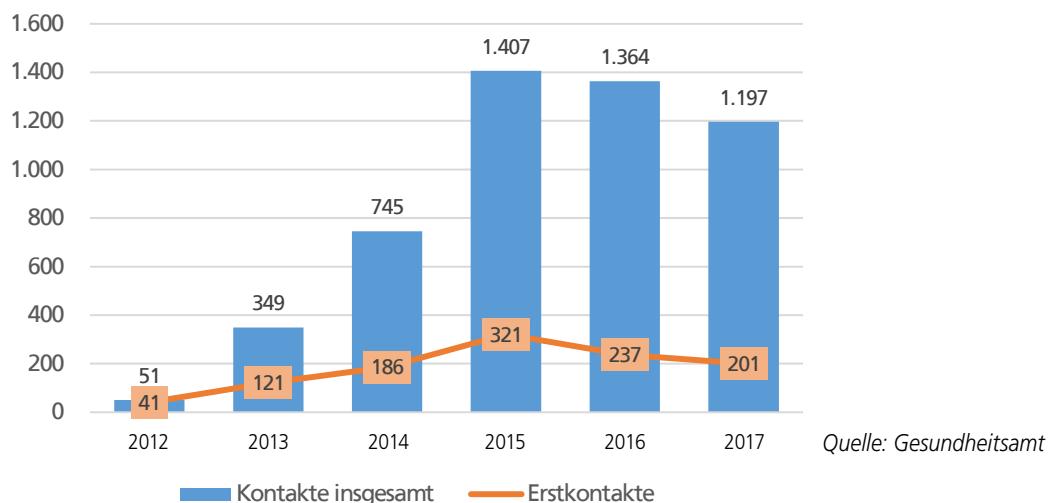
Abbildung 47: Sprechstunde für nicht-krankenversicherte Kinder – Nationalität



Seit 2012 bietet das Gesundheitsamt zusätzlich eine Sprechstunde für nicht krankenversicherte Frauen an. Zunächst wurde diese gynäkologische Sprechstunde 14-tägig von einer Gynäkologin auf Honorarbasis durchgeführt. Aufgrund des steigenden Bedarfs wurden auch hier die Sprechstundenzeiten ausgeweitet.

Im Jahr 2014 konnten eine Gynäkologin und eine medizinische Fachangestellte für diesen Bereich in Teilzeit fest eingestellt werden. Die Inanspruchnahme der Frauensprechstunde steigt seit 2012 kontinuierlich und erreichte 2015 ihren Höhepunkt mit 1.407 Kontakten (321 Erstkontakte). 2016 und 2017 sind die Kontakte insgesamt ebenso wie die Erstkontakte rückläufig.

Abbildung 48: nicht-krankenversicherte Frauen – Kontakte



Clearingstelle Gesundheit

Die Erkenntnisse aus den Sprechstunden des Dortmunder Gesundheitsamtes für nicht krankenversicherte Menschen wurden dem Gesundheitsministerium NRW vorgestellt. Aus der gemeinsamen Entwicklung möglicher Lösungsansätze entstand letztendlich die Idee der Einrichtung von kommunalen Clearingstellen, die gemeinsam mit den Ratsuchenden die Zugangsvoraussetzungen zum Versicherungsschutz in der Regelversorgung klären. 2015 erfolgte vom MAGS die Ausschreibung eines dreijährigen Modellprojektes, in dessen Rahmen landesweit Clearingstellen entwickelt und umgesetzt wurden. Neben Dortmund erhielten Duisburg, Gelsenkirchen, Köln und Münster einen Zuschlag. In Dortmund ist das Soziale Zentrum e.V. Träger der Clearingstelle Gesundheit.

Im Grundsatz ist anzunehmen, dass die zugewanderten Menschen aus Südosteuropa mit gewöhnlichem Aufenthalt in Deutschland über eine Absicherung im Krankheitsfall verfügen. Doch gerade bei Personen, die nicht sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind, ergeben sich hier große Defizite in Bezug auf die Klärung des Versicherungsstatus. Teils verfügen die Menschen auch nicht über die ausreichenden finanziellen Mittel, um eine medizinische Behandlung selbst zu bezahlen. Hier setzt die Arbeit der Dortmunder Clearingstelle Gesundheit an, die mit muttersprachlichem niedrigschwelligen Zugang die Beratung der Zugewanderten übernimmt und als Bindeglied und Vermittlungsinstanz zu den Krankenkassen fungiert. Die Clearingstelle Gesundheit klärt gemeinsam mit den Ratsuchenden die Zugangsvoraussetzungen zum Versicherungsschutz in der Regelversorgung. Besonderheit der Dortmunder Clearingstelle ist, dass die Fälle mit Unterstützung eines virtuellen Kompetenzteams, bestehend aus sechs gesetzlichen Krankenkassen unter Federführung des VDEK, bearbeitet werden. Bei gegebener Sachlage kann direkt in die Krankenversicherung vermittelt werden.

Quelle: Soziales Zentrum e. V.

Das Personal der Clearingstelle kennt den Umgang mit den Zielgruppen; Sprachprobleme können durch die muttersprachliche Begleitung überwunden werden. Die Fachkräfte sind neutrale Vermittler in der Wahrnehmung der Klienten und das entgegengebrachte Vertrauen ermöglicht schnell die Klärung der Sachlage. Analphabetismus ist ein großes Problem, das die Korrespondenz zur Krankenkasse für die Ratsuchenden fast unmöglich macht. Gegenwärtig erfolgt Beratung in den Sprachen deutsch, rumänisch, bulgarisch, türkisch, spanisch, englisch, serbisch, mazedonisch, katalanisch, italienisch. 72 Prozent der Beratungen erfolgten nicht in deutscher Sprache. Die kultursensible Sozialarbeit kann dabei auch mit größerer zeitlicher Ressource vollzogen werden als es bei den Krankenkassen vor Ort häufig der Fall ist. Zur Gestaltung der passenden Voraussetzungen, um in eine Versicherung überzugehen, kennt das Personal der Clearingstelle die weiteren Helfer im Netzwerk.

Besonders häufig werden Personen mit ruhendem Versicherungsstatus beraten, der z. B. aufgrund von Arbeitslosigkeit und Beitragsschulden eingesetzt hatte. In enger Zusammenarbeit mit den Krankenkassen werden die Schulden im Rahmen einer neuen Beitragseinstufung oder durch Ratenzahlungen sowie ggf. einen Erlass reduziert. Darüber hinaus werden Ratsuchende häufig zur Familienversicherung informiert, deren Rahmenbedingungen den Zugewanderten meist nicht bekannt sind.

In der Zeit vom 1. August 2016 bis zum 31. Oktober 2018 hat die Clearingstelle Gesundheit 2.573 Kontakte verzeichnet. Dabei waren in den beratenen Fällen 1.656 Kinder präsent. Bei 420 Personen konnte direkt nach der Beratung ein Krankenversicherungsschutz hergestellt werden.

Tabelle 7: Clearingstelle Gesundheit

Clearingstelle Gesundheit	Stichtag: 31.10.18
Anzahl der Kontakte	2.573
Anzahl der Kinder	1.656
KV-Schutz direkt nach Beratung hergestellt	420

38,0 Prozent der Ratsuchenden kommen aus Rumänien, jeweils 20,0 Prozent aus Bulgarien und Spanien (Deutschland 6,0 Prozent, sonstige 16,0 Prozent). In 16,0 Prozent aller Fälle konnte direkt, also ohne weitere Vermittlung in andere Helfersysteme, nach den Beratungsterminen eine Versicherung hergestellt werden, da der Ratsuchende bereits – bisher ‚unerkannt‘ – über alle Voraussetzungen verfügte. Hinzu kommen weitere Vermittlungen, die allerdings zunächst – teils umfängliche – Recherchen erfordern.

Tabelle 8: Verteilung der Herkunftsstaaten

Länder	In Prozent
Rumänien	38
Bulgarien	20
Spanien	20
Deutschland	6
sonstige	16
Gesamt	100

Quelle: Soziales Zentrum e. V.

Die Arbeit der Clearingstelle Gesundheit unterstützt die Integration der Zielgruppen auch über den Beratungskontext hinaus. Denn die Klärung der Voraussetzungen erfordert, dass die Ratsuchenden sich selbst kümmern und trägt damit zu ihrer Aktivierung bei.

Insgesamt stellen offene Beitragsschulden ein erhebliches Integrationshemmnis dar, durch das die Menschen häufig in eine Armutsfalle geraten. Zudem führt die mangelnde medizinische Versorgung in vielen Fällen zu einer Verschlechterung des gesundheitlichen Zustands und zu Folgeerkrankungen. Die Kosten für eventuell notwendige Notfallversorgungen belasten die Allgemeinheit. Dabei führen fehlende Vorsorgeuntersuchungen insbesondere bei Kindern zu hohen Folgekosten.

Die Finanzierung der Clearingstelle Gesundheit endet im April 2019. Die Fortführung der ländesseitigen Finanzierung ist ungewiss. Damit ist auch die Fortführung der Clearingstelle Gesundheit in Dortmund gefährdet.

Fazit

Ein ungünstiges Ernährungs- und Bewegungsverhalten, das unter anderem von sozialen und soziokulturellen Faktoren beeinflusst wird, kann zu Übergewicht und Adipositas führen. Gesamtstädtisch verharren die Werte für Übergewicht/Adipositas seit rund zehn Jahren auf einem gleichbleibend hohen Niveau und deutlich über dem Landesdurchschnitt von NRW. Mit dem Ratsbeschluss vom 28.09.2017 hat der Rat das Gesundheitsamt beauftragt, eine Planungsgruppe Gesundheit und Prävention zu installieren. Ziel ist es, nachhaltige Maßnahmen zur Übergewichtsprävention zu entwickeln.

Insbesondere infolge der steigenden Zahl an EU-Zuwanderinnen und Zuwanderern war das Gesundheitsamt der Stadt Dortmund mit einer steigenden Zahl von Menschen konfrontiert, die keinen oder einen ungeklärten Krankenversicherungsschutz hatten. Die daraufhin eingerichteten Sprechstunden des Gesundheitsamtes für nicht krankenversicherte schwangere Frauen und für nicht krankenversicherte Kinder und Jugendliche werden stark in Anspruch genommen, seit 2016 ist die Anzahl der Kontakte rückläufig.

Ebenfalls als Reaktion auf die steigende Zahl an nicht krankenversicherten Zugewanderten – insbesondere aus den EU2-Staaten – entstand in Kooperation mit dem Land NRW die Clearingstelle Gesundheit. Seit gut zwei Jahren leistet die Clearingstelle einen wichtigen Beitrag für die gesundheitliche Integration von zugewanderten Menschen, die Zahl der Menschen, für die ein Versicherungsschutz hergestellt werden kann, steigt stetig. Die sinkende Inanspruchnahme der Sprechstunden für nicht krankenversicherte Menschen ist wahrscheinlich ein Arbeitsergebnis der Clearingstelle. Mit Ende der Förderung (April 2019) durch das Land NRW ist eine Fortführung gefährdet. Ein Wiederansteigen der Kontakte in den Sprechstunden des Gesundheitsamtes ist dann wahrscheinlich. Daher ist es eine der zentralen Aufgaben, den Fortbestand der Clearingstelle zu sichern.

6. Entwicklung in den Aktionsräumen

Der ‚Bericht zur sozialen Lage in Dortmund‘ 2007 hat mit Hilfe eines komplexen statistischen Verfahrens (Clusteranalyse) unter Berücksichtigung verschiedener Indikatoren 13 Sozialräume identifiziert, die überdurchschnittlich belastet waren. Die damaligen Analysen wurden durch das ‚Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung‘ an der Ruhr Universität Bochum durchgeführt.

Das vor zehn Jahren gewählte aufwändige Verfahren war gut und richtig, um einen differenzierten Blick sowohl auf die soziale Lage der Menschen in Dortmund als auch in die Sozialräume zu richten. Zwischenzeitlich bestätigten örtlich gewonnene Erkenntnisse wiederkehrend, was auch viele Untersuchungen belegen: Ein signifikanter Zusammenhang besteht insbesondere zwischen dem Bezug von Sozialleistungen und unterschiedlichen Dimensionen sozialer Benachteiligung.

Transferleistungsempfängerquote als Indikator für besondere Belastungssituation

Im vorliegenden Bericht wird daher von der seinerzeit umgesetzten umfassenden Clusteranalyse abgesehen. Die Identifizierung der Aktionsräume folgt vielmehr einer überdurchschnittlichen Sozialleistungsquote. Dafür sind der Indikator ‚Sozialleistungen‘ und seine Ausprägung zu definieren.

Mit Rückblick auf die aktuell ausgewerteten Daten ist es wichtig, spezifischen Lebenslagen - etwa der Seniorinnen und Senioren, von denen ein steigender Anteil auf Grundsicherung angewiesen ist, oder der Neuzugewanderten - Rechnung zu tragen (vgl. Kapitel 5 und 7). Vor diesem Hintergrund ist es sinnvoll, nicht ausschließlich den Anteil der SGB II-Empfänger heranzuziehen. Stattdessen wird im vorliegenden Bericht der Anteil an Transferleistungsempfängerinnen und -empfängern als Indikator für eine besondere

Belastungssituation in den Sozialräumen verwendet. Der Begriff ‚Transferleistungen‘ beinhaltet dabei folgende Leistungsbereiche:

- SGB II der unter 65-jährigen
- SGB XII Grundsicherung im Alter der 65-jährigen und Älteren
- SGB XII Hilfe zum Lebensunterhalt (HzL)
- Leistungen für Asylbewerber nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)

Untererfassung wahrscheinlich

Einschränkend ist zu ergänzen, dass die Daten nur die Personen bezeichnen, die überhaupt ‚im System ankommen‘ und ihre Ansprüche in den jeweiligen Leistungsbereichen geltend machen. Das ist nicht bei allen Anspruchsberechtigten der Fall. Verlässliche Zahlen über diejenigen, die Ansprüche haben, diese aber nicht geltend machen, liegen dagegen nicht vor.

Dabei können die Ursachen für die Nicht-Inanspruchnahme vielfältig sein. Gerade bei älteren Menschen kann – neben unzureichenden Informationen über die bestehenden Ansprüche – die Angst vor einer sozialen Stigmatisierung dazu führen, Leistungen nicht in Anspruch zu nehmen.

Eine Erfassung der Zahl der Leistungsberechtigten ist auch wegen der komplexen Voraussetzungen für Leistungsansprüche in den verschiedenen Rechtskreisen kaum möglich. Ziel muss es daher sein, die Dunkelziffer der Menschen, die trotz bestehender Ansprüche keine Leistungen beziehen, so gering wie möglich zu halten. Dazu sind eine breite und niederschwellige Information möglicher Zielgruppen und eine Enttabuisierung dieses Themas in der Öffentlichkeit notwendig.

Große Unterschiede zwischen den Sozialräumen

Wie in Kapitel 5.2 ausführlich dargestellt, ist die Zahl der Menschen, die auf Transferleistungen angewiesen sind, gestiegen. 2017 war in Dortmund jeder sechste Mensch auf staatliche

Tabelle 9: Transferleistungsempfänger/innen 2007 und 2017 im Vergleich

Empfänger/innen von Transferleistungen	2007 in Prozent (absolute Zahl)	2017 in Prozent (absolute Zahl)	Veränderung 07-17 in Prozent-Punkten (absolute Zahl)
Dortmund	16,1 (93.460)	16,9 (101.794)	0,8 (8.334)
Aktionsräume	26,8 (49.309)	28,7 (56.054)	1,9 (6.745)
Übrige Sozialräume	11,1 (44.151)	11,3 (45.740)	0,1 (1.589)

Quelle: Dortmunder Statistik

Transferleistungen angewiesen (vgl. Tabelle 8). Ihre Zahl und ihr Anteil sind in den vergangenen zehn Jahren gestiegen: Erhielten 2007 noch knapp 93.500 Menschen Transferleistungen, waren es zehn Jahre später rund 101.800. Ihr Anteil ist von 16,1 auf 16,9 Prozent gestiegen. Das ist ein Plus von gut 8.300 Menschen und 0,8 Prozentpunkten.

Der Anstieg ist in den Aktionsräumen insgesamt weit größer: Hier ist die Zahl der Leistungsbezieherinnen und -bezieher um 6.745 von knapp 50.000 auf über 56.000 angewachsen (+ 1,9 Prozentpunkte). In den übrigen Sozialräumen liegt die Steigerung deutlich darunter - bei 1.589 Menschen oder 0,1 Prozentpunkt.

Kapitel 5.2 belegt, dass Kinder dabei am stärksten betroffen sind.

Überdurchschnittliche Transferleistungsquote definiert Aktionsräume

Um dem beschriebenen Zusammenhang zwischen Transferleistungsquote und sozialer Lage gerecht zu werden, werden als Ergebnis der im aktuellen Bericht zusammengetragenen Analyseergebnisse die Sozialräume als Aktionsräume definiert, in denen die Transferleistungsquote bei 20 Prozent und mehr liegt.

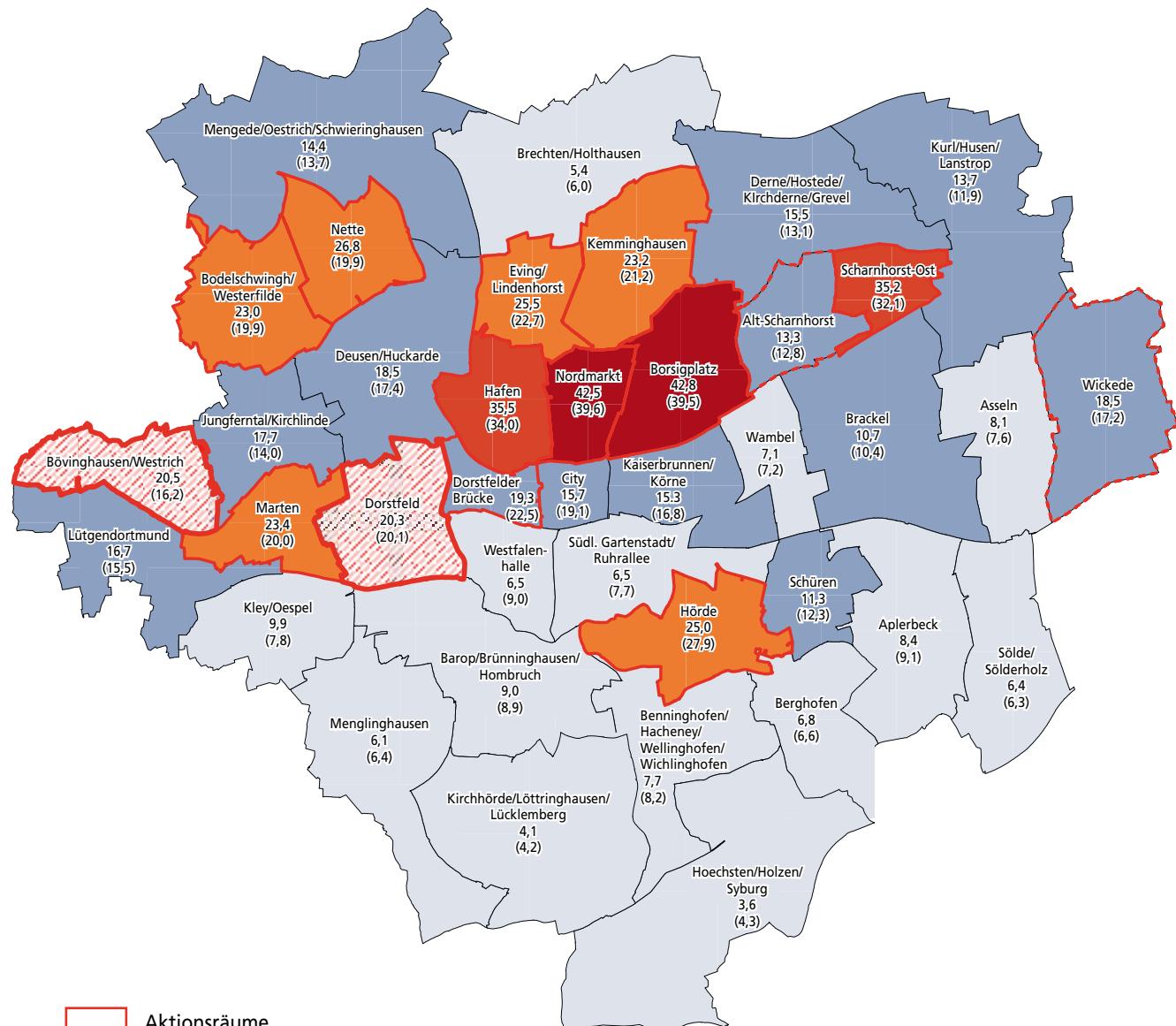
Damit wurde für den vorliegenden Bericht ein Verfahren gewählt, das transparent ist und mit Hilfe ständig verfügbarer Daten regelmäßig und bei Bedarf aktualisiert werden kann.

Nach dieser Definition ergibt die Auswertung der Transferdaten für die einzelnen Sozialräume, dass elf der bisherigen 13 Aktionsräume weiterhin besondere Unterstützung brauchen. Ausnahmen sind Alt-Scharnhorst und Wickede, wo die Transferleistungsquote jeweils bei unter 20,0 Prozent liegt und auch die übrigen Sozialdaten „unauffällig“ sind. Die Erkenntnisse aus der Vor-Ort-Arbeit der letzten zehn Jahre und die daraufhin erfolgten kleinräumigen Analysen belegen aber, dass mit der Wambeler Heide in Alt-Scharnhorst und dem Meylantviertel in Wickede in beiden Sozialräumen jeweils ein Viertel besonderen Unterstützungsbedarf aufweist. Auch wenn die insgesamt positiven Entwicklungen in Alt-Scharnhorst und Wickede eine Unterstützung als Aktionsraum nicht weiterhin erfordern, sollen die Entwicklungen in den beiden Vierteln sorgfältig im Blick behalten werden. Eine bedarfsgerechte Unterstützung soll nach wie vor erfolgen.

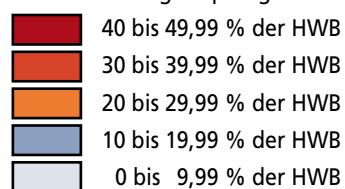
Das gilt ähnlich für den Aktionsraum Dorstfelder Brücke, wo die Transferleistungsquote gesunken ist und geringfügig unter 20,0 Prozent liegt. Er bleibt zunächst im Fokus des Aktionsplans, um die positiven Entwicklungen zunächst zu verstetigen und den Aktionsraum nachhaltig zu stabilisieren.

Neu dazu kommen die Sozialräume Dorstfeld und Bövinghausen/Weststrich, in denen die Transferleistungsquote bei 20,3 bzw. 20,5 Prozent liegt (vgl. Karte 2).

Karte 2: Transferleistungsempfänger/innen 2017 (2007)



Transferleistungsempfänger 2017 (2007) auf Ebene der 39 Sozialräume



Quelle: Dortmunder Statistik

Die folgenden Sozialraumprofile fassen die aus der sozialräumlichen Analyse der Sozialleistungsdaten gewonnenen zentralen Ergebnisse für die einzelnen Räume zusammen. Sie beleuchten dabei zunächst zentrale Einwohnerdaten und die Transferleistungsquote und gehen auf Entwicklungen ein, die von den Durchschnittswerten der Aktionsräume insgesamt und von den gesamtstädtischen Entwicklungen abweichen.

6.1. Entwicklung in den 13 Aktionsräumen

6.1.1 Bodelschwingh/Westerfilde

Der Aktionsraum Bodelschwingh/Westerfilde liegt im Stadtbezirk Mengede und setzt sich aus den beiden gleichnamigen Unterbezirken - Bodelschwingh und Westerfilde - zusammen.

Mit 13.809 Einwohnerinnen und Einwohnern gehört Bodelschwingh/Westerfilde zu den mittelgroßen Sozialräumen. Die Einwohnerzahl ist im Laufe der letzten zehn Jahre um 223 (+1,6 Prozent) gestiegen. Das Wachstum liegt damit unter dem durchschnittlichen Wachstum in allen Aktionsräumen (+5,6) und unter dem städtischen Schnitt (+3,1).

Empfängerinnen und Empfänger von Transferleistungen

Der Anteil der Transferleistungsempfängerinnen und -empfänger lag 2017 mit 23,0 Prozent unterhalb des Durchschnitts aller Aktionsräume (28,7) und über dem städtischen Durchschnitt (16,9).

Die Entwicklung der Transferleistungsempfänger-Quote im Zeitraum von 2007 bis 2017 lag mit + 3,1 Prozentpunkten nicht nur deutlich oberhalb der gesamtstädtischen Steigerung (+0,8), sondern auch über der durchschnittlichen Entwicklung in allen Aktionsräumen insgesamt (+1,9).

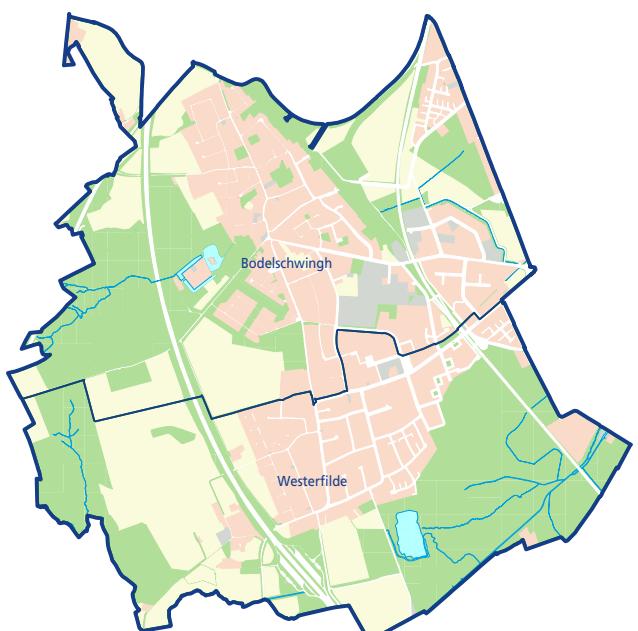
Abweichungen von den Durchschnittswerten auf Aktionsraum- und städtischer Ebene

Für die Gruppe der Menschen, die auf SGB II-Leistungen angewiesen sind, lag der Wert in Bodelschwingh/Westerfilde 2017 leicht unterhalb von dem der Aktionsräume insgesamt, allerdings mit deutlicherem Wachstum gegenüber 2007: Ihr Anteil war im Zeitraum 2007 bis 2017 mit einem Plus von 3,2 deutlich überdurchschnittlich angestiegen (Aktionsräume: +0,4 - Dortmund: -0,2).

Das gilt ähnlich für die Gruppe der Kinder unter 15 Jahren im SGB II-Leistungsbezug. Ihr Anteil lag 2017 um 9,0 Prozentpunkte höher als zehn Jahre zuvor. Auch hier ist der Anteil stärker angewachsen als in den Aktionsräumen insgesamt (+3,2) und gesamtstädtisch (+1,4).

Im Zeitraum 2008 bis 2017 lag der Anteil der Kinder mit Normalgewicht bei 71,0 Prozent und damit unterhalb des Schnitts in den Aktionsräumen insgesamt (77,0) und noch deutlicher unter dem Dortmunder Durchschnitt (80,7). Die Entwicklung gegenüber 2008 ergibt entgegen dem Trend ein erhebliches Minus von 6,8 Prozentpunkte (Aktionsräume: +0,6 - Dortmund: +0,5).

Abbildung 49: Sozialraumprofil Bodelschwingh/Westerfilde



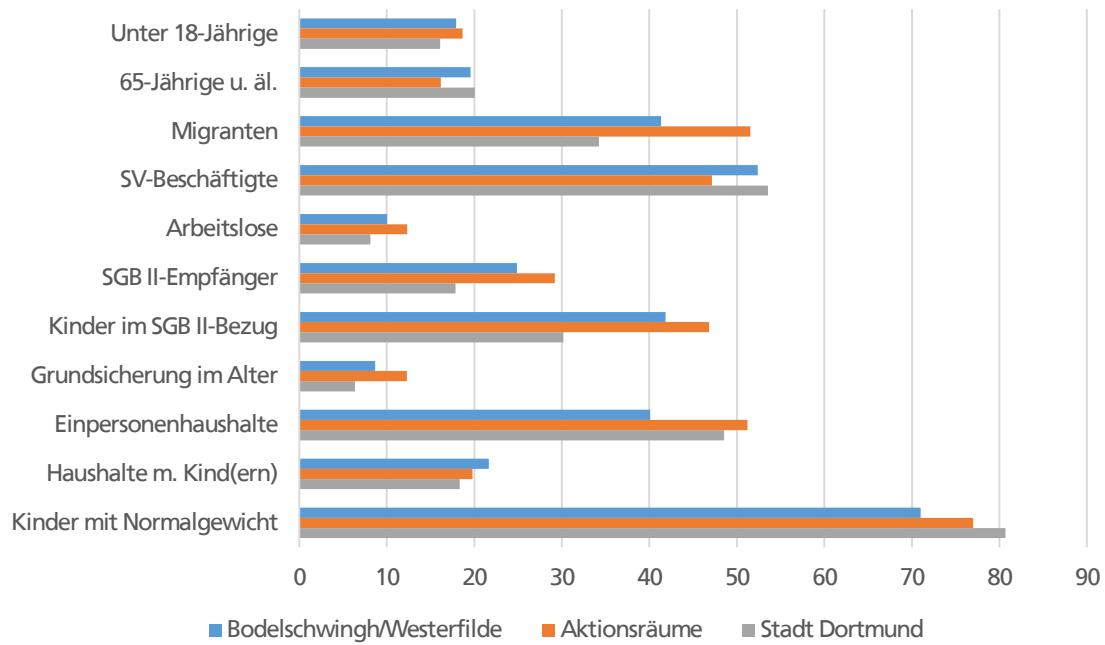
Quelle: Dortmunder Statistik

Aktionsraum Dortmund-Bodelschwingh/Westerfilde

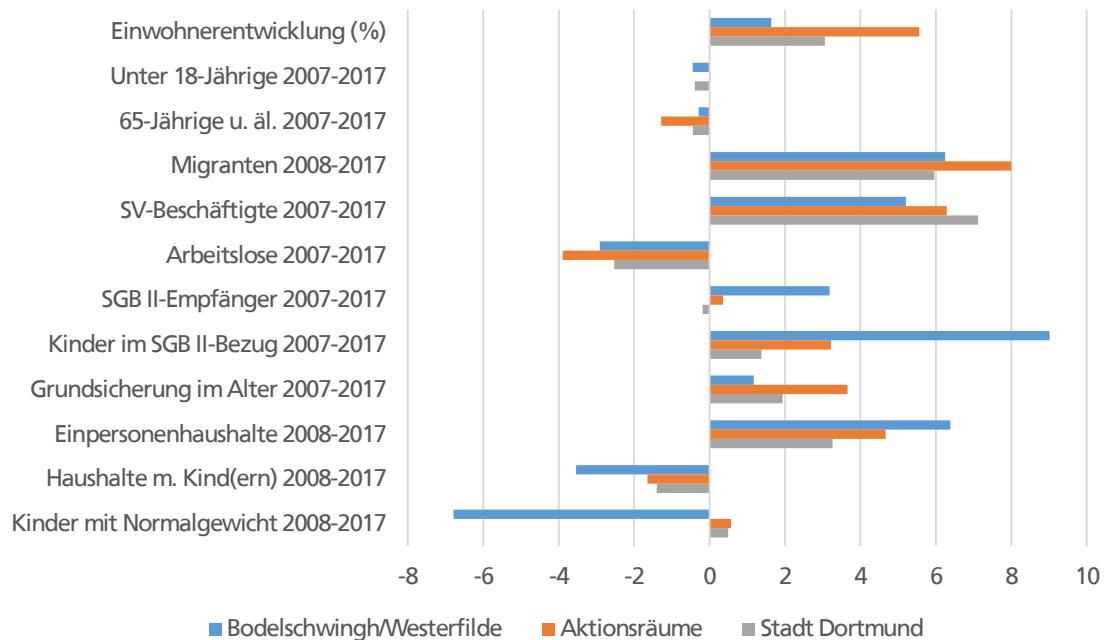
Eckdaten 2017	
Fläche (ha)	636,3
Einwohnerzahl	13.809
Frauen	7.051
Männer	6.758
unter 18-Jährige	2.474
65-Jährige u. äl.	2.704
Migranten	5.706
Einwohnerentw. 2007 bis 2017	+223
Arbeitslose	864
SGB II-Empfänger	2.761

Indikatoren	Bodelschw./ Westerfilde	Aktionsräu- me	Stadt Dortmund	Berechnung
Einwohnerentwicklung	1,6	5,6	3,1	2007 bis 2017 in %
Unter 18-Jährige 2017	17,9	18,6	16,1	in % der Bevölkerung
Entw. 2007 bis 2017	-0,4	0,0	-0,4	in Prozentpunkten
65-Jährige u. äl. 2017	19,6	16,2	20,1	in % der Bevölkerung
Entw. 2007 bis 2017	-0,3	-1,3	-0,4	in Prozentpunkten
Migranten 2017	41,3	51,5	34,2	in % der Bevölkerung
Entw. 2008 bis 2017	6,2	8,0	6,0	in Prozentpunkten
SV-Beschäftigte 2017	52,4	47,1	53,6	in % der 18- bis u. 65-Jährigen
Entw. 2007 bis 2017	5,2	6,3	7,1	in Prozentpunkten
Arbeitslose 2017	10,0	12,3	8,1	in % der 18- bis u. 65-Jährigen
Entw. 2007 bis 2017	-2,9	-3,9	-2,5	in Prozentpunkten
SGB II-Empfänger 2017	24,9	29,2	17,8	in % der unter 65-Jährigen
Entw. 2007 bis 2017	3,2	0,4	-0,2	in Prozentpunkten
Kinder im SGB II-Bezug 2017	41,9	46,8	30,2	in % der unter 15-Jährigen
Entw. 2007 bis 2017	9,0	3,2	1,4	in Prozentpunkten
Grundsicherung im Alter 2017	8,7	12,3	6,4	in % der 65-Jährigen u. äl.
Entw. 2007 bis 2017	1,2	3,7	1,9	in Prozentpunkten
Einpersonenhaushalte 2017	40,1	51,2	48,6	in % aller Haushalte
Entw. 2007 bis 2017	6,4	4,7	3,3	in Prozentpunkten
Haushalte m. Kind(ern) 2017	21,7	19,8	18,3	in % aller Haushalte
Entw. 2007 bis 2017	-3,5	-1,6	-1,4	in Prozentpunkten
Kinder mit Normalgewicht 2017	71,0	77,0	80,7	in % aller Kinder (Schuleingangsunt.)
Entw. 2008 bis 2017	-6,8	0,6	0,5	in Prozentpunkten

Kennzahlen Bestand (in %)



Kennzahlen Entwicklung (in Prozentpunkten)



6.1.2 Dorstfelder Brücke

Der Aktionsraum Dorstfelder Brücke liegt im Stadtbezirk Innenstadt-West. Er setzt sich aus den Unterbezirken Union, Dorstfelder Brücke und Westpark zusammen.

Dorstfelder Brücke gehört mit 12.458 Einwohnerinnen und Einwohnern zu den mittelgroßen Sozialräumen. Auch hier ist die Einwohnerzahl im Laufe der letzten zehn Jahre gestiegen. Das Wachstum lag bei 4,8 Prozent (+574) und damit nur leicht unter dem durchschnittlichen Wachstum in allen Aktionsräumen (+5,6 Prozent) und über dem gesamtstädtischen Schnitt (+3,1 Prozent).

Empfängerinnen und Empfänger von Transferleistungen

Die Entwicklung der Transferleistungsempfänger-Quote im Zeitraum 2007 bis 2017 ergab entgegen dem Trend ein Minus von 3,2 Prozentpunkten (Aktionsräume: +1,9 - Dortmund: +0,8).

Der Anteil der Transferleistungsempfängerinnen und -empfänger lag 2017 mit 19,3 Prozent unterhalb des Durchschnitts aller Aktionsräume (28,7) und über dem städtischen Durchschnitt (16,9).

Abweichungen von den Durchschnittswerten auf Aktionsraum- und städtischer Ebene

Der Sozialraum fällt insbesondere durch den hohen Anteil an Einpersonenhaushalten auf, der 2017 bei 67,2 Prozent lag (Aktionsräume: 51,2 - Dortmund gesamt: 48,6).

Auffällig ist auch, dass - anders als stadtweit und in den Aktionsräumen insgesamt - der Anteil an Kindern im SGB II-Bezug deutlich um 9,5 auf 33,1 Prozent gesunken ist (Aktionsräume: 46,8 - Dortmund gesamt: 30,2).

Das gilt ähnlich für die Gruppe der Menschen unter 65 Jahren, die auf SGB II-Leistungen angewiesen sind. Während ihr Anteil in den

Aktionsräumen insgesamt angestiegen ist (+0,4), ist er im Aktionsraum Dorstfelder Brücke um 5,1 Prozent zurückgegangen (Dortmund: -0,2).

Positiv ist zudem die Entwicklung für die Gruppe der Kinder mit Normalgewicht (Ergebnis der Schuleingangsuntersuchungen, SEU). 2017 lag ihr Anteil mit 86,9 Prozent deutlich über dem Schnitt der Aktionsräume (77,0) und noch oberhalb des gesamtstädtischen Wertes (80,7). Auch das Wachstum gegenüber 2008 (+7,9) lag erheblich über den Vergleichswerten (Aktionsräume: +0,6 - Dortmund: +0,5).

Trotz dieser positiven Veränderungen bleibt abzuwarten, ob von einer Trendwende gesprochen werden kann. Der Aktionsraum Dorstfelder Brücke wird daher zunächst im Rahmen des „Aktionsplan Soziale Stadt“ weiterhin unterstützt, um die Entwicklungen der letzten Jahre zu verstetigen.

Abbildung 50: Sozialraumprofil Dorstfelder Brücke



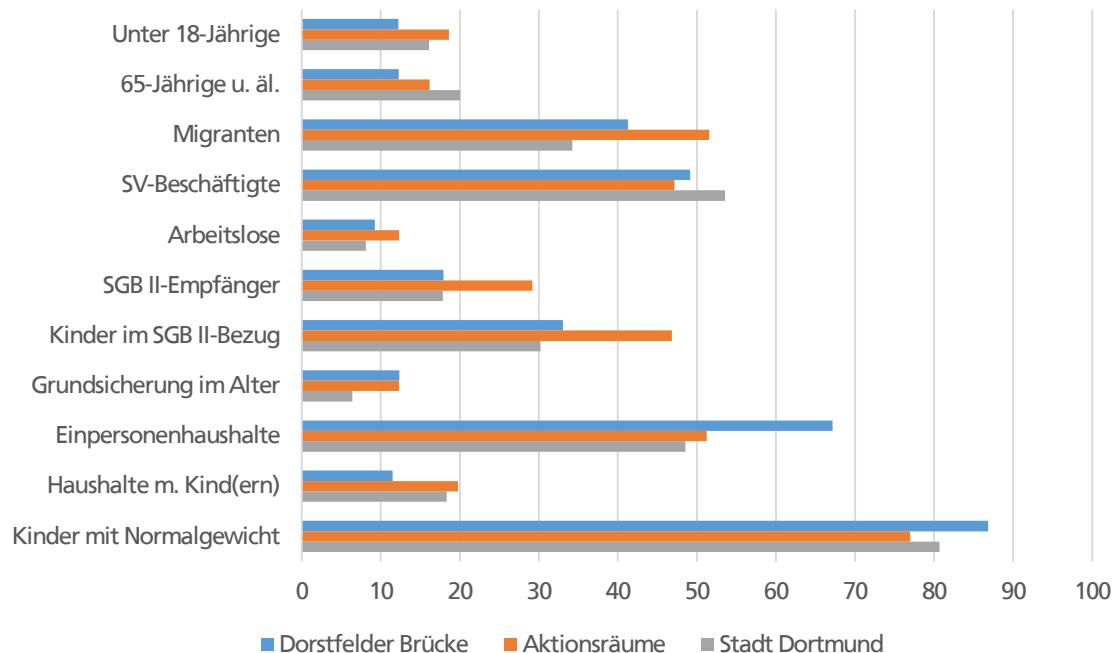
Quelle: Dortmunder Statistik

Aktionsraum Dortmund-Dorstfelder Brücke

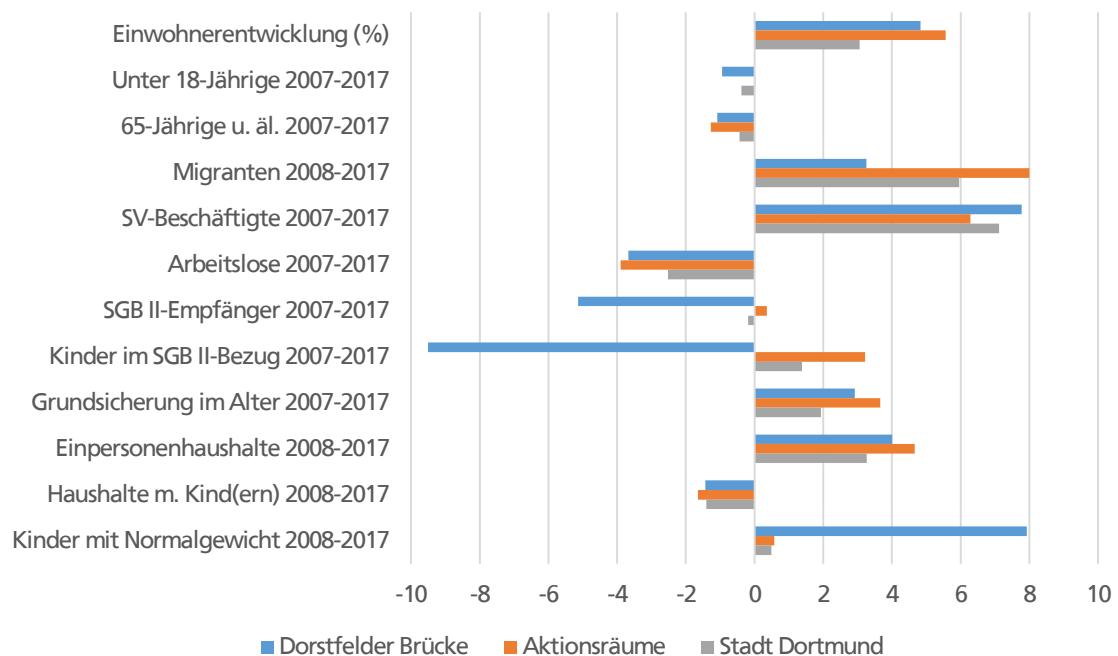
Eckdaten 2017	
Fläche (ha)	211,5
Einwohnerzahl	12.458
Frauen	5.955
Männer	6.503
unter 18-Jährige	1.525
65-Jährige u. äl.	1.528
Migranten(2015/2017)	5.146
Einwohnerentw. 2007 bis 2017	+574
Arbeitslose	871
SGB II-Empfänger	1.961

Indikatoren	Dorstfelder Brücke	Aktionsräume	Stadt Dortmund	Berechnung
Einwohnerentwicklung	4,8	5,6	3,1	2007 bis 2017 in %
Unter 18-Jährige 2017	12,2	18,6	16,1	in % der Bevölkerung
Entw. 2007 bis 2017	-0,9	0,0	-0,4	in Prozentpunkten
65-Jährige u. äl. 2017	12,3	16,2	20,1	in % der Bevölkerung
Entw. 2007 bis 2017	-1,1	-1,3	-0,4	in Prozentpunkten
Migranten 2017	41,3	51,5	34,2	in % der Bevölkerung
Entw. 2008 bis 2017	3,3	8,0	6,0	in Prozentpunkten
SV-Beschäftigte 2017	49,1	47,1	53,6	in % der 18- bis u. 65-Jährigen
Entw. 2007 bis 2017	7,8	6,3	7,1	in Prozentpunkten
Arbeitslose 2017	9,3	12,3	8,1	in % der 18- bis u. 65-Jährigen
Entw. 2007 bis 2017	-3,7	-3,9	-2,5	in Prozentpunkten
SGB II-Empfänger 2017	17,9	29,2	17,8	in % der unter 65-Jährigen
Entw. 2007 bis 2017	-5,1	0,4	-0,2	in Prozentpunkten
Kinder im SGB II-Bezug 2017	33,1	46,8	30,2	in % der unter 15-Jährigen
Entw. 2007 bis 2017	-9,5	3,2	1,4	in Prozentpunkten
Grundsicherung im Alter 2017	12,4	12,3	6,4	in % der 65-Jährigen u. äl.
Entw. 2007 bis 2017	2,9	3,7	1,9	in Prozentpunkten
Einpersonenhaushalte 2017	67,2	51,2	48,6	in % aller Haushalte
Entw. 2007 bis 2017	4,0	4,7	3,3	in Prozentpunkten
Haushalte m. Kind(ern) 2017	11,5	19,8	18,3	in % aller Haushalte
Entw. 2007 bis 2017	-1,4	-1,6	-1,4	in Prozentpunkten
Kinder mit Normalgewicht 2017	86,9	77,0	80,7	in % aller Kinder (Schuleingangsunt.)
Entw. 2008 bis 2017	7,9	0,6	0,5	in Prozentpunkten

Kennzahlen Bestand (in %)



Kennzahlen Entwicklung (in Prozentpunkten)



6.1.3 Eving/Kemminghausen

Der Aktionsraum Eving/Kemminghausen liegt im Stadtbezirk Eving und besteht aus den Unterbezirken Eving, Obereving und Kemminghausen.

Mit 18.490 Einwohnerinnen und Einwohnern ist auch Eving/Kemminghausen ein mittelgroßer Sozialraum. Die Einwohnerzahl ist seit 2007 um 5,8 gestiegen (+1.007). Das Wachstum entspricht damit in etwa dem durchschnittlichen Wachstum in allen Aktionsräumen (+5,6) und liegt über dem gesamtstädtischen Schnitt (+3,1).

Empfängerinnen und Empfänger von Transferleistungen

Der Anteil der Transferleistungsempfängerinnen und -empfänger lag 2017 bei 23,2 Prozent und damit unter dem Durchschnitt aller Aktionsräume (28,7) und deutlich über dem städtischen Durchschnitt (16,9).

Die Entwicklung der Transferleistungsempfänger-Quote im Zeitraum von 2007 bis 2017 liegt bei +2,0 Prozentpunkten und damit oberhalb des gesamtstädtischen Werts (+0,8). Die Steigerung entspricht der durchschnittlichen Entwicklung in den Aktionsräumen insgesamt (+1,9).

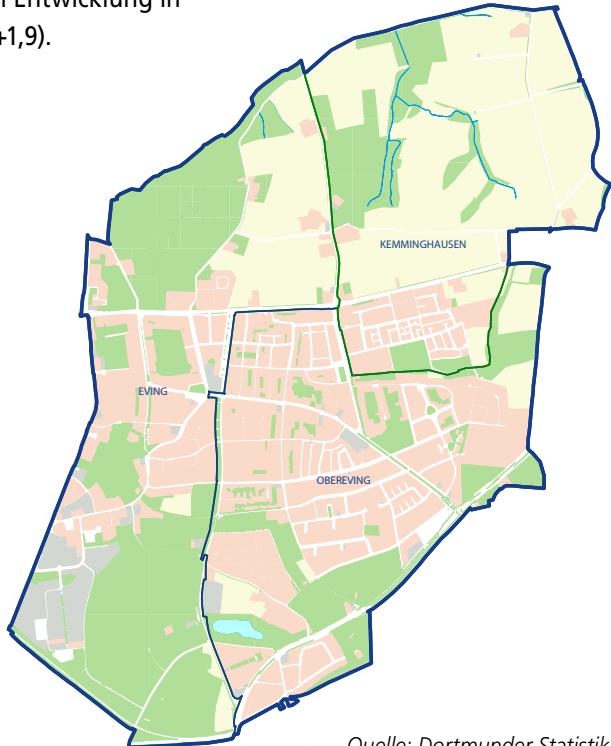
Abweichungen von den Durchschnittswerten auf Aktionsraum- und städtischer Ebene

Ein besonders hoher Anstieg fällt in der Gruppe der Kinder unter 15 Jahren auf, die SGB II-Leistungen beziehen. Das Wachstum gegenüber 2007 ist mit 4,0 erheblich größer als in den Aktionsräumen (+3,2) und Dortmund gesamt (+1,4). Der Anteil an allen unter 15-jährigen lag 2017 mit 40,5 Prozent unter dem Wert aller Aktionsräume (46,8) und deutlich über dem gesamtstädtischen Schnitt (30,2).

Eine weitere negative Entwicklung zeigt der Anteil der Kinder mit Normalgewicht. Hier ist der Wert seit 2007 um 4,4 (Aktionsräume: +0,6 - Dortmund: +0,5) auf 75,0 Prozent in 2017 zurückgegangen (Aktionsräume: 77,0 - Dortmund: 80,7).

Weiterhin ist in Eving/Kemminghausen der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund um 11,2 auf 48,0 Prozent und damit deutlicher angestiegen als in jedem anderen Aktionsraum (+8,0 - Dortmund: +6,0).

Abbildung 51: Sozialraumprofil
Eving/Kemminghausen



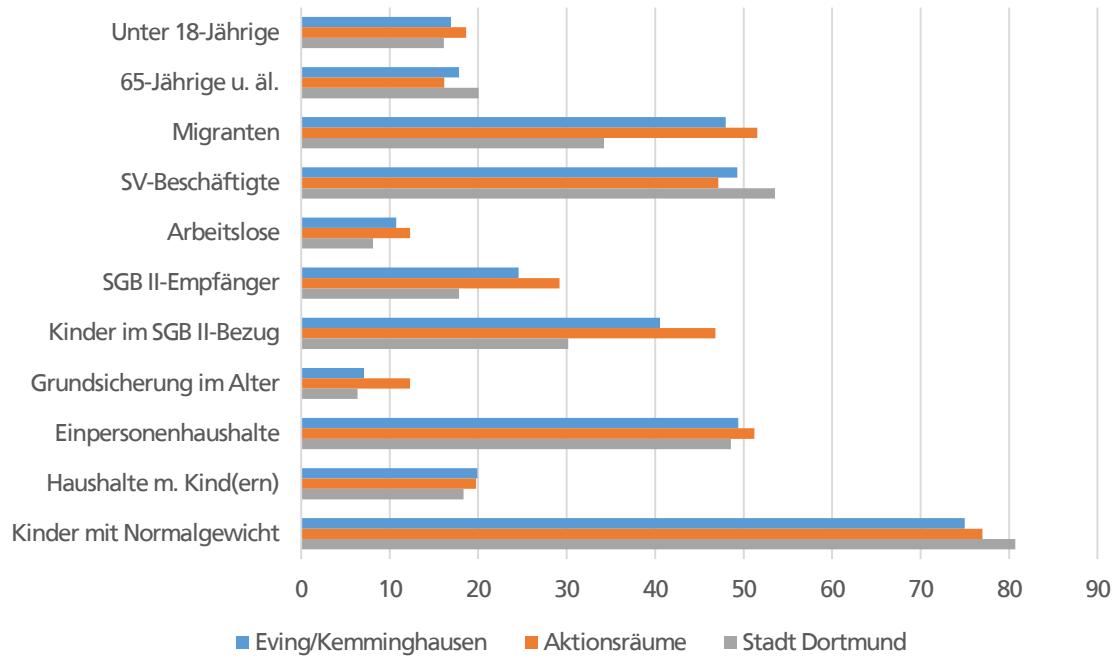
Quelle: Dortmunder Statistik

Aktionsraum Dortmund-Eving/Kemminghausen

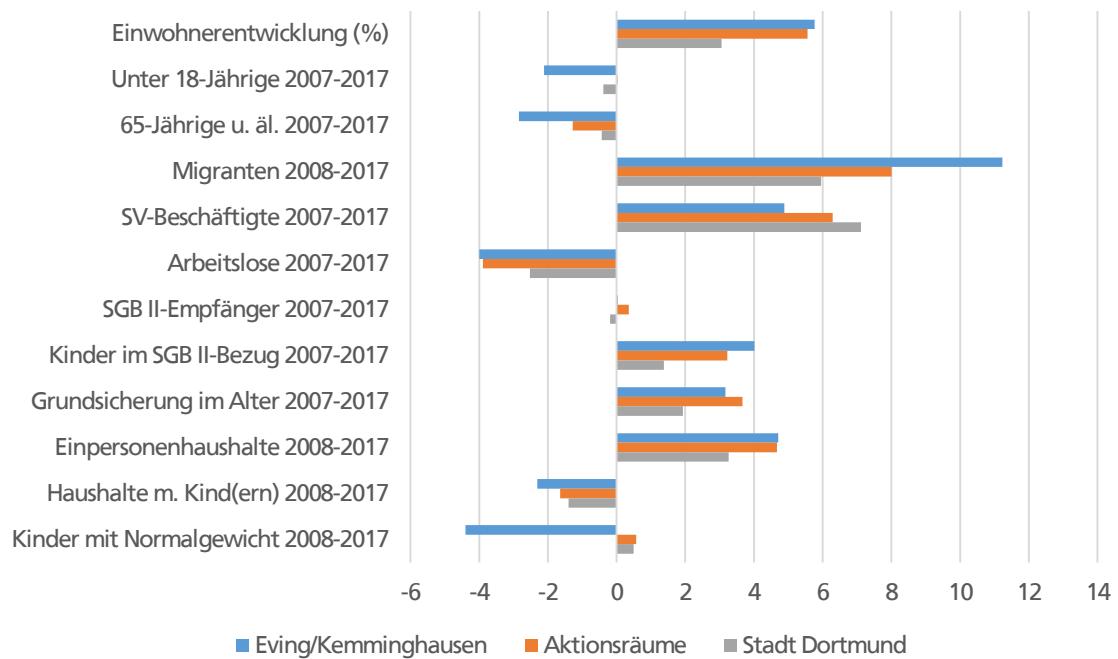
Eckdaten 2017	
Fläche (ha)	675,3
Einwohnerzahl	18.490
Frauen	8.980
Männer	9.510
unter 18-Jährige	3.130
65-Jährige u. äl.	3.297
Migranten	8.874
Einwohnerentw. 2007 bis 2017	+1.007
Arbeitslose	1.296
SGB II-Empfänger	3.732

Indikatoren	Kemminghausen	Aktionsräume	Stadt Dortmund	Berechnung
Einwohnerentwicklung	5,8	5,6	3,1	2007 bis 2017 in %
Unter 18-Jährige 2017	16,9	18,6	16,1	in % der Bevölkerung
Entw. 2007 bis 2017	-2,1	0,0	-0,4	in Prozentpunkten
65-Jährige u. äl. 2017	17,8	16,2	20,1	in % der Bevölkerung
Entw. 2007 bis 2017	-2,8	-1,3	-0,4	in Prozentpunkten
Migranten 2017	48,0	51,5	34,2	in % der Bevölkerung
Entw. 2008 bis 2017	11,2	8,0	6,0	in Prozentpunkten
SV-Beschäftigte 2017	49,3	47,1	53,6	in % der 18- bis u. 65-Jährigen
Entw. 2007 bis 2017	4,9	6,3	7,1	in Prozentpunkten
Arbeitslose 2017	10,7	12,3	8,1	in % der 18- bis u. 65-Jährigen
Entw. 2007 bis 2017	-4,0	-3,9	-2,5	in Prozentpunkten
SGB II-Empfänger 2017	24,6	29,2	17,8	in % der unter 65-Jährigen
Entw. 2007 bis 2017	0,0	0,4	-0,2	in Prozentpunkten
Kinder im SGB II-Bezug 2017	40,5	46,8	30,2	in % der unter 15-Jährigen
Entw. 2007 bis 2017	4,0	3,2	1,4	in Prozentpunkten
Grundsicherung im Alter 2017	7,1	12,3	6,4	in % der 65-Jährigen u. äl.
Entw. 2007 bis 2017	3,2	3,7	1,9	in Prozentpunkten
Einpersonenhaushalte 2017	49,4	51,2	48,6	in % aller Haushalte
Entw. 2007 bis 2017	4,7	4,7	3,3	in Prozentpunkten
Haushalte m. Kind(ern) 2017	19,9	19,8	18,3	in % aller Haushalte
Entw. 2007 bis 2017	-2,3	-1,6	-1,4	in Prozentpunkten
Kinder mit Normalgewicht 2017	75,0	77,0	80,7	in % aller Kinder (Schuleingangsunt.)
Entw. 2008 bis 2017	4,4	0,6	0,5	in Prozentpunkten

Kennzahlen Bestand (in %)



Kennzahlen Entwicklung (in Prozentpunkten)



6.1.4. Eving/Lindenhorst

Der Aktionsraum Eving/Lindenhorst liegt im Stadtbezirk Eving und setzt sich aus den Unterbezirken Lindenhorst und Untereving zusammen.

Mit 9.962 Einwohnerinnen und Einwohnern ist Eving/Lindenhorst einer der kleineren Sozialräume. Dem allgemeinen Trend entsprechend ist die Einwohnerzahl in den letzten zehn Jahren um 7,1 Prozent gestiegen (+659). Das Wachstum liegt damit oberhalb des durchschnittlichen Wachstums in allen Aktionsräumen (+5,6) und über dem gesamtstädtischen Schnitt (+3,1).

Empfängerinnen und Empfänger von Transferleistungen

Der Anteil der Transferleistungsempfängerinnen und -empfänger lag 2017 bei 25,5 Prozent und damit unter dem Durchschnitt aller Aktionsräume (28,7) und deutlich über dem städtischen Schnitt (16,9).

Die Entwicklung der Transferleistungsempfänger-Quote im Zeitraum von 2007 bis 2017 liegt bei +2,8 Prozentpunkten und damit oberhalb des gesamtstädtischen Werts (+0,8). Die Steigerung entspricht der durchschnittlichen Entwicklung in den Aktionsräumen insgesamt (+1,9).

Abweichungen von den Durchschnittswerten auf Aktionsraum- und städtischer Ebene

Der Anteil der Empfängerinnen und Empfänger von SGB II-Leistungen ist in Eving/Lindenhorst entgegen dem gesamtstädtischen Trend (-0,2) deutlich um 2,2 Prozentpunkte auf 27,2 Prozent angestiegen. Das Wachstum liegt damit auch höher als im Schnitt der Aktionsräume (+0,4).

Ebenso ist ein hoher Anstieg des Anteils der Kinder unter 15 Jahren festzustellen, die SGB II-Leistungen erhalten. Hier lag das Wachstum bei 6,8 Prozentpunkten (Aktionsräume: +3,2 - Dortmund: +1,4), der Wert erreichte 2017 43,2 Prozent (Aktionsräume: 46,8 - Dortmund: 30,2).

Auffällig ist zudem die Veränderung der Haushaltstruktur: Zwar lag der Anteil der Einpersonenhaushalte 2017 mit 42,7 unterhalb der Vergleichswerte (Aktionsräume: 51,2 - Dortmund: 48,6), allerdings bei einem überdurchschnittlichen Plus von 5,3 (Aktionsräume: +4,7 - Dortmund: +3,3).

Gleichzeitig ist ein im Vergleich überdurchschnittlicher Rückgang der Haushalte mit Kindern um 4,1 Prozent zu erkennen (Aktionsräume: -1,6 - Dortmund: -1,4). Trotz dieses Rückgangs lag der Anteil der Haushalte mit Kindern in Eving/Lindenhorst mit 23,7 Prozent immer noch über dem Durchschnitt von unter 20,0 Prozent sowohl gesamtstädtisch als auch in den Aktionsräumen insgesamt.

Abbildung 52: Sozialraumprofil
Eving/Lindenhorst



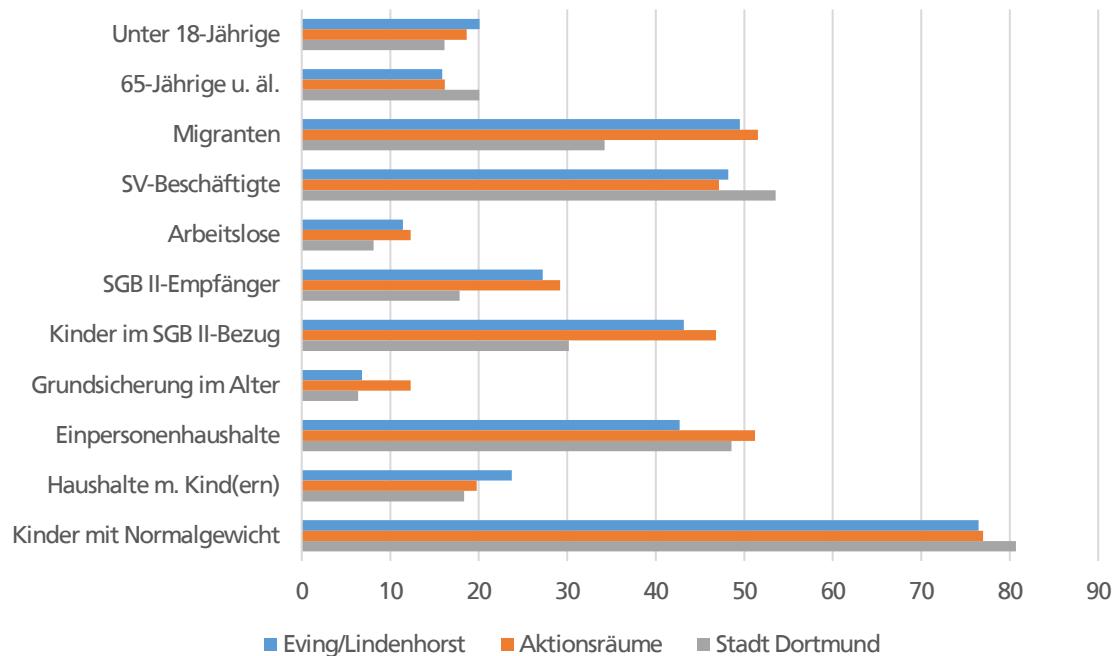
Quelle: Dortmunder Statistik

Aktionsraum Dortmund-Eving/Lindenhorst

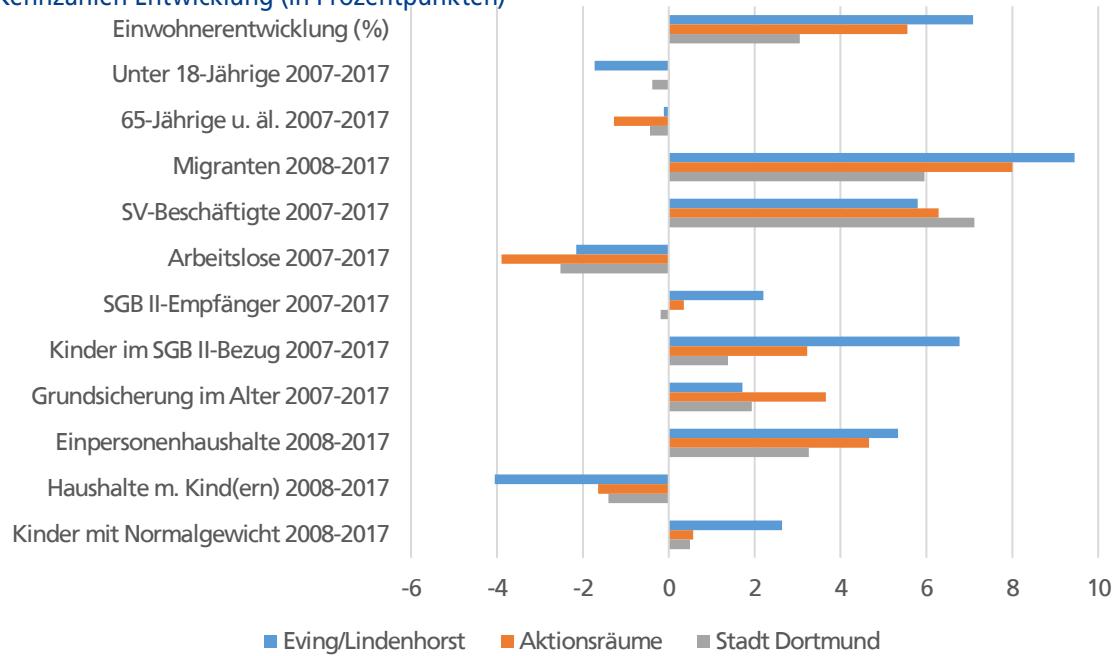
Eckdaten 2017	
Fläche (ha)	399,9
Einwohnerzahl	9.962
Frauen	4.838
Männer	5.124
unter 18-Jährige	2.001
65-Jährige u. äl.	1.583
Migranten	4.931
Einwohnerentw. 2007 bis 2017	+659
Arbeitslose	729
SGB II-Empfänger	2.282

Indikatoren	Eving Lindenhorst	Aktionsräume	Stadt Dortmund	Berechnung
Einwohnerentwicklung	7,1	5,6	3,1	2007 bis 2017 in %
Unter 18-Jährige 2017	20,1	18,6	16,1	in % der Bevölkerung
Entw. 2007 bis 2017	-1,7	0,0	-0,4	in Prozentpunkten
65-Jährige u. äl. 2017	15,9	16,2	20,1	in % der Bevölkerung
Entw. 2007 bis 2017	-0,1	-1,3	-0,4	in Prozentpunkten
Migranten 2017	49,5	51,5	34,2	in % der Bevölkerung
Entw. 2008 bis 2017	9,4	8,0	6,0	in Prozentpunkten
SV-Beschäftigte 2017	48,2	47,1	53,6	in % der 18- bis u. 65-Jährigen
Entw. 2007 bis 2017	5,8	6,3	7,1	in Prozentpunkten
Arbeitslose 2017	11,4	12,3	8,1	in % der 18- bis u. 65-Jährigen
Entw. 2007 bis 2017	-2,2	-3,9	-2,5	in Prozentpunkten
SGB II-Empfänger 2017	27,2	29,2	17,8	in % der unter 65-Jährigen
Entw. 2007 bis 2017	2,2	0,4	-0,2	in Prozentpunkten
Kinder im SGB II-Bezug 2017	43,2	46,8	30,2	in % der unter 15-Jährigen
Entw. 2007 bis 2017	6,8	3,2	1,4	in Prozentpunkten
Grundsicherung im Alter 2017	6,8	12,3	6,4	in % der 65-Jährigen u. äl.
Entw. 2007 bis 2017	1,7	3,7	1,9	in Prozentpunkten
Einpersonenhaushalte 2017	42,7	51,2	48,6	in % aller Haushalte
Entw. 2007 bis 2017	5,3	4,7	3,3	in Prozentpunkten
Haushalte m. Kind(ern) 2017	23,7	19,8	18,3	in % aller Haushalte
Entw. 2007 bis 2017	-4,1	-1,6	-1,4	in Prozentpunkten
Kinder mit Normalgewicht 2017	76,5	77,0	80,7	in % aller Kinder (Schuleingangsunt.)
Entw. 2008 bis 2017	2,6	0,6	0,5	in Prozentpunkten

Kennzahlen Bestand (in %)



Kennzahlen Entwicklung (in Prozentpunkten)



6.1.5 Hörde

Der Aktionsraum Hörde liegt im Stadtbezirk Hörde. Er setzt sich aus den Unterbezirken Remberg, Phönix-West, Brücherhof und Hörde zusammen.

Mit 25.229 Einwohnerinnen und Einwohnern zählt Hörde zu den größeren Sozialräumen. Auch in diesem Aktionsraum ist die Einwohnerzahl dem allgemeinen Trend entsprechend gestiegen. Das Wachstum liegt bei 9,0 Prozent (+2.073) und damit deutlich oberhalb des durchschnittlichen Wachstums in den Aktionsräumen (+5,6) und über dem gesamtstädtischen Schnitt (+3,1).

Empfängerinnen und Empfänger von Transferleistungen

Der Anteil der Transferleistungsempfängerinnen und -empfänger lag 2017 bei 25,0 Prozent und damit unter dem Durchschnitt aller Aktionsräume (28,7) und deutlich über dem städtischen Durchschnitt (16,9).

Was die Entwicklung der Transferleistungsempfänger-Quote betrifft, ist der Anteil im Zeitraum 2007 bis 2017 im Unterschied zu den anderen Aktionsräumen (+1,9) und zur gesamtstädtischen Entwicklung (+0,8) um 2,9 Prozentpunkte gesunken. Dabei ist trotz der gestiegenen Einwohnerzahl auch die absolute Zahl der Leistungsempfängerinnen und -empfänger leicht gesunken.

Abweichungen von den Durchschnittswerten auf Aktionsraum- und städtischer Ebene

Während der Anteil der SGB II-Empfängerinnen und Empfänger im Schnitt der Aktionsräume gestiegen ist (+0,4), lag er in Hörde 2017 bei 24,3 und damit 5,4 Prozentpunkte niedriger als 2007. Der Rückgang fiel damit noch deutlicher aus als im städtischen Schnitt (-0,2).

Ähnlich positiv hat sich der Anteil der Kinder unter 15 Jahren im SGBII-Bezug entwickelt. Während die Anteile in den Aktionsräumen (+3,2) und stadtweit (+1,4) gestiegen sind, ist für Hörde ein Rückgang um 5,5 Prozent feststellbar.

Höher als in den übrigen Aktionsräumen insgesamt und im städtischen Schnitt fällt der Anteil der Empfängerinnen und Empfänger von Grund- sicherung im Alter nach dem SGB XII aus. Die Quote lag hier bei 15,1 Prozent (Aktionsräume: 12,3 - Dortmund: 6,4), das Wachstum entspricht mit 3,8 Prozent in etwa dem Niveau in den Aktionsräumen (+3,7 - Dortmund: +1,9).

Abbildung 53: Sozialraumprofil Hörde



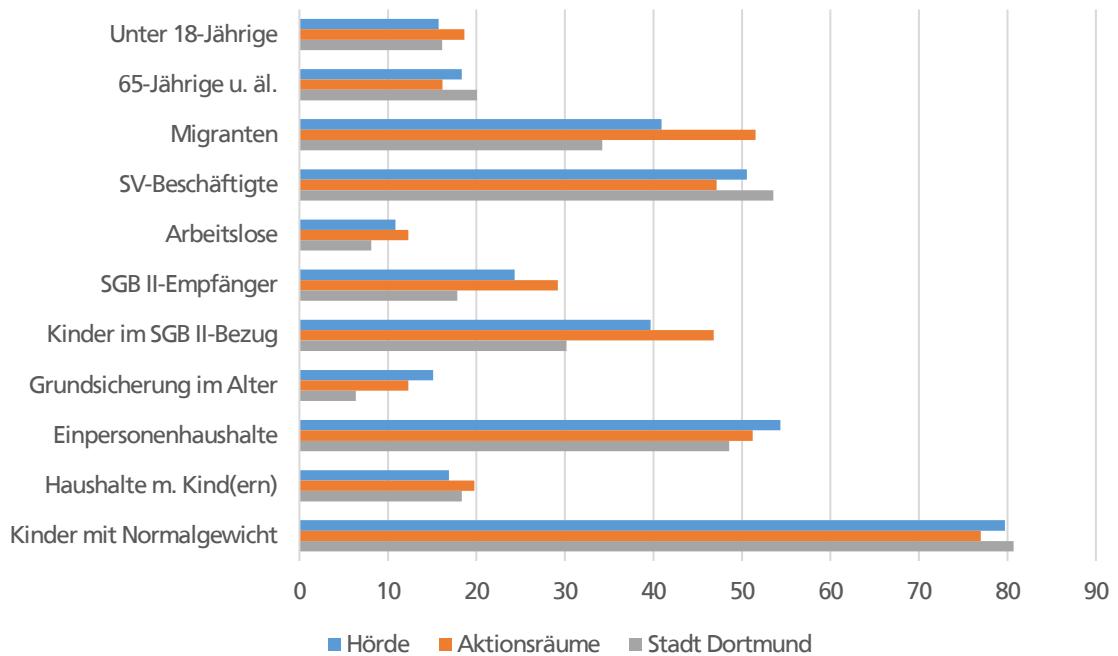
Quelle: Dortmunder Statistik

Aktionsraum Dortmund-Hörde

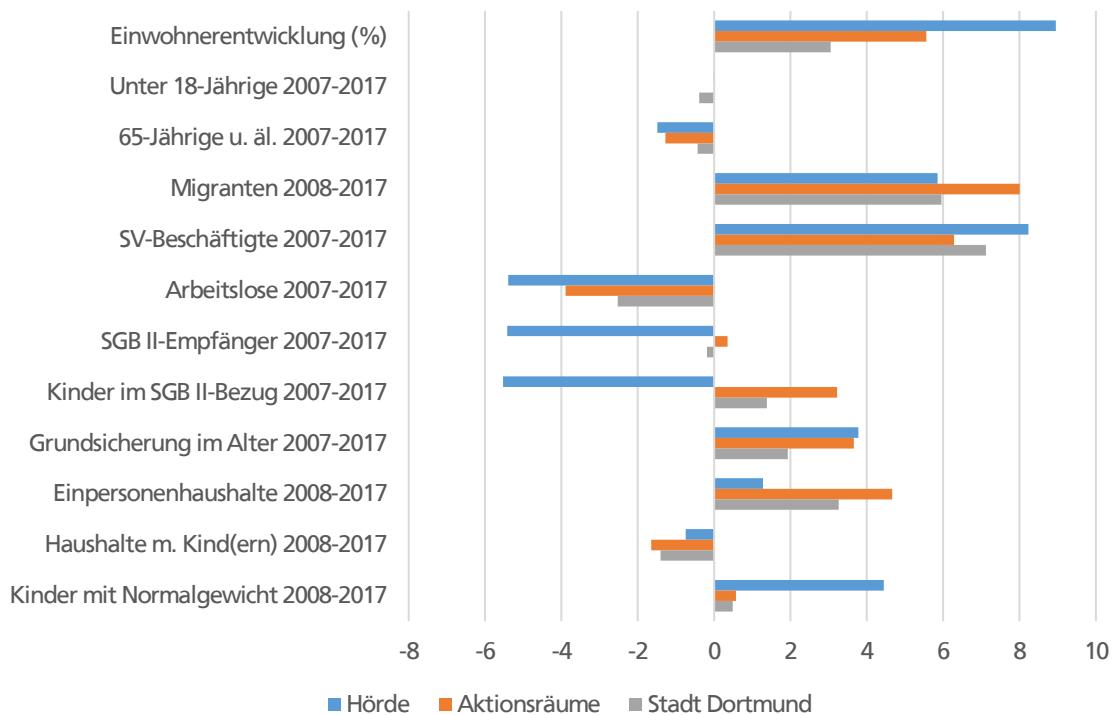
Eckdaten 2017	
Fläche (ha)	591,6
Einwohnerzahl	25.229
Frauen	12.692
Männer	12.537
unter 18-Jährige	3.970
65-Jährige u. äl.	4.628w
Migranten	10.327
Einwohnerentw. 2007 bis 2017	+2.073
Arbeitslose	1.807
SGB II-Empfänger	5.011

Indikatoren	Hörde	Aktionsräume	Stadt Dortmund	Berechnung
Einwohnerentwicklung	9,0	5,6	3,1	2007 bis 2017 in %
Unter 18-Jährige 2017	15,7	18,6	16,1	in % der Bevölkerung
Entw. 2007 bis 2017	0,0	0,0	-0,4	in Prozentpunkten
65-Jährige u. äl. 2017	18,3	16,2	20,1	in % der Bevölkerung
Entw. 2007 bis 2017	-1,5	-1,3	-0,4	in Prozentpunkten
Migranten 2017	40,9	51,5	34,2	in % der Bevölkerung
Entw. 2008 bis 2017	5,9	8,0	6,0	in Prozentpunkten
SV-Beschäftigte 2017	50,6	47,1	53,6	in % der 18- bis u. 65-Jährigen
Entw. 2007 bis 2017	8,2	6,3	7,1	in Prozentpunkten
Arbeitslose 2017	10,9	12,3	8,1	in % der 18- bis u. 65-Jährigen
Entw. 2007 bis 2017	-5,4	-3,9	-2,5	in Prozentpunkten
SGB II-Empfänger 2017	24,3	29,2	17,8	in % der unter 65-Jährigen
Entw. 2007 bis 2017	-5,4	0,4	-0,2	in Prozentpunkten
Kinder im SGB II-Bezug 2017	39,7	46,8	30,2	in % der unter 15-Jährigen
Entw. 2007 bis 2017	-5,5	3,2	1,4	in Prozentpunkten
Grundsicherung im Alter 2017	15,1	12,3	6,4	in % der 65-Jährigen u. äl.
Entw. 2007 bis 2017	3,8	3,7	1,9	in Prozentpunkten
Einpersonenhaushalte 2017	54,3	51,2	48,6	in % aller Haushalte
Entw. 2007 bis 2017	1,3	4,7	3,3	in Prozentpunkten
Haushalte m. Kind(ern) 2017	16,9	19,8	18,3	in % aller Haushalte
Entw. 2007 bis 2017	-0,7	-1,6	-1,4	in Prozentpunkten
Kinder mit Normalgewicht 2017	79,7	77,0	80,7	in % aller Kinder (Schuleingangsunt.)
Entw. 2008 bis 2017	4,4	0,6	0,5	in Prozentpunkten

Kennzahlen Bestand (in %)



Kennzahlen Entwicklung (in Prozentpunkten)



6.1.6 Marten

Der Aktionsraum Marten liegt im Stadtbezirk Lütgendortmund und besteht aus den Unterbezirken Germania und Marten.

Marten ist mit 9.676 Einwohnerinnen und Einwohnern einer der kleineren Sozialräume. Die Einwohnerentwicklung zeigt einen Bevölkerungszuwachs um 304 Personen bzw. 3,2 Prozent. Sie liegt damit leicht über dem gesamtstädtischen Schnitt (+3,1 Prozent), aber unterhalb des durchschnittlichen Wachstums in den Aktionsräumen (+5,6 Prozent).

Empfängerinnen und Empfänger von Transferleistungen

Der Anteil der Transferleistungsempfängerinnen und -empfänger lag 2017 bei 23,4 Prozent und damit unter dem Durchschnitt aller Aktionsräume (28,7) und deutlich über dem städtischen Durchschnitt (16,9).

Was die Entwicklung der Transferleistungsempfänger-Quote betrifft, ist der Anteil im Zeitraum 2007 bis 2017 um 3,4 gestiegen. Das Wachstum lag über dem Anstieg in den Aktionsräumen insgesamt (+1,9) und über der gesamtstädtischen Entwicklung (+0,8).

Abweichungen von den Durchschnittswerten auf Aktionsraum- und städtischer Ebene

Der Anteil an Migrantinnen und Migranten ist im Vergleich zu 2008 mit 8,3 Prozentpunkten stärker gestiegen als im Schnitt der Aktionsräume (+8,0) und gesamtstädtisch (+6,0). Dennoch lag der Wert mit 32,5 Prozent unterhalb der übrigen Durchschnittswerte (Aktionsräume: 51,5 - Dortmund: 34,2).

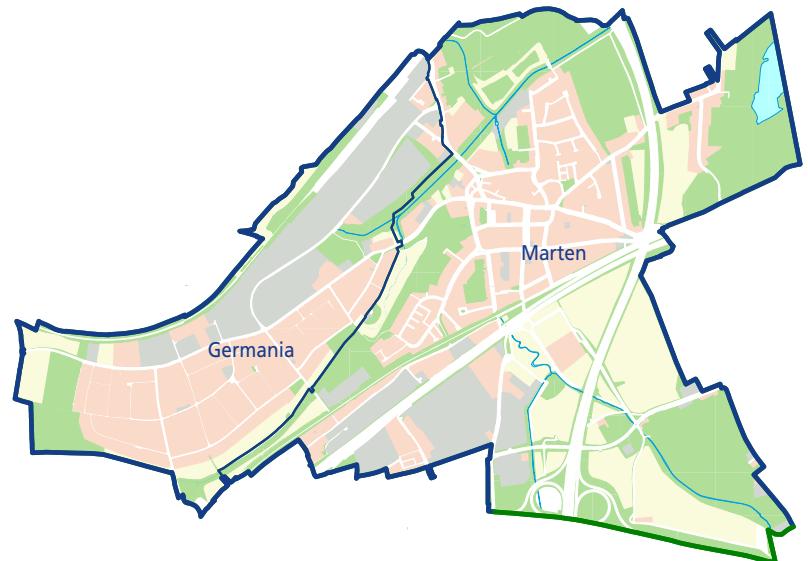
Der Anteil der Kinder im SGB II-Bezug ist in Marten mit einem Plus von 4,8 Prozentpunkten stärker gestiegen als im Durchschnitt aller Aktionsräume (+3,2) und stadtweit (+1,4). Der

Anteil lag bei 38,1 Prozent und damit unter dem Durchschnittswert der Aktionsräume insgesamt (46,8) und über dem Dortmunder Gesamtdurchschnitt (30,2).

Überdurchschnittlich gestiegen ist auch der Anteil der Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter. Hier hat sich der Wert 2017 um 4,0 Prozentpunkte auf 8,8 Prozent gegenüber 2007 fast verdoppelt; er liegt unter dem Durchschnitt aller Aktionsräume (12,3), aber über dem gesamtstädtischen Wert (6,4). Die Steigerung liegt über dem für alle Aktionsräume gemessenen Wachstum (+3,7) und noch deutlicher über dem gesamtstädtischen Anstieg (+1,9).

Darüber hinaus hat sich der Anteil der Kinder mit Normalgewicht um 2,5 auf 76,2 Prozent gegenüber 2008 verringert. Ein gegenteiliger Trend zeigt sich in den Aktionsräumen (+0,6 auf 77,0) und gesamtstädtisch (+0,5 auf 80,7).

Abbildung 54: Sozialraumprofil Marten



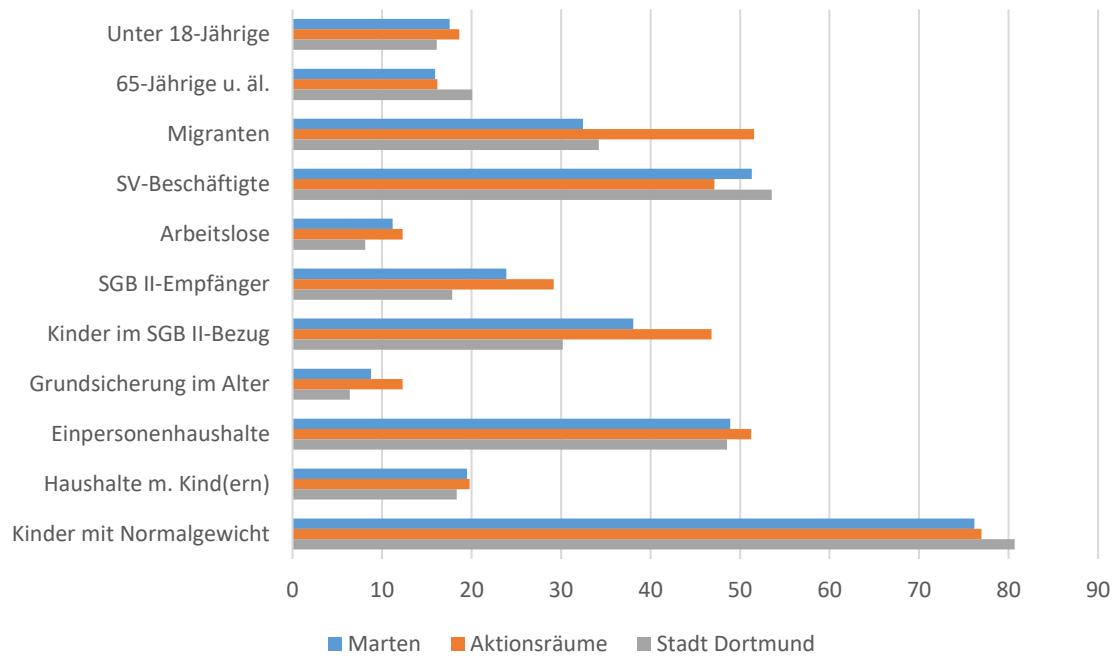
Quelle: Dortmunder Statistik

Aktionsraum Dortmund-Marten

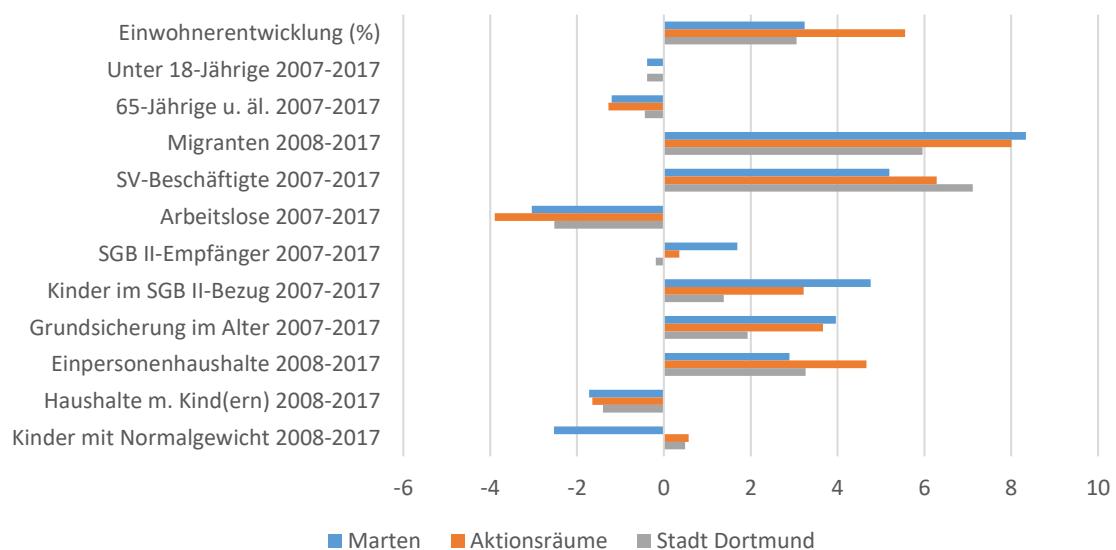
Eckdaten 2017	
Fläche (ha)	432
Einwohnerzahl	9.676
Frauen	4.765
Männer	4.911
unter 18-Jährige	1.700
65-Jährige u. äl.	1.542
Migranten	3.140
Einwohnerentw. 2007 bis 2017	+304
Arbeitslose	719
SGB II-Empfänger	1.942

Indikatoren	Marten	Aktionsräume	Stadt Dortmund	Berechnung
Einwohnerentwicklung	3,2	5,6	3,1	2007 bis 2017 in %
Unter 18-Jährige 2017	17,6	18,6	16,1	in % der Bevölkerung
Entw. 2007 bis 2017	-0,4	0,0	-0,4	in Prozentpunkten
65-Jährige u. äl. 2017	15,9	16,2	20,1	in % der Bevölkerung
Entw. 2007 bis 2017	-1,2	-1,3	-0,4	in Prozentpunkten
Migranten 2017	32,5	51,5	34,2	in % der Bevölkerung
Entw. 2008 bis 2017	8,3	8,0	6,0	in Prozentpunkten
SV-Beschäftigte 2017	51,3	47,1	53,6	in % der 18- bis u. 65-Jährigen
Entw. 2007 bis 2017	5,2	6,3	7,1	in Prozentpunkten
Arbeitslose 2017	11,2	12,3	8,1	in % der 18- bis u. 65-Jährigen
Entw. 2007 bis 2017	-3,0	-3,9	-2,5	in Prozentpunkten
SGB II-Empfänger 2017	23,9	29,2	17,8	in % der unter 65-Jährigen
Entw. 2007 bis 2017	1,7	0,4	-0,2	in Prozentpunkten
Kinder im SGB II-Bezug 2017	38,1	46,8	30,2	in % der unter 15-Jährigen
Entw. 2007 bis 2017	4,8	3,2	1,4	in Prozentpunkten
Grundsicherung im Alter 2017	8,8	12,3	6,4	in % der 65-Jährigen u. äl.
Entw. 2007 bis 2017	4,0	3,7	1,9	in Prozentpunkten
Einpersonenhaushalte 2017	48,9	51,2	48,6	in % aller Haushalte
Entw. 2007 bis 2017	2,9	4,7	3,3	in Prozentpunkten
Haushalte m. Kind(ern) 2017	19,5	19,8	18,3	in % aller Haushalte
Entw. 2007 bis 2017	-1,7	-1,6	-1,4	in Prozentpunkten
Kinder mit Normalgewicht 2017	76,2	77,0	80,7	in % aller Kinder (Schuleingangsunt.)
Entw. 2008 bis 2017	-2,5	0,6	0,5	in Prozentpunkten

Kennzahlen Bestand (in %)



Kennzahlen Entwicklung (in Prozentpunkten)



6.1.7 Nette

Der Aktionsraum Nette liegt im Stadtbezirk Menden und setzt sich aus den Unterbezirken Nette, Alte Kolonie und Niedernette zusammen.

Mit 10.098 Einwohnerinnen und Einwohnern ist Nette einer der kleineren Sozialräume. Die Einwohnerentwicklung zeigt einen Bevölkerungszuwachs um 406 Personen bzw. 4,2 Prozent. Sie liegt im allgemeinen Trend, allerdings unterhalb des durchschnittlichen Wachstums in den Aktionsräumen (+5,6) und dem gesamtstädtischen Schnitt (+3,1).

Empfängerinnen und Empfänger von Transferleistungen

Der Anteil der Transferleistungsempfängerinnen und -empfänger lag 2017 bei 26,8 Prozent und damit unter dem Durchschnittswert aller Aktionsräume (28,7) und deutlich über dem städtischen Durchschnitt (16,9).

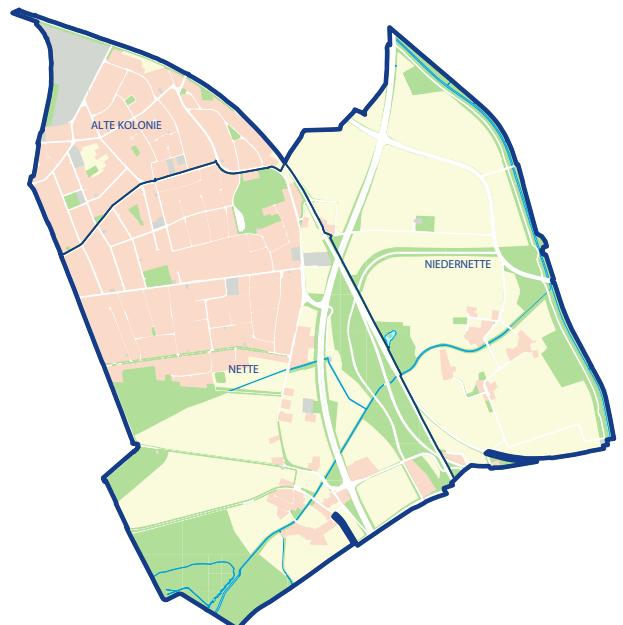
Gegenüber 2007 ist das ein Anstieg um 6,9 Prozentpunkte, der sich damit deutlich vom Anstieg in den Aktionsräumen insgesamt (+1,9) und der gesamtstädtischen Entwicklung (+0,8) abhebt.

Abweichungen von den Durchschnittswerten auf Aktionsraum- und städtischer Ebene

Insbesondere für die Gruppe der Empfängerinnen und Empfänger von SGB II-Leistungen ist ein überdurchschnittlicher Anstieg zu erkennen. 2017 lag ihr Anteil bei 28,4 Prozent und damit um 6,7 Prozentpunkte höher als 2007. Dieser Anstieg übersteigt die durchschnittliche Steigerung in allen Aktionsräumen (+0,4); stadtweit ist der Wert gesunken (-0,2).

Ähnlich sieht es bei den Kindern unter 15 Jahren aus, die SGB II-Leistungen erhalten. Ihr Anteil ist bis 2017 um 11,1 Prozentpunkte gegenüber 2007 erheblich gestiegen (Aktionsräume: +3,2 - Dortmund: +1,4). Er lag 2017 bei 44,8 Prozent, ein Wert unter dem Durchschnittswert der Aktionsräume insgesamt (46,8) und über dem Dortmunder Gesamtdurchschnitt (30,2).

Abbildung 55: Sozialraumprofil Nette



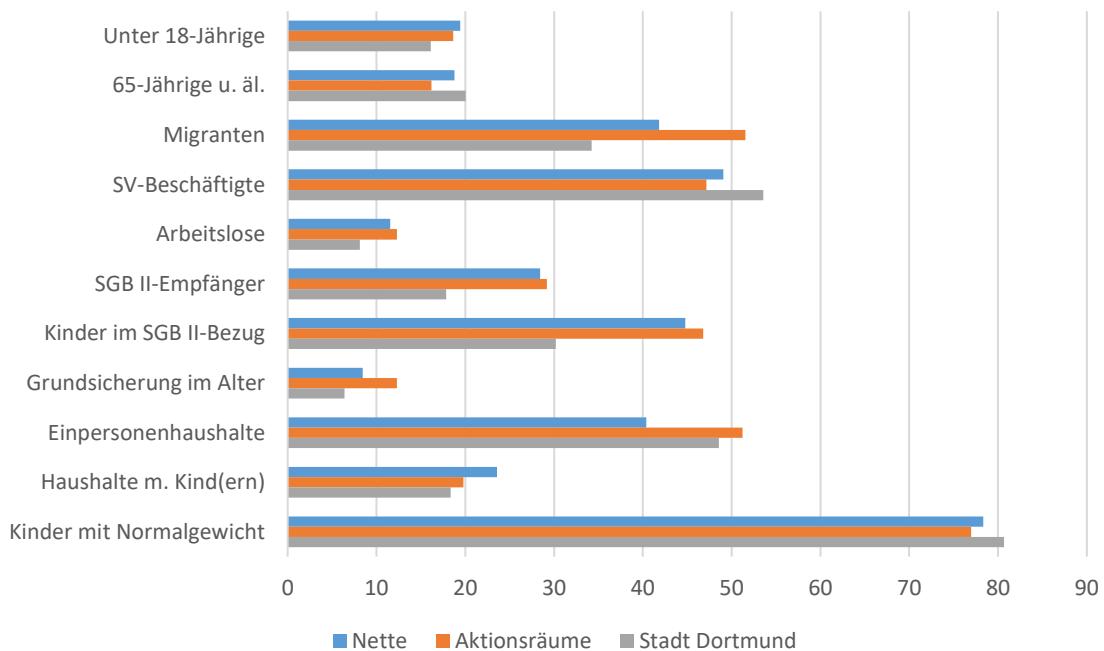
Quelle: Dortmunder Statistik

Aktionsraum Dortmund-Nette

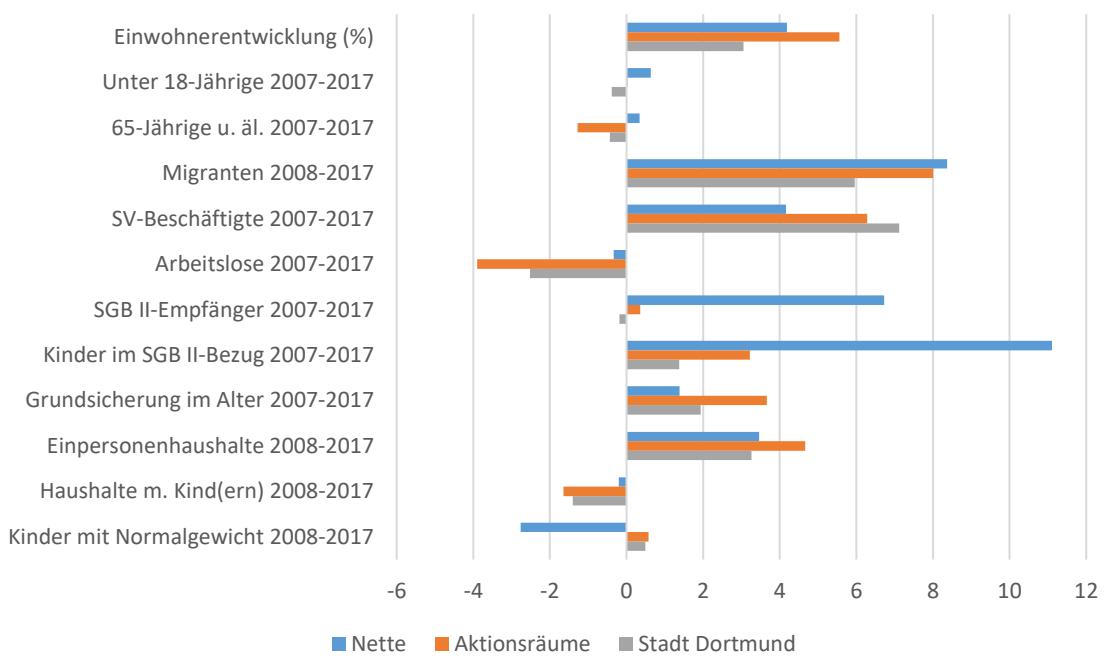
Eckdaten 2017	
Fläche (ha)	523,3
Einwohnerzahl	10.098
Frauen	5.043
Männer	5.055
unter 18-Jährige	1.963
65-Jährige u. äl.	1.896
Migranten	4.222
Einwohnerentw. 2007 bis 2017	+406
Arbeitslose	720
SGB II-Empfänger	2.331

Indikatoren	Nette	Aktionsräume	Stadt Dortmund	Berechnung
Einwohnerentwicklung	4,2	5,6	3,1	2007 bis 2017 in %
Unter 18-Jährige 2017	19,4	18,6	16,1	in % der Bevölkerung
Entw. 2007 bis 2017	0,6	0,0	-0,4	in Prozentpunkten
65-Jährige u. äl. 2017	18,8	16,2	20,1	in % der Bevölkerung
Entw. 2007 bis 2017	0,3	-1,3	-0,4	in Prozentpunkten
Migranten 2017	41,8	51,5	34,2	in % der Bevölkerung
Entw. 2008 bis 2017	8,4	8,0	6,0	in Prozentpunkten
SV-Beschäftigte 2017	49,0	47,1	53,6	in % der 18- bis u. 65-Jährigen
Entw. 2007 bis 2017	4,2	6,3	7,1	in Prozentpunkten
Arbeitslose 2017	11,5	12,3	8,1	in % der 18- bis u. 65-Jährigen
Entw. 2007 bis 2017	-0,3	-3,9	-2,5	in Prozentpunkten
SGB II-Empfänger 2017	28,4	29,2	17,8	in % der unter 65-Jährigen
Entw. 2007 bis 2017	6,7	0,4	-0,2	in Prozentpunkten
Kinder im SGB II-Bezug 2017	44,8	46,8	30,2	in % der unter 15-Jährigen
Entw. 2007 bis 2017	11,1	3,2	1,4	in Prozentpunkten
Grundsicherung im Alter 2017	8,4	12,3	6,4	in % der 65-Jährigen u. äl.
Entw. 2007 bis 2017	1,4	3,7	1,9	in Prozentpunkten
Einpersonenhaushalte 2017	40,4	51,2	48,6	in % aller Haushalte
Entw. 2007 bis 2017	3,5	4,7	3,3	in Prozentpunkten
Haushalte m. Kind(ern) 2017	23,6	19,8	18,3	in % aller Haushalte
Entw. 2007 bis 2017	-0,2	-1,6	-1,4	in Prozentpunkten
Kinder mit Normalgewicht 2017	78,4	77,0	80,7	in % aller Kinder (Schuleingangsunt.)
Entw. 2008 bis 2017	-2,8	0,6	0,5	in Prozentpunkten

Kennzahlen Bestand (in %)



Kennzahlen Entwicklung (in Prozentpunkten)



6.1.8 Hafen

Der Aktionsraum Hafen liegt im Aktionsraum Nordstadt und setzt sich aus den Unterbezirken Hafen, Hafen-Süd und Hafen-Südost zusammen.

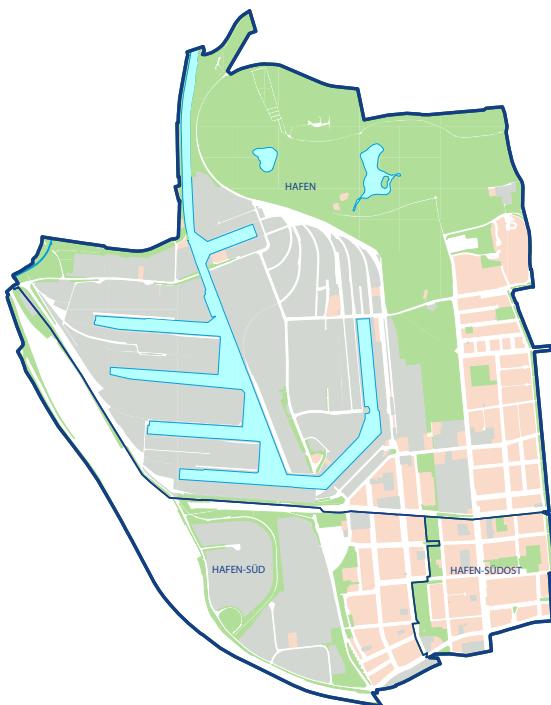
Mit 18.502 Einwohnerinnen und Einwohnern gehört der Aktionsraum zu den größeren Sozialräumen. Die Bevölkerungsentwicklung liegt mit einem Plus von 7,5 Prozent (+1.288) über dem Trend in den Aktionsräumen (+5,6) und gesamtstädtisch (+3,1).

Empfängerinnen und Empfänger von Transferleistungen

Der Anteil der Transferleistungsempfänger lag 2017 bei 35,5 Prozent und damit über dem Durchschnittswert aller Aktionsräume (28,7) und deutlich über dem städtischen Durchschnitt (16,9).

Gegenüber 2007 bedeutet das einen Anstieg um 1,5 Prozentpunkte, der damit unter dem Anstieg in den Aktionsräumen insgesamt (+1,9) und über der gesamtstädtischen Entwicklung (+0,8) lag.

Abbildung 56: Sozialraumprofil Hafen



Abweichungen von den Durchschnittswerten auf Aktionsraum- und städtischer Ebene

Im selben Zeitraum ist der Anteil der Empfängerinnen und Empfänger von SGB II-Leistungen (-0,2) leicht gesunken und liegt damit im gesamtstädtischen Trend (Aktionsräume: +0,4 – Dortmund: -0,2). Der Wert von 34,7 Prozent ist aber überdurchschnittlich hoch (Aktionsräume: 29,2 – Dortmund: 17,8).

Das gilt ähnlich für die Arbeitslosigkeit, die um 5,8 Prozentpunkte (Aktionsräume: -3,9 – Dortmund: -2,5) und damit spürbar gesunken ist, mit 14,6 Prozent aber höher ist als in den Aktionsräumen (12,3) und stadtweit (8,1).

Der Anteil der Kinder unter 15 Jahren, die Leistungen nach dem SGB II erhalten, ist überdurchschnittlich angestiegen. Er lag 2017 bei 56,4 Prozent (Aktionsräume: 46,8 – Dortmund: 30,2), 4,4 Prozentpunkte mehr als 2007 (Aktionsräume: +3,2 – Dortmund: +1,4).

Überdurchschnittlich angestiegen ist auch der Anteil der Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter. Der Wert lag 2017 bei 17,7 Prozent (Aktionsräume: 12,3 – Dortmund: 6,4), was gegenüber 2007 einem Plus von 5,6 Prozent entspricht (Aktionsräume: +3,7 – Dortmund: +1,9).

Positiv entwickelt hat sich der Anteil der Kinder mit Normalgewicht. Er liegt mit 75,6 Prozent zwar unter den Vergleichswerten (Aktionsräume: 77,0 – Dortmund: 80,7), allerdings ist der Anstieg um 5,5 Prozentpunkte seit 2008 positiv zu bewerten (Aktionsräume: +0,6 – Dortmund: +0,5).

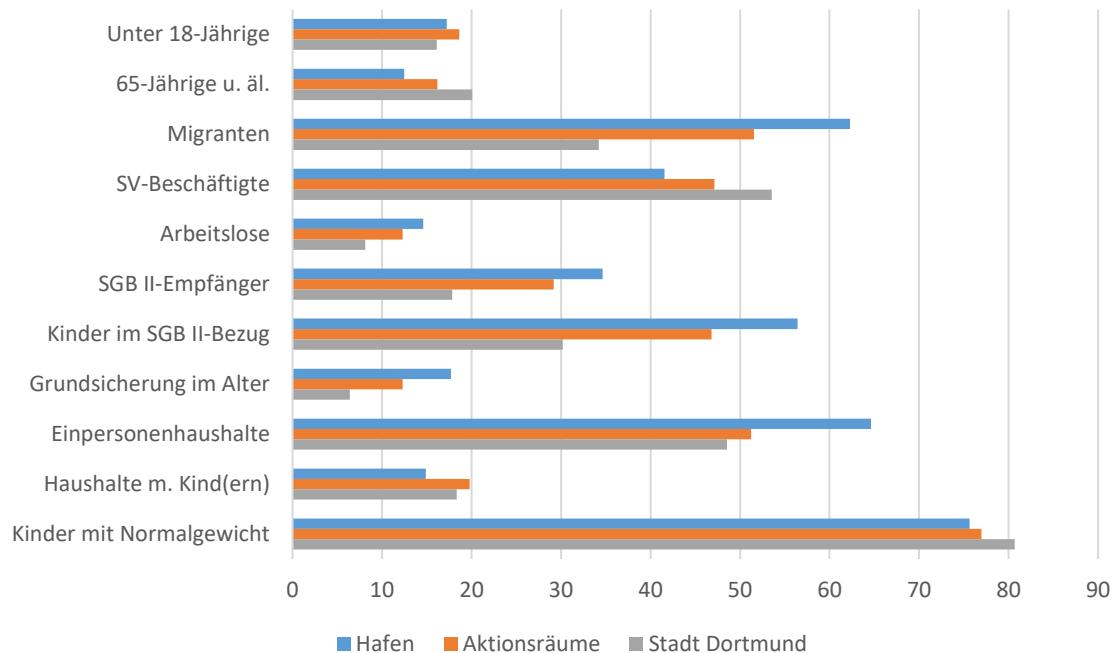
Quelle: Dortmunder Statistik

Aktionsraum Dortmund-Hafen

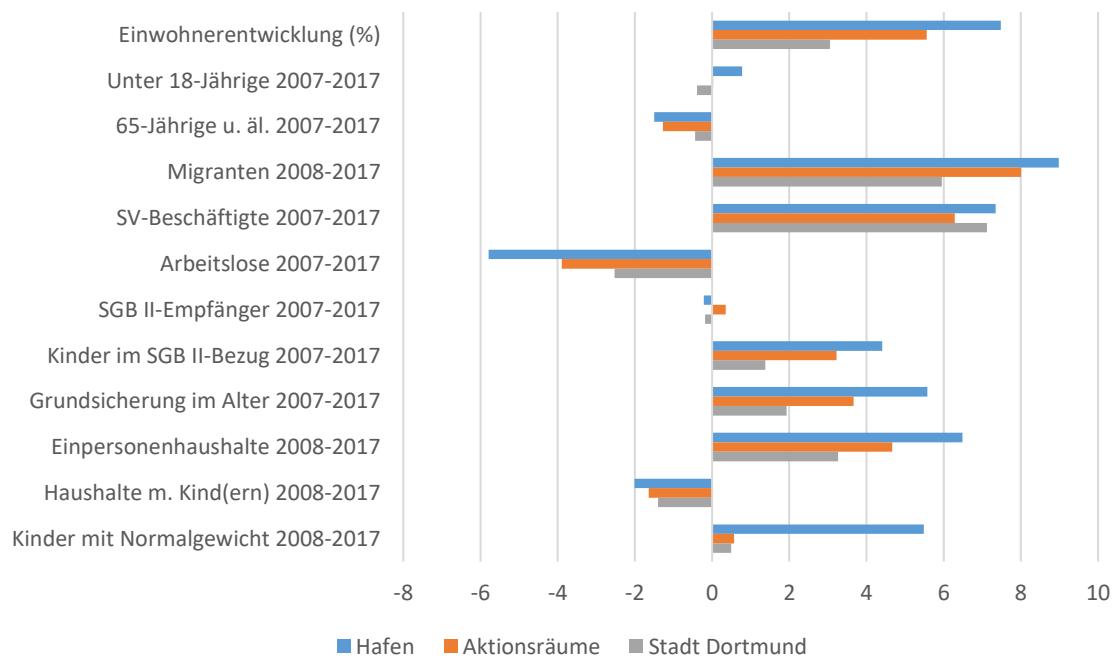
Eckdaten 2017	
Fläche (ha)	461,7
Einwohnerzahl	18.502
Frauen	8.245
Männer	10.257
unter 18-Jährige	3.188
65-Jährige u. äl.	2.312
Migranten	11.523
Einwohnerentw. 2007 bis 2017	+1.288
Arbeitslose	1.899
SGB II-Empfänger	5.610

Indikatoren	Hafen	Aktionsräume	Stadt Dortmund	Berechnung
Einwohnerentwicklung	7,5	5,6	3,1	2007 bis 2017 in %
Unter 18-Jährige 2017	17,2	18,6	16,1	in % der Bevölkerung
Entw. 2007 bis 2017	0,8	0,0	-0,4	in Prozentpunkten
65-Jährige u. äl. 2017	12,5	16,2	20,1	in % der Bevölkerung
Entw. 2007 bis 2017	-1,5	-1,3	-0,4	in Prozentpunkten
Migranten 2017	62,3	51,5	34,2	in % der Bevölkerung
Entw. 2008 bis 2017	9,0	8,0	6,0	in Prozentpunkten
SV-Beschäftigte 2017	41,6	47,1	53,6	in % der 18- bis u. 65-Jährigen
Entw. 2007 bis 2017	7,3	6,3	7,1	in Prozentpunkten
Arbeitslose 2017	14,6	12,3	8,1	in % der 18- bis u. 65-Jährigen
Entw. 2007 bis 2017	-5,8	-3,9	-2,5	in Prozentpunkten
SGB II-Empfänger 2017	34,7	29,2	17,8	in % der unter 65-Jährigen
Entw. 2007 bis 2017	-0,2	0,4	-0,2	in Prozentpunkten
Kinder im SGB II-Bezug 2017	56,4	46,8	30,2	in % der unter 15-Jährigen
Entw. 2007 bis 2017	4,4	3,2	1,4	in Prozentpunkten
Grundsicherung im Alter 2017	17,7	12,3	6,4	in % der 65-Jährigen u. äl.
Entw. 2007 bis 2017	5,6	3,7	1,9	in Prozentpunkten
Einpersonenhaushalte 2017	64,6	51,2	48,6	in % aller Haushalte
Entw. 2007 bis 2017	6,5	4,7	3,3	in Prozentpunkten
Haushalte m. Kind(ern) 2017	14,9	19,8	18,3	in % aller Haushalte
Entw. 2007 bis 2017	-2,0	-1,6	-1,4	in Prozentpunkten
Kinder mit Normalgewicht 2017	75,6	77,0	80,7	in % aller Kinder (Schuleingangsunt.)
Entw. 2008 bis 2017	5,5	0,6	0,5	in Prozentpunkten

Kennzahlen Bestand (in %)



Kennzahlen Entwicklung (in Prozentpunkten)



6.1.9. Borsigplatz

Der Aktionsraum Borsigplatz liegt im Stadtbezirk Nordstadt und setzt sich aus den beiden Unterbezirken Borsigplatz und Westfalenhütte zusammen.

Die Einwohnerzahl lag 2017 bei 12.905, der Aktionsraum ist damit einer der mittelgroßen Sozialräume. Auch hier ist die Einwohnerzahl gegenüber 2007 gestiegen: der Bevölkerungsgewinn lag bei 14,8 Prozent (1.659) und ist damit der höchste in Dortmund (Aktionsräume: +5,6 - Dortmund: +3,1).

Empfängerinnen und Empfänger von Transferleistungen

Der Anteil der Transferleistungsempfänger lag 2017 bei 42,8 Prozent und damit deutlich über dem Durchschnittswert aller Aktionsräume (28,7) und über dem städtischen Durchschnitt (16,9).

Gegenüber 2007 bedeutet das ein Plus von um 3,3 Prozentpunkten, das über dem Anstieg in den Aktionsräumen insgesamt (+1,9) und über der gesamtstädtischen Entwicklung (+0,8) lag.

Abbildung 57: Sozialraumprofil Borsigplatz



Abweichungen von den Durchschnittswerten auf Aktionsraum- und städtischer Ebene

Auffällig gesunken ist der Anteil der Arbeitslosen: Er lag 2017 mit 17,2 zwar oberhalb der Durchschnittswerte in den Aktionsräumen (12,3) und stadtweit (8,1), allerdings um 4,8 Prozentpunkte niedriger als 2007 (Aktionsräume: -3,9 - Dortmund: -2,5).

Der Anteil der Menschen, die Leistungen nach dem SGB II beziehen, lag 2017 bei 41,3 Prozent und damit höher als in jedem anderen Aktionsraum (Aktionsräume: 29,2 - Dortmund: 17,8).

Überdurchschnittlich angestiegen ist der Anteil der Kinder unter 15 Jahren im SGB II-Bezug. Er lag 2017 - ebenso wie im Aktionsraum Nordmarkt und damit höher als in allen übrigen Aktionsräumen - bei 58,5 Prozent (Aktionsräume: 46,8 - Dortmund: 30,2). Gegenüber 2007 bedeutet das einen Anstieg um 6,1 Prozentpunkte (Aktionsräume: +3,2 - Dortmund: +1,4).

Gewachsen ist auch der Anteil der Personen, die auf Grundsicherung im Alter angewiesen sind. 2017 waren 23,1 Prozent der Menschen im Alter ab 65 Jahren auf diese Leistungen angewiesen (Aktionsräume: 12,3 - Dortmund: 6,4). Das ist - nach dem Aktionsraum Nordmarkt - der zweithöchste Wert für alle Sozialräume und gegenüber 2007 ein Plus von 8,4 Prozent (Aktionsräume: +3,7 - Dortmund: +1,9).

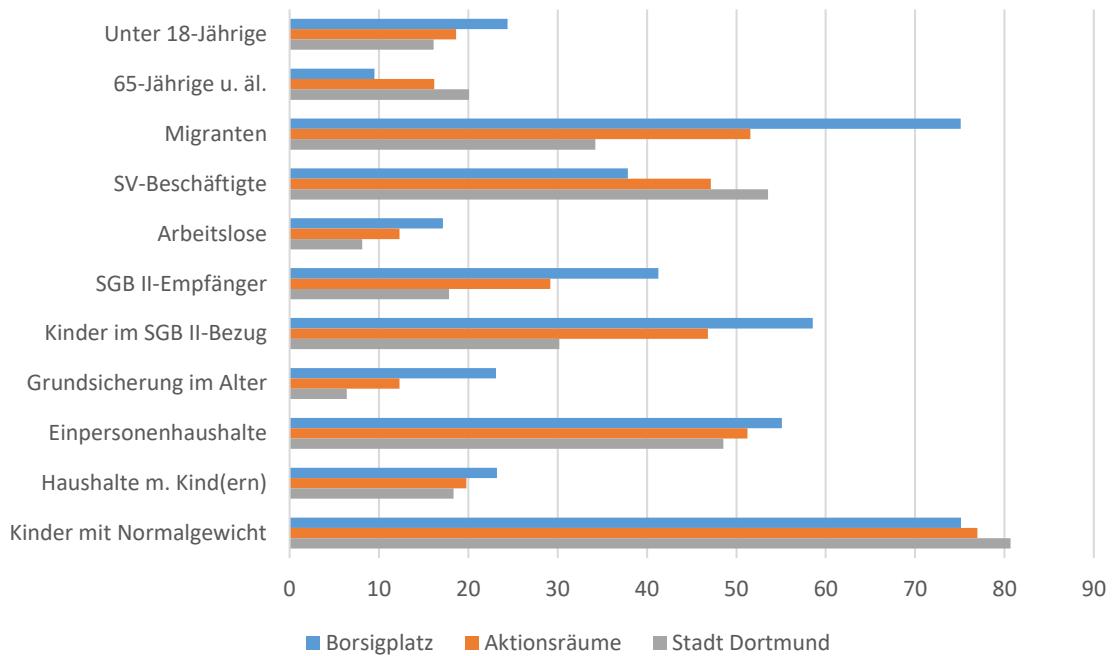
Positiv zeichnet sich eine Verbesserung für die Gruppe der Kinder mit Normalgewicht ab, deren Anteil sich gegenüber 2008 um 1,1 Prozentpunkte überdurchschnittlich verbessert hat (Aktionsräume: +0,6 - Dortmund: +0,5) und 2017 bei immerhin 75,2 Prozent lag (Aktionsräume: 77,0 - Dortmund: 80,7).

Aktionsraum Dortmund-Borsigplatz

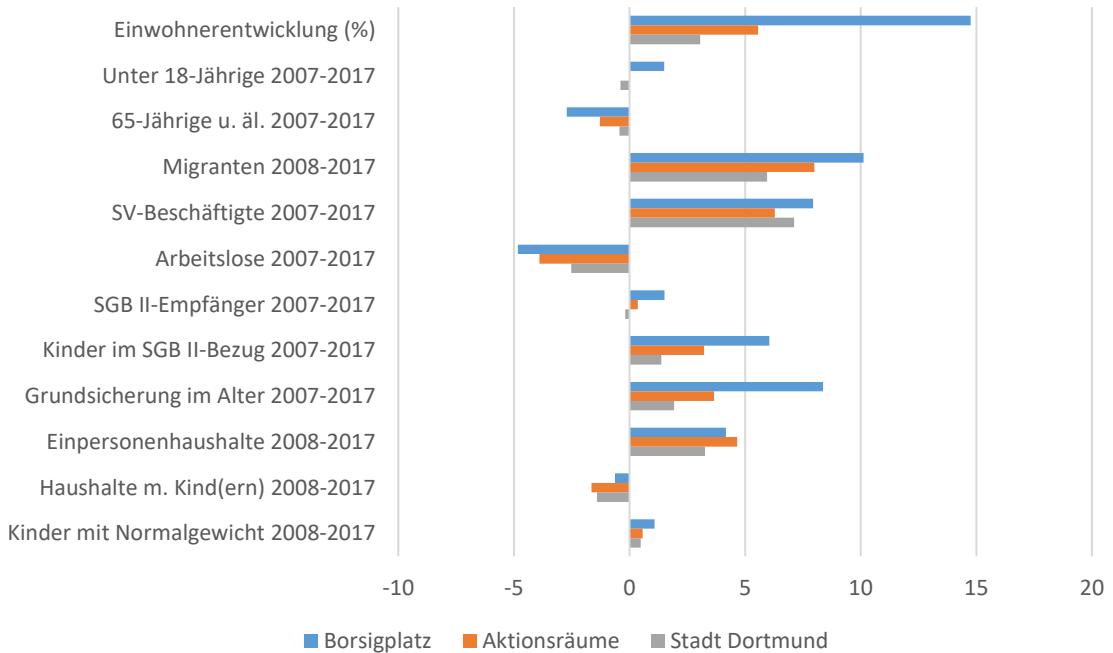
Eckdaten 2017	
Fläche (ha)	655,2
Einwohnerzahl	12.905
Frauen	5.775
Männer	7.130
unter 18-Jährige	3.147
65-Jährige u. äl.	1.226
Migranten	9.691
Einwohnerentw. 2007 bis 2017	+1.659
Arbeitslose	1.465
SGB II-Empfänger	4.819

Indikatoren	Borsigplatz	Aktionsräume	Stadt Dortmund	Berechnung
Einwohnerentwicklung	14,8	5,6	3,1	2007 bis 2017 in %
Unter 18-Jährige 2017	24,4	18,6	16,1	in % der Bevölkerung
Entw. 2007 bis 2017	1,5	0,0	-0,4	in Prozentpunkten
65-Jährige u. äl. 2017	9,5	16,2	20,1	in % der Bevölkerung
Entw. 2007 bis 2017	-2,7	-1,3	-0,4	in Prozentpunkten
Migranten 2017	75,1	51,5	34,2	in % der Bevölkerung
Entw. 2008 bis 2017	10,1	8,0	6,0	in Prozentpunkten
SV-Beschäftigte 2017	37,8	47,1	53,6	in % der 18- bis u. 65-Jährigen
Entw. 2007 bis 2017	7,9	6,3	7,1	in Prozentpunkten
Arbeitslose 2017	17,2	12,3	8,1	in % der 18- bis u. 65-Jährigen
Entw. 2007 bis 2017	-4,8	-3,9	-2,5	in Prozentpunkten
SGB II-Empfänger 2017	41,3	29,2	17,8	in % der unter 65-Jährigen
Entw. 2007 bis 2017	1,5	0,4	-0,2	in Prozentpunkten
Kinder im SGB II-Bezug 2017	58,5	46,8	30,2	in % der unter 15-Jährigen
Entw. 2007 bis 2017	6,1	3,2	1,4	in Prozentpunkten
Grundsicherung im Alter 2017	23,1	12,3	6,4	in % der 65-Jährigen u. äl.
Entw. 2007 bis 2017	8,4	3,7	1,9	in Prozentpunkten
Einpersonenhaushalte 2017	55,1	51,2	48,6	in % aller Haushalte
Entw. 2007 bis 2017	4,2	4,7	3,3	in Prozentpunkten
Haushalte m. Kind(ern) 2017	23,2	19,8	18,3	in % aller Haushalte
Entw. 2007 bis 2017	-0,6	-1,6	-1,4	in Prozentpunkten
Kinder mit Normalgewicht 2017	75,2	77,0	80,7	in % aller Kinder (Schuleingangsunt.)
Entw. 2008 bis 2017	1,1	0,6	0,5	in Prozentpunkten

Kennzahlen Bestand (in %)



Kennzahlen Entwicklung (in Prozentpunkten)



6.1.10 Nordmarkt

Der Aktionsraum Nordmarkt liegt im Stadtbezirk Nordstadt. Er setzt sich aus den Unterbezirken Nordmarkt-West, Nordmarkt-Ost, Nordmarkt-Süd und Nordmarkt-Südost zusammen.

Die Einwohnerzahl ist seit 2007 auf 28.072 in 2017 gestiegen. Nordmarkt ist somit einer der größeren Sozialräume. Trendgemäß ist die Einwohnerzahl gegenüber 2007 gestiegen: Der Bevölkerungsgewinn lag bei 10,7 Prozent (2.706) und ist damit einer der höchsten in Dortmund (Aktionsräume: +5,6 - Dortmund: +3,1).

Empfängerinnen und Empfänger von Transferleistungen

Der Anteil an Transferleistungsempfängern lag 2017 bei 42,4 Prozent und damit auch im Aktionsraum Nordmarkt deutlich über dem Durchschnittswert aller Aktionsräume (28,7) und über dem städtischen Durchschnitt (16,9).

Gegenüber 2007 ist das eine Steigerung von 2,9 Prozentpunkten. Dieses Plus liegt über dem Anstieg in den Aktionsräumen insgesamt (+1,9) und über der gesamtstädtischen Entwicklung (+0,8).

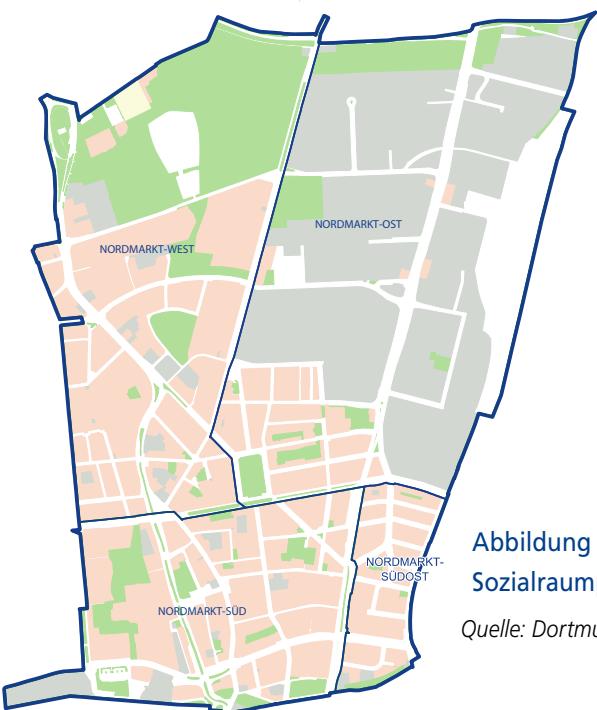


Abbildung 58:
Sozialraumprofil Nordmarkt
Quelle: Dortmunder Statistik

Abweichungen von den Durchschnittswerten auf Aktionsraum- und städtischer Ebene

Der Anteil an Migrantinnen und Migranten ist mit 76,5 Prozent der höchste im Vergleich der Sozialräume insgesamt und liegt damit deutlich über dem Durchschnitt aller Aktionsräume (51,5) und in Dortmund gesamt (34,2).

Auffällig gesunken ist auch hier der Anteil der Arbeitslosen. Er lag zuletzt mit 16,8 Prozent oberhalb der Durchschnittswerte in den Aktionsräumen (12,3) und stadtweit (8,1), ist aber im Zeitraum 2007 bis 2017 um 5,2 Prozentpunkte deutlich gesunken (Aktionsräume: -3,9 - Dortmund: -2,5).

Der Anteil der Empfängerinnen und Empfänger von SGB II-Leistungen ist leicht überdurchschnittlich um 0,8 Prozentpunkte gestiegen (Aktionsräume: +0,4 - Dortmund -0,2), lag aber mit 40,6 Prozent deutlich über den Vergleichswerten (Aktionsräume: 29,2 - Dortmund: 17,8).

Erheblich gestiegen ist der Anteil der Menschen, die auf Grundsicherung im Alter angewiesen sind. 2017 waren in der Gruppe der Menschen ab 65 Jahren 27,2 Prozent auf diese Leistungen angewiesen (Aktionsräume: 12,3 - Dortmund: 6,4). Das ist der höchste Wert unter allen Sozialräumen. Auch das Plus liegt deutlich überdurchschnittlich hoch bei 9,0 Prozentpunkten (Aktionsräume: +3,7 - Dortmund: +1,9).

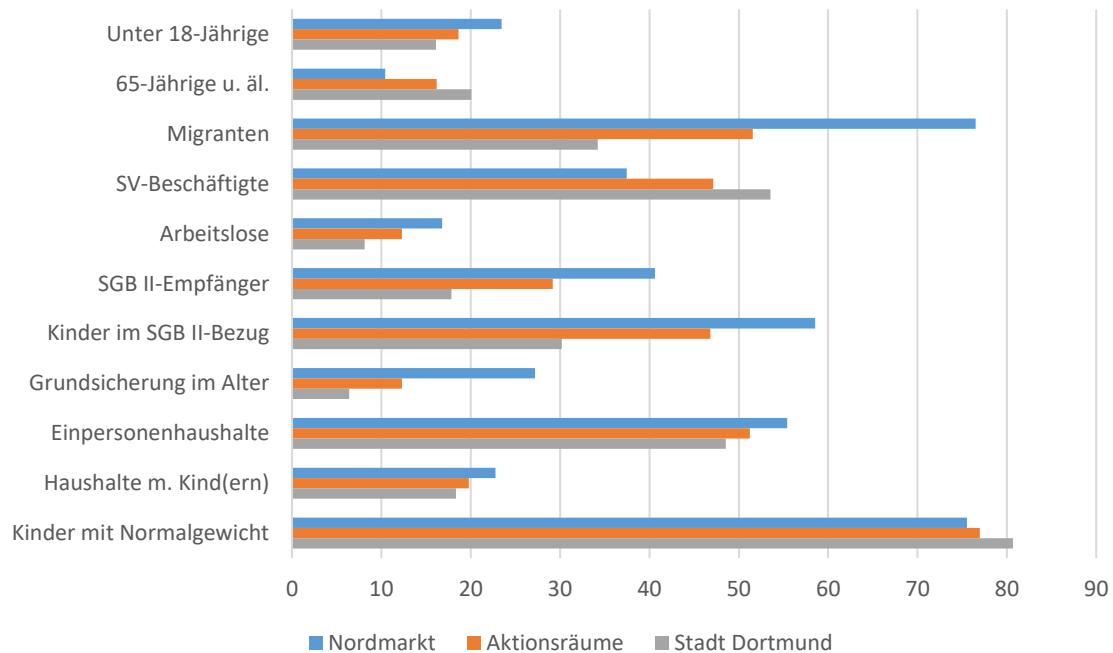
Verschlechtert hat sich der Anteil der Kinder mit Normalgewicht, der gegenüber 2008 um 1,1 gesunken ist (Aktionsräume: +0,6 - Dortmund: +0,5). 2017 lag er bei 75,5 Prozent (Aktionsräume: 77,0 - Dortmund: 80,7).

Aktionsraum Dortmund-Nordmarkt

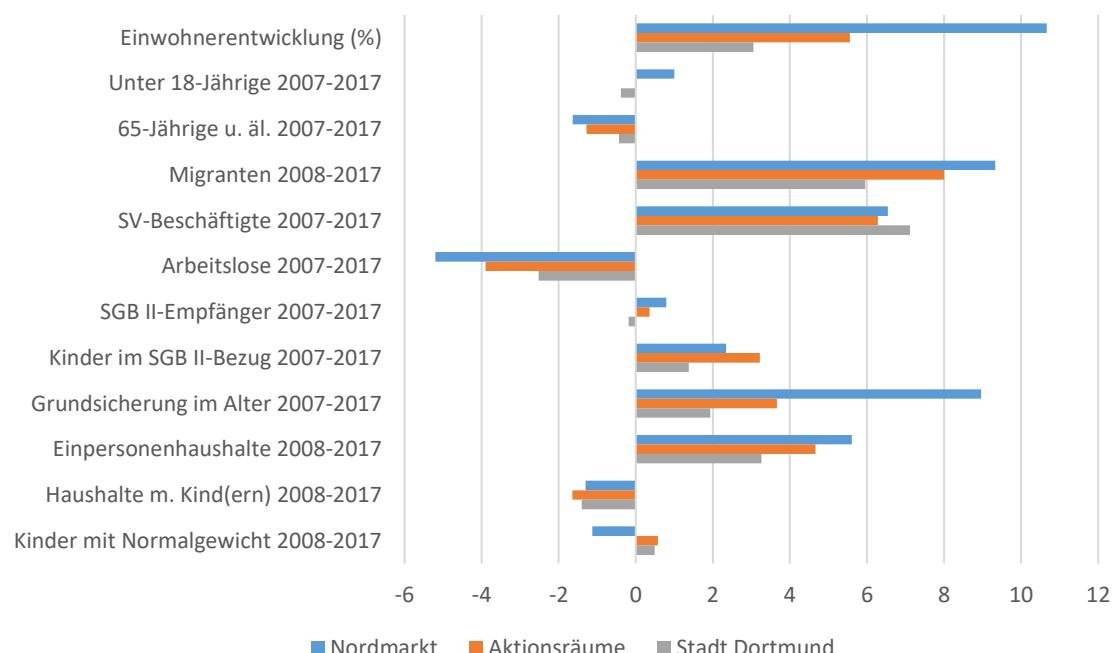
Eckdaten 2017	
Fläche (ha)	324,6
Einwohnerzahl	28.072
Frauen	12.687
Männer	15.385
unter 18-Jährige	6.581
65-Jährige u. äl.	2.925
Migranten	21.473
Einwohnerentw. 2007 bis 2017	+2.706
Arbeitslose	3.120
SGB II-Empfänger	10.217

Indikatoren	Nordmarkt	Aktionsräume	Stadt Dortmund	Berechnung
Einwohnerentwicklung	10,7	5,6	3,1	2007 bis 2017 in %
Unter 18-Jährige 2017	23,4	18,6	16,1	in % der Bevölkerung
Entw. 2007 bis 2017	1,0	0,0	-0,4	in Prozentpunkten
65-Jährige u. äl. 2017	10,4	16,2	20,1	in % der Bevölkerung
Entw. 2007 bis 2017	-1,6	-1,3	-0,4	in Prozentpunkten
Migranten 2017	76,5	51,5	34,2	in % der Bevölkerung
Entw. 2008 bis 2017	9,3	8,0	6,0	in Prozentpunkten
SV-Beschäftigte 2017	37,5	47,1	53,6	in % der 18- bis u. 65-Jährigen
Entw. 2007 bis 2017	6,5	6,3	7,1	in Prozentpunkten
Arbeitslose 2017	16,8	12,3	8,1	in % der 18- bis u. 65-Jährigen
Entw. 2007 bis 2017	-5,2	-3,9	-2,5	in Prozentpunkten
SGB II-Empfänger 2017	40,6	29,2	17,8	in % der unter 65-Jährigen
Entw. 2007 bis 2017	0,8	0,4	-0,2	in Prozentpunkten
Kinder im SGB II-Bezug 2017	58,5	46,8	30,2	in % der unter 15-Jährigen
Entw. 2007 bis 2017	2,3	3,2	1,4	in Prozentpunkten
Grundsicherung im Alter 2017	27,2	12,3	6,4	in % der 65-Jährigen u. äl.
Entw. 2007 bis 2017	9,0	3,7	1,9	in Prozentpunkten
Einpersonenhaushalte 2017	55,4	51,2	48,6	in % aller Haushalte
Entw. 2007 bis 2017	5,6	4,7	3,3	in Prozentpunkten
Haushalte m. Kind(ern) 2017	22,8	19,8	18,3	in % aller Haushalte
Entw. 2007 bis 2017	-1,3	-1,6	-1,4	in Prozentpunkten
Kinder mit Normalgewicht 2017	75,5	77,0	80,7	in % aller Kinder (Schuleingangsunt.)
Entw. 2008 bis 2017	-1,1	0,6	0,5	in Prozentpunkten

Kennzahlen Bestand (in %)



Kennzahlen Entwicklung (in Prozentpunkten)



6.1.11 Scharnhorst-Ost

Scharnhorst-Ost liegt im Stadtbezirk Scharnhorst und entspricht dem Unterbezirk Scharnhorst-Ost.

Der Aktionsraum gehört mit 12.538 Einwohnerinnen und Einwohnern in 2017 zu den mittelgroßen Sozialräumen. Die Einwohnerzahl ist mit einem Minus von 0,2 (- 27 Prozentpunkte) im Unterschied zu anderen Sozialräumen leicht gesunken (Aktionsräume: +5,6 - Dortmund: +3,1).

Empfängerinnen und Empfänger von Transferleistungen

Der Anteil an Transferleistungsempfängern lag 2017 bei 35,1 Prozent und damit auch im Aktionsraum Nordmarkt deutlich über dem Durchschnittswert aller Aktionsräume (28,7) und über dem städtischen Durchschnitt (16,9).

Gegenüber 2007 ist das eine Steigerung von 3,1 Prozentpunkten, die oberhalb des Anstiegs in den Aktionsräumen insgesamt (+1,9) und in Dortmund gesamt liegt (+0,8).

Abweichungen von den Durchschnittswerten auf Aktionsraum- und städtischer Ebene

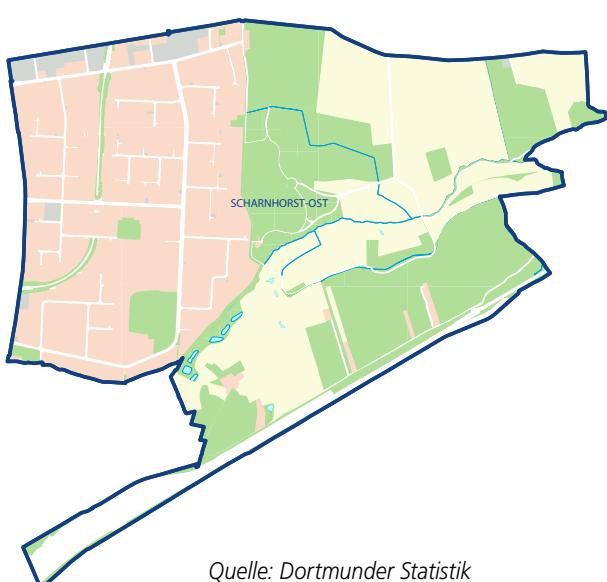
Auch Scharnhorst-Ost gehört zu den Aktionsräumen, in denen die Arbeitslosigkeit deutlich gesunken ist. Der Anteil lag zuletzt mit 14,1 Prozent oberhalb der Durchschnittswerte in den Aktionsräumen (12,3) und stadtweit (8,1). Die Abnahme um 4,1 Prozent im Zeitraum 2007 bis 2017 liegt in etwa im Schnitt der Aktionsräume (-3,9) und fällt deutlicher aus als gesamtstädtisch (-2,5).

Der Anteil der SGB II-Empfängerinnen und -Empfänger ist überdurchschnittlich um 3,0 Prozentpunkte gestiegen (Aktionsräume: +0,4 - Dortmund -0,2) und lag mit 38,2 Prozent auch über dem Wert für die Aktionsräume insgesamt (29,2) und Dortmund (17,8).

Dagegen ist der Anteil der Kinder unter 15 Jahren im SGB II-Bezug zwar nur leicht um 0,2 Prozentpunkte angestiegen (Aktionsräume: +3,2 - Dortmund: +1,4). Allerdings erreichte er 2017 einen Wert von 52,5 Prozent und lag damit über den Vergleichsanteilen (Aktionsräume: 46,8 - Dortmund: 30,2).

Ebenfalls deutlich gestiegen ist der Anteil der Menschen, die auf Grundsicherung im Alter angewiesen sind. 2017 lag er bei 14,9 Prozent (Aktionsräume: 12,3 - Dortmund: 6,4). Das Plus liegt überdurchschnittlich hoch bei + 4,4 Prozentpunkte (Aktionsräume: +3,7 - Dortmund: +1,9).

Auffallend hoch ist der Anteil der Haushalte mit Kindern, der bei 30,0 Prozent liegt (Aktionsräume: 19,8 - Dortmund: 18,3).

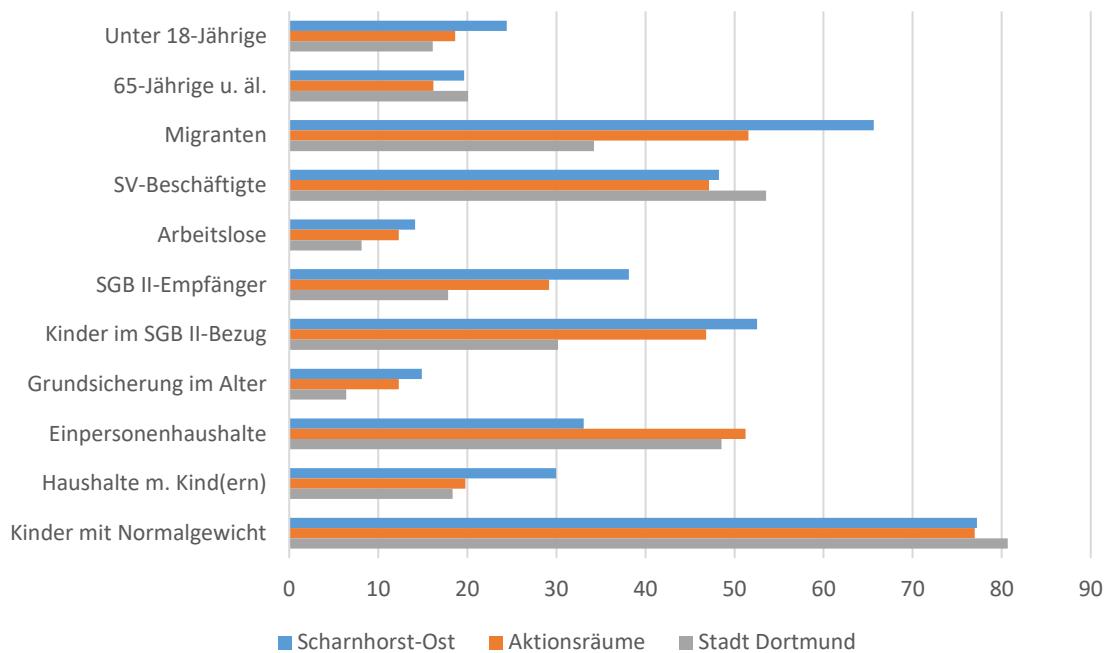


Aktionsraum Dortmund-Scharnhorst-Ost

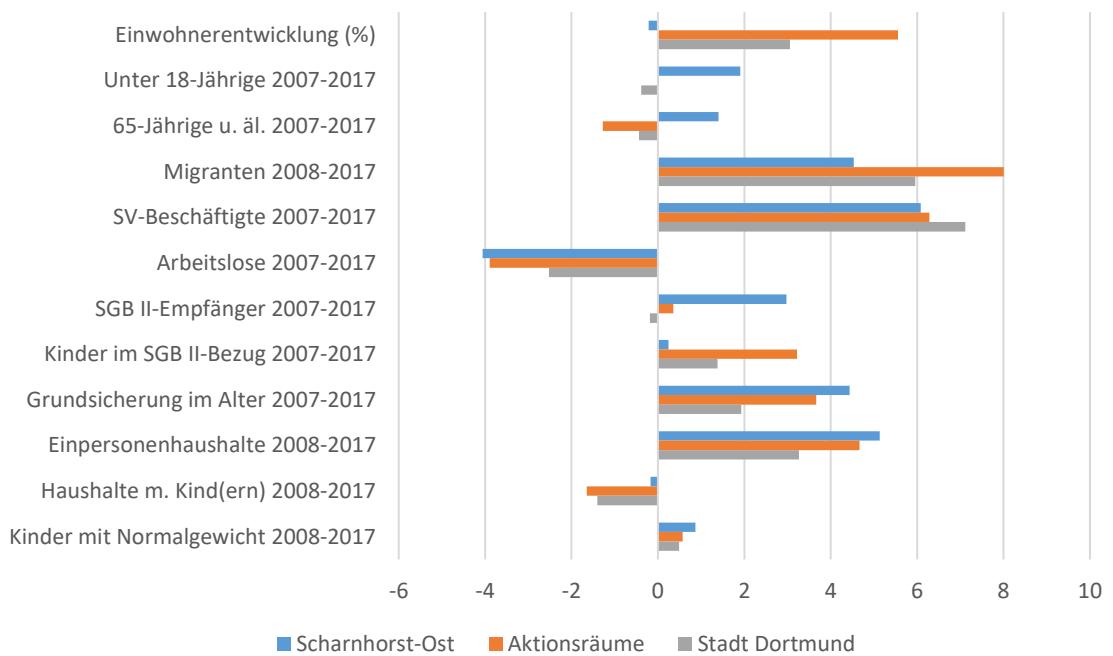
Eckdaten 2017	
Fläche (ha)	289,8
Einwohnerzahl	12.538
Frauen	6.665
Männer	5.873
unter 18-Jährige	3.064
65-Jährige u. äl.	2.461
Migranten	8.228
Einwohnerentw. 2007 bis 2017	-27
Arbeitslose	992
SGB II-Empfänger	3.845

Indikatoren	Scharnhorst-Ost	Aktionsräume	Stadt Dortmund	Berechnung
Einwohnerentwicklung	-0,2	5,6	3,1	2007 bis 2017 in %
Unter 18-Jährige 2017	24,4	18,6	16,1	in % der Bevölkerung
Entw. 2007 bis 2017	1,9	0,0	-0,4	in Prozentpunkten
65-Jährige u. äl. 2017	19,6	16,2	20,1	in % der Bevölkerung
Entw. 2007 bis 2017	1,4	-1,3	-0,4	in Prozentpunkten
Migranten 2017	65,6	51,5	34,2	in % der Bevölkerung
Entw. 2008 bis 2017	4,5	8,0	6,0	in Prozentpunkten
SV-Beschäftigte 2017	48,2	47,1	53,6	in % der 18- bis u. 65-Jährigen
Entw. 2007 bis 2017	6,1	6,3	7,1	in Prozentpunkten
Arbeitslose 2017	14,1	12,3	8,1	in % der 18- bis u. 65-Jährigen
Entw. 2007 bis 2017	-4,1	-3,9	-2,5	in Prozentpunkten
SGB II-Empfänger 2017	38,2	29,2	17,8	in % der unter 65-Jährigen
Entw. 2007 bis 2017	3,0	0,4	-0,2	in Prozentpunkten
Kinder im SGB II-Bezug 2017	52,5	46,8	30,2	in % der unter 15-Jährigen
Entw. 2007 bis 2017	0,2	3,2	1,4	in Prozentpunkten
Grundsicherung im Alter 2017	14,9	12,3	6,4	in % der 65-Jährigen u. äl.
Entw. 2007 bis 2017	4,4	3,7	1,9	in Prozentpunkten
Einpersonenhaushalte 2017	33,1	51,2	48,6	in % aller Haushalte
Entw. 2007 bis 2017	5,1	4,7	3,3	in Prozentpunkten
Haushalte m. Kind(ern) 2017	30,0	19,8	18,3	in % aller Haushalte
Entw. 2007 bis 2017	-0,2	-1,6	-1,4	in Prozentpunkten
Kinder mit Normalgewicht 2017	77,2	77,0	80,7	in % aller Kinder (Schuleingangsunt.)
Entw. 2008 bis 2017	0,9	0,6	0,5	in Prozentpunkten

Kennzahlen Bestand (in %)



Kennzahlen Entwicklung (in Prozentpunkten)



6.1.12 Alt-Scharnhorst

Alt-Scharnhorst liegt im Stadtbezirk Scharnhorst und setzt sich aus den Unterbezirken MSA-Siedlung, Alt-Scharnhorst und Westholz zusammen.

Mit 8.592 Einwohnerinnen und Einwohnern gilt Alt-Scharnhorst als einer der kleineren Sozialräume. Dabei ist die Einwohnerzahl um 2,0 Prozent (+170) leicht gestiegen (Aktionsräume: +5,6 - Dortmund: +3,1).

Empfängerinnen und Empfänger von Transferleistungen

Der Anteil an Transferleistungsempfängern lag 2017 bei 13,3 Prozent und damit weit unterhalb des Durchschnittswertes aller Aktionsräume (28,7) und sogar unter dem städtischen Durchschnitt (16,9).

Auch die Steigerung liegt mit + 0,5 Prozentpunkten unter dem Anstieg in den Aktionsräumen insgesamt (+1,9) und in Dortmund gesamt (+0,8).

Abweichungen von den Durchschnittswerten auf Aktionsraum- und städtischer Ebene

Im Zeitraum 2007 bis 2017 erreichte der Anteil der SGB II-Empfängerinnen und -Empfänger 15,0 Prozent. Er lag unter dem Wert für die Aktionsräume insgesamt (29,2) und auch unterhalb des Dortmunder Wertes (17,8). Gegenüber 2007 lag er um 0,5 Prozentpunkte niedriger, die Entwicklung war also positiver als im Schnitt der übrigen Aktionsräume und stadtweit (Aktionsräume: +0,4 - Dortmund -0,2).

Ähnlich unterdurchschnittlich lag der Anteil der Kinder unter 15 Jahren im SGB II-Bezug bei 23,9 Prozent (Aktionsräume: 46,8 - Dortmund: 30,2). Entgegen dem Gesamtrend ist er gegenüber 2007 um 1,0 gesunken (Aktionsräume: +3,2 - Dortmund: +1,4).

Auch der Anteil der Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter nach dem SGB XII ist unterdurchschnittlich und lag 2017 bei 4,3 Prozent (Aktionsräume: 12,3 - Dortmund: 6,4). Der Anstieg von 2,3 Prozentpunkten gegenüber 2007 ist weniger hoch als im Schnitt der Aktionsräume insgesamt (+3,7), aber höher als in Dortmund (+1,9).

Der Anteil der Kinder mit Normalgewicht lag 2017 bei 79,7 Prozent und damit über dem Wert aller Aktionsräume (77,0) und nur leicht unterhalb des städtischen Schnitts (80,7). Seit 2008 ist der Anteil um +3,5 Prozentpunkte gestiegen (Aktionsräume: +0,6 - Dortmund: +0,5). Dieser Anstieg ist damit deutlich überdurchschnittlich

Ein Großteil der für 2017 gemessenen Werte zeigt keine großen Abweichungen vom städtischen Schnitt. Alt-Scharnhorst ist damit ein eher unproblematischer Sozialraum und unterscheidet sich darin - ebenso wie Wickede - von den übrigen Aktionsräumen. Die praktische Arbeit im Aktionsraum weist aber auf deutliche negative Abweichungen für die Wambeler Heide hin. Von Interesse für die zukünftige Arbeit ist daher eine genauere Analyse der sozialen Lage in diesem Quartier.

Aktionsraum Dortmund-Alt-Scharnhorst

Eckdaten 2017	
Fläche (ha)	423,1
Einwohnerzahl	8.592
Frauen	4.452
Männer	4.140
unter 18-Jährige	1.350
65-Jährige u. äl.	1.999
Migranten	2.860
Einwohnerentw. 2007 bis 2017	+170
Arbeitslose	387
SGB II-Empfänger	986

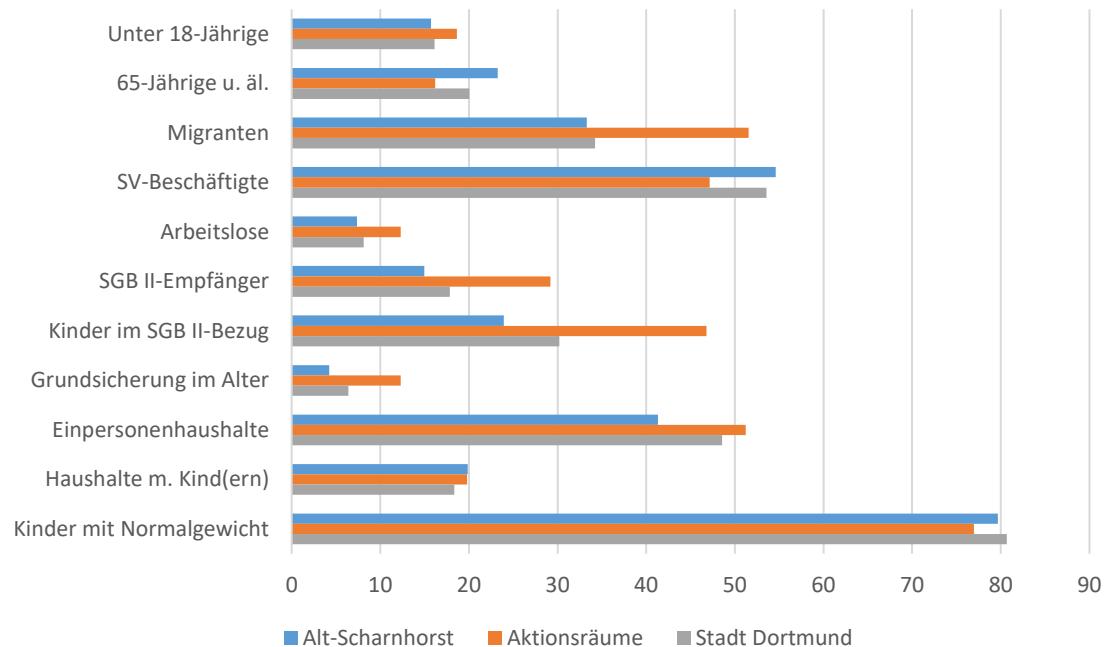
Abbildung 60: Sozialraumprofil
Alt-Scharnhorst



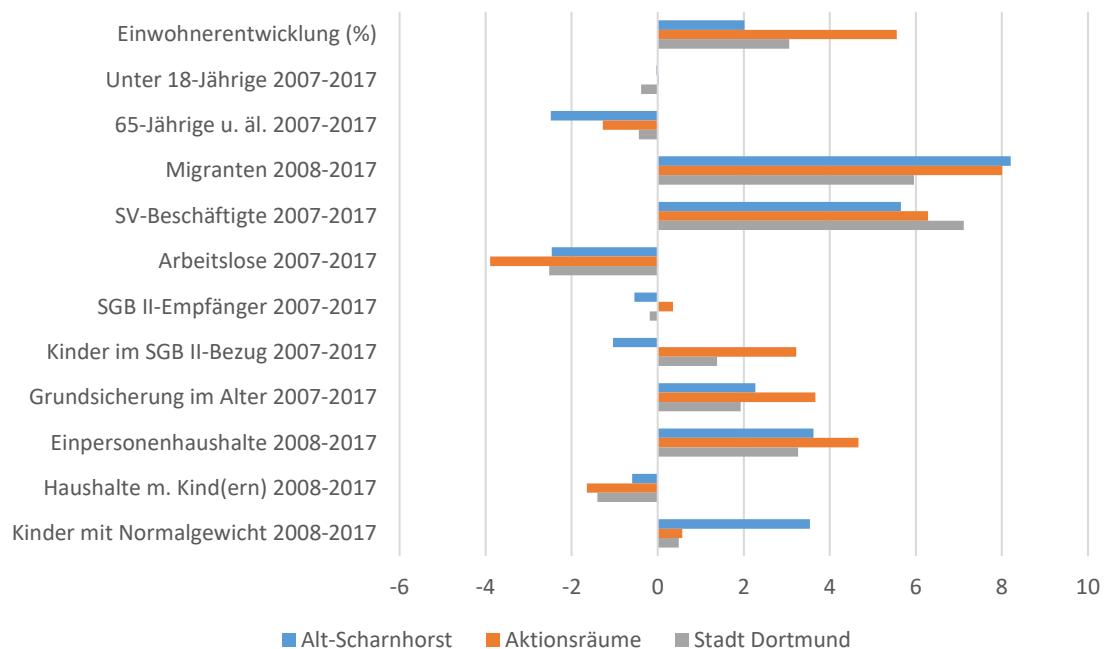
Quelle: Dortmunder Statistik

Indikatoren	Alt-Scharnhorst	Aktionsräume	Stadt Dortmund	Berechnung
Einwohnerentwicklung	2,0	5,6	3,1	2007 bis 2017 in %
Unter 18-Jährige 2017	15,7	18,6	16,1	in % der Bevölkerung
Entw. 2007 bis 2017	0,0	0,0	-0,4	in Prozentpunkten
65-Jährige u. äl. 2017	23,3	16,2	20,1	in % der Bevölkerung
Entw. 2007 bis 2017	-2,5	-1,3	-0,4	in Prozentpunkten
Migranten 2017	33,3	51,5	34,2	in % der Bevölkerung
Entw. 2008 bis 2017	8,2	8,0	6,0	in Prozentpunkten
SV-Beschäftigte 2017	54,6	47,1	53,6	in % der 18- bis u. 65-Jährigen
Entw. 2007 bis 2017	5,7	6,3	7,1	in Prozentpunkten
Arbeitslose 2017	7,4	12,3	8,1	in % der 18- bis u. 65-Jährigen
Entw. 2007 bis 2017	-2,5	-3,9	-2,5	in Prozentpunkten
SGB II-Empfänger 2017	15,0	29,2	17,8	in % der unter 65-Jährigen
Entw. 2007 bis 2017	-0,5	0,4	-0,2	in Prozentpunkten
Kinder im SGB II-Bezug 2017	23,9	46,8	30,2	in % der unter 15-Jährigen
Entw. 2007 bis 2017	-1,0	3,2	1,4	in Prozentpunkten
Grundsicherung im Alter 2017	4,3	12,3	6,4	in % der 65-Jährigen u. äl.
Entw. 2007 bis 2017	2,3	3,7	1,9	in Prozentpunkten
Einpersonenhaushalte 2017	41,3	51,2	48,6	in % aller Haushalte
Entw. 2007 bis 2017	3,6	4,7	3,3	in Prozentpunkten
Haushalte m. Kind(ern) 2017	19,9	19,8	18,3	in % aller Haushalte
Entw. 2007 bis 2017	-0,6	-1,6	-1,4	in Prozentpunkten
Kinder mit Normalgewicht 2017	79,7	77,0	80,7	in % aller Kinder (Schuleingangsunt.)
Entw. 2008 bis 2017	3,5	0,6	0,5	in Prozentpunkten

Kennzahlen Bestand (in %)



Kennzahlen Entwicklung (in Prozentpunkten)



6.1.13 Wickede

Der Aktionsraum Wickede liegt im Stadtbezirk Brackel. Er setzt sich aus den Unterbezirken Wickeder Feld, Wickede Dorf, Dollersweg und Flughafen zusammen.

Der Aktionsraum gehört mit 15.254 Einwohnerinnen und Einwohnern in 2017 zu den mittelgroßen Sozialräumen. Die Einwohnerzahl ist - entgegen der gesamtstädtischen Entwicklung - um 4,7 Prozent (-744) im Unterschied zu anderen Sozialräumen spürbar gesunken (Aktionsräume: +5,6 - Dortmund: +3,1).

Empfängerinnen und Empfänger von Transferleistungen

Der Anteil der Transferleistungsempfängerinnen und -empfänger lag 2017 bei 18,5 Prozent und damit unter dem Durchschnittswert aller Aktionsräume (28,7) und leicht über dem städtischen Durchschnitt (16,9).

Gegenüber 2007 ist das eine Steigerung von + 1,3 Prozentpunkten, die unterhalb des Anstiegs in den Aktionsräumen insgesamt (+1,9) und über dem gesamtstädtischen Wert liegt (+0,8).

Abweichungen von den Durchschnittswerten auf Aktionsraum- und städtischer Ebene

Die Arbeitslosigkeit ist in Wickede gesunken. Der Anteil lag 2017 mit 8,9 Prozent unterhalb der Durchschnittswerte in den Aktionsräumen (12,3) und nur leicht über dem städtischen Vergleichswert (8,1). Das Minus von 2,4 Prozent im Vergleich zu 2007 liegt unter dem Schnitt der Aktionsräume (-3,9) und entspricht dem städtischen Schnitt (-2,5).

Der Anteil der SGB II-Empfängerinnen und Empfänger ist leicht um 0,1 (Aktionsräume: +0,4 - Dortmund -0,2) auf 20,0 Prozent gesunken (Aktionsräume: 29,2 - Dortmund: 17,8).

Ebenso hat sich der Anteil der Kinder unter 15 Jahren, die Leistungen nach dem SGB II erhalten, nur um 2,0 Prozentpunkte erhöht (Aktionsräume: +3,2 - Dortmund: +1,4) auf 35,1 Prozent in 2017 (Aktionsräume: 46,8 - Dortmund: 30,2).

Der Anteil der Menschen, die sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind, lag mit 57,1 Prozent über den Vergleichswerten (Aktionsräume: 47,1 - Dortmund: 53,6).

Der Anteil der Personen, die auf Grundsicherung im Alter angewiesen sind, betrug 2017 5,4 Prozent (Aktionsräume: 12,3 - Dortmund: 6,4) und lag damit um 0,9 Prozentpunkte höher als 2007 (Aktionsräume: +3,7 - Dortmund: +1,9).

Alles in allem entspricht ein Großteil der für 2017 gemessenen Werte nahezu dem städtischen Schnitt. Wickede ist damit unter sozialen Gesichtspunkten ein unauffälliger Sozialraum und unterscheidet sich darin - ebenso wie Alt-Scharnhorst - deutlich von den übrigen Aktionsräumen. Die praktische Arbeit vor Ort belegt aber gravierende negative Abweichungen für das Meylantviertel. Von Interesse für die zukünftige Arbeit sind daher die Gründe für die negative Bevölkerungsentwicklung und eine genauere Analyse der sozialen Lage im Meylantviertel.

Abbildung 61: Sozialraumprofil Wickedede

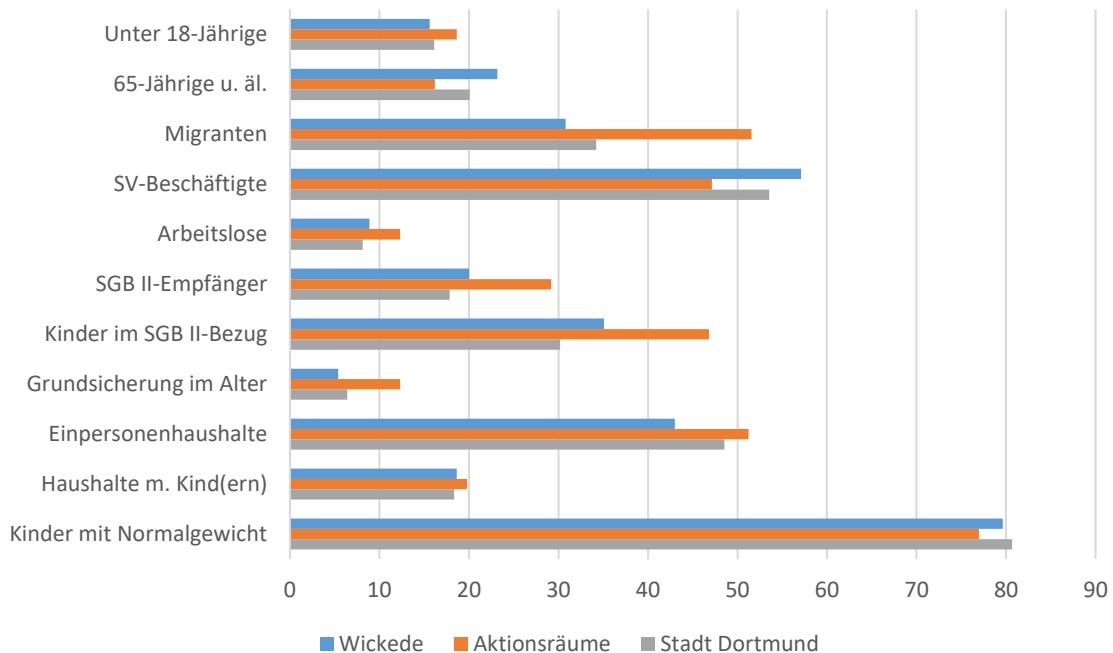
Aktionsraum Dortmund-Wickedede

Eckdaten 2017	
Fläche (ha)	891,6
Einwohnerzahl	15.254
Frauen	7.831
Männer	7.423
unter 18-Jährige	2.382
65-Jährige u. äl.	3.536
Migranten	4.697
Einwohnerentw. 2007 bis 2017	-744
Arbeitslose	830
2.345	2.345

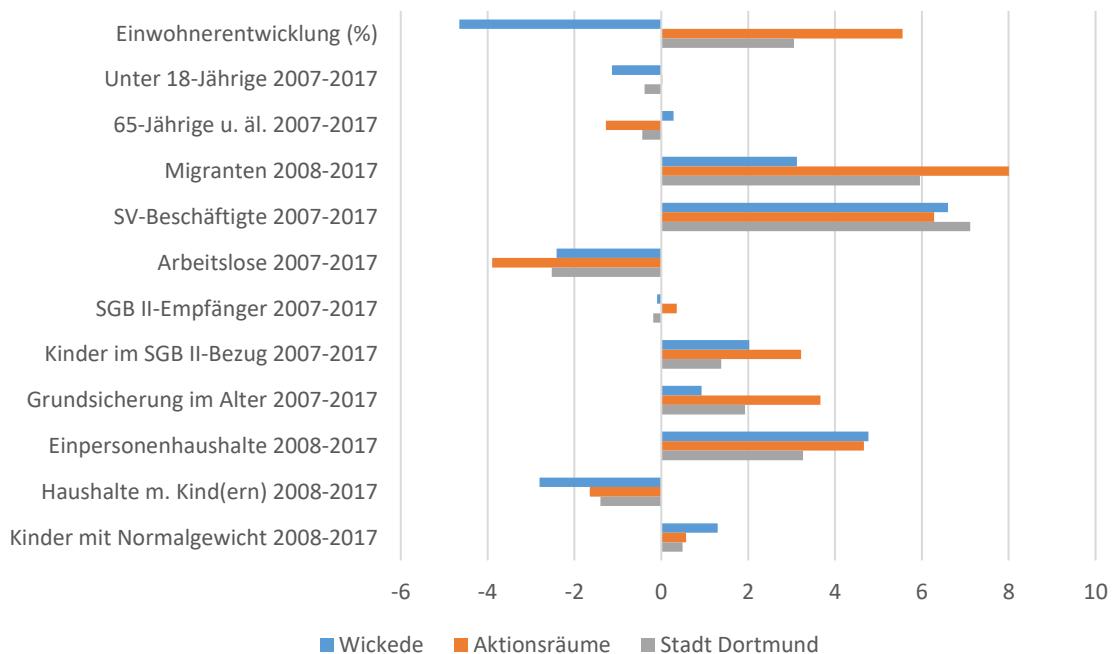


Indikatoren	Wickedede	Aktionsräume	Stadt Dortmund	Berechnung
Einwohnerentwicklung	-4,7	5,6	3,1	2007 bis 2017 in %
Unter 18-Jährige 2017	15,6	18,6	16,1	in % der Bevölkerung
Entw. 2007 bis 2017	-1,1	0,0	-0,4	in Prozentpunkten
65-Jährige u. äl. 2017	23,2	16,2	20,1	in % der Bevölkerung
Entw. 2007 bis 2017	0,3	-1,3	-0,4	in Prozentpunkten
Migranten 2017	30,8	51,5	34,2	in % der Bevölkerung
Entw. 2008 bis 2017	3,1	8,0	6,0	in Prozentpunkten
SV-Beschäftigte 2017	57,1	47,1	53,6	in % der 18- bis u. 65-Jährigen
Entw. 2007 bis 2017	6,6	6,3	7,1	in Prozentpunkten
Arbeitslose 2017	8,9	12,3	8,1	in % der 18- bis u. 65-Jährigen
Entw. 2007 bis 2017	-2,4	-3,9	-2,5	in Prozentpunkten
SGB II-Empfänger 2017	20,0	29,2	17,8	in % der unter 65-Jährigen
Entw. 2007 bis 2017	-0,1	0,4	-0,2	in Prozentpunkten
Kinder im SGB II-Bezug 2017	35,1	46,8	30,2	in % der unter 15-Jährigen
Entw. 2007 bis 2017	2,0	3,2	1,4	in Prozentpunkten
Grundsicherung im Alter 2017	5,4	12,3	6,4	in % der 65-Jährigen u. äl.
Entw. 2007 bis 2017	0,9	3,7	1,9	in Prozentpunkten
Einpersonenhaushalte 2017	43,0	51,2	48,6	in % aller Haushalte
Entw. 2007 bis 2017	4,8	4,7	3,3	in Prozentpunkten
Haushalte m. Kind(ern) 2017	18,6	19,8	18,3	in % aller Haushalte
Entw. 2007 bis 2017	-2,8	-1,6	-1,4	in Prozentpunkten
Kinder mit Normalgewicht 2017	79,6	77,0	80,7	in % aller Kinder (Schuleingangsums.)
Entw. 2008 bis 2017	1,3	0,6	0,5	in Prozentpunkten

Kennzahlen Bestand (in %)



Kennzahlen Entwicklung (in Prozentpunkten)



6.2 Weitere auffällige Sozialräume

6.2.1 Bövinghausen/Westrich

Bövinghausen/Westrich liegt im Stadtbezirk Lütgendortmund und besteht aus den Unterbezirken Westrich und Bövinghausen.

Mit 8.312 Einwohnerinnen und Einwohnern in 2017 gehört Bövinghausen/Westrich zu den mittelgroßen Sozialräumen. Die Einwohnerzahl ist um 1,8 Prozent (+146) und damit unterdurchschnittlich gestiegen (Aktionsräume: +5,6 - Dortmund: +3,1).

Empfängerinnen und Empfänger von Transferleistungen

Der Anteil an Transferleistungsempfängern lag 2017 bei 20,5 Prozent und damit unter dem Durchschnittswert aller Aktionsräume (28,7) und über dem städtischen Durchschnitt (16,9).

Gegenüber 2007 ist das eine Steigerung um 4,3 Prozentpunkte, die deutlich über dem durchschnittlichen Anstieg in den Aktionsräumen insgesamt (+1,9) und stadtweit liegt (+0,8).

Abweichungen von den Durchschnittswerten auf Aktionsraum- und städtischer Ebene

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist mit einem Plus von 4,1 Prozentpunkten weniger stark gestiegen als im Schnitt der Aktionsräume (+6,3) und stadtweit (+7,1).

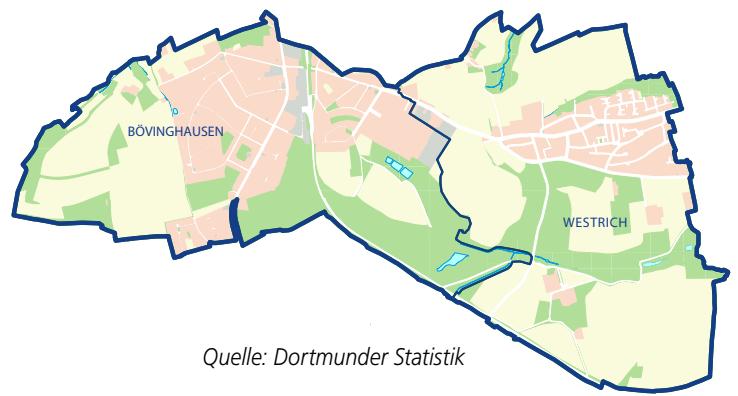
Die Arbeitslosigkeit ist gesunken, allerdings weniger stark als in den übrigen Aktionsräumen. 2017 lag der Anteil mit 9,9 Prozent unterhalb der Durchschnittswerte in den Aktionsräumen (12,3) und über dem städtischen Vergleichswert (8,1). Das Minus liegt im Vergleich zu 2007 bei 1,0 Prozentpunkt (Aktionsräume: -3,9 - Dortmund: -2,5).

Dagegen ist der Anteil der SGB II-Empfängerinnen und Empfänger überdurchschnittlich angestiegen. Der Zuwachs von 3,3 Prozentpunkten fiel deutlich höher aus als im Schnitt der Aktionsräume (+0,4 - Dortmund -0,2) und lag 2017 bei 21,7 Prozent (Aktionsräume: 29,2 - Dortmund: 17,8).

Ebenfalls deutlich gestiegen ist der Anteil der Kinder unter 15 Jahren im SGB II-Leistungsbezug mit einem Plus von 6,3 Prozentpunkten (Aktionsräume: +3,2 - Dortmund: +1,4). 2017 waren es in Bövinghausen/Westrich 36,5 Prozent, in den Aktionsräumen insgesamt 46,8 und stadtweit 30,2 Prozent.

Die Transferleistungsquote von über 20 Prozent und ihr überdurchschnittlicher Anstieg im Zeitraum 2007 bis 2017, aber auch die schwächere Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung und die starke Zunahme des Anteils der Kinder unter 15 Jahren im SGB II-Leistungsbezug weisen auf eine tendenziell negative Entwicklung der sozialen Lage im Sozialraum hin. Das erfordert bedarfsgerechte Maßnahmen. Bövinghausen/Westrich sollte daher in die Gruppe der Aktionsräume aufgenommen werden; die Unterstützung des Quartiers sollte unter anderem im Rahmen des Aktionsplans soziale Stadt erfolgen.

Abbildung 62: Sozialraumprofil
Bövinghausen/Westrich

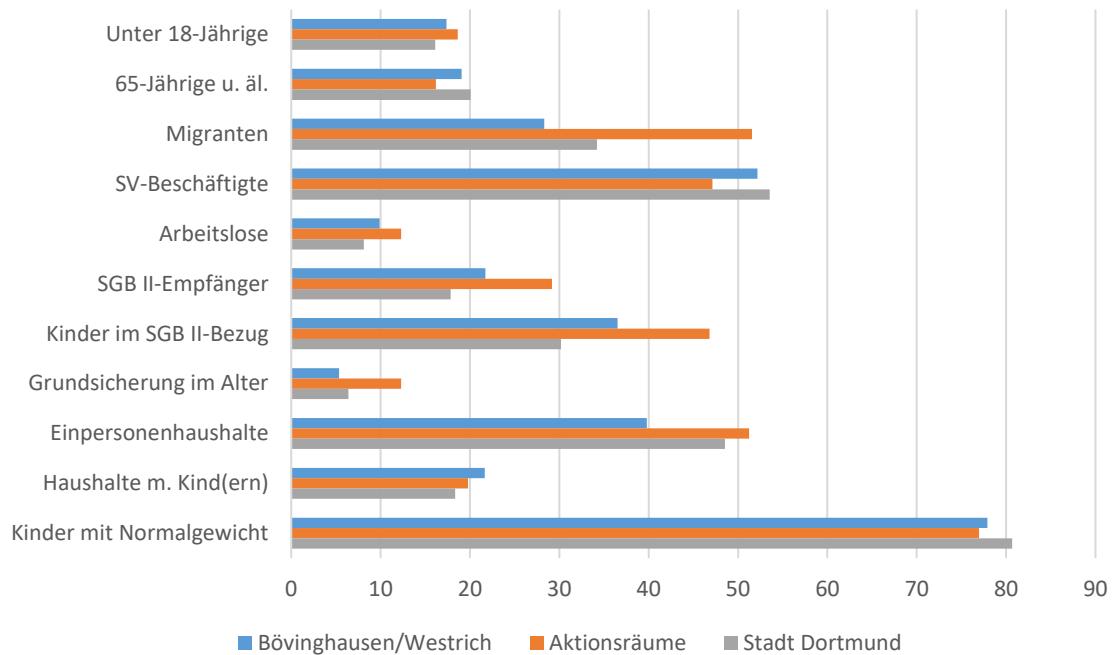


Quelle: Dortmunder Statistik

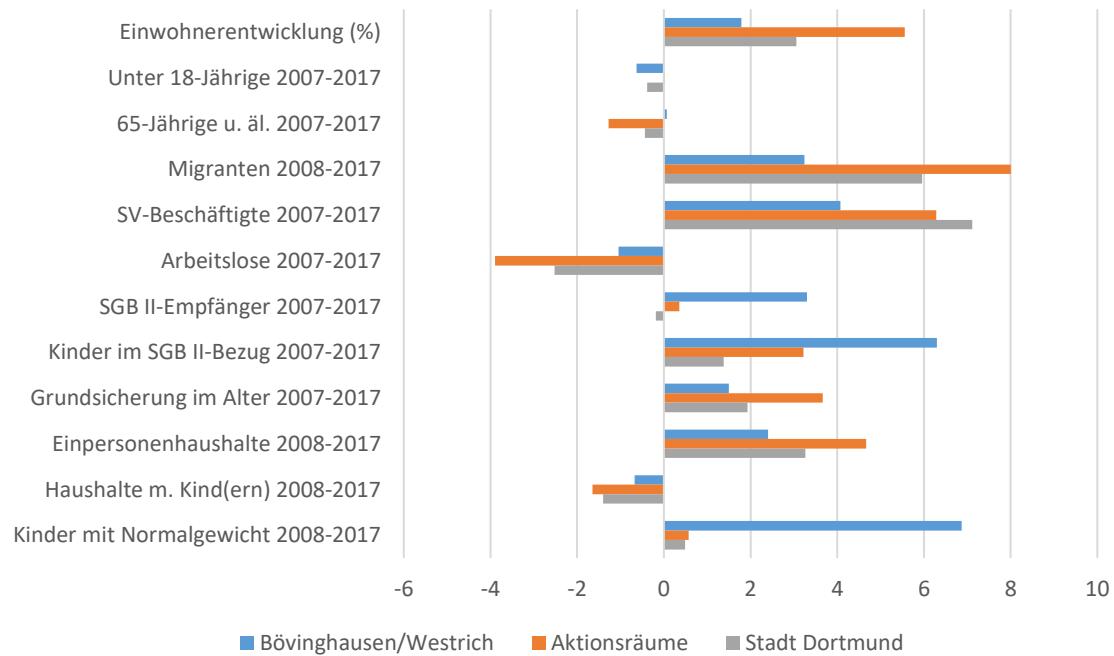
Eckdaten 2017	
Fläche (ha)	461,7
Einwohnerzahl	8.312
Frauen	4.214
Männer	4.098
unter 18-Jährige	1.445
65-Jährige u. äl.	1.585
Migranten(2015/2017)	2.354
Einwohnerentw. 2007 bis 2017	146
Arbeitslose	523
SGB II-Empfänger	1.461

Indikatoren	Bövinghausen/ Westrich	Aktionsräume	Stadt DO	Berechnung
Einwohnerentwicklung	1,8	5,6	3,1	2007 bis 2017 in %
Unter 18-Jährige 2017	17,4	18,6	16,1	in % der Bevölkerung
Entw. 2007 bis 2017	-0,6	0,0	-0,4	in Prozentpunkten
65-Jährige u. äl. 2017	19,1	16,2	20,1	in % der Bevölkerung
Entw. 2007 bis 2017	0,1	-1,3	-0,4	in Prozentpunkten
Migranten 2017	28,3	51,5	34,2	in % der Bevölkerung
Entw. 2008 bis 2017	3,2	8,0	6,0	in Prozentpunkten
SV-Beschäftigte 2017	52,2	47,1	53,6	in % der 18- bis u. 65-Jährigen
Entw. 2007 bis 2017	4,1	6,3	7,1	in Prozentpunkten
Arbeitslose 2017	9,9	12,3	8,1	in % der 18- bis u. 65-Jährigen
Entw. 2007 bis 2017	-1,0	-3,9	-2,5	in Prozentpunkten
SGB II-Empfänger 2017	21,7	29,2	17,8	in % der unter 65-Jährigen
Entw. 2007 bis 2017	3,3	0,4	-0,2	in Prozentpunkten
Kinder im SGB II-Bezug 2017	36,5	46,8	30,2	in % der unter 15-Jährigen
Entw. 2007 bis 2017	6,3	3,2	1,4	in Prozentpunkten
Grundsicherung im Alter 2017	5,4	12,3	6,4	in % der 65-Jährigen u. äl.
Entw. 2007 bis 2017	1,5	3,7	1,9	in Prozentpunkten
Einpersonenhaushalte 2017	39,8	51,2	48,6	in % aller Haushalte
Entw. 2007 bis 2017	2,4	4,7	3,3	in Prozentpunkten
Haushalte m. Kind(ern) 2017	21,7	19,8	18,3	in % aller Haushalte
Entw. 2007 bis 2017	-0,7	-1,6	-1,4	in Prozentpunkten
Kinder mit Normalgewicht 2017	77,9	77,0	80,7	in % aller Kinder (Schuleingangsunt.)
Entw. 2008 bis 2017	6,9	0,6	0,5	in Prozentpunkten

Kennzahlen Bestand (in %)



Kennzahlen Entwicklung (in Prozentpunkten)



6.2.2 Dorstfeld

Der Sozialraum Dorstfeld liegt im Stadtbezirk Innenstadt-West. Er setzt sich zusammen aus den Unterbezirken Dorstfeld, Hallerey und Oberdorstfeld.

Mit 15.350 Einwohnerinnen und Einwohnern in 2017 ist Dorstfeld ein mittelgroßer Sozialraum. Im Gegensatz zur Entwicklung in den meisten Sozialräumen und stadtweit verzeichnet der Sozialraum im Vergleich zu 2007 einen Bevölkerungsrückgang um 426 Menschen oder 2,7 Prozent (Aktionsräume: +5,6 - Dortmund: +3,1).

Empfängerinnen und Empfänger von Transferleistungen

Der Anteil an Transferleistungsempfängern lag 2017 mit 20,3 Prozent unter dem Durchschnittswert aller Aktionsräume (28,7) und über dem städtischen Durchschnitt (16,9).

Im Vergleich zu 2007 ist das eine Steigerung um 0,2 Prozentpunkte, die unterhalb der Entwicklungen in den Aktionsräumen insgesamt (+1,9) und stadtweit lag (+0,8).

Abweichungen von den Durchschnittswerten auf Aktionsraum- und städtischer Ebene

Deutlich gesunken ist die Arbeitslosigkeit. Das Minus liegt im Vergleich zu 2007 bei 3,3 Prozentpunkten (Aktionsräume: -3,9 - Dortmund: -2,5). 2017 lag der Anteil mit 9,0 Prozent unterhalb der Durchschnittswerte in den Aktionsräumen (12,3) und über dem städtischen Vergleichswert (8,1).

Auch der Anteil der SGB II-Empfängerinnen und Empfänger ist - anders als im Schnitt der Aktionsräume (+0,4 - Dortmund -0,2) - gesunken. Das Minus von 1,1 Prozentpunkten verringert den Anteil 2017 auf 21,1 Prozent (Aktionsräume: 29,2 - Dortmund: 17,8).

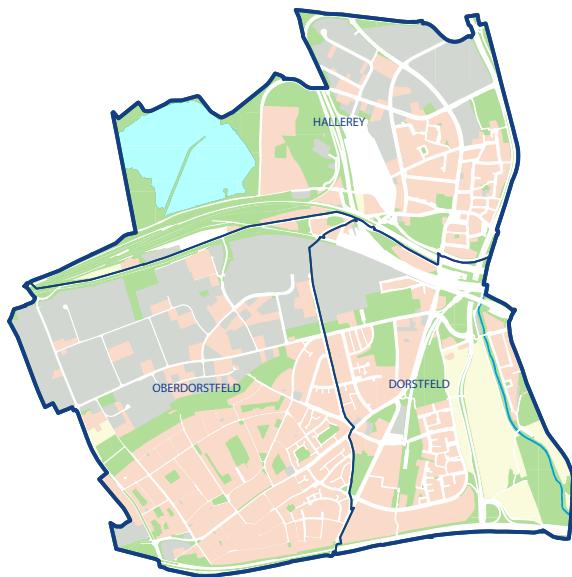
Ähnlich gilt das für die Entwicklung in der Gruppe der Kinder unter 15 Jahren im SGB II-Leistungsbezug. Hier lag der Anteil 2017 bei 37,3 Prozent, also niedriger als in den Aktionsräumen insgesamt (46,8) und höher als stadtweit (30,2). Das bedeutet einen atypischen Rückgang um 1,0 Prozentpunkt seit 2007 (Aktionsräume: +3,2 - Dortmund: +1,4).

Der Anteil der Haushalte mit Kindern ist um 3,2 Prozentpunkte und damit überdurchschnittlich stark zurückgegangen (Aktionsräume: -1,6 - Dortmund: -1,4).

Der Anteil der Kinder mit Normalgewicht ist seit 2008 um 4,3 Prozentpunkte deutlich gesunken (Aktionsräume: +0,6 - Dortmund: +0,5). Er liegt mit 76,8 Prozent zudem unter den Vergleichswerten (Aktionsräume: 77,0 - Dortmund: 80,7).

Trotz positiver Entwicklungen liegt Dorstfeld bei einigen wesentlichen Kennzahlen unterhalb des städtischen Durchschnitts. Das gilt insbesondere für die Transferleistungsquote von über 20 Prozent, für den Bevölkerungsverlust und die negative Entwicklung in der Gruppe der Kinder mit Normalgewicht. Auch hier werden also Tendenzen einer negativen Entwicklung der sozialen Lage deutlich. Zur Entwicklung und Umsetzung bedarfsgerechter Maßnahmen sollte Dorstfeld daher in die Gruppe der Aktionsräume aufgenommen werden, die Unterstützung sollte auch hier unter anderem im Rahmen des Aktionsplans soziale Stadt erfolgen.

Abbildung 63: Sozialraumprofil Dorstfeld



Quelle: Dortmunder Statistik

Sozialraum Dortmund-Dorstfeld

Eckdaten 2017	
Fläche (ha)	211,5
Einwohnerzahl	15.350
Frauen	7.620
Männer	7.730
unter 18-Jährige	2.505
65-Jährige u. äl.	2.937
Migranten(2015/2017)	5.888
Einwohnerentw. 2007 bis 2017	-426
Arbeitslose	887
SGB II-Empfänger	2.623

Indikatoren	Dorstfeld	Aktionsräume	Stadt DO	Berechnung
Einwohnerentwicklung	-2,7	5,6	3,1	2007 bis 2017 in %
Unter 18-Jährige 2017	16,3	18,6	16,1	in % der Bevölkerung
Entw. 2007 bis 2017	-0,9	0,0	-0,4	in Prozentpunkten
65-Jährige u. äl. 2017	19,1	16,2	20,1	in % der Bevölkerung
Entw. 2007 bis 2017	0,8	-1,3	-0,4	in Prozentpunkten
Migranten 2017	38,4	51,5	34,2	in % der Bevölkerung
Entw. 2008 bis 2017	4,9	8,0	6,0	in Prozentpunkten
SV-Beschäftigte 2017	52,3	47,1	53,6	in % der 18- bis u. 65-Jährigen
Entw. 2007 bis 2017	6,1	6,3	7,1	in Prozentpunkten
Arbeitslose 2017	9,0	12,3	8,1	in % der 18- bis u. 65-Jährigen
Entw. 2007 bis 2017	-3,3	-3,9	-2,5	in Prozentpunkten
SGB II-Empfänger 2017	21,1	29,2	17,8	in % der unter 65-Jährigen
Entw. 2007 bis 2017	-1,1	0,4	-0,2	in Prozentpunkten
Kinder im SGB II-Bezug 2017	37,3	46,8	30,2	in % der unter 15-Jährigen
Entw. 2007 bis 2017	-1,0	3,2	1,4	in Prozentpunkten
Grundsicherung im Alter 2017	9,5	12,3	6,4	in % der 65-Jährigen u. äl.
Entw. 2007 bis 2017	2,7	3,7	1,9	in Prozentpunkten
Einpersonenhaushalte 2017	49,3	51,2	48,6	in % aller Haushalte
Entw. 2007 bis 2017	7,2	4,7	3,3	in Prozentpunkten
Haushalte m. Kind(ern) 2017	18,0	19,8	18,3	in % aller Haushalte
Entw. 2007 bis 2017	-3,2	-1,6	-1,4	in Prozentpunkten
Kinder mit Normalgewicht 2017	76,8	77,0	80,7	in % aller Kinder (Schuleingangsunt.)
Entw. 2008 bis 2017	-4,3	0,6	0,5	in Prozentpunkten

7. Besondere Zielgruppen

7.1 Lebenslage der Flüchtlinge in Dortmund

In Dortmund leben rund 11.000 Menschen, die als Flüchtlinge oder deren Familienangehörige in die Stadt gekommen sind. Darunter sind rund 1.100 unbegleitete Minderjährige, die nach Erlangen ihrer Volljährigkeit in überwiegender Zahl in Dortmund geblieben sind. Nach wie vor besteht eine Aufnahmeverpflichtung und für 2018 ist mit der Zuweisung von mindestens 1.000 Flüchtlingen zu rechnen. Flüchtlingszuwanderung bleibt also Thema auf der kommunalpolitischen Agenda.

Erklärtes Ziel der Stadt Dortmund ist die Integration der Flüchtlinge in die Stadtgesellschaft. Auf diesem Weg sind die zugewiesenen Flüchtlinge zunächst in einer kommunalen Übergangseinrichtung untergebracht. Mit Stand 1. Januar 2018 betrieb die Stadt Dortmund sieben Einrichtungen dieser Art, die auf das gesamte Stadtgebiet verteilt sind. Fachkräfte der sozialen Arbeit sowie Integrationshelfer der Einrichtungsträger und ehrenamtliche Helferinnen und Helfer unterstützen sie dort in der Phase des Ankommens. Dortmund favorisiert jedoch das Konzept der dezentralen Unterbringung und hat das Ziel, die Menschen so zügig wie möglich aus den Gemeinschaftsunterkünften in eigenen Wohnraum zu vermitteln. Zum 1. Januar 2018 lebten noch rund 800 Flüchtlinge in Einrichtungen.

Eigene Wohnung erleichtert die Integration

Mittlerweile ist der Dortmunder Wohnungsmarkt im unteren und im mittleren Segment angespannt (vgl. Kapitel 5.5). Eine eigenständige Wohnungssuche erweist sich daher oft als schwierig. Um dieser Problemlage entgegenzuwirken, mietet die Stadt Dortmund Wohnungen von Privatanbieterinnen und -anbietern und von Wohnungsgesellschaften selbst an und stellt sie sowohl den Flüchtlingen als auch den Menschen zur Verfügung, die von Wohnungslosigkeit bedroht sind. Dabei ist die Stadt Dortmund das

Bindeglied zwischen der Vermieterseite und den in der Wohnung lebenden Menschen. Ende 2017 betreuten die Fachkräfte des Sozialamtes neben den kommunalen Übergangseinrichtungen rund 650 städtisch angemietete Wohnungen. Die Bereitstellung von städtischem Wohnraum soll den Zugezogenen zunächst die Möglichkeit eröffnen, ohne die volle Verpflichtung eines privaten Mietverhältnisses erste Erfahrungen mit den kulturellen und gesellschaftlichen Bedingungen zu machen. Darüber hinaus können die psychosozialen Belastungen, die durch die fehlende Privatsphäre und das erzwungene Zusammenleben in einer Überganseinrichtung entstehen, in den ‚eigenen vier Wänden‘ abgebaut werden. Das wirkt sich auch positiv auf die Integration aus.

Aufgrund der zu erwartenden weiter ansteigenden Bevölkerungs- und Haushaltszahlen auch im Zuge der Zuwanderung ist mit einer anhaltenden Wohnungsnot zu rechnen.

Sozialräume als Ankunftsquartiere

Der für Flüchtlinge bezahlbare Wohnraum ist nicht gleichmäßig über das gesamte, 280 qkm große Stadtgebiet verteilt. Die Herausforderungen, die durch den Zuzug in diese Quartiere entstehen, zeigen sich dabei grundsätzlich in zwei verschiedenen Ausprägungen: Zum einen wird die Situation in Sozialräumen, in denen bereits zuvor soziale Problemlagen bestanden, weiter beeinträchtigt. Zum anderen erfolgt ein Zuzug auch in Quartiere in Stadtrandlagen, in denen die notwendige soziale Infrastruktur und die Erfahrung im Umgang mit Menschen mit Fluchthintergrund weniger ausgeprägt sind. Zudem ist der Umzug in eine eigene Wohnung für die Neuzugewanderten mit individuellen Verpflichtungen verbunden, um die sie sich in einer Einrichtung wegen der dort geleisteten sozialen Betreuung größtenteils nicht kümmern mussten. Eine adäquate Betreuung der Menschen in eigenen Wohnungen analog zu der vergleichsweise unkompliziert koordinierbaren, zentralen Betreuung in Gemeinschaftseinrichtungen ist in diesem neuen Umfeld bislang noch zu wenig ausgebaut. Die zentralen städtischen Anlaufstellen für die

Flüchtlinge (Sozialamt, Jobcenter - Integration Point und andere) können nicht alle Problem-bereiche der Menschen abdecken. Andere im Bereich Migration und Integration tätige Akteure, wie freie Träger, Vereine, Einzelpersonen und ehrenamtlich Aktive, leisten bereits eine hervor-ragende Betreuungsarbeit und bieten ein vielfäl-tiges Unterstützungsangebot. Sie sind aber nicht durchgängig miteinander vernetzt und errei-chen nur einen Teil der Geflüchteten. Vor diesem Hintergrund hat die Stadt Dortmund im Herbst 2016 in Kooperation mit den örtlichen Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege (AGV) begonnen, das Dortmunder Integrationsnetzwerk ‚lokal will-kommen‘ aufzubauen.

„lokal willkommen“

Diese Partnerschaft bündelt die Ressourcen und Potenziale der kommunalen und freien Träger und ermöglicht einen Transfer der Kompetenzen zwischen den beteiligten Organisationen, von dem die Flüchtlinge profitieren. Dabei ist das lokale Integrationsteam – immer bestehend aus jeweils einer städtischen Fachkraft und einer Fachkraft eines Wohlfahrtsverbandes – in einem definierten Einzugsbereich für die dort lebenden Flüchtlinge zuständig. Ziele sind die dezentrale und ganzheitliche Unterstützung der Flücht-linge in den Wohnungen und die Fortentwick-lung der ehrenamtlichen und hauptamtlichen Handlungsinstrumente und Netzwerkstrukturen. Bis auf die Innenstadtbezirke sind mittlerweile alle Stadtbezirke über fünf „lokal willkommen“-Standorte in das System eingebunden.

Das Integrationsnetzwerk ist eingebettet in die „Dortmunder Gesamtstrategie Neuzuande-rung“ und wesentlicher Baustein des Projekts „Einwanderung gestalten“.

Über 1.500 Beratungsanfragen und Kontakte bis Ende 2017 belegen, dass „lokal willkommen“ von Flüchtlingen und Netzwerkpartnern gut angenommen wird. Die Anfragen spiegeln die Lebenssituation der Flüchtlinge in Dortmund und die Hindernisse auf ihrem Integrationsweg.

Besondere Schwierigkeiten tauchen immer wieder auf in den Bereichen

- deutsch lernen
- Arbeitsmarkteingliederung
- Bildungsangebote,
- Freizeit-, Sport- und Kulturangebote,
- gesellschaftliche Integration und Partizipa-tion.

Hier ist es für viele Menschen schwierig, ohne entsprechende Vermittlung geeignete Angebote zu finden. Gleichwohl ist die große Motivation, in diesen Bereichen Fuß zu fassen, ein sicheres Indiz dafür, dass die Menschen in der Stadt-gesellschaft und in Deutschland ankommen wollen. Eine bedeutende Rolle spielen außerdem gesetzliche und strukturelle Vorgaben, welche außerhalb der Verantwortungsbereiche der Kommune liegen.

Weitere zentrale Integrationshindernisse sind Faktoren wie mangelnde Deutschkenntnisse, unklare Bleibeperspektive, Traumata, fehlende persönliche Unterlagen wie Geburts-, Eheurkun-den, Schul- und Berufszeugnisse und mangelnde soziale Kontakte.

Fehlende Deutschkenntnisse

Die wesentliche Voraussetzung für gelingende Integration ist der Erwerb der deutschen Spra-che. Der Zugang zu einem adäquaten Sprachkurs ist aber trotz vieler Angebote und einer Opti-mierung der Zugangsstrukturen schwierig. Be-sonders betroffen sind – da es nur eine geringe Zahl von Integrationskursen mit Kinderbetreu-ung gibt – geflüchtete Frauen mit Kindern. Da auch Plätze in den Kindertagesstätten fehlen, gilt für sie ein weiteres Zugangserschwernis.

Ein Rechtsanspruch auf die kostenfreie Teilnah-me an einem Integrationskurs besteht derzeit nicht, denn hierfür ist ein förmliches Aufent-haltsrecht erforderlich (§ 44 Abs. 1 AufenthG). So haben insbesondere geduldete Flüchtlinge und Asylsuchende mit unklarer Bleibeperspek-tive – unabhängig davon, wie lange sie sich real in Dortmund aufhalten – keine Möglichkeit, einen

Integrationskurs zu besuchen. Alternativ werden für diese Personengruppen durch ehrenamtlich aktive Menschen niederschwellige Deutschkurse angeboten.

Unklare Bleibeperspektive

Eine über lange Zeit ungeklärte Bleibeperspektive ist für viele Flüchtlinge eins der zentralen Integrationshindernisse. Die betroffenen Menschen verlieren viel Zeit, bis der Zugang zu den wichtigen gesellschaftlichen Informationen möglich ist. So mangelt es, abgesehen von der Sprachförderung, am Zugang zu Brückenangeboten, die zur Orientierung in der Kommune und Gesellschaft unerlässlich sind. Die Orientierungshilfen - Informationen über Bildungs-, Gesundheits- und politisches System, Normen und Werte der deutschen Gesellschaft - werden fast ausschließlich im Rahmen der Integrationskurse angeboten.

Psychische und gesundheitliche Belastungen

Die im Heimatland und auf der Flucht erlittenen Traumata, die zu psychosomatischen Belastungen und psychischen Erkrankungen führen, sind ein weiteres Integrationshemmnis. Die aktuell vorhandene Kapazität an Therapiemöglichkeiten in Dortmund ist nicht ausreichend, die Wartezeit auf ein Erstgespräch beträgt oft Monate. In einzelnen Fällen sind die Integrationschancen von Flüchtlingen durch spezifische und individuelle Konflikt- oder Problemsituationen wie schwere Erkrankungen, Verschuldung, Konsum von Rauschmitteln, Straffälligkeit, häusliche Gewalt, Konflikte im sozialen Umfeld oder drohende Wohnungslosigkeit beeinträchtigt. Dann benötigen die Betroffenen Unterstützung bei der Krisenbewältigung, danach folgt die Perspektivenklärung. In diesem Handlungsfeld ist Netzwerkarbeit unverzichtbar und die enge Zusammenarbeit von ‚lokal willkommen‘ mit weiteren Akteuren unabdingbar.

Fehlende Papiere

Das Fehlen von persönlichen Unterlagen wie Geburts-, Eheurkunden, Schul- und Berufszeugnissen, die auf der Flucht verloren oder nicht mitgenommen wurden, ist ein weiteres Problem. Wenn die Heiratsurkunde oder die Geburtsurkunden der Eltern fehlen, kann keine Geburtsurkunde für das in Deutschland geborene Kind ausgestellt werden. Diese ist aber in der Regel notwendig, um Leistungen - Krankenversicherungsleistungen oder andere kindabhängige Leistungen - zu erhalten.

Das Fehlen von Unterlagen wie Schul-, Ausbildungs- oder Berufsabschlusszeugnisse erschwert den Zugang zum Arbeitsmarkt. Das Anerkennungsgesetz eröffnet zwar die Möglichkeit, durch alternative, kostenintensive Verfahren die qualifikationsadäquaten Kenntnisse und Fähigkeiten zu überprüfen und gleichzustellen. Dazu sind Asylbewerber, Geduldete und Flüchtlinge aber meist finanziell nicht in der Lage, mitgebrachte persönliche Ressourcen und Potenziale bleiben ungenutzt.

Soziale und familiäre Kontakte

Soziale Integration erfolgt in unterschiedlichen Bereichen, im Freundeskreis, in der Nachbarschaft, in Vereinen und Organisationen. Auch Kontakte zu Angehörigen der eigenen Herkunftskultur unterstützen die Integration. Viele Familien und Einzelpersonen mit Fluchtgeschichte werden durch die ehrenamtlich Engagierten in diversen Lebensbereichen bei der Integration in Dortmund maßgeblich unterstützt. Die Willkommenskultur in Dortmund ist eindrucksvoll und geht über das in einer breiteren Öffentlichkeit wahrgenommene Ausmaß weit hinaus. Viele hilfesuchende Flüchtlinge wünschen sich stabile soziale Kontakte. In diesem Zusammenhang ist die Nachfrage nach Patenschaften groß, die aber trotz des großen ehrenamtlichen Engagements nicht immer gedeckt werden können. Unter den Asylbewerbern und Geduldeten muss von einem erheblichen Anteil isoliert lebender Menschen ausgegangen werden.

Verhältnismäßig leicht finden Flüchtlingskinder Anschluss an Gleichaltrige. Der Besuch von Kita und Schule erleichtert nicht nur den Kindern, sondern auch den Eltern soziale Kontakte. Freundschaften unter zugewanderten und einheimischen Kindern tragen zu einer leichteren Integration der Eltern bei. Dies trifft insbesondere auf alleinerziehende Frauen zu, die dadurch schneller Kontakt zu Institutionen oder Menschen in ihrer Umgebung aufnehmen.

Hürden bei der Familienzusammenführung stellen eine weitere Belastung für die Flüchtlinge dar. Die Entscheidungen sind hier für die betroffenen Menschen oft nur schwer nachvollziehbar und haben nicht selten eine destabilisierende Wirkung.

Einwanderung gestalten NRW

Das Sozialdezernat hat Mittel aus dem Landesprogramm „Einwanderung gestalten NRW“ beantragt, um über einen Projektzeitraum von zwei Jahren, von Ende 2017 bis Ende 2019, Rahmenbedingungen zu entwickeln, die eine optimierte Steuerung von Integrationsprozessen ermöglichen. Im Laufe eines kommunalen Organisationsentwicklungsprozesses werden dafür verbindliche, rechtskreisübergreifende Strukturen der Zusammenarbeit zwischen den kommunalen und lokalen Ämtern und Behörden sowie Einrichtungen freier Träger entwickelt oder optimiert, die Dienstleistungen zur Integration von Zuwanderern erbringen.

Als Grundlage wurden in der ersten Phase des Projektes im Rahmen von Fallrekonstruktionen die Bedarfe von Flüchtlingen analysiert und darauf aufbauend ein gemeinsames Fallverständnis der beteiligten Akteure entwickelt. So konnten existierende Integrationshemmnisse benannt und ein gemeinsames Zielsystem erarbeitet werden.

In enger Einbindung in die „Dortmunder Gesamtstrategie Neuzuwanderung“ (Stadt Dortmund 2018a) koordiniert das Sozialdezernat das gemeinsame Vorgehen der im Handlungsfeld beteiligten städtischen Fachbereiche, des Jobcenters, der Agentur für Arbeit und der freien Träger.

Insgesamt ermöglicht das Projekt damit strategisch ausgerichtete übergreifende Handlungsstrukturen zur Verbesserung der Teilhabechancen von Neuzuwanderinnen und -zuwanderern vor Ort. Die gewonnenen Erkenntnisse werden nach Projektbeendigung in NRW und bundesweit in die Ausgestaltung von Integrationskonzepten einfließen.

Fazit

Die existentielle Grundversorgung und das Ankommen der Flüchtlinge in Dortmund sind gelungen. Aktuell geht es darum, die Menschen bei ihrer Integration zu unterstützen und ihnen zu helfen, nachhaltige Perspektiven zu entwickeln.

Zu den zentralen Herausforderungen gehören die Vermittlung von Deutschkenntnissen und die Integration in den Arbeitsmarkt. Daneben ist es wichtig, bezahlbaren Wohnraum für Neuzuwanderte zu schaffen. So kann zum einen der strukturellen Segregation von Bevölkerungsgruppen und gleichzeitig der individuellen Isolation der zugewanderten Menschen entgegenwirkt werden.

Für die Kosten, die in der Arbeit mit Geduldeten entstehen, erhalten die Kommunen keine ausreichende finanzielle Kompensation. Zudem gibt es kaum refinanzierte Integrationsangebote für diesen Personenkreis. Trotzdem leben die neuzugewanderten Menschen oft über einen langen Zeitraum in Dortmund. Auch für diese Personengruppen müssen daher Perspektiven und Integrationsmöglichkeiten gefunden werden.

7.2 Lebenslage der EU2-Zuwanderinnen und Zuwanderer in Dortmund

Seit Bulgarien und Rumänien zum 1. Januar 2007 im Zuge der fünften, sogenannten EU2-Erweiterung der Europäischen Union beitreten, ist die Zuwanderung aus beiden Ländern in die übrigen, überwiegend westlichen Mitgliedstaaten deutlich angestiegen. Auch in Deutschland führte das durch die Beitritte noch einmal verschärzte Armutsgefälle in der EU zu höheren Zuwanderungen aus den beiden Staaten: Zwischen Ende 2007 und Ende 2017 stieg die Zahl der Menschen mit bulgarischer oder rumänischer Staatsangehörigkeit von 131.402 auf 933.195 (vgl. Tabelle 10).

Besonders hoch war der Anstieg 2014 mit dem Beginn der vollständigen Arbeitnehmer/innen-Freizügigkeit (+30,0 Prozent). Aber auch 2016 und 2017 blieben die Zuwächse stabil (gut 17,0 Prozent).³⁵

Die Zuwanderung aus den EU2-Staaten erfolgt bundesweit nicht annähernd (gleich-)verteilt, sondern sie verdichtet sich in einigen deutschen Städten. Dazu gehören Berlin, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Essen, Frankfurt a.M., Gelsenkirchen, Hamburg, Hannover, Köln, Mannheim, München, Nürnberg, Offenbach, Saarbrücken, Stuttgart und weitere. In NRW sind zunehmend auch kleinere Städte und Gemeinden Ziel der Zuwandernden.

Dabei erfolgt die Zuwanderung auch auf örtlicher Ebene in der Regel nicht gleichmäßig, sondern in bestimmte Quartiere. Das ist auch in Dortmund der Fall.

EU2-Zuwanderung nach Dortmund

Stadtweit ist die Zahl der Menschen mit bulgarischer oder rumänischer Staatsangehörigkeit in Dortmund zwischen 2007 und 2017 von 1.594 auf 8.515 gewachsen (vgl. Tabelle 11). Das hat - neben den Flüchtlingszuzügen - zu einem erheblichen Teil zu dem in Kapitel 4 beschriebenen Bevölkerungswachstum beigetragen. Dabei waren die Zuwächse in Dortmund in einigen Jahren deutlich höher als im bundesdeutschen Schnitt. In den Jahren 2015 bis 2017 lagen sie deutlich darunter. Während bis 2011 mehr Menschen aus Bulgarien zwanderten, waren es in den Folgejahren überwiegend Rumäninnen und Rumänen.

Im Stadtbezirk Innenstadt-Nord lebten 2007 insgesamt 959 EU2-Bürgerinnen und -Bürger und damit gut 60,0 Prozent aller nach Dortmund zugewanderten Menschen aus Bulgarien und Rumänien. 2017 waren es 4.493 (52,8 Prozent). Innerhalb der Nordstadt verteilt sich die Zuwanderung insbesondere auf die Aktionsräume Nordmarkt und Borsigplatz: Seit 2013 sind hier regelmäßig zwischen 40,0 und 50,0 Prozent aller nach Dortmund zuziehenden Menschen aus den EU2-Staaten registriert.

35 Eine detaillierte Aufbereitung statistischer Daten zur Zuwanderung aus den EU2-Staaten findet sich in den jährlichen „Sachstandsberichten Zuwanderung aus Südosteuropa“, auf die hier verwiesen wird. Aus diesem Grund werden hier nur zentrale Eckdaten zusammengefasst.

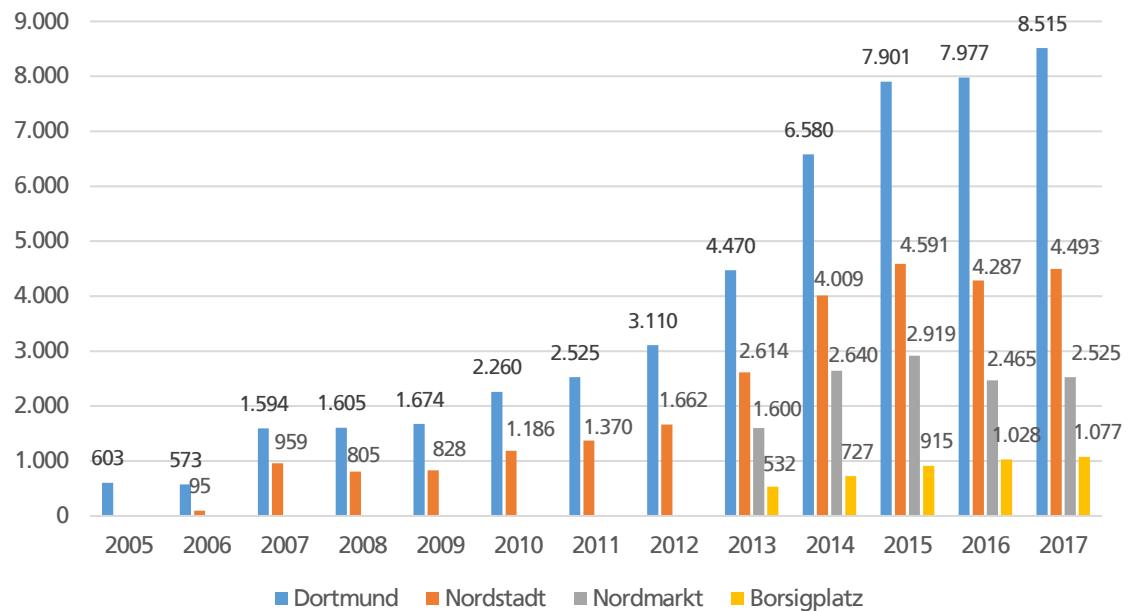
Tabelle 10: Deutschland – Entwicklung der EU2-Bevölkerung 2007 bis 2017

	2007	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Bulgarien	46.818	74.869	93.889	118.759	146.828	183.263	226.926	263.320	310.414
Rumänien	84.584	126.536	159.222	205.026	267.398	355.343	452.718	533.660	622.781
EU2 gesamt	131.402	201.405	253.111	323.785	414.226	538.606	679.644	796.980	933.195
Vgl. Vorjahr	18.996	34.571	51.706	70.674	90.441	124.380	141.038	117.336	136.215
Vgl. Vorjahr (%)	16,9	20,7	25,7	27,9	27,9	30,0	26,2	17,3	17,1

Tabelle 11: Dortmund – Entwicklung der EU2-Bevölkerung 2007 bis 2017

	2007	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Bulgarien	970	1.335	1.427	1.468	2.000	2.471	2.988	3.416	3.718
Rumänien	624	925	1.098	1.642	2.470	4.109	4.913	4.561	4.797
EU2 gesamt	1.594	2.260	2.525	3.110	4.470	6.580	7.901	7.977	8.515
Vgl. Vorjahr	1.021	586	265	585	1.360	2.110	1.321	76	538
Vgl. Vorjahr (%)	178,2	35,0	11,7	23,2	43,7	47,2	20,1	1,0	6,7

Abbildung 64: Menschen mit rumänischer oder bulgarischer Staatsangehörigkeit in Dortmund, Stadtbezirk IN-Nord und Sozialräumen Nordmarkt und Borsigplatz 2006 bis 2017 (jeweils 31.12.)



Quelle: Dortmunder Statistik

Viele Familien in schwierigen Lebenslagen

Unterschiedliche Berichte weisen wiederkehrend darauf hin, dass gut qualifizierte Menschen aus Bulgarien und Rumänien nach Deutschland kommen. Sie wandern vorwiegend in süddeutsche Städte zu und entwickeln dort meist zügig gute Perspektiven auf gesellschaftliche Teilhabe. Ein großer Teil der Zuwandernden erlebte aber im Herkunftsland Ausgrenzung und Diskriminierung und war ohne gute Zugangschancen in Bildung, Arbeit, Gesundheit und Wohnen. Der jährlich erscheinende Dortmunder „Sachstandsbericht Zuwanderung aus Südosteuropa“³⁶ beschreibt die Wirkungen dieser schwierigen Voraussetzungen:

- Viele EU2-Zuwandernde haben keine schulische und berufliche Ausbildung. Oft sind diese Menschen Analphabeten und ohne Chance auf einen fairen Arbeitsvertrag und ein auskömmliches Erwerbseinkommen. Verlässliche Zahlen hierzu liegen lediglich für die Arbeitslosen vor, die in der Statistik der Bundesagentur für Arbeit erfasst werden:
 - Demnach bezogen im Dezember 2017 von insgesamt 8.481 EU2-Bürgerinnen und -Bürgern unter 65 Jahren 2.949 Menschen Leistungen nach dem SGB II. Das entspricht einem Anteil von 34,8 Prozent.
 - Unter den insgesamt 811 arbeitslos gemeldeten EU2-Bürgerinnen und Bürgern waren 680 (83,8 Prozent) im SGB II registriert, 726 (89,5 Prozent) konnten keinen formalen Berufsabschluss vorweisen.
 - Ohne Erwerbseinkommen und Anspruch auf SGB-Leistungen fallen diese Zuwandernden durch jedes Raster und kämpfen mit existenziellen Notlagen.
 - Die geschilderten Voraussetzungen drücken sich in der Beschäftigungsquote aus. Im Dezember 2017 waren insgesamt 6.232 Menschen aus Bulgarien und Rumänien zwischen 15 und 65 Jahre alt und damit im erwerbsfähigen Alter. Davon waren 1.847 sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Im Dezember 2012 waren es noch 360 Personen; ihre Zahl ist damit binnen fünf Jahren um 1.487 gestiegen. Die Beschäftigungsquote lag im Juni 2017 bei 37,7 Prozent und damit immer noch deutlich unter der der Deutschen (63,4 Prozent). Sie nähert sich aber dem Wert der ausländischen Dortmunderinnen und Dortmunder an (40,6 Prozent). Insgesamt hat sich die Integration der EU2-Bevölkerung in den Arbeitsmarkt seit Ende 2013 beschleunigt. Sie könnte das Niveau der ausländischen Bevölkerung in absehbarer Zeit erreichen. Dabei wird der Abstand zur Beschäftigungsquote der deutschen Bevölkerung aber voraussichtlich deutlich bleiben (Stadt Dortmund 2018a: 11f).

36 Vgl. Sachstandsberichte Zuwanderung aus Südosteuropa.

- Die Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien ist jung (vgl. Abbildung 65): Der Anteil der unter 15-jährigen aus beiden Staaten lag im Dezember 2017 bei insgesamt 25,7 Prozent (2.192 Personen) und war damit etwa doppelt so hoch wie in der Gesamtbevölkerung. Der Anteil der 15- bis unter 45-jährigen liegt mit 58,8 Prozent rund 20 Prozentpunkte über dem Anteil in der Gesamtbevölkerung. Bei den Menschen über 45 Jahre verhält es sich umgekehrt: 14,4 Prozent der bulgarischen und rumänischen Staatsangehörigen sind zwischen 45 und 64 Jahre alt (1.229 Personen), nur 1,1 Prozent sind älter als 65 Jahre (91 Personen).
- Für viele ist das Kindergeld die einzige regelmäßige Einnahmequelle. Die regelmäßige Teilnahme an Alphabetisierungs- und Sprachkursen und an Maßnahmen zur beruflichen Qualifizierung, selbst der verlässliche Schulbesuch, scheitern in vielen Fällen daran, dass alle Familienmitglieder jede Möglichkeit wahrnehmen müssen, zum Familieneinkommen beizutragen. Diese Situation führt auch dazu, dass die Menschen in ausbeuterischen Strukturen in den Bereichen Beschäftigung und Wohnen landen, teils droht Obdachlosigkeit.
- Unterschiedliche Gründe, wie ein eingeschränkter Zugang zum Gesundheitssystem im Herkunftsland und mangelnde gesundheitliche Aufklärung, beeinflussen die gesundheitliche Situation der aus Rumänien und Bulgarien zuwandernden Menschen. Kapitel 5.8 beschreibt diese Zusammenhänge und zeigt auf, dass außerdem der faktische Krankenversicherungsschutz an fehlenden Vorversicherungen und nicht leistbaren Beiträgen scheitert. Auch hier fehlen belastbare Daten, die allenfalls für Teilgruppen in Hilfeangeboten erfasst werden. Die Auswertung der in den Sprechstunden des Gesundheitsamtes (Sprechstunde für nicht krankenversicherte Frauen: 1.197 Kontakte in 2017, Kindersprechstunde: 1.541 Kontakte in 2017) und der Clearingstelle Gesundheit (2017: 1.521 Kontakte, rd. 60 Prozent der Vorsprachen durch EU2-Angehörige) zusammengetragenen Daten lassen aber die Aussage zu, dass die Zahl der EU2-Bürgerinnen und -Bürger ohne Krankenversicherungsschutz hoch ist und viele Kinder betroffen sind (2017: 1067 in Clearingstelle).

Nur wenige Daten zu Lebenssituation vorhanden

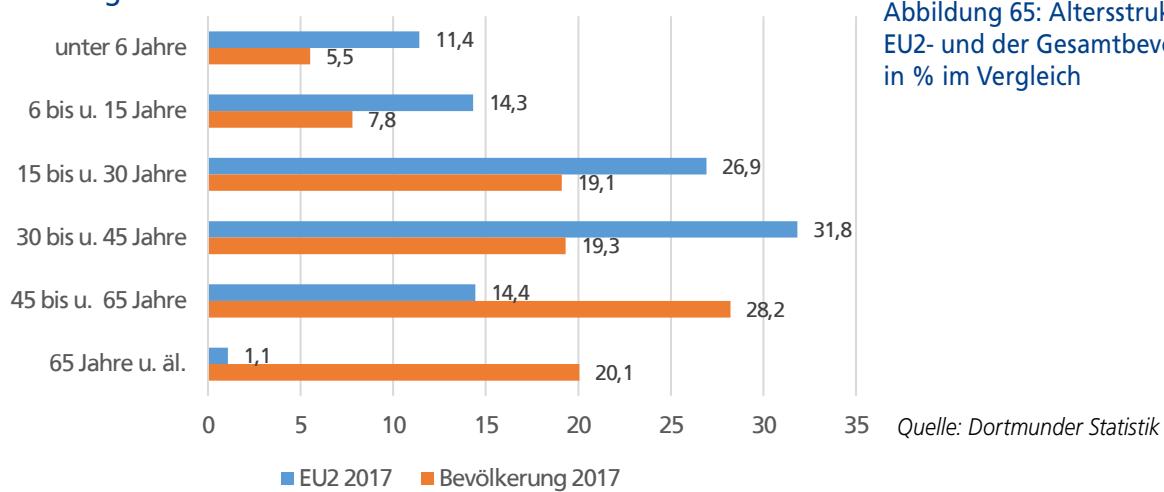


Abbildung 65: Altersstruktur der EU2- und der Gesamtbevölkerung in % im Vergleich

Insgesamt zeigen die vorliegenden Daten, dass valide Sozialindikatoren zur Identifizierung und Beschreibung der Lebenssituation zugewanderter EU2-Bürgerinnen und Bürger nicht in ausreichendem Umfang vorliegen. So greift die alleinige Betrachtung von Daten zur SGB II-, Arbeitslosen- und Beschäftigungsquote zu kurz, denn der Leistungsausschluss nach § 7 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 SGB II führt dazu, dass eine beträchtliche Gruppe gar nicht erst im System ankommt und damit auch nicht in den verfügbaren Daten erfasst ist.

Im Ergebnis ist davon auszugehen, dass regelmäßig ein großer Teil der EU2-Zuwanderinnen und Zuwanderer weder Leistungen nach dem SGB II oder III erhält noch berufstätig ist. In Dortmund ist für das Jahr 2017 - bei einer Erwerbstätigkeitsquote von 37,7 Prozent und einer Leistungsempfängerquote von 34,8 Prozent - davon auszugehen, dass der Anteil der Menschen, die weder erwerbstätig noch im Leistungsbezug waren, bei 27,5 Prozent liegt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass ein großer Teil der abhängig Beschäftigten lediglich geringfügig beschäftigt ist.

Umsetzung bedarfsgerechter Hilfen stößt an Grenzen

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Wirkungen dieser Fakten die Zuwandernden selbst vor multikomplexe Problemlagen stellen, die ihre Lebenssituation massiv belasten. Eine derartige Kumulation negativer Faktoren ist bei kaum einer anderen Zielgruppe bekannt. Das wiegt besonders schwer, da die Möglichkeiten zur Umsetzung bedarfsgerechter Hilfen an Grenzen stoßen.

Daher hat das Sozialdezernat die ‚Dortmunder Gesamtstrategie EU-Zuwanderung‘ entwickelt. Im Rahmen dieser Strategie konnten seit 2014 - aufbauend auf dem 2012 erarbeiteten ‚Handlungsrahmen Zuwanderung aus Südosteuropa‘ - Rahmenbedingungen für die verbesserte Teilhabe von Neuzuandernden entwickelt werden. Zu diesen Rahmenbedingungen gehörenden Lösungsstrategien für die zentralen Hand-

lungsbedarfe, Strukturen für den verlässlichen Austausch und die Kooperation der Akteure im Handlungsfeld und die Akquise von Fördermitteln zur Umsetzung der Handlungsansätze in den Projekt- und Regelangeboten. Die Strategie wird gemeinsam mit den Trägern der Wohlfahrtspflege und weiteren Akteuren umgesetzt (vgl. Sachstandsberichte Zuwanderung aus Südosteuropa).

‘Willkommen Europa‘ als zentraler Baustein der Gesamtstrategie Neuzuanderung

Zu den aufgebauten Angeboten gehört unter anderem ein 2014 gemeinsam mit der AWO Unterbezirk Dortmund, dem Caritasverband Dortmund e.V., dem Diakonischen Werk Dortmund und Lünen gGmbH, der dobeq und der GrünBau gGmbH gestartetes ESF-Projekt, das auf die Stärkung der hier lebenden EU-Bürgerinnen und Bürger und letztendlich ihre Einmündung in Erwerbsarbeit zielt. Der Trägerverbund hat dafür gemeinsam mit dem Jobcenter, weiteren freien Trägern und den beteiligten Verwaltungsbereichen einen Handlungsansatz aufgebaut, der an den faktischen Problemen der Menschen im Ankunftsquartier ansetzt.

Kernstück ist die 2014 eingerichtete ‚Ökumenische Anlaufstelle Willkommen Europa‘ als Verbundangebot der Trägergemeinschaft. Die Anlaufstelle ist mit einem sprachkompetenten, aufsuchend und zugehend arbeitenden Team besetzt. Im Projektverlauf hat sich ‚Willkommen Europa‘ in der Dortmunder Nordstadt als Ausgangspunkt für die aufsuchende Arbeit und als zentrale Anlaufstelle für die Zielgruppe etabliert. Sie organisiert außerdem das reibungslose Zusammenwirken der vorhandenen Projekt- und Regelangebote zur Unterstützung der Teilhabe von EU-Zuwanderinnen und Zuwanderern. Dazu gehören unter anderem die Angebote zur Betreuung und Beschulung der Kinder, die Schulsozialarbeit, muttersprachliche Familienbegleiterinnen, aufsuchende Sozialarbeit, die Clearingstelle Gesundheit und das IKUZ, aber auch die Beratung über Perspektiven im Heimatland

und die Unterstützung bei der Rückkehr sowie niedrigschwellige Sprachkurse. Gemeinsam mit der Fachhochschule Dortmund wurde die Idee für einen dualen Bachelor-Studiengang ‚Armut und (Flüchtlings-) Migration‘ entwickelt und von der Fachhochschule umgesetzt. 2014 startete der Studiengang, in dessen Verlauf die Studierenden eine theoretische Hochschulausbildung der Sozialen Arbeit an der FH Dortmund absolvieren und ihre praktische Arbeit als Studentische Integrationshelferinnen und -helfer bei einem Träger der Sozialen Arbeit leisten. Aus Landes-ESF-Mitteln konnte der praktische Einsatz der Studierenden refinanziert werden, deren eigener Migrationshintergrund und muttersprachliche Kenntnisse den Zugang zu den Zugewanderten erleichtern. Auch die Arbeit der Studierenden wird zu einem großen Teil über die Anlaufstelle koordiniert, ebenso wie die Arbeit der Beratungskräfte im EHAP-Brücken-Projekt ‚ACASA in Dortmund‘, deren Aufgabe es ist, die Neuzuwandernden in die vorhandenen Regelangebote zu bringen.

Mittlerweile konnte ein Teil der Neubürgerinnen und Neubürger unterstützt werden und ist auf dem Wege, nachhaltige Teilhabechancen zu entwickeln. So konnten seit 2016 über ein eigens entwickeltes Baukastensystem aus Kompetenzfeststellung, Qualifizierung, Sprachkursen, Training on the Job und anderen Maßnahmen bis hin zur nachgehenden Arbeitnehmer/innen- und Arbeitgeber/innen-Betreuung über 1.000 Vermittlungen erreicht werden. Seit Bestehen der Clearingstelle Gesundheit gelingt - wie oben beschrieben - zunehmend die Herstellung eines Krankenversicherungsschutzes.

Die finanzielle und personelle Ausstattung der Maßnahmen ermöglicht aber lediglich erste Schritte in die richtige Richtung oder die Unterstützung weniger Menschen. Sie reicht bei weitem nicht aus, den Menschen, die auf Dauer hier bleiben werden, nachhaltige Perspektiven zu ermöglichen. Und so bestanden für einen Großteil der Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen von den aufgebauten Maßnahmen nicht oder nicht ausreichend profitieren können, auch Ende 2017 - und damit elf Jahre nach den

Beitritten - kaum Integrationsperspektiven. Denn zu ihrer Unterstützung fehlen wichtige Bausteine. Diese Angebotslücken können aus kommunalen Ressourcen nicht geschlossen werden. Zur Verfügung stehende Förderprogramme sind teils mit hohen Eigenanteilen verbunden, die sich wohlhabende Städte leisten können, nicht aber solche mit angespannter Haushaltsslage. Außerdem ermöglichen sie allenfalls Projekte ‚mit einem Anfang und einem Ende‘: Sie helfen temporär - für die Zeit der Förderung. Eine Verstetigung ist aus denselben fiskalischen Gründen unrealistisch, die auch dem Aufbringen eines Eigenanteils im Wege stehen.

Situation belastet auch die Ankunftsquartiere

Diese Gemengelage aus schwierigen Lebenssituationen und unzureichenden Hilfemöglichkeiten erschwert das Miteinander in den Nachbarschaften insbesondere der Aktionsräume Nordmarkt und Borsigplatz, in denen der Anteil der Zugewanderten aus Rumänien und Bulgarien besonders hoch ist.

Die regelmäßigen Sachstandsberichte belegen Jahr für Jahr, dass sich an den zentralen Befunden nur wenig geändert hat. Der Grund liegt auf der Hand: Die örtlichen Ressourcen reichen nicht aus, um die Menschen - Neubürgerinnen und -bürger wie auch Alteingesessene - bei den schwierigen Aufgaben rund um Neuzuwanderung und Integration zu unterstützen. Land, Bund und EU müssen ihre Verantwortung in einer Gemeinschaft mit der kommunalen Ebene wahrnehmen.

Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat die Ankunftsstädte bisher dabei unterstützt, Lösungsstrategien zu entwickeln und ihre Umsetzung zu erproben. Die örtlichen Akteure haben die Gelegenheit wahrgenommen und gute Angebote umgesetzt, die es zu verstetigen und zu verbreitern gilt. Dazu gehört neben Angeboten zur Erwerbsintegration und zur Stärkung und Begleitung der Familien unter anderem auch die Clearingstelle Gesundheit. Ob

für eine Verfestigung dieser effektiven Ansätze Mittel seitens des Landes zur Verfügung gestellt werden, bleibt abzuwarten.

Der Bund ist seiner Verantwortung bis heute nicht gerecht geworden. Er mahnt wiederkehrend die Umsetzung zur Verfügung stehender ordnungsrechtlicher Instrumente an, obwohl die bisher gewonnenen Erkenntnisse bestätigen, dass ordnungsrechtliche Maßnahmen ausschließlich dabei helfen, ausbeuterische und kriminelle Strukturen wie Schwarzarbeit und Sozialleistungsmisbrauch zu bekämpfen. Bei der dringend notwendigen Entwicklung gesellschaftlicher Teilhabeperspektiven helfen sie nicht weiter. Vielmehr braucht es eine Gesamtstrategie, die über effektive Unterstützungsmaßnahmen und ordnungsrechtliche Maßnahmen die soziale Balance in den Ankunftsquartieren sichert.

Diese soziale Dimension der europäischen Erweiterung - und damit der gesellschaftlichen Verfasstheit der Europäischen Union - blieb bei der Bewertung der europäischen Entwicklungen lange außen vor. Die Begleitumstände der Zuwanderung aus den EU2-Ländern als Folgen des Erweiterungsprozesses kommen in den Ankunftsquartieren an, sie werden dort sichtbar und rücken in den Fokus. Gerade vor dem Hintergrund der Tatsache, dass auch Zuwandererinnen und Zuwanderer aus anderen EU-Staaten - z.B. den EU-Krisenstaaten - in Dortmund ankommen und mit ähnlichen Schwierigkeiten konfrontiert sind und dass ab 2025 weitere Beitritte im Zuge der Westbalkanerweiterung anstehen, müssen die resultierenden Handlungsbedarfe weiterhin konsequent angegangen werden. Die Unterstützung des Landes, des Bundes, aber auch der EU und der Herkunftsstaaten müssen dabei nachdrücklich eingefordert werden.

Fazit

Ein großer Teil der aus den EU-Staaten zuwandernden Menschen ist auch in Dortmund mit problematischen Lebenslagen konfrontiert. Den schwierigen individuellen Voraussetzungen ist aufgrund der faktischen Zugangsbarrieren zu verschiedenen Angeboten - dazu gehören unter anderem der Leistungsausschluss nach dem SGB II und die fehlenden Zugänge zu den Integrationssprachkursen des Bundes - kaum etwas entgegenzusetzen.

Dortmund hat viele Angebote entwickelt und erfolgreich umgesetzt, um die Menschen und die Ankunftsquartiere zu stärken und Erfolge erzielt. Allerdings reichen die vorhandenen Ressourcen nicht aus, um die erprobten Wege zu verbreitern und die neuangekommenen und die alteingesessenen Menschen bei der Bewältigung ihrer Situation zu unterstützen. Die bisherige Unterstützung seitens des Landes und insbesondere des Bundes reicht bei weitem nicht aus. Mit den zur Verfügung stehenden Mitteln sind allenfalls befristete Projekte möglich; die dringend erforderliche dauerhafte Ausstattung der Strukturen ist nicht zu realisieren.

Im Ergebnis fallen viele Menschen durchs Raster. Die Verfestigung prekärer sozialer Lebenssituationen kann nur vermieden und die Einwanderung nur gestaltet werden, wenn alle Beteiligten in einer Verantwortungsgemeinschaft über die Ebenen bedarfsgerechte Lösungsansätze verlässlich gemeinsam umsetzen.

7.3 Lebenslage der Menschen mit Behinderung oder Beeinträchtigung und zentrale Eckpunkte der Inklusion in Dortmund

Lebenslage der Menschen mit Behinderung oder Beeinträchtigung

Seit dem Bericht 2007 haben sich Gesetzgebungen in Bezug auf Menschen mit Behinderungen deutlich verändert. Mit dem Beitritt Deutschlands zur UN-Konvention über die Menschenrechte von Menschen mit Behinderungen fanden gravierende Veränderungen in Bundes- und Landesgesetzen statt, um die eingegangenen Verpflichtungen einhalten zu können. Exemplarisch sind hier zu nennen: das Inklusionsgrundgesetz NRW, das 9. Schulrechtsänderungsgesetz, die Reform der Landesbauordnung NRW, im Bundesrecht das Bundesteilhabegesetz.

Auch die demografische Entwicklung nahm einen anderen als 2007 angenommen Verlauf. Es kamen Menschen nach Dortmund, die zum Teil aufgrund von Armuts-, Ausgrenzungs-, Kriegs-, Verfolgungs- und Fluchterfahrungen körperlich, geistig und/oder seelisch behindert oder beeinträchtigt sind. Der Anteil von Menschen mit Behinderungen oder Beeinträchtigungen an der Gesamtbevölkerung wird größer, darunter auch der Anteil der Menschen mit schweren und mehrfachen Behinderungen.

Erfassung der sozialen Lage von Menschen mit Behinderungen oder Beeinträchtigungen bisher problematisch

So wenig die Personengruppe der Menschen mit Behinderungen oder Beeinträchtigungen in der sozialräumlichen Betrachtung des Dortmunder Berichts zur sozialen Lage erfasst werden konnte, so wenig ist dies in der Teilhabeberichterstattung der Bundesregierung gelungen, die in jeder Legislaturperiode Bericht erstatten muss. Der eng an die Systematik des ersten Teilhabeberichts der Bundesregierung angelehnte Bericht 'Dortmund – sozial innovative Stadt für Teilhabe (Do-iT)' (Dortmund 2016a) über die Lebenslage von Menschen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen in Dortmund konnte sich einer Betrachtung der Gesamtgruppe der Menschen mit Behinderungen und Beeinträchtigungen lediglich nähern. Er fasst Vorschläge zusammen, wie die statistischen Grundlagen für Aussagen über die Lebenslage von Menschen mit Behinderungen verbessert werden können.

Exkurs:

Vorschlag für eine Berichterstattung über die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und Beeinträchtigungen in Dortmund beruhend auf dem ‚Bericht über die Lebenslage von Menschen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen in Dortmund (Dortmund – sozial-innovative Stadt für Teilhabe [Do-iT])‘

Ziele

Die Zieledefinition ergibt sich aus der UN-BRK: „Artikel 1: Zweck dieses Übereinkommens ist es, den vollen und gleichberechtigten Genuss aller Menschenrechte und Grundfreiheiten durch alle Menschen mit Behinderungen zu fördern, zu schützen und zu gewährleisten und die Achtung der ihnen innerwohnenden Würde zu fördern.“

Zu den Menschen mit Behinderungen zählen Menschen, die langfristige körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, welche sie in Wechselwirkung mit verschiedenen Barrieren an der vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft hindern können.“

Die Berichterstattung soll das Ausmaß abbilden, in dem Menschen mit Behinderungen und Beeinträchtigungen in den vollen und gleichberechtigten Genuss aller Menschenrechte und Grundfreiheiten in den definierten Sozialräumen kommen.

Sozialraum-Definition

Für eine effektive Berichterstattung und sozialpolitische Initiativen ist es aus Sicht des Berichts über die Lebenslage von Menschen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen in Dortmund erforderlich, die bisher gewählten Sozialräume neu zu definieren.

Im Setting-Ansatz wird das ‚setting‘, der alltägliche Lebensraum als der Ort begriffen, in dem Interventionen greifen. Im Rückgriff auf die Diskussionen um Community Care bieten sich hier Räume an, in denen zwischen 3.000 und 5.000 Menschen leben.

Sozialraum-Auswahl

Es wird zudem vorgeschlagen, bei der Fortschreibung des Berichts zur sozialen Lage in Dortmund das Koordinierungsgremium Behindertenhilfe in eine eventuell zu überarbeitende Sozialraum-Definition einzubeziehen und den politischen Beschluss zur Sozialraum-Auswahl unter Beteiligung des Behindertenpolitischen Netzwerks und der Bezirksvertretungen zu fassen.

Im Rahmen der sozialräumlichen Betrachtung der Lebenslage von Menschen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen sollen nur solche Sozialräume weiter betrachtet werden, in denen es Anbieter der Behindertenhilfe gibt, die bereits über eine Expertise zur Entwicklung eines inklusiven Sozialraums verfügen oder die bereit sind, diese Expertise aufzubauen.

Wissenschaftliche Begleitung

Sinnvoll ist eine wissenschaftliche Begleitung.

Herangehensweise an die Berichterstattung über die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und Beeinträchtigungen in Dortmund

Im Rahmen des Berichts wird vorgeschlagen, die Forschung inklusiv auszurichten. Dafür sollen im jeweiligen Sozialraum die dort lebenden Menschen mit Behinderungen und Beeinträchtigungen angesprochen und bei der Entwicklung der Leitfragen, des Forschungsinstruments, der Durchführung der Befragungen und Beobachtung sowie der Auswertung der Ergebnisse beteiligt werden. Dabei ist den Mitwirkenden auf Wunsch Anonymität zu gewähren, grundsätzlich gilt die Berücksichtigung des Datenschutzes angesichts der kleinen Anzahl betrachteter Menschen auch für die Veröffentlichung von Ergebnissen.

7.3.2 Inklusion in Dortmund

Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention als Grundlage des örtlichen Handelns

Bei der kommunalen Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention handelt sich um eine Pflichtaufgabe der Kommunen, resultierend aus dem Beitritt Deutschlands zur UN-Behindertenrechtskonvention und der Verabschiedung der Konvention als einfaches Bundesgesetz. Damit sind die Kommunen verpflichtet, im Rahmen der kommunalen Aufgabenwahrnehmung ihren Beitrag zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention zu erbringen.

Eine weitere rechtliche Grundlage für Inklusion in den Kommunen ergibt sich aus dem oben genannten und 2016 in Kraft getretenen Inklusionsgrundsätzgesetz NRW, welches als Grundlage die Vorgaben aus der UN-BRK beinhaltet. Ziel dieses Gesetzes ist die Förderung und Stärkung inklusiver Lebensverhältnisse und die Vermeidung der Benachteiligung behinderter Menschen. Wichtig ist, dass Menschen mit Behinderungen von vornherein selbstverständlich dazugehören. Dabei ist die Herstellung inklusiver Lebensverhältnisse eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dortmund wirkt entsprechend der genannten Vorgaben als Teil der Gesellschaft an der Gestaltung inklusiver Lebensverhältnisse mit und beteiligt sich aktiv an der Bewusstseinsbildung im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention.

Ratsvorlage zum Bericht über die Lebenslage von Menschen mit Beeinträchtigungen und Behinderung in Dortmund und zum Dortmunder Inklusionsplan

Der Rat der Stadt Dortmund hat im April 2016 den ersten Bericht über die Lebenslage von Menschen mit Beeinträchtigungen und Behinderung in Dortmund und die Dokumentation der Tagung vom 02. September 2015 ‚Dortmund – sozial innovative Stadt für Teilhabe (Do-iT)‘ und den ‚Dortmunder Inklusionsplan 2020‘ zur Kenntnis genommen. Ferner hat er zur Kenntnis genommen, dass die Verwaltung zu den ausgewählten Themenfeldern

- Kultur und Freizeit,
- Barrierefreiheit und Mobilität,
- Gesundheit,
- Sicherheit und Schutz vor Gewalt und
- Wohnen und alltägliche Lebensführung einschließlich Pflege
- und den dazu auf der Tagung erarbeiteten Zielen in inklusiven Beteiligungsprozessen Maßnahmen zur Inklusion entwickelt und dem Rat zur Beschlussfassung vorlegt.

Die Vorlage haben alle Bezirksvertretungen, Beiräte, Ausschüsse (außer RPA) erhalten.

Wesentliche Erkenntnisse aus dem Bericht

1. Dortmund Zahlen zum Jahresende 2014:
 - 151.282 Dortmunderinnen und Dortmunder (26,1 Prozent der Bevölkerung) waren Menschen mit Beeinträchtigungen und Behinderung. Das entspricht den anteiligen Näherungswerten der Menschen mit Beeinträchtigungen und Behinderung auf Bundesebene.
 - 77.629 Menschen waren amtlich als schwerbehindert anerkannt (13,4 Prozent der Gesamtbevölkerung).
 - 31.972 Menschen waren anerkannt mit einem Grad der Behinderung (GdB) unter 50 Prozent.
 - 41.681 Menschen mit Beeinträchtigungen hatten keinen Ausweis bzw. keine Bescheinigung.

Insgesamt muss von einer Untererfassung ausgegangen werden: Anträge auf Anerkennung einer (Schwer-) Behinderung werden häufig erst gestellt, wenn Geld- oder Sachleistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes oder zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben notwendig sind.

2. Barrieren im öffentlichen Raum und bei der Mobilität schränken eine Teilhabe in allen Lebensbereichen ein, unter anderem bei der Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft, der Qualität der gesundheitlichen Versorgung und bei der Teilhabe an Angeboten in der Freizeit einschließlich kultureller Angebote.
3. Die Ausgestaltung des öffentlichen Raums und der Mobilitätsmöglichkeiten steht in Wechselwirkung mit subjektivem Sicherheitsempfinden, objektivem Sicherheitsstandard und Angst vor Diskriminierungen.
4. Soziale Isolation und Einsamkeit prägen die Freizeitgestaltung vieler Menschen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen.

5. Teilhabefördernde und teilhabebehemmende Lebensumstände stehen in ihren komplexen Zusammenhängen in Wechselwirkungen zu weiteren Lebenslagendimensionen. Auf der Basis der Befragungsergebnisse in Dortmund (35 Interviews) wurden vier Vergleichsdimensionen ermittelt:

- Mobilität und öffentlicher Raum,
- Gesundheit,
- Freizeit und Kultur,
- Sicherheit und Schutz vor Gewalt

Befragte Personen, die in nur einer relevanten Vergleichsdimension Einschränkungen haben, bezeichneten ausschließlich die Bereiche Sicherheit oder Freizeit als problematischen Lebensbereich. Bei den interviewten Personen mit mehreren Teilhabebeschränkungen war die häufigste Kombination der Teilhabebeschränkungen in den Bereichen Mobilität und Sicherheit sowie Mobilität und Freizeit zu erkennen. Die befragten Menschen, die angaben, ihren notwendigen Lebensunterhalt nicht durch das ihnen zur Verfügung stehende Einkommen decken zu können, waren zugleich am häufigsten von Teilhabebeschränkungen in mindestens drei Lebenslagen-Dimensionen betroffen. Diese Personengruppe hat aufgrund geringer finanzieller und sozialer Ressourcen Schwierigkeiten, eigene Handlungsräume zu erweitern. Ferner verhindern hohe Defizite in den vorhandenen Ressourcen die Kompensation in Problemlagen.

Anzumerken ist, dass befragte Frauen mit geringen Teilhabebeschränkungen Sorgen um die eigene Sicherheit haben. Aus der Gruppe der interviewten Personen mit hohen Teilhabebeschränkungen haben vor allem Frauen Einschränkungen in allen vier Vergleichs-Dimensionen.

6. Mit dem Instrument einer sogenannten SWOT-Analyse, also einer Stärken-, Schwächen-, Chancen- und Risikenanalyse zur Teilhabesituation von Menschen mit Beeinträchtigungen in Dortmund werden Stärken und Schwächen sowie günstige und ungünstige Bedingungen (Chancen und Risiken) dargestellt. Daraus ergibt sich, dass die bisher erfolgten Schritte und der eingeschlagene Weg zur Inklusion in Dortmund fortzuführen sind. Die Prozesse zur Inklusion sind zu verstetigen und als Daueraufgabe zu etablieren.

Inklusionsbeauftragte und Inklusionsbeirat

Zur Koordinierung der kommunalen Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Dortmund wurde im Amt für Angelegenheiten des Oberbürgermeisters und des Rates die Stelle einer Inklusionsbeauftragten als ‚Kommunale Koordinierungsstelle‘ angesiedelt.

Ferner hat der Rat im April 2016 zur Kenntnis genommen, dass die kommunale Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention durch einen Inklusionsbeirat begleitet wird. Dieser soll als Monitoringstelle für den Dortmunder Inklusionsprozess tätig werden.

Um der Intention der UN-Behindertenrechtskonvention aus Artikel 33 nachzukommen, wurde bei der Zusammensetzung des Inklusionsbeirates auf eine breite inklusive Beteiligung der Zivilgesellschaft aber auch der Politik geachtet. Nach der Gründungsphase, die auch unter inklusiver Beteiligung erfolgte, fand im Juni 2017 die erste Sitzung des Inklusionsbeirates statt. In diesen Beirat sind berufen worden:

- Vertreterinnen und Vertreter von Interessenvertretungen verschiedener Dortmunder Bevölkerungsgruppen, z.B. für die Dortmunder Frauen eine Vertreterin der AG der Frauenverbände, für die Dortmunder Seniorinnen und Senioren ein/e Vertreter/in des Seniorenbeirates, Vertreter/innen der Ratsfraktionen, des Integrationsrates, des Gleichstellungsbüros, der Koordinierungsstelle für Lesben, Schwule, Transidente.
- Um eine inklusive Besetzung zu erreichen, wurden zudem fünf Vertreterinnen aus der Versammlung der örtlichen Gliederung der anerkannten Behindertenverbände und des Aktionskreises ‚Der behinderte Mensch in Dortmund‘ benannt und als Mitglieder berufen.

Derzeitige Arbeitsschwerpunkte der Inklusionsbeauftragten und des Inklusionsbeirates

Schwerpunktmaßig behandeln der Inklusionsbeirat und die Inklusionsbeauftragte derzeit die Handlungsfelder ‚Gesundheit‘ und ‚Freizeit/ Kultur‘. Arbeitsforen zu diesen Handlungsfeldern wurden gegründet und sind seit 2017 aktiv tätig. Derzeit wird ein breites inklusives Beteiligungsverfahren in Form einer öffentlichen Dialogveranstaltung geplant.

Unter inklusiver öffentlicher Beteiligung sollen in der Veranstaltung und in zwei Workshops auf der Basis von vorbereiteten Entwürfen Kriterien, die zu einer gleichberechtigten Teilhabe in Dortmund führen, in einem Leitfaden für jedes Handlungsfeld zusammengefasst werden. Diese Leitfäden sollen über die gesetzlichen Vorgaben hinaus weitere Merkmale enthalten, die zu einer inklusiven Gestaltung in den genannten Bereichen beitragen.

Die Gesamtergebnisse werden dem Inklusionsbeirat präsentiert, dort abgestimmt, und sollen danach als Grundlage für den weiteren Inklusionsprozess dienen.

Ausblick

Aus Sicht des Arbeitsbereiches Inklusion in Dortmund wird eine veränderte Fortschreibung des Berichtes zur sozialen Lage in Dortmund befürwortet. Anliegen ist eine differenziert angelegte politische und praxisorientierte Bestandsaufnahme der sozialen Lage und die gesamtstädtische und sozialräumliche Erfassung von Exklusionstatbeständen. So soll die Lebenslage der Gruppe von Menschen mit Behinderungen und Beeinträchtigungen in den Sozialräumen sichtbar gemacht werden, Exklusionstatbestände sollen identifiziert und gegebenenfalls in der Fortschreibung des „Aktionsplans Soziale Stadt Dortmund“ im Rahmen eines Pilotprojekts sozialräumlich bearbeitet werden. Dabei wären Verzahnungen mit dem Masterplan Mobilität 2030, mit der Jugendhilfeplanung, der Schulentwicklungsplanung, mit den Projekten der Stadterneuerung, dem Inklusionsplan 2020, dem Masterplan Sport und anderen Planungen erforderlich und im Sinne einer effektiven sozialen Arbeit sinnvoll.

Wenn zukünftig die statistischen Rahmenbedingungen eine Einbeziehung der Menschen mit Behinderungen und Beeinträchtigungen in eine Indikatorenbildung ermöglichen, ist eine Berücksichtigung bei der Fortschreibung des Berichts zur sozialen Lage in Dortmund denkbar. Auch in diesem Fall könnte jedoch die Sozialberichterstattung – wie auch in den anderen Themenbereichen – eine vertiefende Fachberichterstattung nicht ersetzen. Ein eigenständiger Bericht zur sozialen Lage der Menschen mit Behinderung und Beeinträchtigung bliebe weiterhin notwendig.

Fazit

Der Anteil von Menschen mit Behinderungen oder Beeinträchtigungen an der Gesamtbevölkerung wird größer, darunter auch der Anteil der Menschen mit schweren und mehrfachen Behinderungen. Barrieren im öffentlichen Raum und bei der Mobilität schränken eine Teilhabe in allen Lebensbereichen ein, unter anderem in den Bereichen Leben in der Gemeinschaft, gesundheitliche Versorgung, Freizeit, Sport und Kultur.

Teilhabefördernde und teilhabehemmende Lebensumstände stehen in ihren komplexen Zusammenhängen in Wechselwirkungen zu weiteren Lebenslagen-Dimensionen. Das gilt umso stärker bei Menschen mit mehreren individuellen Teilhabebeschränkungen.

Wesentliche Aufgabe im Bereich der Inklusion in Dortmund ist daher die Verbesserung der Handlungsmöglichkeiten der Menschen mit Beeinträchtigung und Behinderung. Eine Analyse der Stärken und Schwächen, Chancen- und Risiken hat ergeben, dass der eingeschlagene Weg zur Inklusion in Dortmund fortzuführen und die Prozesse zur Inklusion zu verstetigen und als Daueraufgabe zu etablieren sind.

Die Erfassung der sozialen Lage von Menschen mit Behinderungen oder Beeinträchtigungen ist bisher problematisch: Weder auf örtlicher noch auf Bundesebene ist eine solche datengestützte Berichterstattung vorhanden. Künftig ist daher eine Berichtsstruktur notwendig, die der Erfassung der spezifischen sozialen Lage von Menschen mit Behinderungen oder Beeinträchtigungen gerecht wird.

7.4. Lebenslage der Seniorinnen und Senioren in Dortmund

Der demografische Wandel gehört zu den Megatrends unserer Zeit. Die Bevölkerungsstruktur in Deutschland hat sich durch eine über Jahrzehnte niedrige Geburtenrate sowie eine konstant gestiegene Lebenserwartung grundlegend gewandelt. Als Folge ist der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung stetig gewachsen und wird auch in Zukunft weiter steigen. Diese Entwicklung wird die Stadtgesellschaft in Dortmund weiter verändern: 120.696 Einwohnerinnen und Einwohner in Dortmund sind bereits 65 Jahre und älter (Stand 31.12.2017), das entspricht einem Anteil von 20,06 Prozent der Gesamtbevölkerung. 36.363 (6,04 Prozent) davon gehören zur Altersgruppe der 80-jährigen und Älteren; im Jahr 2025 wird diese Gruppe nach der Landesprognose auf etwa 40.000 Menschen anwachsen. Damit werden neben der Sicherstellung der pflegerischen Versorgung erhebliche Anpassungsprozesse für die private und öffentliche Infrastruktur verbunden sein.

Veränderte Altersstruktur

Abbildung 66 zeigt die jeweiligen Anteile der 65 bis 79-jährigen sowie der 80-jährigen und älteren Einwohnerinnen und Einwohner an der Hauptwohnbevölkerung im Sozialraum (Stand 31.12.2017). Der Anteil an über 65-jährigen im jeweiligen Sozialraum ergibt sich aus der Summierung der 65-79-jährigen und der 80-jährigen und Älteren.

Hinsichtlich der räumlichen Verteilung belegt Dortmund, was wissenschaftliche Untersuchungen der räumlichen Sozialforschung zeigen: „In den großen Städten des Ruhrgebiets ist wiederum die demografische Zweiteilung zu beobachten: Einige Bezirke im Norden der großen Städte weisen eher geringe Anteile an älteren Menschen auf, die Bezirke im Süden zeichnen sich eher durch relativ hohe Anteile aus.“ (Jeworutzki et al. 2017: 84). Tatsächlich liegen in fünf Sozialräumen, die sich geografisch im südlichen

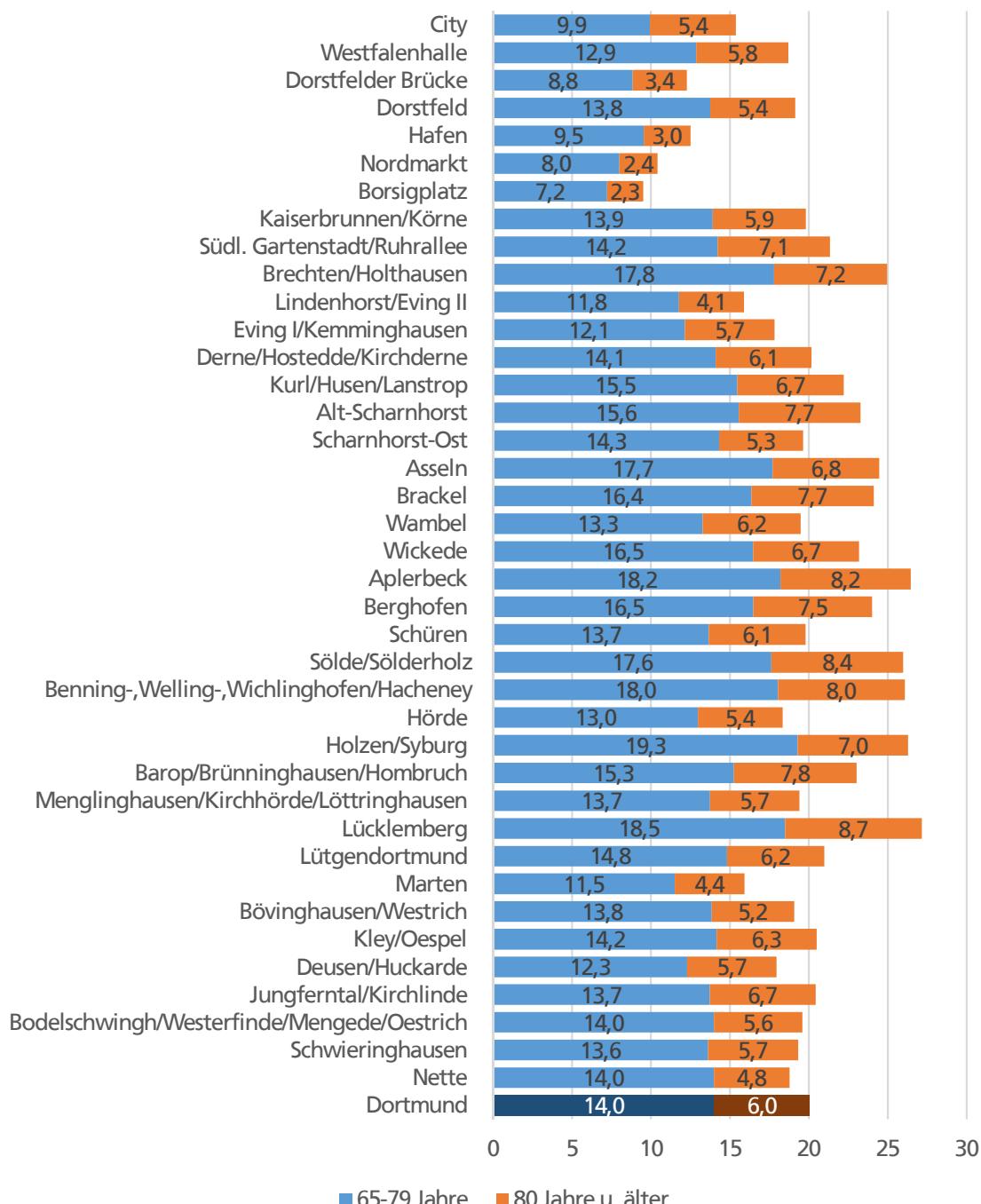
Stadtgebiet befinden, die Anteile der über 65-jährigen (65 bis 79-jährige sowie 80-jährige und Ältere zusammengefasst) bei über 25,0 Prozent und damit deutlich über dem gesamtstädtischen Schnitt von 20,1 Prozent:

- Aplerbeck: 26,5 Prozent (davon 80 Jahre und älter: 8,3 Prozent),
- Holzen/Syburg: 26,3 Prozent (7,0 Prozent),
- Lücklemburg: 27,2 Prozent (8,7 Prozent).
- Sölde/Sölderholz/Benninghofen/Hacheney: 26,0 Prozent (8,4 Prozent)
- Wellinghofen/Wichlinghofen: 26,1 Prozent (8,0 Prozent),

Vier Sozialräume, die sich geografisch im nördlichen Stadtgebiet befinden, weisen die vergleichsweise geringsten Anteile an über 65-jährigen Einwohnerinnen und Einwohnern auf:

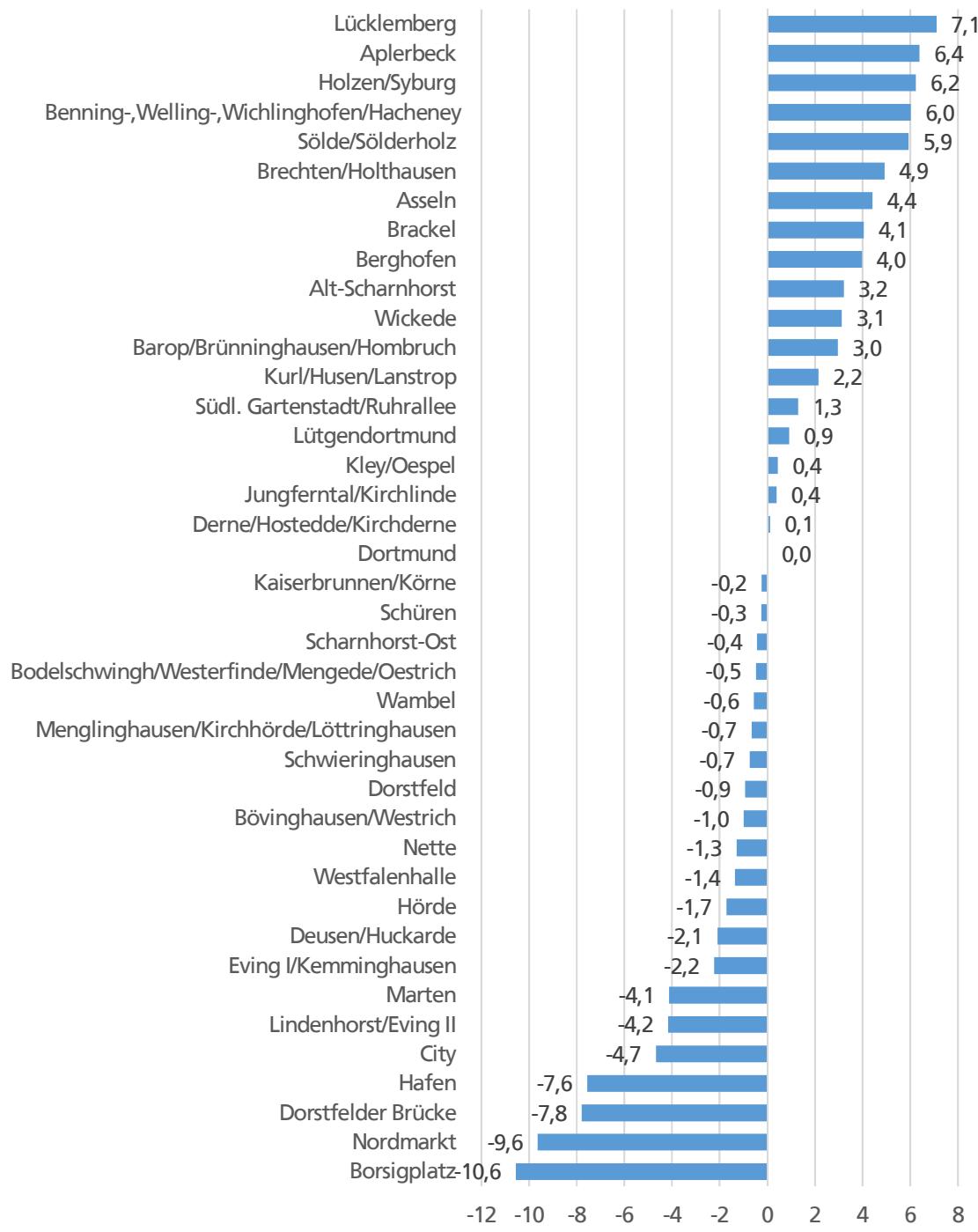
- Borsigplatz mit 9,5 Prozent (davon 2,3 Prozent 80 Jahre und älter),
- Nordmarkt mit 10,4 Prozent (2,4 Prozent),
- Hafen mit 12,5 Prozent (3,0 Prozent),
- Dorstfelder Brücke mit 12,3 Prozent (3,4 Prozent).

Abbildung 66: Anteile HWB nach Altersgruppen in den Dortmunder Sozialräumen in %, Stand: 31.12.2017



Quelle: Eigene Darstellung mit Daten der Dortmunder Statistik

Abbildung 67: Abweichungen der Anteile der 65-jährigen und Älteren in den Sozialräumen vom Wert für die Gesamtstadt (Stand: 31.12.2017)



■ Differenz Anteil 65+ zu Wert für Gesamtstadt (20,06 %) in Prozentpunkten

Quelle: Eigene Darstellung mit Daten der Dortmunder Statistik

Verändertes Bild vom Alter

Neben den dargestellten Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur hat sich auch das Altersbild in der Gesellschaft verändert. Der klassische Lebensverlauf mit der Dreiteilung in Ausbildung, Berufs-/Familienphase und Ruhestand entspricht nicht mehr der Lebenswirklichkeit der meisten Menschen. Menschen gelten mit 65 Jahren nicht mehr automatisch als alt und die Phase nach Beruf und Familie verlängert sich. Viele Menschen verfügen bei Ende ihrer Berufstätigkeit häufig noch über 30 weitere Lebensjahre, sie sind aktiv, mobil und engagiert, sie gestalten ihr Leben selbstbestimmt und eigenständig. In der kommunalen Seniorenarbeit wird es eine zentralen Aufgabe sein, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass dieser Lebensabschnitt positiv und bereichernd gestaltet und die Ressourcen und Potenziale der Personengruppe der jungen Alten für das Gemeinwesen erhalten und genutzt werden können. Auf der anderen Seite nimmt jedoch auch die Zahl der Seniorinnen und Senioren zu, die einen Bedarf an Unterstützungs-, Hilfs- und Pflegeleistungen haben. Daher stellt die kommunale Altenhilfe- und Pflegeplanung eine weitere zentrale Aufgabe der kommunalen Seniorenpolitik dar. In Dortmund lebten im Jahr 2017 41,63 Prozent der 80-jährigen und Älteren in Einpersonenhaushalten.³⁷ Sie stellen damit die größte Altersgruppe der Menschen in Einpersonenhaushalten dar. Selbst in der Altersgruppe der 18 bis 29-jährigen, zu der viele Auszubildende und Studierende zählen, die häufig allein wohnen, lebten mit 34,71 Prozent vergleichsweise weniger Menschen in Einpersonenhaushalten (Stand 31.12.2017).

Insgesamt wird das Thema demografischer Wandel zu einer zentralen politischen Gestaltungsaufgabe, denn es beeinflusst nahezu alle Politikfelder. Insbesondere die kommunale Daseinsvorsorge steht vor neuen Herausforderungen: Steigender Pflege- und Altenhilfebedarf bei gleichzeitiger Abnahme informeller Versorgungsstrukturen, Anstieg der Einpersonenhaushalte älterer Menschen, eine fehlende seniorengerechte Infrastruktur im gewohnten Umfeld und neue Formen der Vergemeinschaftung, die gestaltet und begleitet werden müssen.

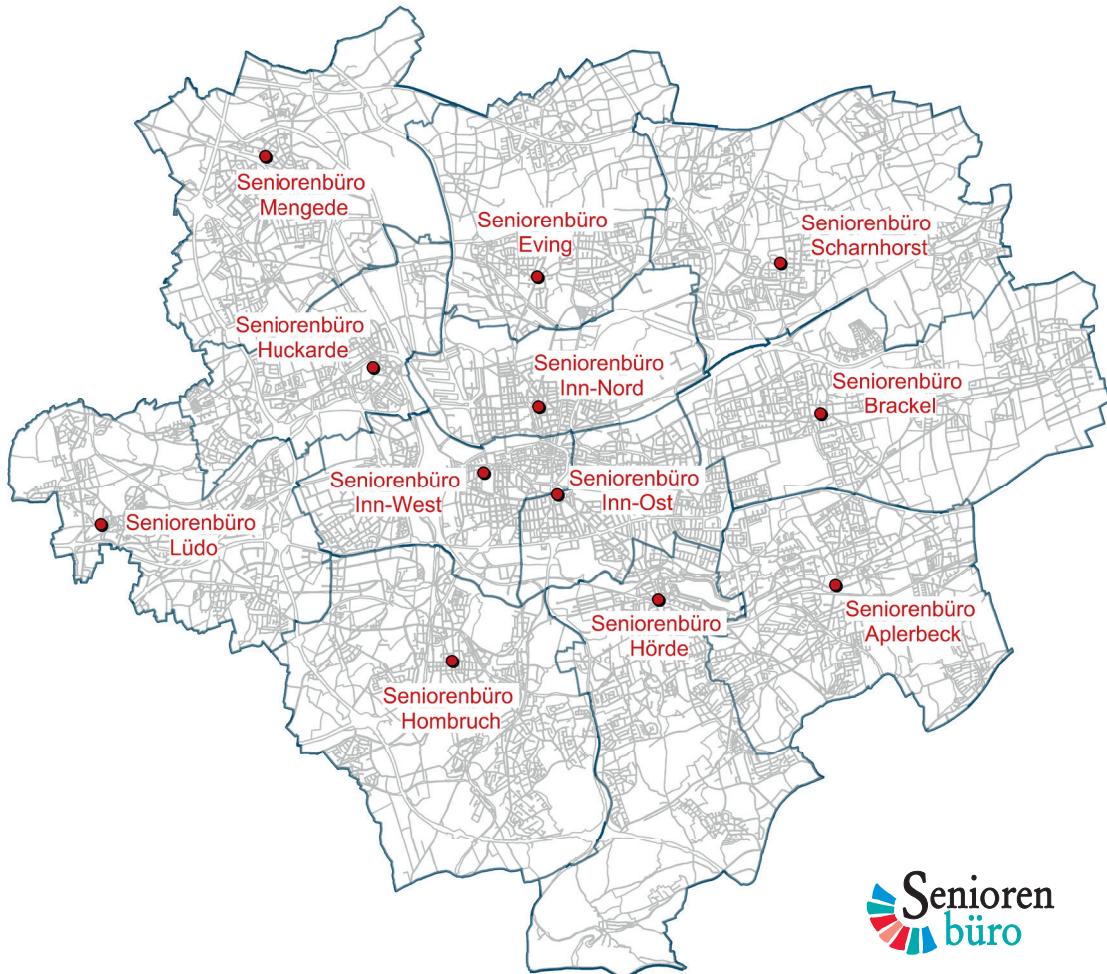
Aktivitäten der Stadt Dortmund in der kommunalen Seniorenarbeit

Seniorenbüros

Die Stadt Dortmund hat vor etwa zwölf Jahren mit den Seniorenbüros spezifische Anlaufstellen in Wohnnähe für alle Belange älterer Menschen und ihrer Angehörigen, für Fachkräfte und Interessierte geschaffen. In jedem der zwölf Dortmunder Stadtbezirke wurde ein hauptamtlich geführtes Seniorenbüro in gemeinsamer Trägerschaft mit den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege eingerichtet. Das zentrale Leitbild der Dortmunder Seniorenbüros lautet: „Solange wie möglich selbstständig im Alter leben“. Dortmund hat mit dem Modell in Deutschland in der kommunalen Seniorenarbeit Pionierarbeit geleistet. Die Seniorenbüros verzeichnen weiterhin eine konstant hohe, zum Teil deutlich gestiegene Zahl an Hilfe- und Beratungsersuchen und leisten somit einen wichtigen Beitrag für eine altersgerechte Stadt.

³⁷ Anteil der jeweiligen Altersgruppe der Hauptwohnbewölkung, die in Einpersonenhaushalten leben (ohne Personen, die in Gemeinschaftsunterkünften leben).

Karte 3: Standorte der Seniorenbüros in den Dortmunder Stadtbezirken



Quelle: Eigene Darstellung

Die Arbeit der Dortmunder Seniorenbüros fußt auf vier Säulen: Beratung und Information, organisierte Einzelfallhilfe, Freiwilligenarbeit und Netzwerkarbeit. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Seniorenbüros beraten die Menschen trägerneutral und kostenfrei - auch zuhause - beispielsweise zu folgenden Themen:

- Hilfen im Alltag,
- alle Fragen zum Thema Pflege,
- Lokale Service- und Pflegedienste im Stadtbezirk,
- Unterstützung und Entlastung für pflegende Angehörige - auch bei Demenz,
- Präventionsangebote,
- Wohnen im Alter,
- bürgerschaftliches Engagement,
- Begegnungsmöglichkeiten, Freizeitangebote und Kommunikation und
- Begegnungszentren für ältere Menschen.

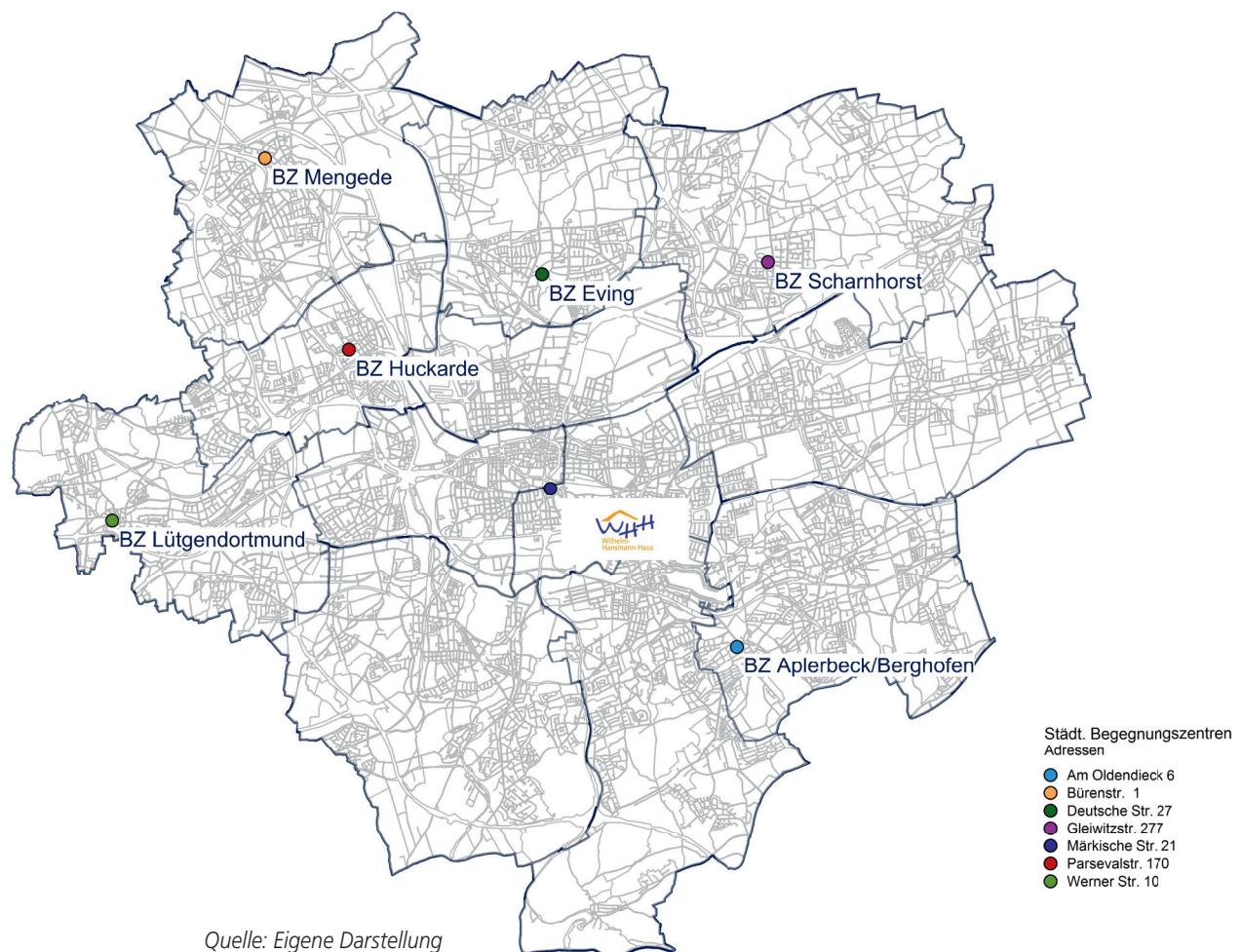
Städtische Begegnungszentren

Viele ältere Menschen wissen, wie sie ihre Freizeit für sich am sinnvollsten nutzen. Andere leben isoliert und sind auf Unterstützung angewiesen. Sieben Dortmunder Begegnungsstätten bieten als öffentliche und soziale Einrichtung für Menschen ab 50 Jahren ein Programm zur Freizeitgestaltung, Begegnung, Beratung, Information und Kultur an. Die Angebote werden in einem halbjährlichen Programmheft herausgegeben. Umfassende Informationen gibt es zudem im Internet auf dem Seniorenportal der Stadt Dortmund (www.senioren.dortmund.de). Die Arbeit der Begegnungszentren wird durch hauptamtliche Leitungskräfte, ehrenamtlich engagierte Menschen und andere Organisationen im Stadtteil gestaltet.

Eine der bekanntesten Begegnungsstätten ist das zentral in der südlichen Innenstadt gelegene Wilhelm-Hansmann-Haus. Die Standorte der sechs regionalen Begegnungszentren verteilen sich über das gesamte Dortmunder Stadtgebiet:

Zudem betreiben die Wohlfahrtsverbände und Kirchengemeinden flächendeckend in allen Stadtteilen rund 150 Begegnungseinrichtungen für Seniorinnen und Senioren. Insbesondere die AWO unterhält entsprechende Einrichtungen über ihre Ortsvereine.

Karte 4: Stadt Dortmund - Städtische Begegnungszentren



Quelle: Eigene Darstellung

Demenz-Servicezentrum

Das Demenz-Servicezentrum NRW, Region Dortmund, ist eines von insgesamt 13 Zentren und Teil der Landesinitiative Demenz-Service NRW. Alle Zentren werden vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen sowie den Landesverbänden der Pflegekassen gefördert. Trägerin des Dortmunder Demenz-Servicezentrums ist die Stadt Dortmund in Kooperation mit der LWL-Klinik Dortmund. Der Einzugsbereich umfasst neben der Stadt Dortmund den Landkreis Unna, die Stadt Hagen und den Märkischen Kreis.

Ziel der Arbeit ist es, die häusliche Situation von Menschen mit Demenz und der sie unterstützenden Angehörigen zu verbessern. Dazu entwickeln die Zentren wohnortnahe Informations- und Unterstützungsangebote, damit die Menschen mit einer Demenz möglichst lange in ihrem vertrauten Umfeld leben können. In Kooperation mit vorhandenen Einrichtungen, Diensten und kommunalen Dienststellen versteht sich das Demenz-Servicezentrum als Impulsgeber für

- den Aufbau wohnortnaher Informations-, Beratungs- und Schulungsangebote,
- die Förderung ehrenamtlicher, nachbarschaftlicher und hauptamtlicher Unterstützungsmodelle,
- die bessere Zusammenarbeit von Hausärzten, Krankenhäusern und Pflegeheimen
- ehrenamtliches Engagement - Seniorenbegleitervice.

Als Anlaufstelle für ehrenamtliches Engagement gibt es den ehrenamtlichen Seniorenbegleitervice des Fachdienstes für Senioren der Stadt Dortmund, der unter anderem mit der FreiwilligenAgentur kooperiert. Der ehrenamtliche Seniorenbegleitervice ist eine Einrichtung, in der ältere Menschen in der nachberuflichen Phase hilfebedürftige Seniorinnen und Senioren und deren pflegende Angehörige freiwillig unterstützen. Es handelt sich um ein niedrigschwelliges Betreuungsangebot mit folgenden Schwerpunkten:

- Seniorenbesuchsdienst
- Häusliche Entlastung pflegender Angehöriger von Menschen mit Demenz und
- Betreuungsgruppen für Menschen mit Demenz.

Die Aufgaben für ehrenamtliche Bürgerinnen und Bürger umfassen die Begleitung von Spaziergängen, Arztbesuche und Einkäufen, unterhaltende Gespräche, Beschäftigung (z.B. Gesellschaftsspiele, Basteln). Dabei sind hauswirtschaftliche und pflegerische Tätigkeiten ausgeschlossen. Derzeit sind etwa 200 Ehrenamtliche in diesem Bereich tätig. Der ehrenamtliche Seniorenbegleitervice wird durch ein Koordinationsteam des Fachdienstes für Senioren organisiert (vgl. www.senioren.dortmund.de).

Seniorenbeirat

In Dortmund gibt es einen Seniorenbeirat, der die demokratisch legitimierte Vertretung älterer Menschen in der Stadt darstellt. Seine Aufgabe ist es, an der seniorengerechten Gestaltung der Stadt mitzuwirken sowie die Interessen der älteren Bürgerinnen und Bürger wahrzunehmen und zu vertreten. Er wird alle fünf Jahre von den über 60-jährigen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt gewählt, besteht aus 27 Mitgliedern und verteilt sich auf die zwölf Stadtbezirke. Der Seniorenbeirat hat Antrags- und Rederecht in allen Fachausschüssen des Rates. Die Mitglieder des Seniorenbeirates arbeiten thematisch in vier Arbeitskreisen: Öffentlichkeitsarbeit; Demografischer Wandel; Kultur, Sport und Freizeit; Wohnen, Leben und Pflege im Alter.

Pflege und Pflegeplanung

Pflege ist ein bedeutendes kommunales Handlungsfeld, bei dem es in besonderem Maße darum geht, die Lebenssituation für und mit ältere(n) Menschen so zu gestalten, dass eine selbstbestimmte und selbständige Lebensführung in der vertrauten Umgebung auch bei Pflegebedürftigkeit möglichst lange machbar ist. Voraussetzung dafür ist eine bedarfsgerechte, kleinräumig vorhandene Pflegeinfrastruktur.

Die Stadt Dortmund ist durch das Landespflegegesetz³⁸ verpflichtet, eine örtliche Planung im Bereich der ambulanten und stationären pflegerischen Versorgung durchzuführen. Bis zum Jahr 2014 hat die Stadt Dortmund auf Basis amtlicher Daten der Pflegekassen fortlaufend Pflegeberichte erstellt, die einen Überblick über vorhandene Dienste und Pflegeeinrichtungen in Dortmund geben. Die Pflegeberichte enthielten zudem auch Einschätzungen, ob das Angebot an Pflegeeinrichtungen den Bedarf deckt und ob bzw. in welcher Höhe ggf. zusätzliche Bedarfe bestehen. Nach intensiven Fachdiskussionen wurde im Oktober 2014 mit einer Reform des Landespflegerechts³⁹, die u.a. zur Einführung des Alten- und Pflegegesetzes NRW (APG NRW) führte, die Möglichkeit einer verbindlichen Pflegeplanung eingeführt. Die Sozialverwaltung hat einen Pflegebedarfsplan erarbeitet, in dem ein ausreichendes Angebot an Pflegeplätzen festgestellt wurde. Der Rat der Stadt Dortmund hat daraufhin eine verbindliche Bedarfsdeckung bis einschließlich 2018 beschlossen (Stadt Dortmund, 2015a und 2016b).

38 Bis zum 15.10.2014 erfolgte die Pflegeplanung gem. § 6 Landespflegegesetz Nordrhein-Westfalen (PfG NW). Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Weiterentwicklung des Landespflegerechtes und Sicherung einer unterstützenden Infrastruktur für ältere Menschen, pflegebedürftige Menschen und deren Angehörige (Alten- und Pflegegesetz Nordrhein-Westfalen - APG NRW) am 16.10.2014 erfolgt die Pflegeplanung gem. § 7 APG NRW.

39 Gesetz zur Entwicklung und Stärkung einer demographiefesten, teilhabeorientierten Infrastruktur und zur Weiterentwicklung und Sicherung der Qualität von Wohn- und Betreuungsangeboten für ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen und ihre Angehörigen (GEPA NRW), in Kraft seit 16.10.2014 (Gesetz- und Verordnungsblatt (GV. NRW.), Ausgabe 2014 Nr. 29 vom 15.10.2014 Seite 619 bis 654).

Die Bedarfsberechnung der verbindlichen Pflegeplanung fokussiert sich ausschließlich auf die stationäre Pflege. Insgesamt ist jedoch zu beobachten, dass sich die Inanspruchnahme von Einrichtungen und Diensten verändert hat, was auf ein vielfältigeres Wohn- und Pflegeangebot Angebot für pflegebedürftige Menschen zurückzuführen ist. Ab 2019 ist ein laufend zu aktualisierendes Pflegemarktmonitoring gegenüber der verbindlichen Pflegeplanung geplant. Dieses Monitoring soll alle Dienste und Einrichtungen sozialräumlich berücksichtigen und künftig Bezirksbezogen erfolgen, so dass zeitnah auf kleinräumiger Ebene Bedarfseinschätzungen vorgenommen werden können. Zudem kann das Monitoring zur Investorenberatung genutzt werden, um gezielt zusätzlichen Bedarf vor Ort decken zu können und Fehlsteuerungen zu vermeiden.

Konzept für eine ressortübergreifende und quartiersbezogene Demografiestrategie

Zukünftig sind weitere Aktivitäten erforderlich, um die wachsenden Anforderungen an eine seniorenfreundliche Stadt zu erfüllen, denn soziale Teilhabe zu ermöglichen und eine gute Versorgung im Alter sicherzustellen geht über die zentralen Herausforderungen kommunaler Sozialpolitik hinaus. Eine zukunftsweisende Seniorenarbeit und Pflegeplanung muss Anforderungen, Strukturen und Bedarfe an die Wohn- und Lebensbedingungen in den Wohnquartieren stärker als bisher in den Blick nehmen, weil sie im Alter großen Einfluss auf die selbstbestimmte und selbständige Lebensführung haben. Der Fokus auf ältere Menschen bedeutet keineswegs eine negative Abgrenzung zu jüngeren Generationen und/oder anderen gesellschaftlichen Gruppen. Ein gutes nachbarschaftliches Verhältnis von Alt und Jung, eine funktionierende Nahversorgung sowie barrierefreie Wohnungen, Fußwege und Straßenübergänge kommen letztendlich allen Generationen im Wohnquartier zugute.

Die Stadt Dortmund möchte dazu beitragen, die Lebens- und Wohnbedingungen zu verbessern, damit ältere Menschen in ihrer vertrauten Umgebung gut und selbstständig leben können. Der Rat der Stadt Dortmund hat daher die Verwaltung im Dezember 2015 beauftragt, eine ressortübergreifende und quartiersbezogene Demografiestrategie mit dem Schwerpunkt Ältere Menschen zu entwickeln (Stadt Dortmund, 2015b). Die Erarbeitung dieser Strategie erfordert eine Ausweitung der bisherigen Fachplanung für Senioren und Pflege: Gesundheits-, Wohnungs- und Raumplanung sowie Stadtentwicklung sind durch eine systematische Zusammenarbeit der sachberührten Verwaltungsbereiche einzubeziehen. Parallel dazu hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) die Stadt Dortmund neben weiteren Kommunen ausgewählt, um sie im Rahmen der Demografiestrategie der Bundesregierung in einem Zeitraum von fünf Jahren bei der Gestaltung des demografischen Wandels zu begleiten und im Rahmen des Projekts ‚Demografiewerkstatt Kommunen‘ (DWK) zu unterstützen. Dieses Projekt hat die systematische Entwicklung einer schlüssigen Demografiestrategie in den teilnehmenden Kommunen zum Ziel. Zudem sollen neue Handlungsfelder erschlossen und neue Strukturen, Prozesse und Projekte sowie deren Verzahnung in den Kommunen initiiert werden. Die Erfahrungen sollen aufbereitet, evaluiert und weitergegeben werden. Projektziel in Dortmund ist es, das Engagement der Bürgerinnen und Bürger und örtlicher Organisationen zu unterstützen und damit die Selbstständigkeit und Eigeninitiative bis ins hohe Alter zu stärken.

Zusammenfassung und Fazit

Die Stadt Dortmund hat in der Vergangenheit bereits wohnortnahe Strukturen geschaffen, die einen wichtigen Beitrag zum gelingenden Älterwerden für die Bürgerinnen und Bürger leisten, beispielsweise mit den Seniorenbüros und den Begegnungszentren. Durch den demografischen Wandel und die Veränderungen in den Versorgungsstrukturen ergeben sich jedoch neue Herausforderungen. Die Seniorenanarbeit muss in Zukunft verstärkt

- Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sichern.
- Bürgerschaftliches Engagement stärken, sorgende Nachbarschaft mit Jung und Alt anstoßen.
- Rahmenbedingungen schaffen, damit die Menschen im Alter möglichst bis zum Lebensende im vertrauten Wohnumfeld selbstständig und selbstbestimmt leben können.
- abgestimmte Bedarfsplanung für Pflegeangebote entwickeln, um zukunftsfähige Fürsorgestrukturen zu fördern.

Weitere Ziele sind die Implementierung veränderter Altersbilder, die Förderung des Zusammenspiels professioneller Dienste und primärer Sozialnetze und die alterskompatible bzw. demografiesensible Gestaltung kommunaler Politikfelder. Auf der Agenda steht das anspruchsvolle Projekt einer integrierten Finanz-, Städtebau-, Bildungs-, Gesundheits- und Sozialpolitik, bei der der Mensch in einer lebendigen Nachbarschaft im Zentrum steht.

Die kommunale Altenpolitik sollte daher zwei wesentliche Perspektiven verfolgen:

- Die Perspektive zielt auf die Förderung der Selbstbestimmung und den Erhalt der Selbstständigkeit älterer Menschen. Ihre Bedeutung wird bislang in der kommunalen Arbeit nur unzureichend gewürdigt. ‚Gut im Alter leben im Quartier‘ ist das Motto.
- Das zweite Ziel beinhaltet die pflegerische Versorgung im Alter bei Krankheit, Hilfs- und Pflegebedürftigkeit, die möglichst wohnortnah möglich ist.

8. Exkurs: Verbesserung der sozialen Lage durch den Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund

Wie bereits in der Einleitung dargestellt, gibt es – wenn auch begrenzte – Möglichkeiten, die Integration in Arbeit zu unterstützen und Benachteiligung, Armut und Ausgrenzung zu bekämpfen. Die drei Ziele des 2008 gestarteten Aktionsplans Soziale Stadt

- Arbeit und Beschäftigung im Quartier
- Eltern und Kinder stärken – Kinderarmut bekämpfen
- Sozialen Zusammenhalt im Quartier stärken

greifen diese Möglichkeit auf. Sie definieren damit gleichermaßen die thematischen Schwerpunkte des gemeinsamen Handelns der Akteure in den Aktionsräumen, die besondere Herausforderungen zu bewältigen haben. Im Laufe der zurückliegenden zehn Jahre konnten die Aktionsraumbeauftragten weit über 100 unterschiedliche Projekte initiieren und umsetzen, die diesen Zielen entsprechen. Einige dieser Projekte sind in der Broschüre „Zehn Jahre Aktionsplan soziale Stadt vor Ort“ beschrieben (Stadt Dortmund 2018b). Alle Projekte werden aus Mitteln des Aktionsplans komplett oder teilweise finanziert. Dabei ist ein Großteil der Angebote durch ehrenamtliches Engagement getragen und ergänzt die im vorliegenden Bericht beschriebenen (Regel-)Angebote. In den im vorliegenden Bericht analysierten Lebensbereichen tragen unter anderem folgende Projekte zu spürbaren Veränderungen für die Zielgruppe im Quartier bei:

Bessere Bildungschancen durch Mentoring-Projekte

So unterstützt das Mentoring-Programm am Heisenberg-Gymnasium in Eving talentierte Schülerinnen und Schüler, die aus einem familiären Umfeld stammen, das sie bei ihrer Studien- und Berufswahl nicht unterstützen kann. Ehrenamtliche Mentorinnen und Mentoren begleiten diese jungen Menschen, helfen ihnen bei der

beruflichen Orientierung und geben ihnen ihr Wissen und ihre Erfahrungen weiter.

Im Rahmen des Mentoring-Programms in Hörde begleiten ebenfalls aus Hörde stammende Studierende die Schülerinnen und Schüler. Sie stehen ihnen als Lernbegleiterinnen und -begleiter zur Seite, helfen bei den Hausaufgaben und sind Vorbild, weil sie den Schritt an die Uni geschafft haben.

Diese und ähnliche Projekte, wie Hausaufgabenbegleitung, kreative Schreibwerkstätten oder die Schülerstube für Kinder mit und ohne Migrationshintergrund, unterstützen junge Menschen dabei, Bildungschancen zu erkennen und wahrzunehmen und erhöhen damit gleichermaßen die beruflichen Perspektiven.

Bessere Arbeitsmarktchancen durch Qualifizierung und Beschäftigung

Aus Mitteln des Aktionsplans wird das „U-Jack“ im Aktionsraum Dorstfelder Brücke gefördert. In dem gemeinnützigen Quartiers-Restaurant werden langzeitarbeitslose Frauen und Männer qualifiziert. Sie bereiten den werktäglichen Mittagstisch zu, organisieren das Restaurant und pflegen einen Projektgarten, in dem frische Zutaten angebaut werden. Betreiberin des „U-Jack“ ist die EWEDO.

Das MAI Job-Café - Aktivierungs- und Integrationscoaching des Verbundes der sozial-kulturellen Migrantenvereine in Dortmund e.V. (VMDO e.V.) zielt auf die Aktivierung von Frauen mit Migrationshintergrund, die alleinerziehend oder geringfügig beschäftigt sind oder in den Beruf zurückkehren möchten.

Auch weitere Projekte, wie der Quartiersservice, bei dem Langzeitarbeitslose als Kümmerer und Ansprechpartner im Quartier eingesetzt werden, leisten einen Beitrag zur Verbesserung der Arbeitsmarktchancen.

Projekte für Seniorinnen und Senioren

In Hörde bietet das Projekt ‚Nachbarschaften pflegen‘ den älteren Menschen im Quartier die Gelegenheit, sich auszutauschen, Beratung in Anspruch zu nehmen und an unterschiedlichen Veranstaltungen, Lesungen und Vorträgen teilzunehmen. Da ein großer Teil der älteren Menschen zugewandert ist, werden auch Deutschkurse angeboten.

Im Evinger ‚Naschgarten‘ im Gartenverein ‚Zur Sonnenseite‘ können Seniorinnen und Senioren, die selbst nicht mehr in der Lage sind, einen Garten zu bewirtschaften, Kräuter, Obst und Gemüse ernten. Dafür sind Hochbeete, extra breite Wege für Rollatoren und Sitzgelegenheiten vorhanden.

Diese Ansätze und ähnliche Projekte, wie das Seniorinnen- und Seniorenfrühstück, bringen ältere Dortmunderinnen und Dortmunder zusammen, bauen Brücken in Beratung und beugen Vereinsamung und Isolation vor.

Bewegung, Sport und Ernährung für ein gesünderes Leben

Aus den Mitteln des Aktionsplans werden unterschiedliche Sport- und Bewegungsangebote finanziert, insbesondere für die Gruppe der Kinder und Jugendlichen. Ein Beispiel ist ‚Sport vor Ort‘, das in Kooperation mit dem Stadt-SportBund e.V. und dem Netzwerk INFamilie niedrigschwellige Sportangebote in Westerfilde/Bodelschwingh schafft und vor allem die Kinder für Sportangebote gewinnen möchte, die bisher keinen Zugang dazu hatten.

Im Meylantviertel bietet der Jugendtreff ‚Time Out‘ des Falken Freizeit- und Bildungswerks e.V. aus Aktionsplanmitteln Kochkurse für Jugendliche an. Hier sollen sie motiviert werden, das eigene Ernährungsverhalten zu hinterfragen und lernen, frisch und gesund zu kochen. Auch das Projekt ‚Mit den Nachbarn Topf an Topf im MeylantViertel‘, das LEG Wohnen und die Evangelische Familienbildungsstätte durchführen, zielt auf gesundes Ernährungsverhalten und bietet im Rahmen eines angeleiteten Mini-Kochkurses die Gelegenheit, eine Mahlzeit mit frisch eingekauften Lebensmitteln zuzubereiten.

Bei diesen Angeboten geht es darum, das Gesundheits- und Körperbewusstsein der jungen Menschen zu verbessern, in deren Elternhaus die Wirkungen mangelnder Bewegung und schlechter Ernährung nicht thematisiert werden. Es gelingt auch zunehmend, die jungen Menschen nachhaltig für Sport zu interessieren und für Vereine zu begeistern.

Stärkung des Quartiers für bessere Wohnbedingungen

Neben den oben beschriebenen Aktivitäten des Wohnungsamtes und der Dortmunder Wohnungszugangsstrategie werden aus Mitteln des Aktionsplans soziale Stadt unterschiedliche Projekte gefördert, die das Zusammenleben in der Nachbarschaft verbessern.

Dazu gehört unter anderem die Wohnungswirtschaftliche Kooperation Scharnhorst-Ost, die vom GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V. mit dem Preis „Soziale Stadt 2010“ ausgezeichnet wurde. Sie zielt darauf, die Aktivitäten der Wohnungswirtschaft und der Stadt Dortmund zu bündeln und darüber die Wohn- und Lebensverhältnisse in der Großsiedlung Dortmund Scharnhorst-Ost zu verbessern. Mittel des Aktionsplans und der Wohnungsunternehmen fließen in ein gemeinsames Budget und stehen für Spieleprojekte für Kinder, für Feste und Mieterausflüge zur Verfügung.

Auch andere aus dem Aktionsplan finanzierte Projekte und Maßnahmen – dazu gehören insbesondere die Quartiersmanagements, aber auch die oben genannten Quartierskümmrer oder der „Frühjahrsputz“ in der Wambeler Heide – tragen dazu bei, das Miteinander in der Nachbarschaft und die Lebensqualität in der Wohnumgebung zu verbessern.

Bessere Teilhabechancen für Zugewanderte

Auch Neuzugewanderten mit ihren besonderen Lebenssituationen bieten die Aktionsplanprojekte Unterstützung in unterschiedlichen Bereichen. So sind in den bildungs-, sport- und freizeitorientierten Projekten für junge Dortmunderinnen und Dortmunder auch Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund angesprochen. Auch die auf Begegnung, Austausch und Beratung ausgerichteten Projekte beziehen stets Zugewanderte mit ein.

Daneben sind einige Maßnahmen speziell auf die Bedarfe der Neubürgerinnen und -bürger ausgerichtet. Dazu gehören vor allem die Sprachförderangebote wie die niederschwellige Sprachförderung für Frauen mit Migrationshintergrund in Scharnhorst-Ost, „Mama lernt deutsch – Papa auch“ oder die Teestube für ausländische Frauen.

Diese Projekte zielen immer auf das bessere Miteinander von (Neu-)Zugewanderten und Alteingesessenen, bieten Gelegenheiten der Begegnung und des Austausches und verstehen sich als Brücken zu mehr Teilhabe in der Stadtgesellschaft.

Daneben werden Initiativen gefördert, die Vorurteile abbauen, Toleranz und Demokratieverständnis fördern. Ein Beispiel ist das Scharnhorster Stadtteilprojekt für Toleranz und Vielfalt „We are the Voice“, in dem Kinder und Jugendliche unterschiedlicher Schulen mit einem Programm aus Workshops, Musik und Theater ein Zeichen gegen Ausgrenzung und für Begegnung und Miteinander setzen.

Alle Projekte sind durch ein großes bürgerschaftliches Engagement geprägt. Sie informieren über vorhandene Hilfen und zeigen Wege auf, wie diese in Anspruch genommen werden können. Ziel ist es auch stets, individuelle Stärken sichtbar zu machen und das Selbstvertrauen der Menschen in ihre eigenen Potenziale zu stärken.

9. Zusammenfassung der zentralen Befunde und Ausblick auf das weitere Vorgehen

Ziel der Sozialpolitik in Dortmund ist die Soziale Stadt: Alle Dortmunderinnen und Dortmunder sollen gute Start- und Rahmenbedingungen haben und damit die Möglichkeit, die Stadtgesellschaft aktiv mitzustalten. Im Vergleich zum Bericht zur sozialen Lage 2007 belegen die Ergebnisse der aktuellen Analyse teils wesentliche Abweichungen dieser Rahmenbedingungen, teils deuten die Ergebnisse auf eine Verfestigung von bereits vor zehn Jahren beschriebenen Phänomenen hin. Beides - veränderte Rahmenbedingungen wie auch das Fortbestehen ungünstiger Befunde - erfordert zielgerichtet nachsteuerndes sozialpolitisches Handeln.

9.1 Zentrale Befunde 2017

Bevölkerungsstruktur und Bevölkerungsentwicklung

So beschreibt der Bericht zur sozialen Lage 2007 für den Zeitraum 2000 bis 2006 eine vergleichsweise konstante Entwicklung der Bevölkerungszahl mit negativem Trend zwischen 2004 und 2006. Auch zukünftig könnte der Geburtenrückgang nur teilweise durch Zuwanderung kompensiert werden, was langfristig zu einem Bevölkerungsrückgang führe (Stadt Dortmund 2007a: 42f). Entgegen dieser Annahme lässt sich für Dortmund feststellen: Wir werden mehr, nicht weniger. Im Beobachtungszeitraum 2007 bis 2017 ist die Einwohnerzahl insgesamt gestiegen, und zwar von knapp 584.000 im Jahr 2007 auf 601.780 Ende 2017. Diese gesamtstädtische Entwicklung bestätigt sich für 28 der insgesamt 39 Sozialräume. IT NRW geht davon aus, dass dieser Effekt, der teils aus steigenden Geburtenzahlen, insbesondere aber aus Zuwanderung resultiert, noch weiter anhalten wird. Angesichts der globalen Wanderungsbewegungen und der anstehenden Erweiterung der Europäischen Union (Stadt Dortmund 2018c) ist davon auszugehen, dass insbesondere die Zuwanderung Thema auf der kommunalpolitischen Agenda bleiben wird.

Erwerbsbeteiligung und Transferleistungsbezug

Gleichzeitig ist die Erwerbsquote sowohl gesamtstädtisch als auch in den Aktionsräumen deutlich gestiegen. Hinter dieser Entwicklung steht allerdings nicht nur vollzeit-sozialversicherungspflichtige, sondern auch ein deutliches Wachstum im Bereich der prekären Teilzeitschäftigung. Das erklärt, warum gesamtstädtisch wie auch in den Aktionsräumen der Anteil der Transferleistungsempfängerinnen und -empfänger dennoch gestiegen ist. Dieser Anstieg spiegelt sich insbesondere in der Gruppe der Kinder unter 15 Jahren, die Leistungen nach dem SGB II erhalten. Ebenfalls ist ein deutlicher Anstieg bei Menschen zu erkennen, die Grundsicherung im Alter nach dem SGB XII erhalten. Zukünftig wird vor allem die Bekämpfung von Armut auf der Tagessordnung stehen. Dabei sind insbesondere die unter 15-jährigen und ihre Familien in den Blick zu nehmen, die auf SGB II-Leistungen angewiesen sind. Daneben stehen, angesichts der steigenden Inanspruchnahme von Grundsicherung im Alter, auch die älteren Dortmunderinnen und Dortmunder im Fokus.

Wohnen

Lange Zeit galt der Dortmunder Wohnungsmarkt als entspannt. Mittlerweile zeigen sich im mittleren, im unteren und im geförderten Preissegment deutliche Anspannungstendenzen. Der Nachfragedruck und die Konkurrenzsituation sind im Bereich der preiswerten Mietwohnungen für Ein- bis Zwei-Personen-Haushalte und für größere Familienhaushalte am stärksten. Zur Entlastung des angespannten Wohnungsmarktes ist eine bedarfsorientierte Angebotserweiterung notwendig. Die Schaffung und Sicherung von bezahlbarem Wohnraum im gesamten Stadtgebiet hat in diesem Zusammenhang eine hohe wohnungs- und sozialpolitische Bedeutung.

Bildung

Kinder und Jugendliche in sozial benachteiligten Sozialräumen haben eine geringere Chance, eine Übergangsempfehlung für höher qualifizierende Schulform zu erhalten und eine geringere Chance, eine solche Schule zu besuchen als Kinder aus sozial privilegierten Sozialräumen. Das verringert ihre Möglichkeiten, einen höher qualifizierenden Schulabschluss erreichen zu können, der im Übergang in die Arbeitswelt und für ihre spätere sozioökonomische Position in der Gesellschaft eine Schlüsselrolle einnimmt.

Allerdings bestätigt sich auch der Erfolg guter Bildungskooperationen. So liegt die Abiturquote unter anderem in den Sozialräumen der Nordstadt höher als aufgrund der dortigen Sozialdaten zu erwarten wäre. Die kommunale Bildungsplanung wird daher weiterhin die Entwicklungen kleinräumig analysieren, um bedarfsgerecht reagieren zu können und zur Schaffung der notwendigen Gelingensbedingungen beizutragen.

Erzieherische Hilfen

Im Rahmen der gesetzlichen Grundlagen und der Beschlüsse des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie unterstützt, berät und fördert die Jugendhilfe Kinder, Jugendliche und Familien in Dortmund. Sie stellt Ressourcen zur Verfügung, die dazu beitragen, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen⁴⁰. Ein herausragendes Ziel ist es, ungleiche Start- und Lebensbedingungen so auszugleichen, dass ein erfolgreiches Heranwachsen und gesellschaftliche Teilhabe gelingen.

Schwerpunkt der Jugendhilfe wird die bedarfsgerechte Versorgung mit Plätzen und die Qualität in der frökhkindlichen Bildung in der Kinderbetreuung bleiben. Im Zusammenhang mit der gesicherten Betreuung, der Erfüllung des Rechtsanspruches und der Vereinbarung von Familie und Beruf ist die frühe Bildungsförderung ein grundlegender Beitrag für mehr Bildungsgerechtigkeit. Junge Menschen und Familien in Krisen sozialraumorientiert und wohnortnah mit Hilfen zur Erziehung zu unterstützen, bleibt eine Herausforderung an die Jugendhilfe. Dazu wird ein ausdifferenziertes Angebot benötigt. Die Qualitätsstandards und Maßnahmen im Rahmen der erzieherischen Leistungen sind ständig zu überprüfen und auf die veränderten Lebensbedingungen hin auszurichten.

Darüber hinaus werden lebensbiografisch orientierte und integrierte Planungsansätze an Bedeutung gewinnen, um Angebote und Leistungen der Jugendhilfe effizienter auf die immer komplexer werdenden Lebenssituationen von Kindern und Jugendlichen auszurichten. Die strategischen Ziele der Jugendhilfe müssen gemeinsam mit den freien Trägern und rechtskreisübergreifend weiterentwickelt werden, um die Leistungsvielfalt und Angebotsstruktur zukunftsfähig zu machen.

Daneben steht die integrierte Jugendhilfeplanung auch vor der Herausforderung, Demokratieförderung und Demokratiebildung durch partizipative Prozesse zu entwickeln, die Kinder und Familien unterstützen, demokratische Prozesse aktiv zu leben und zu gestalten

40 Sozialgesetzbuch Acht, Kinder- und Jugendhilfe, §1 Absatz 4

Gesundheit

Seit Jahren ist der Anteil übergewichtiger Kinder in der Schuleingangsuntersuchung überdurchschnittlich hoch. Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Die Verwaltung entwickelt daher ein Konzept, das auf nachhaltige Maßnahmen zur Förderung eines gesunden Lebensstils bei Kindern abzielt. Die Federführung liegt beim Gesundheitsamt.

Die Sprechstunden für nicht krankenversicherte Menschen wurden im Zeitraum 2011 bis 2017 insgesamt über 13.500 Mal für eine medizinische Basisversorgung in Anspruch genommen. Nach dem Start der Clearingstelle Gesundheit - deren Zweck unter anderem ist, Menschen mit ungeklärtem Krankenversicherungsstatus zu beraten und in eine Krankenversicherung zu überführen - ist hier eine tendenzielle Verbesserung erkennbar. Ziel muss es daher sein, den Fortbestand der landesförderten Clearingstelle zu sichern.

Neuzuwanderung nach Dortmund

Seit der letzten Berichterstattung sind Menschen als Flüchtlinge oder deren Angehörige und EU-Bürgerinnen und Bürger nach Dortmund gekommen. Ein Teil von ihnen ist beruflich gut qualifiziert und in der Lage, sich in Dortmund zügig und gut zurechtzufinden. Andere brauchen Unterstützung, um nachhaltige Teilhabe-perspektiven zu entwickeln. Um die soziale Lage von Flüchtlingen in Dortmund zu verbessern, geht es zukünftig darum, sie bei der Entwicklung nachhaltiger Perspektiven zu unterstützen. Ihre gesellschaftliche und selbstbestimmte Teilhabe soll gewährleitet werden. Zu den zentralen Aufgaben gehören die Vermittlung von Deutschkenntnissen, gute Bildungschancen und die Arbeitsmarktintegration. Daneben ist es wichtig, ihre soziale Teilhabe im Quartier, in Kultur und Freizeit zu sichern und ihre Selbstorganisation zu fördern. Für die Integration von Geduldeten, die teilweise lange Zeit in Dortmund leben werden, gibt es kaum refinanzierte Integrationsangebote. Auch hier müssen Lösungen entwickelt werden, die eine ausreichende Teilhabe ermöglichen.

Menschen, die aus Rumänien und Bulgarien zuwandern, lebten in ihrem Herkunftsstaat teils ausgesperrt und in größter Armut. Diese Situation setzt sich oft auch in Dortmund fort. Gleichzeitig sind den Zuwandernden viele Hilfemöglichkeiten faktisch verschlossen. Im Ergebnis fallen sie durchs Raster. Die Dortmunder Akteure haben bedarfsgerechte Angebote aufgebaut, sie reichen aber nicht aus. Eine Verfestigung dieser prekären Lebenssituationen kann nur vermieden werden, wenn neben den örtlichen Akteuren auch der Bund und das Land ihren Beitrag in einer Verantwortungsgemeinschaft leisten. Das zu erreichen ist die wichtigste Aufgabe, wenn es um die Verbesserung der sozialen Lage dieser Menschen geht.

Menschen mit Behinderungen oder Beeinträchtigungen - Inklusion in Dortmund

Barrieren im öffentlichen Raum und bei der Mobilität schränken die Teilhabe der Menschen mit Behinderungen oder Beeinträchtigungen in allen Lebensbereichen ein. Dabei stehen teilhabefördernde und teilhabehemmende Lebensumstände in ihren komplexen Zusammenhängen in Wechselwirkungen zu weiteren Lebenslagen-Dimensionen. Besonders betrifft das Menschen mit mehreren Teilhabebeschränkungen. Zentrale Aufgabe ist daher die Verbesserung der Handlungsmöglichkeiten der Menschen mit Beeinträchtigung und Behinderung. Dafür muss der in Dortmund vereinbarte Weg zur verbesserten Inklusion konsequent und dauerhaft fortgesetzt werden. Eine notwendige Grundlage ist die Erfassung der sozialen Lage von Menschen mit Behinderungen oder Beeinträchtigungen

Seniorinnen und Senioren in Dortmund

Auch wenn die Zahl der über 65-jährigen nur leicht gestiegen ist: Die Klärung von Fragen rund um die ‚alternde Gesellschaft‘ wird eine der zentralen Zukunftsaufgaben bleiben. Die Stadt Dortmund hat in der Vergangenheit bereits wohnortnahe Strukturen geschaffen, die einen wichtigen Beitrag zum gelingenden Älterwerden für die Bürgerinnen und Bürger leisten. Bedingt durch den demografischen Wandel und die Veränderungen in den Versorgungsstrukturen ergeben sich jedoch neue Herausforderungen. In Zukunft muss die Seniorenarbeit verstärkt die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sichern, bürgerschaftliches Engagement stärken und Rahmenbedingungen schaffen, damit die Menschen im Alter möglichst bis zum Lebensende im vertrauten Wohnumfeld selbstständig und selbstbestimmt leben können. Sie muss außerdem eine abgestimmte Bedarfsplanung für Pflegeangebote entwickeln, um zukunftsfähige Fürsorgestrukturen zu fördern.

Nach wie vor 13 Aktionsräume

Anders als 2007 basiert die Auswahl der Sozialräume, die besondere Unterstützung benötigen, auf der Erkenntnis, dass ein signifikanter Zusammenhang zwischen dem Bezug von Transferleistungen und unterschiedlichen Dimensionen sozialer Benachteiligung besteht. Dabei definiert der vorliegende Bericht Sozialräume dann als Aktionsräume, wenn die Transferleistungsquote bei 20 Prozent und mehr liegt.

Ergebnis dieser Auswertung ist, dass elf der 13 im Jahr 2007 identifizierten Aktionsräume weiterhin besonderen Unterstützungsbedarf haben. Das sind:

- Bodelschwingh/Westerfilde
- Dorstfelder Brücke
- Eving/Kemminghausen
- Eving/Lindenhorst
- Hörde
- Marten
- Nette
- Nordstadt Hafen
- Nordstadt Borsigplatz
- Nordmarkt
- Scharnhorst-Ost

Für zwei der ursprünglich als Aktionsräume definierten Sozialräume - Alt-Scharnhorst und Wickede - belegt die Analyse eine Transferleistungsquote von unter 20,0 Prozent und auch eine sonst insgesamt gute Entwicklung. Die praktische Arbeit vor Ort macht aber deutlich, dass mit dem Meylantviertel in Wickede und der Wambeler Heide in Alt-Scharnhorst in beiden Sozialräumen jeweils ein Teilraum weitere Unterstützung benötigt.

In zwei weiteren Sozialräumen

- Bövinghausen/Westrich
- Dorstfeld

liegt die Transferleistungsquote über der Marke von 20,0 Prozent. Auch die Ausprägungen der übrigen Indikatoren weisen für beide Sozialräume darauf hin, dass begleitende Aktivitäten notwendig sind.

Insgesamt wird daher empfohlen,

- Alt-Scharnhorst und Wickede nicht mehr insgesamt im Rahmen des Aktionsplans als Aktionsräume zu unterstützen, sondern Unterstützung gezielt ins Meylantviertel und in die Wambeler Heide zu bringen. Das kann auch im Rahmen des ‚Aktionsplan Soziale Stadt‘ erfolgen;
- die Sozialräume Bövinghausen/Westrich und Dorstfeld als Aktionsräume auszuweisen.

9.2 Kommunale Handlungsnotwendigkeiten und weiteres Vorgehen

Gestaltungsmöglichkeiten

Der vorliegende Bericht beschreibt, wie die einzelnen Fachbereiche im Rahmen ihrer Handlungsmöglichkeiten auf die Herausforderungen reagieren. Er zeigt auf, wie (Regel-) Angebote angepasst und im Rahmen der Möglichkeiten bedarfsgerecht umgesteuert und zudem dort, wo dies möglich ist, neue Maßnahmen initiiert werden. Dabei ist eine bedarfsgerechte Ausrichtung der Arbeit immer auch von Rahmenbedingungen abhängig, die communal kaum zu beeinflussen sind.

So geht ein Großteil der örtlichen Probleme auf bundespolitische Entscheidungen zurück, die auch auf dieser Ebene gelöst werden müssen. Dazu gehört unter anderem die Zuwanderung von Flüchtlingen aus Krisen- und Kriegsregionen oder von Menschen aus anderen EU-Staaten.

Einen wesentlichen Einfluss haben außerdem die zur Verfügung stehenden Ressourcen. Oft reichen die örtlich vorhandenen finanziellen und personellen Möglichkeiten nicht aus, um die Handlungsprogramme der Fachbereiche bedarfsgerecht auszurichten und Angebotslücken zu schließen.

Im Ergebnis treffen wachsende Herausforderungen auf schrumpfende Ressourcen.

Diesen Wirkungszusammenhängen ist im Rahmen der weiteren Ausgestaltung der vorausschauenden und strategisch ausgerichteten Sozialplanung Rechnung zu tragen. Das erfordert Handeln auf kommunaler und auf überörtlicher Ebenen.

Handeln auf kommunaler Ebene

Beteiligungsprozess

Zu den grundlegenden Voraussetzungen einer wirkungsorientierten Sozialberichterstattung gehört eine gute Datengrundlage, die für Planungszwecke transparent zur Verfügung gestellt wird. Für die Daten und Ergebnisse des vorgelegten Sozialberichts heißt das, dass sie - ähnlich wie bereits vor zehn Jahren - in einem dezentralen Informations- und Beteiligungsprozess den interessierten Akteuren zugänglich gemacht werden. Auf dieser Basis und in Kooperation der Fachakteure der Verwaltung und der freien Träger, der Bürgerinnen und Bürger, der Ehrenamtlichen und der Politik soll die Situation bewertet werden. Daran anschließend werden die Identifizierung der Handlungsbedarfe, eine Überprüfung der formulierten Ziele und der Handlungsfelder und die Entwicklung der konkreten Handlungsmöglichkeiten erfolgen.

Optimierung der Berichts- und Planungsstrukturen

Zu Beginn des vorgelegten Berichts wurde darauf hingewiesen, dass eine vertiefte Analyse der zu den unterschiedlichen Bereichen gesammelten Daten in den Fachberichten erfolgen muss. Dennoch bleibt es für eine Sozialberichterstattung mit dem Ziel der strategischen Sozialplanung unumgänglich, die zur Verfügung stehenden Daten sorgfältig - das heißt kleinräumig und interdisziplinär - auszuwerten, damit auf dieser Basis eine fundierte und bedarfsgerechte Planung überhaupt möglich ist. Eine solche Analyse sollte periodisch erfolgen. Hier ist es sinnvoll, die Zusammenarbeit für eine integrierte Berichterstattung zu systematisieren und zu intensivieren.

Aus diesem Grund ist ein regelmäßiger verwaltungsinterner Fachaustausch von Expertinnen und Experten unterschiedlicher Fachrichtungen geplant. Bei Bedarf sollen verwaltungsexterne Akteure daran beteiligt werden. Ein derartig strukturierter Austausch ermöglicht es, eigene Analysen zur Diskussion zu stellen, gemeinsam zu analysieren und Handlungsbedarfe schneller zu erkennen.

Ein weiteres Ergebnis des inhaltlichen Austausches wird eine Professionalisierung des städtischen Berichtswesens sein. So können die unterschiedlichen Fachberichte - dort, wo dies sinnvoll ist - stärker miteinander verzahnt und aufeinander abgestimmt werden. Auf dieser Grundlage ist eine fundierte Einschätzung möglich, ob die Ziele geplanter oder umgesetzter Maßnahmen bedarfsgerecht auf diejenigen der vereinbarten Handlungsfelder ausgerichtet sind. Es liegt nahe, dass in diesem Zusammenhang auch die Verschneidung zentraler Prozesse - dazu gehören beispielsweise der Masterplan Integration, die Kommunale Arbeitsmarktstrategie und die Gesamtstrategie Nezuwanderung - strukturiert gelingen kann.

Es besteht auch die Möglichkeit, methodische Fragen zu klären wie etwa die, ob bei der kleinräumigen Analyse der Daten an der sozialräumlichen Gliederung festgehalten wird, oder ein verändertes Gliederungssystem erforderlich ist. In dem Zusammenhang kann auch geklärt werden, in welchen Bereichen eine Analyse auf Setting-Ebene (z.B. Schulen, Kitas u.a.) in die Auswertungen der Fachberichte als fester Bestandteil integriert werden sollte.

Handeln auf überörtlicher Ebene

Aktivitäten auf überörtlicher Ebene: Unterstützung des Landes und des Bundes notwendig

In einigen zentralen Bereichen können über Unterstützungspakete des Landes und des Bundes neue Wege erprobt werden. Sie sind im vorliegenden Bericht beschrieben und reichen von Brückenprogrammen für bessere Zugänge in die Regelangebote über die Unterstützung der Erwerbsintegration von Zugewanderten und die Ausbildung von Studierenden der Sozialen Arbeit bis hin zum Landesprogramm ‚Öffentlich geförderte Beschäftigung‘, das durch Qualifizierung und Coaching auf die Vermittlung von Langzeitarbeitslosen in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zielt.

Eine Verfestigung dringend notwendiger Angebote ist über diese Landes- und Bundeshilfen, die in der Regel als zeitlich befristete Projektförderungen gewährt werden, nicht möglich. Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Land und Bund müssen nachhaltig aufgefordert werden, ihrer Verantwortung gerecht zu werden und eine verlässliche und auskömmliche Ausstattung der kommunalen Strukturen ermöglichen.

10. Verzeichnisse

Literaturverzeichnis

ABELS, HEINZ (2009): *Einführung in die Soziologie. Band 1: Der Blick auf die Gesellschaft*, 4. Auflage, Wiesbaden.

ANER, KIRSTEN (2018): Lauter ‚aktive‘ Alte – wer interessiert sich für den ‚Rest‘?, in: Anhorn, Roland et al. (Hrsg.): *Politik der Verhältnisse - Politik des Verhaltens, Perspektiven kritischer Sozialer Arbeit* 29, Wiesbaden, S. 277-290.

BECK, ULRICH (1991): Der Konflikt der zwei Modernen, in: Beck, Ulrich (Hrsg.): *Politik in der Risikogesellschaft*, Frankfurt am Main, S. 180-195.

BECK, ULRICH (2003): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Sonderausgabe zum 40jährigen Bestehen der edition suhrkamp, Frankfurt am Main.

BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, JUGEND, FRAUEN, SENIOREN (BMFJFS) (2016): *Siebter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik. Deutschland Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften*, BT-Drucks.: 18/10210, Berlin.

GEIS, INGO (2016): Flüchtlinge lösen die demografischen Probleme nicht, in: Institut der Deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.): *IW-Nachrichten*, im Internet unter: <https://www.iwkoeln.de/presse/iw-nachrichten/beitrag/bevoelkerungsentwicklung-fluechtlinge-loesen-die-demografischen-probleme-nicht-262110.html>, zuletzt aufgerufen am: 08.05.2018.

GÖSCHEL, ALBRECHT (2008a): Wohnen in der zweiten Moderne. Projekte gemeinschaftlichen Wohnens, in: *Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften*, Heft 47, Bd. 1, 2008, S. 63-73.

HANNEMANN, CHRISTINE (2014): Zum Wandel des Wohnens, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 20-21, 2014, S. 36-45.

HANNEMANN, CHRISTINE (2016): Wohnen neu bedacht. Eine soziologische Einschätzung, in: Bund Deutscher Architekten (Hrsg.): *Neue Standards. Zehn Thesen zum Wohnen*, Berlin, S. 31-35.

HECKEL, MARGARET (2017): Neue Alterskultur, in: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) (Hrsg.): *Dossier Demografischer Wandel*, im Internet unter: <http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/demografischer-wandel/196660/neue-alterskultur>, zuletzt aufgerufen am: 02.05.2018.

JEWORUTZKI, SEBASTIAN/KNÜTTEL, KATHARINA/NIEMAND, CATHARINA/SCHMIDT, BJÖRN/SCHRÄPLER, JÖRG-PETER/TERPOORTEN, TOBIAS (2017): *RÄUMLICH SEGREGIERTE BILDUNGSTEILHABE IN NRW UND IM RUHRGEBIET*, IN: Schräpler, Jörg-Peter et al.: *Wege zur Metropole Ruhr*, ZEFIR-Materialien Band 6, Bochum, S. 29-213.

KÜHN, FRANKA (2017): Die demografische Entwicklung in Deutschland, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): *Dossier Demografischer Wandel*, im Internet unter: <http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/demografischer-wandel/196911/fertilitaet-mortalitaet-migration>, zuletzt aufgerufen am: 02.05.2018.

NAEGELE, GERHARD/REICHERT, ANDREAS (2005): Demografischer Wandel und demografisches Altern im Ruhrgebiet: Probleme, Chancen und Perspektiven, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 4, Jg. 14, S. 335-347.

ROTHEN, HANS JÖRG (2016): Kommunale Alten- und Seniorenpolitik, Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): *Wegweiser Kommune*, im Internet unter: <http://www.wegweiser-kommune.de/documents/10184/16915/Kommunale+Alten+und+Seniorenpolitik.pdf/571f4fb6-75ec-4c73-902d-180e4645e2e7>, zuletzt aufgerufen am 04.06.2018.

STADT DORTMUND, SOZIALDEZERNAT, STADTRAT SIEGFRIED POGADL (2007a): *Bericht zur sozialen Lage in Dortmund*, Dortmund.

STADT DORTMUND, SOZIALDEZERNAT, STADT-RAT SIEGFRIED POGADL (2007b): *Sozialstruktur-atlas 2005*, Dortmund.

STADT DORTMUND (2015a): *Ratsvorlage: Bedarfsplanung für vollstationäre Pflegeeinrichtungen in Dortmund*, Drucks.-Nr. 00311-11 vom 17.02.2015.

STADT DORTMUND (2015b): *Ratsvorlage: Altersgerechte Stadt im Lichte des demografischen Wandels*, Drucks.-Nr.: 02582-15 vom 20.10.2015.

STADT DORTMUND (2016a): *Dortmunder Inklusionsplan 2020*. DORTMUND – SOZIAL INNOVATIVE STADT FÜR TEILHABE (Do-iT). Dokumentation der Tagung am 2. September 2015. Dortmunder Berichte 01/2016, Dortmund.

STADT DORTMUND (2016b): *Ratsvorlage: Pflegebericht 2016 der Stadt Dortmund und Fortschreibung der Bedarfsplanung für vollstationäre Pflegeeinrichtungen bis 2018*, Drucks.-Nr. 05205-16 vom 20.09.2016.

STADT DORTMUND (2017): *Ratsvorlage: Altersgerechte Stadt im Lichte des demografischen Wandels, 1. Sachstandsbericht*, Drucks.-Nr.: 08584-17 vom 07.11.2017.

STADT DORTMUND (2018a): *Sachstandsbericht Zuwanderung aus Südosteuropa 2018*, Dortmund.

STADT DORTMUND (2018b): *Zehn Jahre Aktionsplan soziale Stadt vor Ort*, Dortmund.

STADT DORTMUND (2018c): *Seniorenportal*, im Internet unter: www.senioren.dortmund.de, zuletzt aufgerufen am 23.05.2018.

STADT DORTMUND (2018d): *Rat, Ausschüsse, Beiräte und Bezirksvertretungen*, im Internet unter: https://www.dortmund.de/de/rathaus_und_buergerservice/lokalpolitik/rat_und_ausschuesse/beiraete/rat_seniorenbeirat/start_seniorenbeirat/index.html, zuletzt aufgerufen am 14.06.2018.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Einwohnerentwicklung 2007 bis 2017, Seite 18

Abbildung 2: Entwicklung 2007 bis 2017 nach Bevölkerungsgruppen, Seite 19

Abbildung 3: Deutsche, Nicht-Deutsche und Zuwanderer nach Alter 2017 (in %), Seite 20

Abbildung 4: Haushalte nach Haushaltstyp 2017, Seite 20

Abbildung 5: Entwicklung der Haushaltzahlen 2007 bis 2017, Seite 21

Abbildung 6: Bevölkerungsbewegungen 2007 bis 2017, Seite 21

Abbildung 7: Einwohnerentwicklung 2007 bis 2017 nach Sozialräumen, Seite 22

Abbildung 8: Einwohnerentwicklung 2007 bis 2016 im Städtevergleich (in %), Seite 23

Abbildung 9: Erwerbsquote 2008 bis 2017 (in % der 18- unter 65-Jährigen), Seite 24

Abbildung 10: Entwicklung der Beschäftigung 2008 bis 2017 (Personen mit Wohnort Dortmund), Seite 25

Abbildung 11: Beschäftigungsquote 2017 im Städtevergleich (Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in % der 15- bis unter 65-Jährigen), Seite 26

Abbildung 12: Transferleistungsbezug 2007 bis 2017, Seite 26

Abbildung 13: Transferleistungsempfänger/innen nach Leistungsart 2017, Seite 27

Abbildung 14: Entwicklung Transferleistungsbezug 2007 bis 2017 nach Altersgruppen (in % der Bezugsbevölkerung), Seite 29

Abbildung 15: Transferleistungsbezug 2017 und Entwicklung 2007 bis 2017, Seite 29

Abbildung 16: Transferleistungsempfänger 2016 im Städtevergleich (in %), Seite 29

Abbildung 17: Entwicklung von Einkommen und Lebenshaltungskosten 2007 bis 2016 (2007=100)

Abbildung 18: Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte 2016 im Städtevergleich (je Einwohner/in in Euro), Seite 31

Abbildung 19: Entwicklung des geförderten Mietwohnungsbestandes zum 31.12. (ab 2018 geschätzt), Seite 33

Abbildung 20: Entwicklung der Angebotsmieten in Dortmund 2005 bis 2017, Nettokaltmieten, Median in Euro/m² (in %), Seite 34

Abbildung 21: Übergangsempfehlungen zum Gymnasium nach Sozialräumen (in %), Seite 41

Abbildung 22: Übergangsempfehlungen zur Hauptschule nach Sozialräumen (in %), Seite 42

Abbildung 23: Übergangsempfehlungen zur Realschule nach Sozialräumen (in %), Seite 43

Abbildung 24: Schulwahlempfehlungen und soziale Lage – Sozialgeld und Gymnasialempfehlung (in %), Seite 45

Abbildung 25: Schulwahlempfehlungen und soziale Lage – Sozialgeld und Hauptschulempfehlung (in %), Seite 45

Abbildung 26: Übergänge in verschiedene Schulformen in Dortmund im Vergleich zu Nordrhein-Westfalen, Seite 46

Abbildung 27: Übergänge zum Gymnasium 2017/18 (in %), Seite 47

Abbildung 28: Übergänge an die weiterführenden Schulen nach Sozialräumen (in %), Seite 48

Abbildung 29: Schulabschlüsse an Allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2016/17 (in %), Seite 49

Abbildung 30: Schulabschlüsse und soziale Lage – Hauptschule (in %), Seite 50

Abbildung 31: Schulabschlüsse und soziale Lage – Mittlerer Schulabschluss und Sozialgeld (in %), Seite 51

Abbildung 32: Schulabschlüsse und soziale Lage – Abitur und Sozialgeld (in %), Seite 51

Abbildung 33: Grundschulen – Anteile Kinder mit erster Staatsangehörigkeit deutsch und nicht-deutsch (in %), Seite 52

Abbildung 34: Anteile Schüler/innen an verschiedenen Schulformen nach Staatsangehörigkeit – Hauptschule (in %), Seite 54

Abbildung 35: Anteile Schüler/innen an verschiedenen Schulformen nach Staatsangehörigkeit – Gesamtschule (in %), Seite 55

Abbildung 36: Anteile Schüler/innen an verschiedenen Schulformen nach Staatsangehörigkeit – Gymnasium (in %), Seite 56

Abbildung 37: Entwicklung der Anzahl unter 3-jähriger und 3- bis unter 6-jähriger, Seite 62

Abbildung 38: Versorgungsquoten unter 3-jährige und 3- bis unter 6-jähriger, Seite 63

Abbildung 39: Familienzentren in Dortmund inkl. Verbundeinrichtungen, Seite 64

Abbildung 40: Anzahl der laufenden Hilfen innerhalb und außerhalb der eigenen Familie im Jahr 2017, Seite 70

Abbildung 41: Inanspruchnahme der Hilfen zur Erziehung pro tausend Jugendeinwohner/innen (0 bis unter 21 Jahre) gesamt, Seite 71

Abbildung 42: Anteil Durchgeführte U9-Untersuchung (in %, SEU2016), Seite 73

Abbildung 43: Anteil von mindestens 2 MMR Impfungen (in %, SEU2016), Seite 74

Abbildung 44: Anteil Übergewicht/Adipositas (in %, SEU 2016), Seite 76

Abbildung 45: Anteil Herabsetzung der Sehschärfe (in %, SEU2016), Seite 78

Abbildung 46: Sprechstunde für nicht-krankenversicherte Kinder – Kontakte, Seite 79

Abbildung 47: Sprechstunde für nicht-krankenversicherte Kinder – Nationalität, Seite 80

Abbildung 48: nicht-krankenversicherte Frauen – Kontakte, Seite 80

Abbildung 49: Sozialraumprofil Bodelschwingh/Westerfilde, Seite 86

Abbildung 50: Sozialraumprofil Dorstfelder Brücke, Seite 89

Abbildung 51: Sozialraumprofil Eving/Kemminghausen, Seite 92

Abbildung 52: Sozialraumprofil Eving/Lindenhorst, Seite 95

Abbildung 53: Sozialraumprofil Hörde, Seite 96

Abbildung 54: Sozialraumprofil Marten, Seite 101

Abbildung 55: Sozialraumprofil Nette, Seite 104

Abbildung 56: Sozialraumprofil Hafen, Seite 107

Abbildung 57: Sozialraumprofil Borsigplatz, Seite 110

Abbildung 58: Sozialraumprofil Nordmarkt, Seite 113

Abbildung 59: Sozialraumprofil Scharnhorst-Ost, Seite 116

Abbildung 60: Sozialraumprofil Alt-Scharnhorst, Seite 120

Abbildung 61: Sozialraumprofil Wickede, Seite 123

Abbildung 62: Sozialraumprofil Bövinghausen/Westrich, Seite 126

Abbildung 63: Sozialraumprofil Dorstfeld, Seite 129

Abbildung 64: Menschen mit rumänischer oder bulgarischer Staatsangehörigkeit in Dortmund, Stadtbezirk IN-Nord und Sozialräumen Nordmarkt und Borsigplatz 2006 bis 2017 (jeweils 31.12.), Seite 135

Abbildung 65: Altersstruktur der EU2- und der Gesamtbevölkerung in % im Vergleich, Seite 137

Abbildung 66: Anteile HWB nach Altersgruppen in den Dortmunder Sozialräumen in %, Stand: 31.12.2017, Seite 149

Abbildung 67: Abweichungen der Anteile der 65-jährigen und Älteren in den Sozialräumen vom Wert für die Gesamtstadt (Stand: 31.12.2017), Seite 150

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Hauptwohnungsbevölkerung (HWB) und Gebietsfläche in den Sozialräumen (SR) der Stadt Dortmund zum Stand 12/2017, Seite 16

Tabelle 2: Anzahl der Schulen in Dortmund, Seite 39

Tabelle 3: Anzahl der Schülerinnen und Schüler in Dortmund nach Schulform, Seite 40

Tabelle 4: Anteil unter 3-jähriger und 3- bis unter 6-jähriger in Dortmund, Seite 62

Tabelle 5: Produkte und Leistungen nach SGB VIII der Jahre 2016, 2017 und deren Inanspruchnahme, Seite 67

Tabelle 6: Hilfen zur Erziehung – ambulant und stationär, Seite 68

Tabelle 7: Clearingstelle Gesundheit, Seite 81

Tabelle 8: Verteilung der Herkunftsstaaten, Seite 82

Tabelle 9: Transferleistungsempfänger/innen 2007 und 2017 im Vergleich, Seite 84

Tabelle 10: Deutschland – Entwicklung der EU2-Bevölkerung 2007 bis 2017, Seite 135

Tabelle 11: Dortmund – Entwicklung der EU2-Bevölkerung 2007 bis 2017, Seite 135

Kartenverzeichnis

Karte 1: Dortmund, Stadtbezirke und Sozialräume, Seite 15

Karte 2: Transferleistungsempfänger/innen 2017 (2007), Seite 85

Karte 3: Standorte der Seniorenbüros in den Dortmunder Stadtbezirken, Seite 152

Karte 4: Stadt Dortmund – Städtische Begegnungszentren, Seite 153

Impressum

Herausgeber

Stadt Dortmund, Dezernat für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Sport und Freizeit
Stadträtin Birgit Zoerner, Dezernentin für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Sport und Freizeit
(verantwortlich)

Texte:

Christiane Certa, Özay Vural, Josephin Tischner
(Dezernat für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Sport und Freizeit)
Bertold Haermeyer, Katja Dreisbach (Fachbereich Statistik)
Jan Bohrke (Wirtschaftsförderung Dortmund)
Sonja Grauer (Amt für Wohnen und Stadterneuerung)
Birgit Klein, Christina Luchmann (Fachbereich Schule)
Norbert Enters (Jugendamt)
Dr. Renate Breidenbach, Magdalena Plätz, Christoph Neumann
(Gesundheitsamt)
Ulrich Piechota, Eveline Draht, Reinhard Pohlmann, Catharina Niemand (Sozialamt)
Christiane Vollmer, Andrea Zeuch
(Geschäftsbereich Bürgerinteressen und Zivilgesellschaft)

Kartographie:

Stadt Dortmund, Vermessungs- und Katasteramt, StA 62/5, 10/2018

Gestaltung, Layout:

Stadt Dortmund, Dortmund-Agentur

Druck:

Stadt Dortmund, Dortmund-Agentur, 12/2018

2018



Aktionsplan
Soziale Stadt
Dortmund

ZEHN JAHRE AKTIONSPPLAN SOZIALE STADT DORTMUND VOR ORT

DORTMUND
ÜBERRASCHT.
DICH.

Stadt Dortmund





INHALT

VORWORT	6
1. VON DATEN ZU TATEN: GEMEINSAM NACH VORN GEHEN	8
1.1 GEMEINSAM PLANEN: BETEILIGUNGSVERFAHREN, ZIELE UND PROJEKTIDEEN	10
1.2 GEMEINSAM HANDELN VOR ORT: KOORDINIERUNG, ZENTRALE STEUERUNG UND FINANZIERUNG	12
2. „WIR ERHEBEN DATEN FÜR TATEN“ – INTERVIEW MIT STADTRÄTIN BIRGIT ZOERNER	14
3. DER „AKTIONSPLAN SOZIALE STADT DORTMUND“ AUS SICHT DER „KOMMISSION SOZIALE STADT“	16
4. ARMUTSBEKÄMPFUNG IN DORTMUND AUS SICHT DES INSTITUTS FÜR ARBEIT UND WIRTSCHAFT, BREMEN	20
5. AKTIONSPLAN KONKRET: DIE ARBEIT IN DEN AKTIONSRÄUMEN	22
5.1 AKTIONSRÄUM: BODELSCHWINGH-WESTERFILDE	22
5.1.1 FAKTEN ZU BODELSCHWINGH-WESTERFILDE	22
5.1.2 PROJEKT „EIN GARTEN FÜR WESTERFILDE“	23
5.1.3 DREI FRAGEN AN ...	24
5.1.4 ... UND DREI FRAGEN AN ...	25
5.2 AKTIONSRÄUM NETTE	28
5.2.1 FAKTEN ZU NETTE	28
5.2.2 PROJEKT „DORTMUNDS ERSTES REPAIR CAFÉ“	29
5.2.3 DREI FRAGEN AN ...	30
5.3 AKTIONSRÄUM EVING-LINDENHORST	32
5.3.1 FAKTEN ZU EVING LINDENHORST	32
5.3.2 PROJEKT „MENTORING-PROGRAMM AM HEISENBERG-GYMNASIUM“	33
5.3.3 DREI FRAGEN AN ...	34
5.4 AKTIONSRÄUM EVING-KEMMINGHAUSEN	36
5.4.1 FAKTEN ZU EVING-KEMMINGHAUSEN	36
5.4.2 PROJEKT „HAUSAUFGABENHILFE IN DER FISCHSIEDLUNG“	36
5.4.3 DREI FRAGEN AN ...	37
5.5 AKTIONSRÄUM MARTEN	40
5.5.1 FAKTEN ZU MARTEN	40
5.5.2 PROJEKT „FRÜHSTÜCK FÜR MARTENER KINDER“	41
5.5.3 DREI FRAGEN AN ...	42
5.6 AKTIONSRÄUM SCHARNHORST-OST	44
5.6.1 FAKTEN ZU SCHARNHORST-OST	44
5.6.2 PROJEKT „WOHNUNGSWIRTSCHAFTLICHE KOOPERATION“	45
5.6.3 DREI FRAGEN AN ...	46

5.7	AKTIONSSPACHT: SCHARNHORST-ALT	48
5.7.1	FAKten ZU SCHARNHORST-ALT	48
5.7.2	PROJEKT „WAMBELER HEIDE“	49
5.7.3	DREI FRAGEN AN...	50
5.8	AKTIONSSPACHT WICKEDE	52
5.8.1	FAKten ZU WICKEDE	52
5.8.2	PROJEKT „MEYLANT-SIEDLUNG“	53
5.8.3	DREI FRAGEN AN ...	54
6.	DER AKTIONSPACHT IN DEN GEBIETEN DER STADTERNEUERUNG	56
6.1	AKTIONSSPACHT: DORSTFELDER BRÜCKE	58
6.1.1	FAKten ZUM AKTIONSSPACHT DORSTFELDER BRÜCKE	58
6.1.2	PROJEKT U-JACK	59
6.1.3	DREI FRAGEN AN ...	60
6.2	AKTIONSSPACHT HÖRDE	62
6.2.1	FAKten ZU HÖRDE	62
6.2.2	PROJEKT „DIE UNPROBLEMATISCHE HOCHHAUS-SIEDLUNG“	63
6.2.3	FRAGEN AN ...	64
6.2.4	... UND DREI FRAGEN AN ...	65
6.3	AKTIONSSPACHT NORDSTADT-BORSIGPLATZ	68
6.3.1	FAKten ZU NORDSTADT-BORSIGPLATZ	68
6.3.2	PROJEKT „SPIEL UND BEWEGUNG AM BORSIGPLATZ“	69
6.3.3	DREI FRAGEN AN ...	70
6.4	AKTIONSSPACHT NORDSTADT-HAFEN	72
6.4.1	FAKten ZU NORDSTADT-HAFEN	72
6.4.2	PROJEKT „HAFENSPAZIERGANG SCHWEISST EIN VIERTEL ZUSAMMEN“	72
6.4.3	DREI FRAGEN AN ...	74
6.5	AKTIONSSPACHT NORDSTADT-NORDMARKT	76
6.5.1	FAKten ZU NORDSTADT-NORDMARKT	76
6.5.2	PROJEKT „SCHLESWIGER VIERTEL“	77
6.5.3	DREI FRAGEN AN ...	79
7.	FÖRDERPREIS SOZIALE STADT	80
8.	AKTIONSBÜROS DES JOBCENTERS DORTMUND	82
9.	AUSBLICK	84
	IMPRESSUM	86

VORWORT

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

vor zehn Jahren - im Jahr 2008 - fiel der Startschuss für den „Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund“. Kurz zuvor waren Ende 2007 der Bericht zur sozialen Lage in Dortmund und der Sozialstrukturatlask veröffentlicht worden. Beide hatte das Dortmunder Sozialdezernat gemeinsam mit dem „Zentrum für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung der Ruhr-Universität Bochum“ (ZEFIR) entwickelt. Ergebnis war eine statistisch unterfütterte Analyse, die sehr genau zeigte, wie es den Dortmunderinnen und Dortmundern aus Sicht der Sozialberichterstattung geht, in welchen Quartieren die soziale Lage eher unter dem Durchschnitt liegt und in welchen Lebensbereichen die Situation schwierig ist. Das Ergebnis war deutlich: In 13 von insgesamt 39 Dortmunder Sozialräumen waren die sozialen Problemlagen erkennbar größer als im städtischen Schnitt. Und dort leben die meisten Kinder und Jugendlichen!

„Jeder Bürgerin und jedem Bürger sollen gute Start- und Rahmenbedingungen und die Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Stadtgesellschaft geboten werden.“¹ Das ist das Leitziel der sozialen Stadt Dortmund. Und es war schnell klar, dass in diesen benachteiligten Quartieren besonderes Handeln notwendig ist, wenn das Leitziel nicht ein reines Lippenbekenntnis sein sollte.

Mit der Veröffentlichung des Berichts zur sozialen Lage wurde daher ein mehrheitlich getragener politischer Beschluss gefasst, dass Ressourcen in die benachteiligten Quartiere gelenkt und in den einzelnen Quartieren passgenaue Handlungskonzepte entwickelt und umgesetzt werden sollten. Benachteiligte Sozialräume sollten zu „Aktionsräumen“ werden.

Genau da setzt der „Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund“ an.

Als im Februar 2008 die zentrale Auftaktveranstaltung stattfand, war die Resonanz überwältigend: Über 500 Dortmunderinnen und Dortmunder trafen sich im „Forum Soziale Stadt“ im Dortmunder Rathaus. Sie informierten sich in Fachvorträgen, tauschten sich in Arbeitsgruppen aus, hinterfragten kritisch und diskutierten kontrovers. Dabei stand eines immer im Vordergrund: Ideen und Impulse sammeln für den weiteren Prozess, der von vornherein auf Beteiligung, Miteinander und passgenaue Lösungen ausgerichtet war.

Im weiteren Verlauf folgte ein dezentral organisierter Bürgerschaftsbeteiligungsprozess in den 13 Aktionsräumen. Auch hier war die Beteiligung beeindruckend. Über 2.000 Menschen aus den unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen beteiligten sich an insgesamt fast 30 Veranstaltungen. Dazu stießen Fach-Akteurinnen und Akteure aus Politik und Verwaltung, Verbänden und Kirchen, Vereinen und Organisationen ebenso wie „Nachbarinnen und Nachbarn von nebenan“. Sie diskutierten Fragen wie: Was sind die besten, richtigen, passgenauen Lösungen für das jeweilige Quartier? Wie kann noch besser und gezielter gehandelt werden? Wie kann aus einem benachteiligten Sozialraum ein „Aktionsraum“ werden?

Der Diskussionsprozess hat sehr deutlich gezeigt: Eine der zentralen Grundvoraussetzungen ist eine prosperierende und wettbewerbsfähige Wirtschaft in unserer Stadt. Aber: Die Verbesserung der sozialen Lage in den Dortmunder Quartieren braucht mehr als das. Nachhaltige Lösungen können wir nur schaffen, wenn es uns gelingt, gemeinsame Ziele und gut abgestimmte und in sich schlüssige Konzepte zu entwickeln - um Armut und Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, Kinder und Familien zu stärken und den Fokus gezielt auf die 13 Quartiere zu

**Jeder
Bürgerin und
jedem Bürger
sollen gute
Start- und
Rahmen-
bedingungen
und die
Möglichkeit
zur aktiven
Mitgestaltung
der Stadt-
gesellschaft
geboten
werden.**

¹ Stadt Dortmund (2007): Bericht zur sozialen Lage in Dortmund. S. 4. Dortmund.

richten, in denen die Menschen mit schwierigen Lebenslagen konfrontiert sind. Das schaffen wir nicht durch isolierte Einzelmaßnahmen. Das ist nur möglich durch gemeinsames Handeln von Politik, Verwaltung und Stadtgesellschaft und durch passgenaue, integrierte Konzepte.

Selbstverständlich gelingt das nicht nur durch örtliche Maßnahmen. Ein Großteil der örtlichen Probleme geht auf bundespolitische Entscheidungen zurück, sie müssen auch dort gelöst werden. Deshalb sind wir gemeinsam mit unseren Kolleginnen und Kollegen von Beginn an auch auf der überörtlichen Ebene aktiv und setzen uns mit Nachdruck dafür ein, dass sich die Rahmenbedingungen für die Dortmunderinnen und Dortmunder verbessern.

Dort, wo wir mit örtlichen Initiativen etwas ausrichten können, spielt der „Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund“ eine zentrale Rolle. Mit dieser Broschüre wollen wir Ihnen einen Überblick geben über das, was im Laufe der letzten zehn Jahre im Rahmen des Aktionsplans in den einzelnen Aktionsräumen aufgebaut wurde und zum Erfolg geführt hat. Selbstverständlich kann das nur ein kleiner Ausschnitt sein, der aber gleichwohl für die große Bandbreite der Projektideen steht, die in den Quartieren meist von den dort lebenden Menschen initiiert und mit ihnen gemeinsam umgesetzt wurden. Dabei kommen die Aktionsraumbeauftragten ebenso zu Wort wie die Kooperationspartnerinnen und -partner, die eine erfolgreiche Arbeit überhaupt erst möglich machen.

Auch die Mitglieder der „Kommission Soziale Stadt“, die den Prozess begleiten, ihn aus sehr unterschiedlicher Perspektive bewerten und so zu einem wertvollen, beratenden Gremium geworden sind, haben es sich nicht nehmen lassen, ein Zwischenfazit zu ziehen. Ihnen sei an dieser Stelle gedankt für ihren Einsatz und ihren stets kritischen Blick auf die gemeinsame Aufgabe.

Vor allem aber möchten wir - neben all den Fachleuten der freien Träger und der Verwaltung, die sich vor Ort oder in der Kommission engagieren - all denen danken, die sich ehrenamtlich für ihr Quartier einsetzen und durch ihr Engagement zum Gelingen der vor zehn Jahren entwickelten Idee beitragen. Menschen aus der Nachbarschaft, aus Kirchengemeinden, aus unterschiedlichsten Organisationen und aus der Politik sind dabei, viele bereits von Anfang an. Ohne sie wäre der „Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund“ eine reine Absichtserklärung geblieben. Sie alle, die sich freiwillig einbringen, haben ihn zu einem Erfolgsmodell gemacht.

Die Zeit schreitet voran, Rahmenbedingungen ändern sich. Was zunächst gut war, verliert möglicherweise an Wirkung. Aus diesem Grunde gibt es immer Dinge zu verbessern. Haben Sie Anregungen? Oder kommt Ihnen beim Durchblättern der Broschüre eine Idee, die bisher noch nicht umgesetzt wurde? Wenden Sie sich an Ihre Ansprechpartnerin oder ihren Ansprechpartner im Aktionsraum. Die Aktionsraumbeauftragten, die sich hier noch einmal ausführlich vorstellen, sind für Sie da.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen!

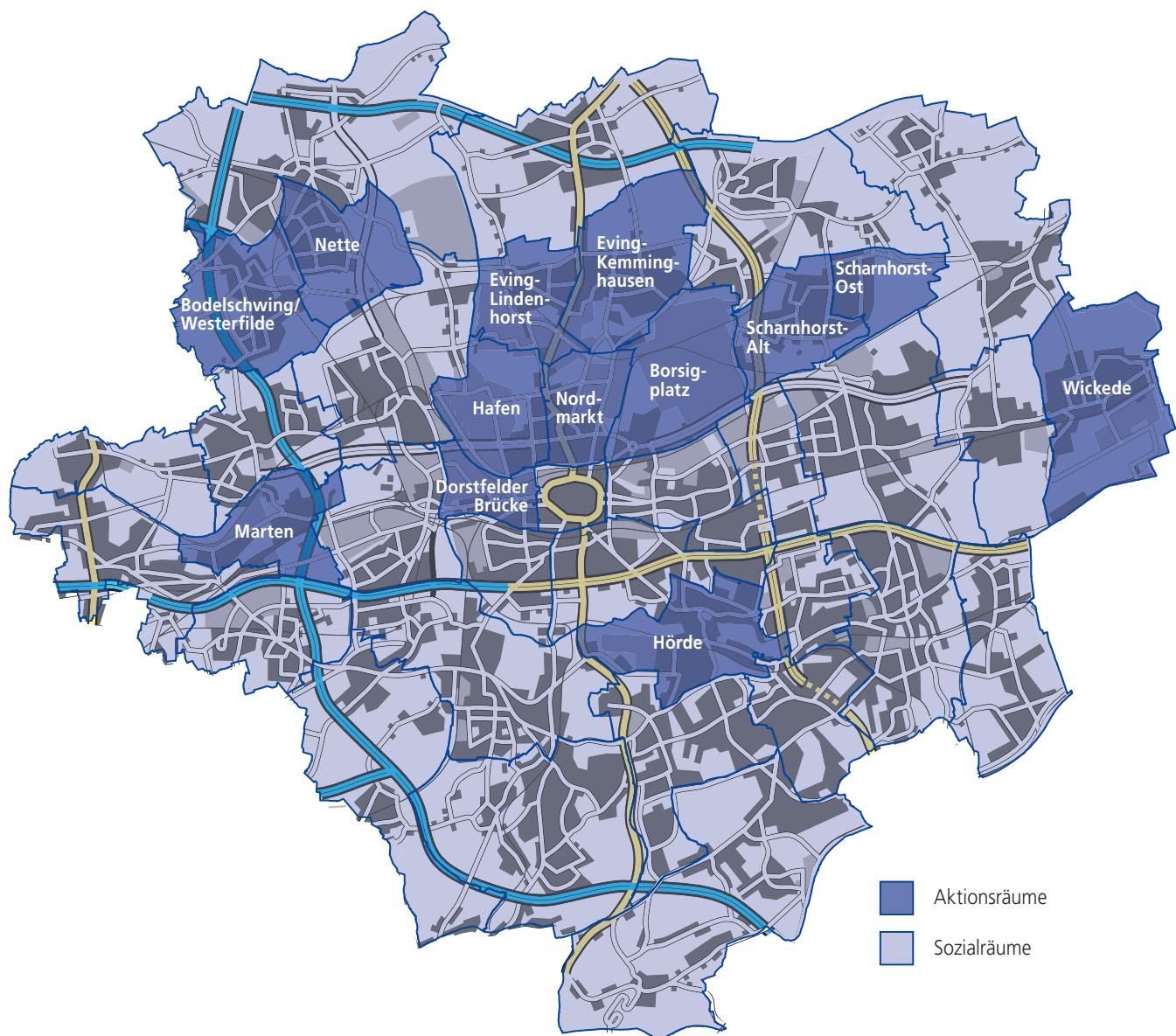


Ullrich Sierau
Oberbürgermeister



Birgit Zoerner
Stadträtin

VON DATEN ZU TATEN: GEMEINSAM NACH VORN GEHEN





Mit dem Sozialbericht 2007 hat die Stadt Dortmund analysiert, wie es den Menschen in Dortmund unter sozialen Gesichtspunkten geht, in welchen Dortmunder Quartieren sozial benachteiligte Menschen leben und was ihre Lebenslage schwierig macht. Seit zehn Jahren steuert die Stadt gezielt gegen und fördert Projekte zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung. 2018 feiert der Aktionsplan sein zehnjähriges Bestehen.

Sozialstrukturatlas 2005

Demographische und soziale Struktur der Stadt Dortmund, ihrer Stadtbezirke und Sozialräume

Bericht zur sozialen Lage in Dortmund

Stadt Dortmund
Gemeinsam mit Ihnen

Erste Weichen für den „Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund“ wurden bereits 2005 gestellt. Grundlage des Programms war der „Sozialstrukturatlas“ mit seiner sozialräumlichen Datensammlung. Die Sammlung und Auswertung der Zahlen erfolgte mit Unterstützung des Zentrums für interdisziplinäre Regionalforschung (ZEFIR) und des Trägerkreises Armut.

Als räumliche Grundlage wurden die 39 Sozialräume genutzt, in die Dortmund aufgeteilt ist. Bei der Analyse der sozialen Lage kristallisierte sich heraus, dass in 13 Sozialräumen die Zahl der Menschen, die arbeitslos sind oder von Transferleistungen leben, besonders hoch ist. Ergebnis war auch, dass oft Familien mit Kindern betroffen sind. Hier setzt der Aktionsplan an. Ziel ist es, in diesen Aktionsräumen die aus sozialer Benachteiligung entstehenden Problemlagen gezielt zu bekämpfen und die Lebenssituation der Menschen zu verbessern.

1.1 GEMEINSAM PLANEN: BETEILIGUNGSVERFAHREN, ZIELE UND PROJEKTIDEEN

2007 wurde der „Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund“ dem Rat der Stadt Dortmund vorgelegt. 2008 folgte ein stadtweites Beteiligungsverfahren, bei dem Bürgerinnen und Bürger ihre Ideen und Vorschläge einbringen konnten. Ergebnis dieses Prozesses war es, dass sich trotz aller individuellen Unterschiede der Aktionsräume in ausnahmslos allen beteiligten Quartieren der wesentliche Bedarf auf drei Handlungsschwerpunkte konzentriert. Daraus wurden die folgenden drei übergeordneten Ziele abgeleitet:

1. ARBEIT SCHAFFEN: LOKALE ÖKONOMIE UND BESCHÄFTIGUNG IM QUARTIER

Eine hohe Arbeitslosenquote und der mangelnde Zugang zu Beschäftigungsmöglichkeiten sind besondere Charakteristika der Aktionsräume. Deshalb werden in diesen Quartieren Aktivitäten des Jobcenters, des Sozialamtes und – in der lokalen und ethnischen Ökonomie – der Wirtschaftsförderung gebündelt.

Unter „Arbeit schaffen: Lokale Ökonomie und Beschäftigung im Quartier“ geht es in erster Linie um Perspektiven für arbeitslose Dortmunderinnen und Dortmunder. Darunter sind auch viele Jugendliche, die aufgrund der Veränderung des Arbeitsmarktes infolge des Strukturwandels nur schwierig Zugang zu Erwerbstätigkeit finden. Sie brauchen besondere Unterstützung. Der Fokus liegt auf Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekten und auf der Stärkung der lokalen Ökonomie.



2. KINDER STÄRKEN: GEMEINSAM MIT DEN ELTERN – ERNÄHRUNG, BILDUNG, SPRACHE, INTEGRATION

Die Hausaufgabenbetreuung und die Angebote zur Sportförderung an verschiedenen Schulen wie z.B. an der Ketteler-Grundschule oder das Nachhilfeprojekt in der Fischsiedlung in Eving sind hier gute Beispiele.

Die Aktionsräume sind zudem geprägt von einer hohen Anzahl an Kindern, deren Eltern von SGB-Leistungen abhängig sind. Hier werden die Dimensionen von Kinderarmut und die damit einhergehenden eingeschränkten Teilhabechancen deutlich. Bildungsbeachtigung und eine hohe Jugendhilfequote sind in den Aktionsräumen signifikant.

„Kinder stärken: Gemeinsam mit den Eltern – Ernährung, Bildung, Sprache, Integration“ zielt daher auf Maßnahmen, die Eltern mehr Erziehungskompetenzen vermitteln und die Ernährungssituation der Kinder genauso wie ihre Sprachentwicklung, ihre Bildungschancen und ihre gesellschaftliche Integration unterstützen – und zwar unabhängig von ihren familiären Wurzeln. Die Einbeziehung der Eltern, ihre Aktivierung und damit die Hilfe zur Selbsthilfe sind dabei essentiell.

3. GEMEINSAM HANDELN: SOZIALEN ZUSAMMENHALT STÄRKEN

Zu den guten Beispielen gehören neben den Quartiersmanagements in den Stadtteilen auch die Einrichtung von Treffpunkten für die Nachbarschaft, unter anderem der Seniorentreff „Nachbarschaften pflegen“ in Hörde und der „Bürgergarten“ in Nette.

Die Menschen in den benachteiligten Quartieren sind mit schwierigen Lebenssituationen konfrontiert. Das kann auch das Zusammenleben in den Nachbarschaften belasten. Kulturelle Unterschiede können das Miteinander von Alteingesessenen und Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zusätzlich erschweren. Im Austausch mit den Bewohnerinnen und Bewohnern der Quartiere wird zudem häufig darauf hingewiesen, wie wichtig ihnen die Sauberkeit und die Sicherheit in ihrer Nachbarschaft sind.

In den benachteiligten Quartieren ist es daher wichtig, den sozialen Zusammenhalt zu stärken und die Selbsthilfepotenziale der Bewohnerinnen und Bewohner zu aktivieren. Wesentlich im Handlungsfeld „Gemeinsam handeln: sozialen Zusammenhalt stärken“ sind gut funktionierende Ansätze, die das nachbarschaftliche Miteinander und die Lebensqualität im Quartier verbessern helfen. Dazu gehören die Organisation von Nachbarschaftstreffen und die Unterstützung von Bewohnerinnen- und Bewohner-Projekten.

Zu den drei Handlungsschwerpunkten wurden im Laufe des Beteiligungsprozesses mehr als 200 Ideen erarbeitet, die Fachleute der Verwaltung und der freien Träger gemeinsam mit den engagierten Menschen in den Aktionsräumen zu konkreten Projektideen weiterentwickelten. Jedes einzelne dieser Projekte wurde von einer Projektentwicklerin oder einem Projektentwickler aus dem jeweils zuständigen Verwaltungsbereich begleitet. Ihre Aufgabe war es, die Projekte von der Idee bis zur Umsetzung fachlich zu begleiten, dabei die Ressourcen und den vereinbarten Zeitplan nicht aus den Augen zu verlieren und die wesentlichen, für das Projekt notwendigen Akteurinnen und Akteure an einen Tisch zu holen und zu vernetzen.

Im Dezember 2008 verabschiedete der Rat auf dieser Grundlage den „Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund“.

Formulare zur Beantragung von Mitteln aus dem Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund sind als PDF-Dokument per Download auf der Seite des „Aktionsplans Soziale Stadt Dortmund“ erhältlich.

1.2 GEMEINSAM HANDELN VOR ORT: KOORDINIERUNG, ZENTRALE STEUERUNG UND FINANZIERUNG

Vor allem der dritte Handlungsschwerpunkt „Gemeinsam handeln: sozialen Zusammenhalt stärken“ macht deutlich: Ein zentrales Anliegen des Aktionsplans ist es, das Selbsthilfepotenzial der Menschen in den Aktionsräumen zu fördern. Und so ist der gesamte Prozess von Beginn an durch ein großes bürgerschaftliches Engagement geprägt. Aber es galt auch, viele hauptamtliche Akteurinnen und Akteure der engagierten freien Träger und der Verwaltung an der „Aufbruchstimmung“ zu beteiligen und ihre unterschiedlichen Aktivitäten und Projekte zu vernetzen.

Schnell war klar: So viel Engagement muss koordiniert werden. Gebraucht wurden hauptamtliche „Kümmerinnen und Kümmerer“, die vor Ort im Aktionsraum unterwegs sind und dort ihren Arbeitsplatz haben, die Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für die Menschen im Quartier sind und gemeinsam mit den Engagierten die Dinge in die Hand nehmen. Diese Aufgabe übernahmen 2008 hauptamtliche „Aktionsraumbeauftragte“. Sie koordinieren seitdem das Zusammenspiel der einzelnen Akteurinnen und Akteure sowie Projekte im Aktionsraum, erkennen Schnittstellen und bringen die vor Ort Tätigen zusammen. Dazu gehören auch die Aktionsbüros, die Sozialverwaltung und Jobcenter in einigen Aktionsräumen eingerichtet haben, um so ihre Hilfe- und Beratungsangebote vor Ort anzubieten.

Auf zentraler Ebene begleitet und koordiniert ein Projektbüro den Gesamtprozess des „Aktionsplans Soziale Stadt“. Hier laufen die Fäden aus allen Quartieren zusammen. Das Projektbüro unterstützt die Aktivitäten der Aktionsraumbeauftragten und sichert ihren Austausch. Es verwaltet außerdem das Aktionsplan-Budget. Die Steuerung des Gesamtprozesses gewährleistet eine verwaltungsinterne Steuerungsgruppe. Sowohl das Projektbüro als auch die Aktionsraumbeauftragten und die Projektsteuerung gehören organisatorisch zum Geschäftsbereich des Dezernates für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Sport und Freizeit.

Zur finanziellen Unterstützung der Arbeit in den Aktionsräumen stellt die Stadt Dortmund jährlich Mittel in Höhe von 238.000 Euro zur Verfügung. Aus diesem Budget verfügt jeder Aktionsraum über einen Aktionsfonds in Höhe von 5.000 Euro, der für die Umsetzung kleinerer bürgerschaftlicher Projekte und Aktionen im und für das Quartier genutzt werden kann.

Die Mittel aus den Fonds können vielfältig verwendet werden. Projekte zur Förderung einer gesünderen Ernährung von Kindern oder zur Stärkung der Sprachentwicklung sind ebenso möglich wie Maßnahmen, die die gesellschaftliche Integration von Kindern mit und ohne Migrationshintergrund verbessern, neue Einkommens- und Arbeitsmöglichkeiten im Aktionsraum schaffen oder das nachbarschaftliche Engagement im Aktionsraum stärken. Sie ersetzen keine vorhandene Finanzierung, sondern helfen unbürokratisch dabei, neue und zusätzliche Ideen zu realisieren.

Mittel aus den Aktionsfonds können für Sach- und Honorarkosten verwendet und beim Projektbüro „Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund“ oder bei den Aktionsraumbeauftragten beantragt werden. Eine Projektkonferenz aus Vertreterinnen und Vertretern der Politik und den jeweils zuständigen Aktionsraumbeauftragten bewertet die eingereichten Projektideen inhaltlich. Ob sie finanziertbar sind, prüft das Aktionsbüro. Weit über 100 Projekte konnten in den vergangenen Jahren mit diesem Geld finanziert werden.

Eine Auflistung vieler Projekte, die über den „Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund“ unterstützt wurden, finden Sie auf Seite 2.





Von links (Katharina Gorecki, Angelika Roßbach, Matthias Siepmann, Mitarbeiter/-innen des Projektbüros). Nicht im Bild zu sehen: Özay Vural.



Spielstation im Hoeschpark

„WIR ERHEBEN DATEN FÜR TATEN“ –

INTERVIEW MIT STADTRÄTIN BIRGIT ZOERNER



Interview mit Stadträtin Birgit Zoerner, Dezernentin für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Sport und Freizeit

Birgit Zoerner ist als Sozialdezernentin der Stadt für den Bericht zur sozialen Lage und für den „Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund“ verantwortlich. Sie schildert im Interview, warum der Prozess wichtig ist und warum Dortmund vielen Städten etwas voraus hat.

Frau Zoerner, den Aktionsplan gibt es jetzt seit zehn Jahren. Welche Bilanz ziehen Sie? War er erfolgreich?

„Aus meiner Sicht war der Aktionsplan auf jeden Fall erfolgreich. Weil Dortmund sich entschieden hat: Wir erheben Daten zur sozialen Lage, und zwar als ‚Daten für Taten‘. Das heißt, dass wir sehr genau auf Zahlen und Fakten schauen und analysieren, welche Maßnahmen notwendig sind. Häufig ist es ja so, dass Daten erhoben werden, aber nichts daraus folgt. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt in Dortmund. Wir haben uns entschieden: Wenn man Probleme erkennt, muss man sich auch überlegen, wie man sie löst und das bedeutet auch, dass entsprechende Ressourcen eingebracht werden müssen.“

Wie genau haben Sie aus Daten Taten folgen lassen?

„Die Aktionsräume sind ja durchaus unterschiedlich, wir haben in den einzelnen Aktionsräumen Strukturen geschaffen, die das berücksichtigen. Das heißt: Wir sehen ganz genau hin und analysieren: Wie sind die Gegebenheiten im Sozialraum A? Wie sind sie im Sozialraum B? Und dann gehen wir mit den Menschen vor Ort ins Gespräch und überlegen gemeinsam, welche Maßnahmen sinnvoll sind. Das Ergebnis sind dann unterschiedliche, aber passgenaue Ansätze.“

Welche konkret?

„Es gibt eine Vielzahl von unterschiedlichen Maßnahmen. Dazu gehören zum Beispiel Frühstücke, die in Schulen angeboten werden. Es gibt ein Mentoring-Programm in Dortmund-Eving am Heisenberg-Gymnasium. Ebenfalls in Eving gibt es eine Bürgerwohnung in einer Siedlung, für die man festgestellt hat, dass erhebliche Unterstützung direkt am Ort geleistet werden muss. Eine ähnliche Struktur gibt es in Westerfilde.“

Woran sehen Sie, ob eine Maßnahme wirklich erfolgreich ist?

„Wir können anhand von Zahlen zeigen, dass sich durch Sprachförderung Übergangsquoten zum Gymnasium erhöhen. Das ist nicht mehr im Bereich des Zufälligen. Ich bleibe beim Beispiel Eving: Hier können wir feststellen, dass Kinder nach der 10. bzw. heutzutage nach der 9. Klasse am Gymnasium bleiben, um das Abitur zu machen. Wir können recht sicher sagen, dass vor einigen Jahren nicht so viele auf dem Gymnasium geblieben wären, weil sie aus Familien kommen, die einen solchen Bildungsweg nicht im notwendigen Maße unterstützen können.“

Inwiefern beteiligen Sie Bürgerinnen und Bürger vor Ort an den Aktionsplänen?

„Wir reden mit den Menschen in den Stadtteilen und wollen wissen, welche Probleme sie sehen und wie sie daran mitwirken wollen, diese Probleme zu beheben. Das halte ich für sehr wichtig. Nur so kommt man miteinander ins Tun. Die Projekte, die entstanden sind, wurden miteinander entwickelt. Daraus gewinnen wir sehr viele Erkenntnisse darüber, was hilft und wie es weitergehen soll. Wir geben Geld in den Prozess, das vor Ort mitbestimmt ausgegeben wird. Die Bürgerschaftsbeteiligung ist eine der Erfolgsse schichten des Aktionsplans.“

Inwiefern können Sie als Stadt überhaupt etwas ändern? Ob Flücht linge kommen oder wie sich der Arbeitsmarkt entwickelt, liegt ja nicht in Ihrer Hand.

„Es gibt viele Herausforderungen, die wir als Kommune nicht auflösen können. Ich nehme mal das Beispiel Kinderarmut. Das Thema hängt zentral

an der Frage: Wie kann ich Eltern in Arbeit bringen? Wir haben dafür eine kommunale Arbeitsmarktstrategie, die das tut, was wir kommunal tun können. Aber wir brauchen dafür Programme in viel größerem Stil. Notwendig ist öffentlich geförderte Beschäftigung, um Menschen in existenzsichernde Arbeit zu bringen. Dafür brauchen wir die Unterstützung der Landes- und der Bundesebene.“

Was heißt das für Sie als Kommune? Sie entwickeln ihren eigenen kommunalen Aktionsplan ...

„.... und kämpfen auf der anderen Seite natürlich um die Unterstüt zung von anderer Ebene, von der wir glauben, dass wir sie benötigen. Das heißt bezogen auf den Arbeitsmarkt: Wir haben uns auf den Weg zur Bundesregierung gemacht, weil das erst einmal ein Bundesthe ma ist. Aber wir haben uns auch in NRW an die Landesregierung gewandt. Die alte Landesregierung hat ein Programm aufgelegt zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit. Die neue Landesregierung will den Weg glücklicherweise weitergehen. Bei jedem Thema, das wir hier communal umsetzen, müssen wir überlegen, was können und was müssen andere Ebenen beitragen, um es zum Erfolg zu führen.“

Der Aktionsplan soll ja fortgesetzt werden. Wie gehen Sie vor?

„Wir sind gerade dabei, den Bericht zur sozialen Lage zu aktualisieren. Dann werden wir sehen, wo sich etwas verändert hat. Und wir wer den die Frage stellen: Bleiben wir bei diesen 13 Aktionsräumen, die wir haben? Müssen wir andere Bereiche mit dazu nehmen? Wie gehen wir mit bisherigen Aktionsräumen um, die nicht mehr statistisch auffällig sind? Wenn wir zum Beispiel die bisherigen 13 Aktionsräume an einer Transferleistungsempfänger-Quote von mindestens 20 Prozent messen, dann würden die bisherigen Räume Scharnhorst-Alt und Wickede herausfallen. Innerhalb dieser Räume gibt es aber Bereiche, die auch oberhalb der 20 Prozent Marke liegen, z.B. die Wambeler Heide und das Meylantviertel. Dagegen müssten Dorstfeld und Bövinghausen/Westrich neu hinzukommen. Wir sind im Moment dabei, die Entscheidung hierzu sorgfältig abzuwägen.“

Müsste das Ziel eines solchen Plans nicht eigentlich sein, dass man ihn nicht mehr braucht?

„Ja, klar. Richtig erfolgreich sind wir, wenn wir uns überflüssig machen. Und darauf arbeiten wir hin.“



DER „AKTIONSPLAN SOZIALE STADT DORTMUND“ AUS SICHT DER „KOMMISSION SOZIALE STADT“

Der Aktionsplan und die Projekte werden seit vielen Jahren von einer Fach-Kommission unterstützt. Oberbürgermeister Ullrich Sierau hat im Jahr 2011 die Entwicklung der städtischen Sozialpolitik und des Aktionsplans Soziale Stadt zur Chefsache erklärt. Er hat dazu das Expertengremium „Kommission Soziale Stadt“ aus Vertreterinnen und Vertretern von Verbänden, Kirchen, Wirtschaft, Gewerkschaften, Zivilgesellschaft, Wohnungsunternehmen, Stadt und weiteren Organisationen berufen, um diesen Prozess kritisch zu begleiten und durch Expertise und Rat zu befördern. Mittlerweile wird - wie bereits der „Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund“ - auch die „Kommission Soziale Stadt“ federführend vom Dezernat für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Sport und Freizeit verantwortet.

Zur Kommission gehört unter anderem der Sozialwissenschaftler [Dr. Klaus Kock](#) von der Sozialforschungsstelle an der Technischen Universität in Dortmund. Dr. Kock lobt, dass wissenschaftliche Erkenntnisse in die Sozialplanung der Stadt einfließen: „Die Arbeit am ‚Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund‘ nutzt wissenschaftliche Informationsgrundlagen nicht nur zur Orientierung, sondern auch als Frühwarnsystem, um Probleme und Handlungsbedarfe rechtzeitig zu erkennen und bedarfsgerecht zu reagieren. Als maßnahmen- und wirkungsorientierte Berichterstattung dient sie auch zur Evaluation des Aktionsplans.“

Die Gewerkschaften unterstützen den Aktionsplan seit Beginn des Projekts. In der Kommission ist deshalb auch die Dortmunder DGB-Vorsitzende [Jutta Reiter](#) vertreten. Reiter erinnert daran, dass durch gute Sozialberichterstattung Probleme erkannt und auf dieser Grundlage Handlungsansätze entwickelt werden können: „Arbeitslosigkeit, Niedriglöhne und prekäre Beschäftigung sind immer noch Hauptursache für Armut. Hier hat die Stadt Dortmund mit ihren Mitteln versucht, Projekte auf den Weg zu bringen, die Arbeit schaffen sollen. Welche Erfolge sie letztendlich erzielt, ist derzeit noch nicht absehbar. Positiv ist aber die Konzentration auf die Aktionsräume und auf bestimmte Problemlagen. Die Fortschreibung des Aktionsplans ist dringend geboten, denn die Armut wird wachsen“.

Neben den Gewerkschaften engagiert sich mit der Industrie- und Handelskammer eine Organisation der Arbeitgeber in der Kommission. [Ulf Wollrath](#), Geschäftsführer der IHK Dortmund, betont, dass die Zielsetzung des Aktionsplans immer noch hochaktuell sei: „Vieles ist inzwischen positiv auf den Weg gebracht worden, aber weiteres Engagement ist notwendig. Hervorheben möchte ich vielleicht den Nordstern-Unternehmenswettbewerb. Hier werden Gründerinnen und Gründer und bestehende Unternehmen aus dem nördlichen Stadtgebiet unterstützt und ausgezeichnet. Ich darf in der Jury mitwirken. Mit der Einrichtung des 10-Jahres-Projektes Nordwärts wurde der ‚Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund‘ in einen konzeptionell und inhaltlich noch weiteren Projektzusammenhang eingebettet. Insofern habe ich keine besonderen Anregungen zu neuen Schwerpunkten.“

[Georg Rupa](#), Vorstandsvorsitzender des Caritasverbandes Dortmund e.V., zielt in dieselbe Richtung und hält die ersten zehn Jahre Aktionsplan für eine Erfolgsstory: „Können wir uns zehn Jahre nach der Aufstellung des Aktionsplans zufrieden zurücklehnen, weil sich die Wirtschaftslage verbessert hat und die Arbeitslosigkeit gesunken ist? Wohl nicht, aber wir glauben, dass der Weg richtig war und ist, viel Energie in die Aktionsräume zu stecken und Lebensbedingungen dort zu verbessern, wo es die Menschen am dringendsten brauchen. Gute Bildung und Begleitung ist das beste Mittel gegen Arbeitslosigkeit und Armut, also müssen die besten Kitas und Schulen in den Aktionsräumen sein!“

[Friedrich Stiller](#), Pfarrer für Gesellschaftliche Verantwortung des Evangelischen Kirchenkreises Dortmund, Mitbegründer der Dortmunder Armutskonferenz 1996 und dessen langjähriger stellvertretender Vorsitzender, hält die 13 kritischen Sozialräume, die im „Bericht zur sozialen Lage in Dortmund“ herausgearbeitet worden waren, für die entscheidende sozialpolitische Neuerung und den Aktionsplan für ein „wichtiges Signal für den Zusammenhalt in der Stadt“: „Die Stärkung des sozialen Zusammenhalts im Stadtteil halte ich nach wie vor für grundlegend wichtig. Um dies auch in Zukunft mit wirkungsvollen Projekten umsetzen zu können, sollten neue Wege bei der Bürgerbeteiligung gegangen werden. Zum einen müsste es mehr und kontinuierlichere Netzwerkveranstaltungen in den Stadtteilen geben. Zum anderen könnten hier in ganz neuer Weise auch die sozialen Medien genutzt werden. Deutlicher als bisher müssen auch die geflüchteten Menschen integriert werden.“ Weiter meint der Theologe: „Neben allen Einzelfragen des Aktionsplans und allfälligen Meinungsunterschieden zum Vorgehen scheint wichtig, dass die Stadtgesellschaft im Blick auf die Lebenslage Armut einen akzeptierten Ort des

Austausches und der Konsenssuche von sehr unterschiedlichen Vertretern der Zivilgesellschaft gefunden hat. Wir sollten das nicht geringschätzen. Andere Städte sind noch lange nicht soweit.“

Auch für [Thomas Schäfer](#), Geschäftsführer des Handelsverbandes NRW, hat sich an vielen Stellen gezeigt, wie wichtig dieser Aktionsplan ist, der – wenn es ihn nicht schon gäbe – geschaffen werden müsste: „Deshalb ist es gut, wenn der Aktionsplan fortgeschrieben wird und weiter mit den unterschiedlichen Organisationen und gesellschaftlichen Gruppierungen gemeinsam nach den richtigen Wegen zur Bearbeitung sozialer Themen gesucht wird. Gerade die von den Mitgliedern der ‚Kommission Soziale Stadt‘ repräsentierte Vielfalt heterogener Interessengruppen bietet die Chance, dass die Ziele des Aktionsplans langfristig erreicht werden können und so die Grundlage zur Sicherung der sozialen Grundbedürfnisse möglichst vieler Menschen geschaffen werden kann.“

Prof. Dr. Reiner Staubach vom Vorstand des Planerladen e.V., dem Verein zur Förderung demokratischer Stadtplanung und stadtteilbezogener Gemeinwesenarbeit in der Dortmunder Nordstadt, bewertet die Initiative für die Entwicklung eines „Aktionsplans Soziale Stadt“ im Jahre 2007 als eine wichtige politische Signalwirkung im Hinblick auf die Thematisierung von wachsender Armut und sozialer Desintegration in der Stadt Dortmund. „Besonders hervorzuheben ist die Tatsache, dass mit der Umsetzung des ‚Aktionsplans Soziale Stadt‘ in Dortmund schrittweise ein Umdenken dahingehend eingetreten ist, dass ‚Ungleiches auch ungleich zu fördern ist‘, da ansonsten noch mehr Ungleichheitsentwicklung im Stadtgebiet zu erwarten ist. Dies setzte eine Abkehr von dem bis dahin in der Stadtpolitik präferierten bezirklichen Proporzdenken im Sinne einer ‚Stadtpolitik mal 12‘ in Gang. Damit war zugleich verbunden, dass für die in den Aktionsräumen der sozialen Stadt erbrachten gesamtstädtischen Integrationsleistungen explizit die Solidarität der anderen Stadtteile bzw. Sozialräume eingefordert wurde.“ Aus Sicht von Prof. Dr. Staubach erscheint vor dem Hintergrund „der Migrationsdynamik der letzten Jahre eine deutlich stärkere Verknüpfung des ‚Aktionsplanes Soziale Stadt‘ mit den Prioritätensetzungen und Handlungsfeldern des Masterplans Integration notwendig“. Dabei gehe es insbesondere darum, zunehmende Vielfalt als Herausforderung und Chance und eben nicht als Bedrohung zu sehen und stattdessen im Sinne einer Ressourcen- und Potenzialorientierung die damit zugleich verbundenen Stärken zu nutzen.

Besonders hervorzuheben ist die Tatsache, dass mit der Umsetzung des „Aktionsplans Soziale Stadt“ in Dortmund schrittweise ein Umdenken dahingehend eingetreten ist, dass „Ungleiches auch ungleich zu fördern ist“, da ansonsten noch mehr Ungleichheitsentwicklung im Stadtgebiet zu erwarten ist.

Gute Bildung und Begleitung ist das beste Mittel gegen Arbeitslosigkeit und Armut, also müssen die besten Kitas und Schulen in den Aktionsräumen sein!

Arbeitslosigkeit, Niedriglöhne und prekäre Beschäftigung sind immer noch Hauptursache für Armut.

Neben allen Einzelfragen des Aktionsplans und allfälligen Meinungsunterschieden zum Vorgehen scheint wichtig, dass die Stadtgesellschaft im Blick auf die Lebenslage Armut einen akzeptierten Ort des Austausches und der Konsenssuche von sehr unterschiedlichen Vertretern der Zivilgesellschaft gefunden hat. Wir sollten das nicht geringschätzen. Andere Städte sind noch lange nicht soweit.

Deutlicher als bisher müssen auch die geflüchteten Menschen integriert werden.

Gerade die von den Mitgliedern der „Kommission Soziale Stadt“ repräsentierte Vielfalt heterogener Interessengruppen bietet die Chance, dass die Ziele des Aktionsplans langfristig erreicht werden können und so die Grundlage zur Sicherung der sozialen Grundbedürfnisse möglichst vieler Menschen geschaffen werden kann.

Es hat sich bewährt, Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner sowie Kümmerinnen und Kümmerer für die Quartiere Wir haben zu haben. natürlich auch unterschiedliche Sichtweisen – uns vereint aber ein gemeinsames Ziel: die Lebenssituation von benachteiligten Menschen in der Stadt verbessern.

Vieles ist inzwischen positiv auf den Weg gebracht worden, aber weiteres Engagement ist notwendig.

Anne Rabenschlag, Geschäftsführerin der Diakonie, zieht die Bilanz, dass der „Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund“ viel ermöglicht habe: „Auf der Basis differenzierter Daten zur sozialen Lage war es möglich, kleinräumig Sozialräume in den Blick zu nehmen.“ Ein Vorteil war aus ihrer Sicht das breite Beteiligungsverfahren, denn „so konnten in Bürgerdialogen passgenaue Ideen entwickelt werden, die durch Mittel aus dem Aktionsplan realisiert wurden. Aus dem Dialog resultiert dann ja nicht nur die Idee, bzw. das Projekt, sondern auch der Diskurs und im günstigsten Fall der Konsens, wie die Stärken und Schwächen des Quartiers gesehen werden und was für die Zukunft hilfreich ist.“ Einzelne Projekte möchte Frau Rabenschlag dabei nicht hervorheben. Für sie ist es wichtig, dass die Projekte zum jeweiligen Quartier passen und dieses Ziel sieht sie durch Beteiligungsverfahren häufig ermöglicht: „Es hat sich bewährt, Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner sowie Kümmerinnen und Kümmerer für die Quartiere zu haben. Sie verbinden Menschen mit ähnlichen Anliegen und der Bereitschaft zur Aktion und helfen bei der Umsetzung.“ Spannend ist ihrer Meinung nach die Frage, wie man Menschen, die nicht im Fokus der Wahrnehmung sind, stärker in den Blick nehmen kann. „Diese Gruppe ist groß und vielschichtig. Da ist der vereinsamte alte Mensch in der allerletzten Phase des Lebens zu nennen, die Zugewanderten aus Südosteuropa, für die Integration außerordentlich schwierig ist und die trotzdem nicht in ihre Heimat zurück möchten, aber auch die Menschen, denen familiäre und finanzielle Probleme über den Kopf wachsen.“ Sie weist daraufhin, dass auch gute Prozesse Schwachstellen haben, daher sei es unvermeidlich und gleichzeitig eine Herausforderung, Gutes weiter zu entwickeln.

Gunther Niermann, Kreisgruppengeschäftsführer des Paritätischen Kreisgruppe Dortmund, sieht durch den Aktionsplan Probleme benannt: „Armut, Wohnungsnot, ungleiche Bildungschancen. Die sehr unterschiedlichen Lebensbedingungen in der Stadt wurden identifiziert und gemeinsam Ideen zur Verbesserung der Lebenslagen der betroffenen Menschen entwickelt und umgesetzt. Und das in sehr unterschiedlichen Beteiligungsformaten.“ Besonders wichtig ist ihm die frökhindliche Sprachbildung: „Je früher Kinder die Sprache lernen, umso besser sind ihre Teilhabechancen. Die Zusammenarbeit der zentralen Akteurinnen und Akteure, z.B. der Träger der Kindertageseinrichtungen, Schulen, Fachverwaltung, Wissenschaft, ist beispielhaft und erlaubt einen stadtweiten Blick auf erfolgreiche Instrumente der Sprachförderung.“ Gunther Niermann ist sich sicher, dass die Qualität der Sprachförderung so verbessert wurde: „Über die Bekämpfung und Minderung der Langzeitarbeitslosigkeit bekommen wir viele Probleme in den Griff. Die Folgen von fehlender Beschäftigung sind fatal. Sie führt zu Armut, mangelnder Teilhabe, einem erhöhten Krankheitsrisiko.“ Niermann begrüßt die Zusammenarbeit in der „Kommission Soziale Stadt“, die engagierte Menschen aus der Stadt Dortmund zusammenbringt. „Wir haben natürlich auch unterschiedliche Sichtweisen – uns vereint aber ein gemeinsames Ziel: die Lebenssituation von benachteiligten Menschen in der Stadt verbessern.“

ARMUTSBEKÄMPFUNG IN DORTMUND AUS SICHT DES INSTITUTS FÜR ARBEIT UND WIRTSCHAFT, BREMEN

INTERVIEW MIT DEM
SOZIALWISSENSCHAFTLER RENÉ BÖHME



Das Institut für Arbeit und Wirtschaft der Universität Bremen begleitete den Aktionsplan zu Beginn wissenschaftlich. Der Sozialwissenschaftler René Böhme hat in einer Studie die kommunalen Ansätze in der Sozialpolitik in Dortmund, Bremen und Nürnberg verglichen. Ein Gespräch über Armut und die richtigen Maßnahmen, um sie zu bekämpfen.

Herr Böhme, wie hat sich die Armut in Dortmund entwickelt?

René Böhme: „Armut konzentriert sich zunehmend in Großstädten. Eine Studie aus dem Jahr 2016 zeigt, dass die Armutgefährdungsquote in Dortmund mittlerweile mit 24,2 Prozent im Vergleich der Großstädte mit 500.000 Einwohnern und mehr am höchsten ist. Die Tendenz ist für Dortmund wie für viele andere vom Strukturwandel gekennzeichnete Städte eher negativ.“

Wie steht Dortmund im Vergleich zu anderen Großstädten da, wenn man die Kaufkraft berücksichtigt?

René Böhme: „Bei Betrachtung der regionalen Unterschiede in der Kaufkraft schneiden Hamburg, Frankfurt oder Düsseldorf mit einer Quote von 22 Prozent nicht viel besser ab als die Ruhrgebietsstädte Gelsenkirchen, Dortmund und Duisburg, in denen zwischen 23 und knapp 25 Prozent der Bevölkerung relativ kaufkraftarm sind. Köln erreicht hier sogar einen Wert von 27 Prozent.“

Welche Trends sehen Sie in der Armutsentwicklung?

René Böhme: „Bei der Armutsentwicklung fällt vor allem die Auseinandersetzung von Deutschen und Ausländern auf. Während Arbeitslosigkeit, Transferleistungen und Armut bei Deutschen seit Jahren sinken, steigen die bereits deutlich höheren Werte bei Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit weiter an.“

Welche Folgen hat das für Dortmund?

René Böhme: „Durch selektive Wanderungsbewegungen sowohl bei der EU-Binnenmigration vor allem aus Südosteuropa als auch bei der Fluchtmigration kommt es zunehmend zu Konzentrationseffekten in einigen wenigen Großstädten wie zum Beispiel in Dortmund. Dort wiederum oftmals in bestimmten bereits sozial benachteiligten Stadt- und Ortsteilen.“

Wie steht Dortmund im Vergleich zu nicht so stark von Migration betroffenen Städten da?

René Böhme: „In Dortmund ist die Zahl der arbeitssuchenden Geflüchteten je 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern mit 83 ungefähr zweieinhalb Mal so hoch wie in München. Als Folge entwickelt sich die Zahl Hilfsbedürftiger nach dem SGB II im Großstädtevergleich zunehmend auseinander. Während sie in Essen, Dortmund, Duisburg mittlerweile wieder deutlich über dem Niveau des Jahres 2010 liegen, sinken die Werte in Dresden, Leipzig, Nürnberg und Berlin weiter.“

Woran liegt es, dass Zuwanderer so häufig nach Dortmund kommen?

René Böhme: „Die Verfügbarkeit von preisgünstigem Wohnraum hat hierbei vermutlich ebenso einen Einfluss wie bestehende Netzwerke unter zugewanderten Menschen. Innerhalb Dortmunds kommt es zu Konzentrationseffekten in wenigen Stadtteilen wie zum Beispiel der Nordstadt.“

Welchen Einfluss hat eine Kommune denn auf die Armutsentwicklung?

René Böhme: „Sie kann letztendlich oft nur die Teilhabe trotz Armut fördern, Teilhabe ist aber kaum messbar. Die gemessene Einkommensarmut wird schließlich durch bundespolitische Maßgaben wesentlich bestimmt, wobei steigende Armutskennziffern dann fälschlicherweise oft als Folge lokaler Politik gedeutet werden.“

Was kann eine Stadt wie Dortmund angesichts dieser Feststellungen überhaupt tun?

René Böhme: „Längerfristige kommunale Maßnahmen zielen darauf ab, den generationsübergreifenden Armutskreislauf durch eine gezielte Unterstützung der Kind- und familienbezogenen Institutionen zu durchbrechen. Hier gibt es in Dortmund erste wichtige Ansätze. Messbare Erfolge können sich hier jedoch frühestens in zehn bis 20 Jahren einstellen. Aber auch nur dann, wenn die Menschen, die von den Fördermaßnahmen profitiert haben, letztlich in Dortmund bleiben.“

Was bedeutet das für Kommunen wie Dortmund?

René Böhme: „Auf kommunaler Ebene treffen einerseits zunehmend wachsende Herausforderungen auf schrumpfende Ressourcen, während in anderen Kommunen Rekordsteuereinnahmen und Vollbeschäftigung herrschen. Diese Krise des lokalen Regierens gefährdet sowohl den sozialen Zusammenhalt als auch das demokratische System. Oftmals wachsen die Herausforderungen stärker als die Anstrengungen. Eine seit Jahren versagende Armutspolitik des Bundes hat hieran wesentlichen Anteil.“

Welche Folgen könnte das haben?

René Böhme: „Die Wanderungsbewegungen der vergangenen Jahre deuten darauf hin, dass sich diese Prozesse fortsetzen. So brauchen die Kommunen dringender denn je die Unterstützung des Bundes und der Bundesländer. Es braucht ein übergreifendes Gesamtkonzept von Bund, Ländern und Kommunen gegen Armut.“

AKTIONSPLAN KONKRET: DIE ARBEIT IN DEN AKTIONSRÄUMEN

5.1 AKTIONSRÄUM: BODELSCHWINGH-WESTERFILDE

5.1.1 FAKTEN ZU BODELSCHWINGH-WESTERFILDE

Bodelschwingh und Westerfilde gehören zu den ältesten Stadtteilen Dortmunds. Sie wurden bereits im Jahr 1275 urkundlich erwähnt. Die beiden im 13. bzw. 14. Jahrhundert erbauten Wasserschlösser Bodelschwingh und Westhusen locken auch heute noch Besucherinnen und Besucher in die Stadtteile.

Bis Ende des 19. Jahrhunderts waren Bodelschwingh und Westerfilde landwirtschaftlich geprägt, das änderte sich, als die Zeche Westhausen 1873 ihren Betrieb aufnahm. In den beiden grünen Ortsteilen am Rande des Rahmer Waldes wohnen rund 10.000 Menschen, viele in einer Groß-Siedlung mit 640 Wohneinheiten. 1873 förderte die Zeche Westhausen die erste Kohle. Bodelschwingh-Westerfilde wandelte sich deshalb vom landwirtschaftlich geprägten Ortsteil zu einem Industriestandort. 1966 schloss die Zeche Westhausen.

5.1.2 PROJEKT „EIN GARTEN FÜR WESTERFILDE“

Die Westerfelderinnen und Westerfelder treffen sich seit fast zehn Jahren unter freiem Himmel im ersten Bürgergarten der Stadt: ein 600 Quadratmeter großer Garten mit Beeten, Bepflanzung, Bank und Spielgeräten.

„Es war ein regelrechter ‚Schandfleck‘“, erinnert sich der Aktionsraumbeauftragte Werner Schardien an den ursprünglichen Zustand des Geländes, auf dem heute der Bürgergarten steht: „Hier stand eine Bauruine. Ein eingeschossiges Gebäude, das schon halb zusammengefallen war.“ Bauschutt, Äste und Abfälle stapelten sich auf dem Areal.

Trotzdem oder gerade deshalb guckten sich die Westerfelderinnen und Westerfelder das Gelände 2008 für ihren Bürgergarten aus. „Wir wollten einen Raum zur Kommunikation der Bürgerinnen und Bürger schaffen“, erklärt Schardien: „Ursprünglich wollten die Westerfelderinnen und Westerfelder ein Bürgerzentrum errichten. Doch dafür fand sich keine geeignete Immobilie.“ Also entschieden sich die Bürgerinnen und Bürger für einen Treffpunkt unter freiem Himmel.

Die Firma GrünBau gGmbH und der Fachbereich Stadtgrün der Stadt Dortmund rückten an, beseitigten Schutt und Müll und legten einen kleinen Weg aus Rindenmulch an. Den Rest erledigten die Westerfelderinnen und Westerfelder selbst. Sie betätigten sich als Gärtnerinnen und Gärtner und halfen bei der Bepflanzung. Die Jugendorganisation „Die Falken“ packte mit an und übernahm die Verantwortung für die Pflege der Pflanzen.

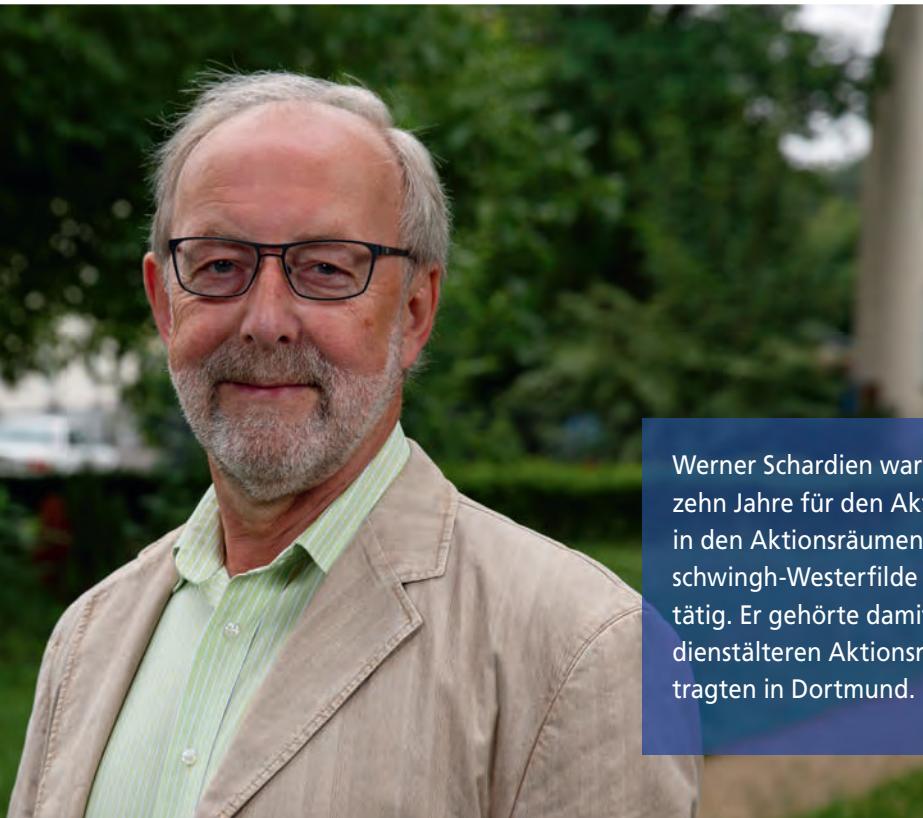
Schnell wurde den Beteiligten klar, dass sie das Projekt nicht allein bewältigen können. Doch es fanden sich Sponsoren wie die Sparkasse oder die Stiftung der Deutschen Annington, die die Spielgeräte spendierte. Weil der Garten auch abends zum Verweilen einladen sollte, wünschten sich die Westerfelderinnen und Westerfelder zudem Laternen. Die DEW21 war bereit, diese kostenfrei einzubauen und in Betrieb zu nehmen.

So entstand auf dem Grundstück Dortmunds erster „Bürgergarten“. Mit einer Bank, auf der man sich zu einem Plausch trifft, mit Spielgeräten für Kinder, einem Blumenbeet und einer Rasenfläche. 2011 feierten die Westerfelderinnen und Westerfelder mit Oberbürgermeister Ullrich Sierau die Eröffnung des Gartens. Werner Schardien ist stolz auf das Projekt und stellt zufrieden fest: „Der Bürgergarten ist ein kleiner, überschaubarer und dennoch attraktiver Ort der Kommunikation und Begegnung in Westerfilde geworden.“



5.1.3 DREI FRAGEN AN ...

WERNER SCHARDIEN, BIS ZU SEINEM EINTRITT IN DEN RUHESTAND AM 30.06.2018, AKTIONSRAUMBEAUFTRAGTER FÜR BODEL-SCHWINGH-WESTERFILDE



Werner Schardien war fast zehn Jahre für den Aktionsplan in den Aktionsräumen Bodelschwingh-Westerfilde und Nette tätig. Er gehörte damit zu den dienstälteren Aktionsraumbeauftragten in Dortmund.

Herr Schardien, was ist das Besondere an „Ihrem“ Aktionsraum?

„Der Stadtteil ist sehr vielseitig und unterschiedlich. Auf der einen Seite haben wir das ländliche und vom Schloss geprägte Bodelschwingh, auf der anderen Seite große Wohneinheiten und Zechensiedlungen in Westerfilde.“

Wo sind die Probleme im Stadtteil?

„Lange Zeit hat uns die große Wohnsiedlung in Westerfilde Sorgen bereitet. Hier gab es 30 Prozent Leerstand und auch immer wieder Probleme mit einigen Mieterinnen und Mietern. Das hat sich zum Positiven verändert seit das Wohnungsbauunternehmen Vonovia die Siedlung gekauft hat. Vonovia investiert viel Geld in die Fassaden, aber auch in die Modernisierung der Wohnungen. Wir sehen, dass es seither mit Westerfilde wieder aufwärts geht.“

Auf welches Projekt sind Sie neben dem Bürgergarten noch stolz?

„Auf die Bürgerwohnung. Ein Eigentümer einer Zechensiedlung hat uns für einen symbolischen Euro pro Monat eine Wohnung zur Verfügung gestellt. Hier bieten wir jetzt Nachhilfe für Schülerinnen und Schüler, PC-Kurse für Erwachsene und Deutschkurse für Menschen mit Migrationshintergrund und Geflüchtete an. Das Projekt wird von einer Westerfelder Bürgerin betreut.“

Werner Schardien hatte immer ein offenes Ohr für unsere Anliegen. Etliche Projekte konnten durch den Aktionsfonds angeschoben und realisiert werden. Unsere Kids freuen sich auf die nächsten Aktivitäten und bedanken sich herzlich.

**Klaus Schlichting
SJD-Die Falken, Westerfilde**

5.1.4 ... UND DREI FRAGEN AN ...

Claudia Schroth, seit dem 18.06.2018
Aktionsraumbeauftragte für Bodelschwingh-Westerfilde und Nette und
Nachfolgerin von Werner Schardien.
Sie ist damit die „dienstjüngste“ Aktionsraumbeauftragte.

CLAUDIA SCHROTH, AKTIONSRAUMBEAUFTRAGTE FÜR BODELSCHWINGH-WESTERFILDE UND NETTE



Unser Aktionsraumbeauftragter, Werner Schardien, ist immer ansprechbar für alle Akteurinnen und Akteure im Quartier. Er behält die Bedarfe aller Bewohnerinnen- und Bewohnergruppen im Blick. Ein wichtiger Netzwerker!

Christoph Schedler, Silke Freudenaus, Juliane Hagen, Dirk Ruß
QUARTIERSMANAGEMENT
Westerfilde • Bodelschwingh

Wie sind Ihre ersten Eindrücke aus den Aktionsräumen, Frau Schroth?

„Es sind sehr grüne Vororte, was mir sehr gut gefällt. Außerdem besteht eine sehr gute Anbindung an den ÖPNV. Darüber hinaus habe ich in den wenigen Tagen, die ich erst vor Ort bin, bereits zahlreiche überaus engagierte Akteurinnen und Akteure kennengelernt.“

Haben Sie bereits einen Eindruck, wo die Schwerpunkte Ihrer zukünftigen Arbeit in den Aktionsräumen Bodelschwingh-Westerfilde und Nette liegen werden?

„Nein, dafür sind die Aktionsräume zu vielschichtig. Zunächst werde ich Eindrücke sammeln und mir einen Überblick über bereits bestehende Angebote verschaffen.“

Welche Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung würden Sie sich für die Zukunft wünschen?

„Mein Bestreben ist, dass sich alle Bewohnerinnen und Bewohner der Aktionsräume angesprochen fühlen und mit ihren Ideen gerne an mich wenden. Und natürlich freue ich mich, wenn wir gemeinsam Bodelschwingh-Westerfilde und Nette noch weiter nach vorn bringen. Das ist mein Ziel.“

BODELSCHWINGH-WESTERFILDE IN ZAHLEN (STAND 2017)

Im Aktionsraum leben **13.809 Menschen**.

17,9 Prozent der Menschen sind jünger als 18 Jahre (Dortmund gesamt: 16,1 Prozent).

42,9 Prozent der Kinder unter 15 Jahren leben von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (Dortmund: 30,2).

19,6 Prozent der Menschen sind älter als 65 Jahre (Dortmund: 20,1).
8,7 Prozent erhalten Grundsicherung im Alter (Dortmund: 6,4).

24,9 Prozent der Menschen unter 65 Jahren erhalten Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (Dortmund: 17,8).

22,7 Prozent der deutschen Einwohnerinnen und Einwohner haben einen Migrationshintergrund (Dortmund: 16,5).

18,6 Prozent der Menschen im Aktionsraum haben einen ausländischen Pass (Dortmund: 17,7).



**Genau wie der
„Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund“
ist der ehrenamtliche Mieterbeirat
Dortmund-Westerfilde vor Ort
bereits seit zehn Jahren tätig.**

**Wir versuchen die Mieterinnen und Mieter
bei Ihren Anliegen zu unterstützen
und sind froh,
mittlerweile von vielen Seiten
Hilfe zu erfahren,
denn nur gemeinsam sind wir stark
und können etwas erreichen.**

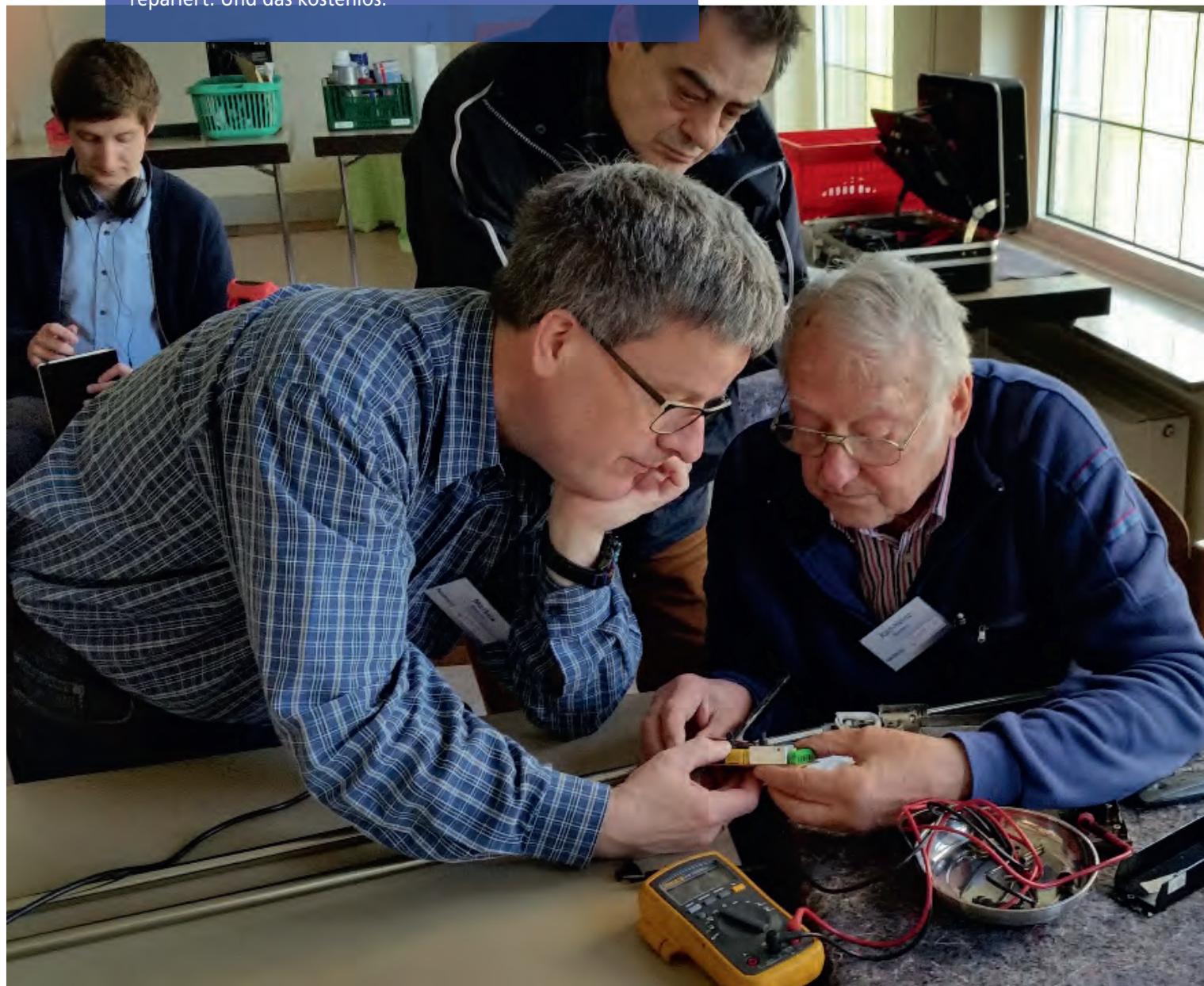
Monika Hohmann, Mieterbeirat Westerfilde

5.2 AKTIONSRaUM NETTE

5.2.1 FAKTEN ZU NETTE

Der Ortsteil Nette entstand erst im 19. Jahrhundert durch die beiden Zechen Westhausen in Bodelschwingh und Hansemann in Mengede. Nette ist bis heute teilweise landwirtschaftlich geprägt. Hinzu kommen zwei große Siedlungen: Die alte Zechensiedlung mit teilweise liebevoll restaurierten Bergarbeiter-Häusern und die BuRiAd-Siedlung, die erst in den 1960er und 1970er Jahren entstanden ist. Hier stehen die für die Zeit typischen Hochhäuser und größere Wohnanlagen mit Flachdach. Die wenigen Geschäfte, die es früher in Nette gab, sind heute weitgehend geschlossen. Die Menschen fahren zum Einkaufen in die benachbarten Ortsteile Mengede und Bodelschwingh. In Nette gibt es sowohl ein Gymnasium als auch eine Realschule. 10.058 Menschen leben in diesem Ortsteil.

Im „Netter Repair Café“ bringen Freiwillige defekte Elektrogeräte wieder zum Laufen. Von der Nähmaschine über den PC bis hin zum Fahrrad wurden bereits über 500 Geräte repariert. Und das kostenlos.



5.2.2 PROJEKT „DORTMUNDS ERSTES REPAIR CAFÉ“

Drei Männer beugen sich über eine Maschine. Sie fragen sich: „Wie mag das Ding funktionieren? Und wie kriegen wir das wieder hin?“. Keiner der Männer hat dieses defekte Gerät jemals vorher benutzt. Es handelt sich nämlich um eine Blinden- Schreibmaschine.

Einer der kniffligsten Fälle für das ehrenamtliche Team. Mittlerweile beteiligen sich über 20 Ehrenamtliche vom Elektriker über Schlosser bis zum Diplom-Ingenieur an dem Projekt. Sie reparieren Nähmaschinen, Videorecorder, PCs, Handys, Toaster oder Fahrräder im ersten Dortmunder Repair Café.

Bei einem Zahnarzt-Besuch hat alles begonnen. Eigentlich etwas Unangenehmes, doch an seinen Zahnarzt-Termin 2014 erinnert sich Thomas Brandt aus dem Mengeder Seniorenbüro immer wieder gern. Er blätterte im Wartezimmer und las etwas über Reparatur-Cafés. „Das ist doch auch was für uns in Nette“, dachte Brandt und stellte dem Aktionsraumbeauftragten Werner Schardien umgehend die Idee vor.

Werner Schardien war zuerst skeptisch: „Funktioniert so etwas in Nette? Und wo kriegen wir die Freiwilligen her?“. Trotzdem ging er die Idee an, entwarf Plakate und Handzettel, mit denen er Freiwillige suchte und auch fand.

Die Idee der Repair Cafés stammt ursprünglich aus den Niederlanden. 2009 eröffnete das erste in Amsterdam, mittlerweile gibt es weltweit über 400. Die Idee dahinter: der „Wegwerfmentalität“ entgegenwirken. Die Cafés setzen auf Reparaturen, statt Geräte, die vielleicht nur einen kleinen Defekt haben, in die Mülltonne zu werfen.

Das Repair Café Nette öffnet rund zehnmal im Jahr, zuerst im Gemeindehaus der evangelischen Noah-Gemeinde und seit der Schließung Ende 2017 in der katholischen St. Josefs-Gemeinde. Wer sein Gerät reparieren lassen möchte, muss sich vorab anmelden, so groß ist der Andrang. Bis zu 30 Reparaturen schaffen die Ehrenamtlichen an einem Nachmittag. Insgesamt brachten sie schon über 500 Geräte wieder ans Laufen.

Auch dem Besitzer der Blinden-Schreibmaschine konnten die drei Männer, die sich zusammen an die Reparatur gewagt haben, eine gute Nachricht überbringen. Nach einigem Basteln und Schrauben kann die Maschine wieder benutzt werden.



Der „Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund“ machte es möglich: Zusammen mit der Ev. Noah Kirchengemeinde und dem Seniorenbüro Mengede entstand 2014 das erste Repair Café in Dortmund. Seit dieser Zeit gab es über 30 Repair Café-Treffen in Nette mit mehr als 800 Reparaturanfragen, von denen 500 Geräte Dank einer erfolgreichen Reparatur ein sogenanntes „2-tes Leben“ bekamen. Nachbarschaftliche Kontakte und Hilfen entstanden und 21 freiwillige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter konnten gewonnen werden.

Thomas Brandt
Seniorenbüro Dortmund-Brackel

5.2.3 DREI FRAGEN AN ...

WERNER SCHARDIEN, BIS ZU SEINEM EINTRITT IN DEN RUHESTAND AM 30.06.2018, AKTIONSRÄUMBEAUFTRAGTER AUCH FÜR NETTE

Herr Schardien, welche Probleme gibt es in Nette?

„Wir haben sehr viele leer stehende Ladenlokale. Die Geschäfte haben sich nach Menschen orientiert. Sogar das Evangelische Gemeindehaus wurde Ende 2017 geschlossen. Zudem gibt es soziale Probleme in der BuRiAd-Siedlung“.

Welche Schwierigkeiten gibt es in der Siedlung?

„Wir haben an der Butzstraße, am Ritsartweg und am Adelhardweg, von denen sich der Name BuRiAd ableitet, eine mehrstöckige Wohnbebauung. Wie in vielen solcher Siedlungen ist der soziale Zusammenhalt der Mieter wenig ausgeprägt.“

Ist Besserung in Sicht?

„Ja, es sieht ganz danach aus. Die derzeitige Eigentümerin, die Vonovia, saniert die Außenanlagen, hat Spielplätze gebaut und die Wohnungen modernisiert. Außerdem achtet das Unternehmen bei der Vermietung der Wohnungen auf Ausgewogenheit, damit Probleme unter den Mieterinnen und Mietern möglichst vermieden werden. Wir sind hier auf einem guten Weg.“

Auch in Nette ist Claudia Schroth als Nachfolgerin von Werner Schardien aktiv.

Es ist gut, dass mit dem „Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund“ Ortsteile wie Nette, die sich abgehängt fühlen, wahrgenommen und gefördert werden. Mit dem Aktionsraumbeauftragten haben die Bemühungen „von oben“ vor Ort ein Gesicht bekommen. Wichtig finde ich, dass versucht wird, den Zusammenhalt im Ortsteil zu stärken und vorhandene Potenziale zu nutzen. So können im „Arbeitskreis Begegnung“ in Nette Akteurinnen und Akteure aus ganz unterschiedlichen Bereichen zusammenkommen und voneinander erfahren, sich informieren und kooperieren.

Renate Jäckel, Pfarrerin im Ortsteil Nette der Ev. Noah-Kirchengemeinde

Der „Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund“ hat erfolgreich dafür gesorgt, dass die besonderen Unterstützungsbedarfe in den Aktionsräumen in den Blick genommen wurden und so zum Beispiel auch manche Schule eine Schulsozialarbeiterin oder einen Schulsozialarbeiter erhalten hat. Da aber die Herausforderungen nicht kleiner geworden sind, hoffe ich auf einen weiteren positiven Einfluss des Aktionsplanes auf die Entwicklung der Aktionsräume in den kommenden zehn Jahren.

NETTE IN ZAHLEN (STAND 2017)



Im Aktionsraum leben **10.098 Menschen**.

19,4 Prozent der Menschen sind jünger als 18 Jahre (Dortmund gesamt: 16,1%).

44,8 Prozent der Kinder unter 15 Jahren leben von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (Dortmund: 30,2).

18,8 Prozent der Menschen sind älter als 65 Jahre (Dortmund: 20,1).
8,4 Prozent erhalten Grundsicherung im Alter (Dortmund: 6,4).

28,4 Prozent der Menschen unter 65 Jahren erhalten Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (Dortmund: 17,8).

19,6 Prozent der deutschen Einwohnerinnen und Einwohner haben einen Migrationshintergrund (Dortmund: 16,5).

22,2 Prozent der Menschen im Aktionsraum haben einen ausländischen Pass (Dortmund: 17,7).

5.3 AKTIONSRaUM EVING-LINDENHORST

5.3.1 FAKTEN ZU EVING LINDENHORST

Der Stadtbezirk Eving, zu dem auch Lindenhorst gehört, entstand in seiner heutigen Form erst durch den Bergbau. Bis Mitte des 19. Jahrhunderts gab es hier fast nur Ackerflächen und wenige Bewohnerinnen und Bewohner. Mit dem Abteufen der ersten Schächte auf den Zechen Minister Stein und Fürst Hardenberg 1871 und 1872 explodierte die Einwohnerzahl geradezu. 1987 schloss mit Minister Stein in Eving die letzte Dortmunder Zeche. Der Hammerkopf-Turm der Zeche prägt jedoch bis heute als Landmarke das Stadtbild im Ortsteil. Der TuS Eving-Lindenhorst gilt als Talentschmiede für Borussia Dortmund. Hier haben unter anderem Lars Ricken und Michael Zorc ihre Karriere begonnen.

Die Initiative von Aktionsraum-beauftragter und Schulvertreterinnen und Schulvertretern zu diesem Projekt erwies sich als besonders gelungene Zusammenarbeit mit dem Ziel, Chancengleichheit zu ermöglichen.

Ulrike Eisenberg, Schulleiterin Heisenberg-Gymnasium



5.3.2 PROJEKT „MENTORING-PROGRAMM AM HEISENBERG-GYMNASIUM“

Begeistert erzählt die Aktionsraumbeauftragte in Eving, Ute Kampmann, von ihrem Vorzeigeprojekt: dem Mentoring-Programm am Heisenberg-Gymnasium. „Gemeinsam mit zwei engagierten Lehrerinnen von dieser Schule ist es gelungen, Schülerinnen und Schüler aus der Einführungsphase mit Mentorinnen und Mentoren zu ‚matchen‘. Die 1:1-Zuordnung für die Dauer eines Schuljahres ist so gewählt, dass der begleitende Erwachsene aus dem Berufsfeld stammt, das die Schülerin bzw. der Schüler favorisiert.“

Etwas Vergleichbares gibt es in Dortmund sonst nicht. Ärztinnen und Ärzte, Steuerprüferinnen und Steuerprüfer, Juristinnen und Juristen, Journalistinnen und Journalisten, Schauspielerinnen und Schauspieler, Psychologinnen und Psychologen oder Polizistinnen und Polizisten machen mit. Sie alle nehmen jeweils einen jungen Menschen „an die Hand“ und geben ihm Orientierungshilfe, seinen Berufswunsch zu präzisieren. Die Weitergabe persönlicher und beruflicher Erfahrungen kommt hierbei nicht zu kurz.

Ute Kampmann schlug einige Skepsis entgegen, als sie das Mentoring-Programm angehen wollte. Doch sie ließ sich nicht von dem Projekt abbringen, um speziell in diesem Aktionsraum einen aktiven und nachhaltigen Beitrag zur Chancengleichheit zu leisten. Und noch etwas bestärkte sie: Bildungsstatistiken zeigen, dass junge Menschen aus zugewanderten Familien trotz guter oder sehr guter Leistungen häufig Berufe ergreifen, für die sie überqualifiziert sind. Hier wollte sie tätig werden.

Motivierte Schülerinnen und Schüler zu finden war kein Problem, aber woher sollten die ehrenamtlichen Mentorinnen und Mentoren kommen? „Mentorinnen und Mentoren zu akquirieren, ist immer wieder eine Herausforderung“, gibt Aktionsraumbeauftragte Ute Kampmann zu: „Viele sind ‚Alt-Heisenberger‘, mit denen es das Leben gut meinte und die etwas zurückgeben möchten.“ Doch häufig reicht deren Zahl nicht aus oder sie passen nicht zu den Berufswünschen der jungen Mentees. Dann forscht das Projektteam auch einmal im persönlichen Umfeld nach, ob sich dort nicht der passende Mentor oder die passende Mentorin findet.

Von denen wird einiges verlangt: Die Teams treffen sich sechs- bis achtmal im Schuljahr, halten regen E-Mail-Kontakt, zwischendurch wird auch telefoniert. Ärztinnen und Ärzte nehmen die jungen Menschen mit in die Praxis, Polizistinnen und Polizisten führen sie auf die Wache. Wer eine passende Mentorin oder ein Mentor sein könnte, richtet sich immer nach dem Berufswunsch der Mentees.

Nicht jede Schülerin oder jeder Schüler kann am Mentoring-Programm teilnehmen. Voraussetzung sind überdurchschnittliche Noten und ein „akademikerfreies“ Elternhaus. „Wer nicht ganz so gute Schulnoten nachweisen kann, gleicht dies durch soziales Engagement aus“, erklärt die Aktionsraumbeauftragte.

Früher verließen auch viele gute Schüler nach der zehnten Klasse das Heisenberg-Gymnasium. Das waren talentierte Schülerinnen und Schüler die zumeist aus einem Umfeld stammten, das sie nicht bei der Studien- und der Berufswahl unterstützen konnte. Eltern verfügen häufig nicht über das nötige Wissen, Kontakte oder sogar Netzwerke. Hier setzt das Mentoring-Programm an: Seit einigen Jahren begleiten ehrenamtliche Mentorinnen und Mentoren Kinder aus Nicht-Akademiker-Haushalten auf dem Weg in ihre berufliche Zukunft.

5.3.3 DREI FRAGEN AN ...

UTE KAMPMANN, AKTIONSRÄUMBEAUFTRAGTE FÜR EVING-LINDENHORST

Frau Kampmann, wie sind Sie Ihre Aufgabe als Aktionsraumbeauftragte angegangen?

„Der Auftakt war eine Bürgerschaftsversammlung. Die Frage: Wo drückt denn in Eving der Schuh? wurde mehrfach beantwortet. So sind viele Projektideen entstanden; unter anderem auch das Sportpatenprojekt.

Was war hier das Problem?

„Viele Vereine in Eving stehen vor der Herausforderung, Nachwuchs zu finden. Talente gibt es genug, viele Familien konnten sich vor der Einführung des Bildungs- und Teilhabegesetzes aber den Mitgliedsbeitrag oder die Sportausrüstung für ihre Kinder nicht leisten.“

Konnten Sie eine Lösung finden?

„Wir haben Sponsoren gesucht, die die Mittel zur Verfügung stellen, um den Kindern die Ausrüstung zu kaufen. Gleichzeitig haben wir ein Netzwerk an Kontaktpersonen in den Vereinen geknüpft. Das Sportpatenprojekt läuft mittlerweile sehr erfolgreich, schon fast 100 Kinder haben davon profitiert.“

Ute Kampmann
Aktionsraumbeauftragte
für Eving-Lindenhorst



EVING-LINDENHORST IN ZAHLEN (STAND 2017)

Im Aktionsraum leben **18.490 Menschen.**

16,9 Prozent der Menschen sind jünger als 18 Jahre

(Dortmund gesamt: 16,1 Prozent).

40,5 Prozent der Kinder unter 15 Jahren leben von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (Dortmund: 30,2).

17,8 Prozent der Menschen sind älter als 65 Jahre (Dortmund: 20,1).

7,1 Prozent erhalten Grundsicherung im Alter (Dortmund: 6,4).

24,6 Prozent der Menschen unter 65 Jahren erhalten Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (Dortmund: 17,8).

18,8 Prozent der deutschen Einwohnerinnen und Einwohner haben einen Migrationshintergrund (Dortmund: 16,5).

29,2 Prozent der Menschen im Aktionsraum haben einen ausländischen Pass (Dortmund: 17,7).



5.4 AKTIONSRaUM EVING-KEMMINGHAUSEN

5.4.1 FAKTEN ZU EVING-KEMMINGHAUSEN

Kemminghausen, das wie Lindenhorst zum Stadtbezirk Eving gehört, ist ein grüner, ländlich geprägter Stadtteil. Die Waldgebiete Grävingholz und Süggel haben sich bereits in der Eiszeit gebildet, verfügen über sehr alten Baumbestand und stehen unter Naturschutz. Sie sind beliebt bei all denen, die gern wandern oder Rad fahren.

Bis zur Stilllegung der Zeche Minister Stein 1987 waren viele Menschen hier im Bergbau tätig. Das nahe liegende Stahlwerk Westfalenhütte war bis zur Schließung in den 1990er Jahren ein weiterer wichtiger Arbeitgeber.

5.4.2 PROJEKT „HAUSAUFGABENHILFE IN DER FISCHSIEDLUNG“

Mit Hausaufgabenhilfe und Nachhilfe sollen Schülerinnen und Schüler zu besseren Leistungen geführt werden. In der Fischsiedlung in Eving-Kemminghausen gibt es diese Hilfen in einer eigens dafür eingerichteten Wohnung.

Dreimal wöchentlich kommen Lehramtsstudierende, um den Schülerinnen und Schülern der Fischsiedlung bei den Hausaufgaben zu helfen und gegebenenfalls Nachhilfe zu geben, wenn die Leistungen nicht ausreichend sind. „Wir haben zudem 2014 einen Treff für Kinder eingerichtet, der dreimal die Woche öffnet“, erklärt Ute Kampmann, die Aktionsraumbeauftragte in Eving. Dieser offene Treff ist gleichzeitig Anlaufstelle für alle Kinder im Alter von sechs bis 14 Jahren und deren Familienangehörige. Die Leitung hat eine Sozialpädagogin der Stadtteilschule übernommen.

Dieser Treff könnte kaum besser angesiedelt sein als in der Fischsiedlung in Eving, benannt nach Straßen wie Hechtweg oder Lachsberg. Mehr als ein Drittel der gesamten Bewohnerschaft ist minderjährig. Bei einem hohen Migrantinnen- und Migrantenanteil haben viele Menschen schlechte Deutschkenntnisse.

Träger des Treffs ist die Stadtteilschule Eving. Die Kosten von 20.000 Euro im Jahr werden aus Mitteln des „Aktionsplans Soziale Stadt“ getragen. Nachhilfe und Hausaufgabenhilfe sind für die Kinder kostenlos. Das Projekt war nur zu realisieren, weil der Vermieter die Wohnung kostenlos zur Verfügung stellt.

5.4.3 DREI FRAGEN AN ...

UTE KAMPMANN, AKTIONSRÄUMBEAUFTRAGTE FÜR EVING

Welchen Schwerpunkt setzen Sie bei Ihrer Arbeit, Frau Kampmann?

Ute Kampmann: „Mein Schwerpunkt liegt im Bereich Bildung, um die Zukunftschancen der Kinder zu verbessern. Das beinhaltet unter anderem wöchentliches zweisprachiges Vorlesen auf Türkisch und Deutsch, Zusatzangebote zur Hausaufgabenhilfe in allen Schulformen sowie das Mentoring-Programm am Heisenberg-Gymnasium.“

Eving ist ein Stadtteil mit hohem Migrantenanteil. Wie gehen Sie damit um?

Ute Kampmann: „Wir setzen zum Beispiel auf Sprachförderung. Auch für die Eltern. Hier verweise ich gerne auf das niederschwellige Kommunikationstraining mit dem treffenden Namen: Mama lernt Deutsch, Papa darf auch.“

Welche Projekte sind Ihnen darüber hinaus in Erinnerung geblieben?

Ute Kampmann: „Zum Beispiel der kleinste, kommerzfreie Weihnachtsmarkt Dortmunds mit zahlreichen Ständen. Den veranstalten wir in der Fischsiedlung. Das Orchester des Heisenberg-Gymnasiums tritt dort auf, Kinder aus dem Nachbarschaftstreff backen Plätzchen, das friedliche Zusammensein unter Nachbarn stärkt die Gemeinschaft.“

Großartige Zusammenarbeit!

Durch die Initiative der Aktionsraumbeauftragten in Eving, Frau Ute Kampmann, konnten wir im Jahr 2014 einen Nachbarschaftstreff in der Fischsiedlung eröffnen.

Durch das große Engagement der Beteiligten vor Ort, aber besonders durch die Aktionsraumbeauftragte und die Unterstützung des Projektbüros wurde seitdem viel bewegt und wir freuen uns auf eine weitere Zusammenarbeit. Kampmann und Matthias Siepmann aus dem Projektbüro sind jederzeit für uns als Träger, aber auch für die Menschen im Quartier ansprechbar und nah dran.

Veit Hohfeld, Geschäftsführender Vorstand Stadtteil-Schule e.V.

Die Ketteler-Grundschule liegt in Dortmund-Eving, und hier leben viele benachteiligte Kinder.

Durch die inzwischen langjährige enge Zusammenarbeit mit Frau Kampmann, der Aktionsraumbeauftragten des Stadtteils Eving, konnten gemeinsam Lücken in der dringend erforderlichen zusätzlichen Förderung der Kinder erkannt und seit zwei Jahren erfolgreich geschlossen werden.

Durch Frau Kampmanns starkes Engagement und die Finanzierung durch Mittel des Aktionsfonds Soziale Stadt Dortmund war es somit möglich, eine regelmäßige Hausaufgabenbetreuung und verschiedene Sport-AGs anzubieten. Dies unterstützt viele Familien.

Die Kinder, die Eltern und das Kollegium der Ketteler-Grundschule sind für dieses zusätzliche Angebot sehr dankbar.

Andrea Mielke, Schulleiterin Ketteler-Grundschule

AKTIONSRAUM EVING-KEMMINGHAUSEN IN ZAHLEN (STAND 2017)

Im Aktionsraum leben **18.490 Menschen**.

16,9 Prozent der Menschen sind jünger als 18 Jahre

(Dortmund gesamt: 16,1 Prozent).

40,5 Prozent der Kinder unter 15 Jahren leben von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (Dortmund: 30,2).

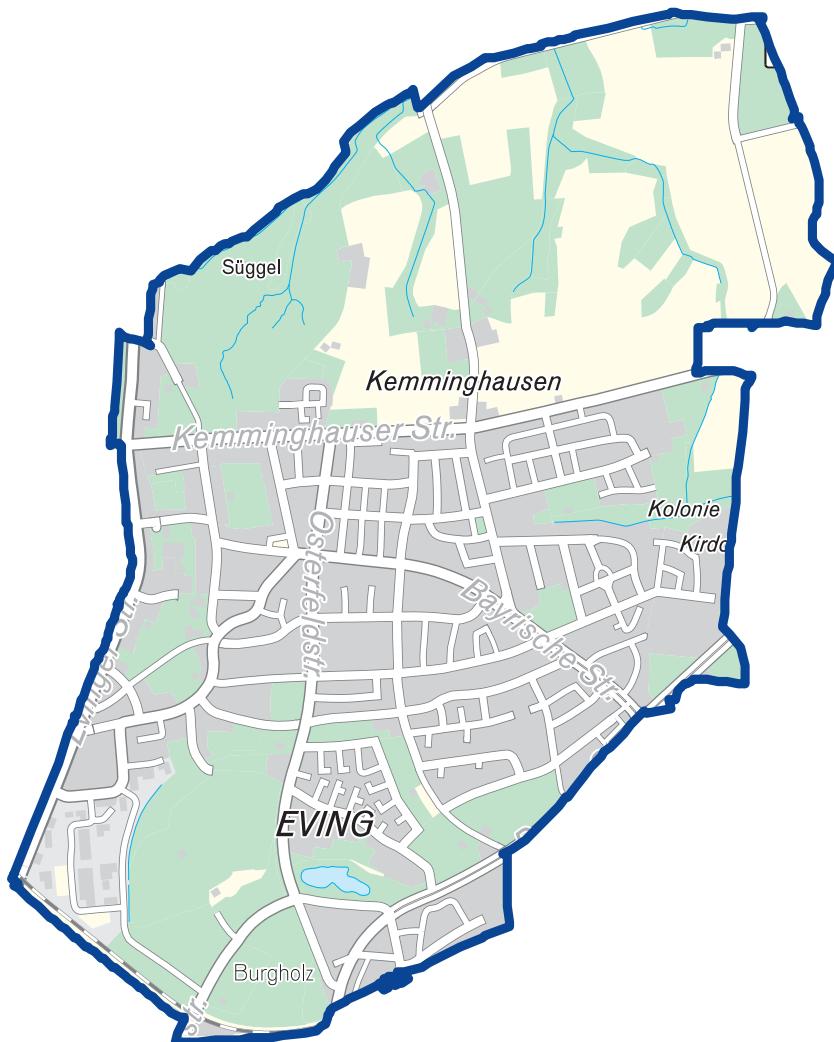
17,8 Prozent der Menschen sind älter als 65 Jahre

(Dortmund: 20,1). **7,1 Prozent** erhalten Grundsicherung im Alter (Dortmund: 6,4).

24,6 Prozent der Menschen unter 65 Jahren erhalten Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (Dortmund: 17,8).

18,8 Prozent der deutschen Einwohnerinnen und Einwohner haben einen Migrationshintergrund (Dortmund: 16,5).

29,2 Prozent der Menschen im Aktionsraum haben einen ausländischen Pass (Dortmund: 17,7).





5.5 AKTIONSRaUM MARTEN

5.5.1 FAKTEN ZU MARTEN

Marten liegt im Westen Dortmunds und ist ein zweigeteilter Stadtteil. Er besteht zum einen aus der Zechensiedlung in der Nähe der Zeche Germania, zum anderen aus dem alten Ortskern mit Einkaufsmöglichkeiten. Allerdings leidet dieser teilweise verkehrsberuhigte Bereich unter vielen Leerständen.

Grund hierfür ist die geringe Kaufkraft in Marten. In der Germania-Siedlung wohnen viele einkommensschwache Familien, in Alt-Marten ist der Anteil der älteren Bevölkerung sehr groß.



Grundschülerinnen und Grundschüler, die während des Unterrichts an akutem Hunger leiden, sind kein Einzelfall. Diese Kinder kommen ohne Frühstück und ohne Pausenbrot in die Schule. Das kann Probleme wie Konzentrationsmangel und schlechtere schulische Leistungen mit sich bringen.

Schon seit Jahren besteht das Martener Forum und ist ein wichtiger Baustein für die Entwicklung des Stadtteils Marten und der Germaniasiedlung. Ohne die tatkräftige Unterstützung der Quartierskümmnerer, des Aktionsraumbeauftragten und nicht zuletzt der engagierten Bürgerinnen und Bürger wären viele tolle Aktionen und Ideen nicht umgesetzt worden. Dabei wurden die meisten Aktionen auch vom ‚Aktionsplan Soziale Stadt‘ mitfinanziert. Auch mit Unterstützung des Aktionsfonds konnte mit der Friedens-Grundschule und dem CJD Dortmund z.B. das gesunde Frühstück in der Friedensschule installiert werden. Die Schülerinnen und Schüler bekommen seitdem jeden Tag ein gesundes Frühstück. Sie lernen viele Obst- und Gemüsearten kennen und können sich auf den Unterricht konzentrieren, weil ein gut gefüllter Bauch mit einem gesunden Frühstück für alle die Grundlage zum gemeinsamen und erfolgreichen Lernen in der Schule bildet.

Gabriele Lenz
CJD NRW Nord am Standort Dortmund

5.5.2 PROJEKT „FRÜHSTÜCK FÜR MARTENER KINDER“

Aus diesem Grunde haben die Friedens-Grundschule und die Steinhammer-Grundschule mit Unterstützung des „Aktionsplans Soziale Stadt“ Konsequenzen gezogen: In beiden Schulen gibt es vor Unterrichtsbeginn für die Schülerinnen und Schüler erst einmal ein gesundes Frühstück, bestehend aus belegten Brot, Obst und Gemüse.

In der Friedens-Grundschule hilft das Christliche Jugendwerk CJD bei der Zubereitung. Für jede Klasse gibt es ein großes Tablett mit Butterbroten, Obst und Gemüse. Die Schülerinnen und Schüler essen im Klassenraum ihr selbst mitgebrachtes Frühstück und können sich zusätzlich etwas vom Buffet nehmen.

Jede Woche ist eine der zehn Klassen der Grundschule zudem die „Klasse der Woche“. Diese Klasse darf eine Woche lang in der Schulküche vom Buffet essen. Eine Aktion, die nicht nur die Mägen füllen soll.

„Den Kindern soll Frühstückskultur beigebracht werden“, erläutert Benedikt Buller, Aktionsraumbeauftragter in Marten: „Sie setzen sich gemeinsam hin, warten, bis alle fertig sind und stehen dann erst vom Tisch auf.“ Nur noch wenige Schülerinnen und Schüler kennen ein solches Verhalten von zu Hause. Auch lernen sie, den Tisch zu decken oder Servietten zu falten.

Das Frühstücksangebot kostet symbolische drei Euro pro Monat. In der Steinhammer-Grundschule, in der Ehrenamtliche das Frühstück zubereiten, ist für die meisten Kinder die erste Mahlzeit des Tages sogar kostenlos. Das Angebot an beiden Schulen wird aus Mitteln des Aktionsplans Soziale Stadt finanziert.

Ein Projekt der ersten Stunde ist das Schulfrühstück an der Steinhammer Grundschule, welches in Kooperation mit der örtlichen ehrenamtlichen Caritasgruppe ins Leben gerufen wurde und weiterhin begleitet und unterstützt wird.

Am 11. August 2008 startete die Martener Grundschule mit ihrem Projekt. Für alle Kinder der Schule (kein Kind erlebt den Unterricht mit leerem Magen) wird seitdem ein sogenanntes „Zu-Frühstück“ in Form von Müsli, Milch, Joghurt, Obst, Gemüse angeboten. Die Grundfinanzierung erfolgte über großzügige Spenden der Martener Bürgerinnen und Bürger (Erwerb einer Kücheneinrichtung und Grundausstattung), seitdem werden jährlich neue Mittel über den Aktionsplan beantragt. Der Einkauf erfolgte zunächst über Eltern, jetzt über den Hausmeister und durch eine Anlieferung mit zusätzlichem Obst und Gemüse über das EU-Projekt ‚Gesunde Ernährung‘. In jedem Schuljahr sind ca. 15 Eltern der Schule ehrenamtlich tätig, die in wechselnden Teams die erforderlichen Arbeiten verrichten. Im Laufe der Jahre wurde in Kooperation mit dem Jobcenter auch immer wieder Menschen im SGB II Bezug – durch zeitlich befristete Anstellung – die Möglichkeit zur Wiedereingliederung ins Berufsleben gegeben.

Aus den kleinen Anfängen hat sich inzwischen viel entwickelt, was das generationenübergreifende Miteinander im Aktionsraum sehr positiv beeinflusst und somit auch die Unterstützung bei schulischen Projekten erleichtert.

Über die ehrenamtliche Caritas besteht ein sehr vertrauensvolles Miteinander, wenn es darum geht, Hilfe auch außerhalb von Schule zu organisieren, wie z.B. das ebenfalls über den Aktionsplan geförderte Projekt ‚Sprachcafé für Frauen aller Nationalitäten‘ (z.B. Hilfe zur Behördenbegleitung, Begleitung von Flüchtlingen), dies bedeutet gelebte Nachbarschaftshilfe.

Margarete Konieczny, Caritas Konferenz Heilige Familie, Trägerin des Bundesverdienstkreuzes am Bande der Bundesrepublik Deutschland



Benedikt Buller, Aktionsraumbeauftragter für Marten. Benedikt Buller ist einer der dienstjüngeren Aktionsraumbeauftragten und seit Anfang 2018 im Amt.

5.5.3 DREI FRAGEN AN ...

BENEDIKT BULLER, AKTIONSRAUMBEAUFTRAGTER FÜR MARTEN.

Herr Buller, Sie waren früher bei der Stadtverwaltung für Auszubildende zuständig, jetzt sind Sie Aktionsraumbeauftragter. Was hat Sie am neuen Job gereizt?

„Ich war früher ehrenamtlich in der Jugendarbeit tätig. Jetzt arbeite ich wieder mit vielen Ehrenamtlichen. Das macht sehr viel Spaß, außerdem kann ich selbstständig Projekte entwickeln.“

Wie arbeiten Sie in Marten mit Ehrenamtlichen zusammen?

„Ich arbeite eng mit dem Martener Forum zusammen. Das ist ein Zusammenschluss von Martener Einwohnerinnen und Einwohnern, die sich über ihren Stadtteil Gedanken machen und ihn wieder nach vorn bringen wollen. Wir haben zum Beispiel zur Jahreswende einen Kalender mit alten und neuen Martener Fotos herausgegeben. Die Auflage von 1.000 Stück war sofort vergriffen.“

Was stört die Menschen in Marten?

„Für die Bürgerinnen und Bürger ist der Leerstand vieler Ladenlokale ein Problem. In Marten fehlt den Menschen schon mal das Geld für Einkäufe. Es mussten Geschäfte deswegen schließen. Das belastet den Ort.“



MARTEN IN ZAHLEN (STAND 2017)

Im Aktionsraum leben **9.676 Menschen**.

17,6 Prozent der Menschen sind jünger als 18 Jahre
(Dortmund gesamt: 16,1 Prozent).

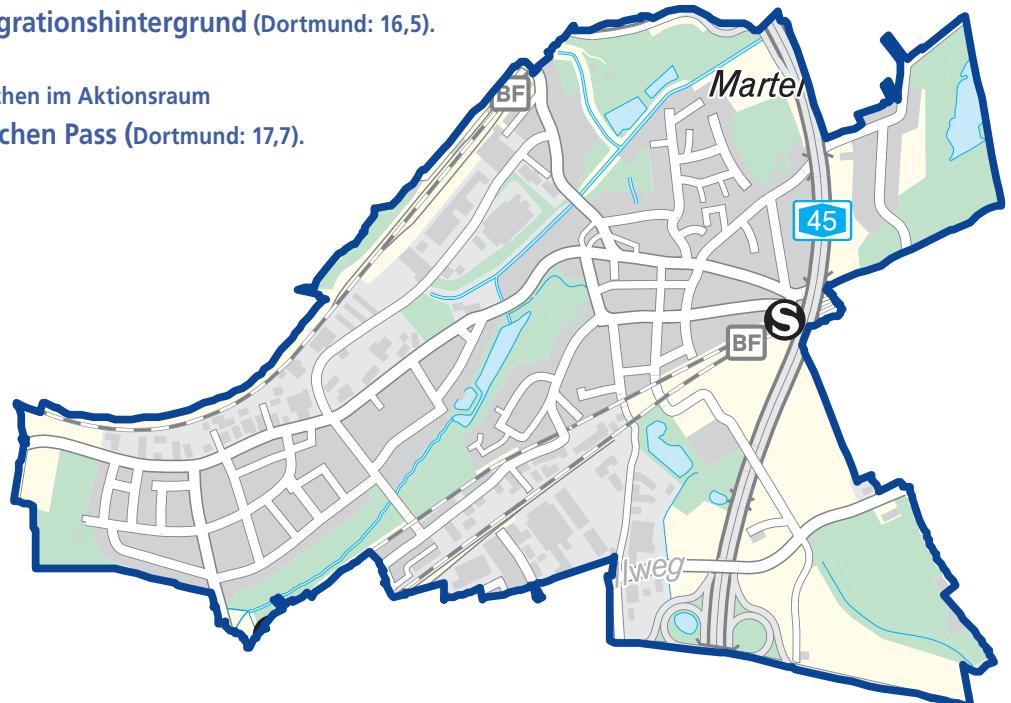
38,1 Prozent der Kinder unter 15 Jahren leben von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (Dortmund: 30,2).

15,9 Prozent der Menschen sind älter als 65 Jahre (Dortmund: 20,1).
8,8 Prozent erhalten Grundsicherung im Alter (Dortmund: 6,4).

23,9 Prozent der Menschen unter 65 Jahren erhalten Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (Dortmund: 17,8).

16,0 Prozent der deutschen Einwohnerinnen und Einwohner haben einen Migrationshintergrund (Dortmund: 16,5).

16,4 Prozent der Menschen im Aktionsraum haben einen ausländischen Pass (Dortmund: 17,7).



Gerade zum rechten Zeitpunkt wurde der „Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund“ ins Leben gerufen. Nach dem Starkregenereignis am 26. Juli 2008 wurde der Martener Wochenmarkt am 31. Dezember geschlossen. Am 28. Mai 2009 konnte der Markt in privater Trägerschaft wiederbelebt werden. Als Ort der Kommunikation und des täglichen Einkaufbedarfs gehen von ihm positive Signale für die Entwicklung unseres Ortes aus. Dank der Unterstützung des „Aktionsplans Soziale Stadt“ hat der Markt trotz der Widrigkeiten für die Wochenmärkte bis heute Bestand.

Seit vielen Jahrzehnten wird um den 11. November in Marten ein St. Martinszug veranstaltet. Gott sei Dank gab es den „Aktionsplan Soziale Stadt“, dadurch wurden bis heute die Kosten für Kapelle, Pferd und Reiter bzw. Reiterin finanziert. So konnten in den vergangenen Jahren 500 bis 700 Kinder mit ihren Eltern im November mit Pferd, Reiter bzw. Reiterin und einer Laterne durch Marten ziehen.

Reiner Gallen, ehemaliges Mitglied der Bezirksvertretung Lütgendortmund)

5.6 AKTIONSRaUM SCHARNHORST-OST

5.6.1 FAKTEN ZU SCHARNHORST-OST

In Scharnhorst-Ost entstand zwischen 1965 und 1975 auf der „Grünen Wiese“ eine Großwohnsiedlung mit 5.000 Wohnungen. Grund für den Bau war die damalige Wohnungsnot. Die meisten Wohnungen waren sozial geförderte für Familien. Der Ortsteil liegt mitten im Grünen. An die Siedlung grenzen Wälder und Wiesen. Hier wohnen immer noch viele Familien.

Die Siedlung verfügt über eine eigene kleine Fußgängerzone mit zahlreichen Geschäften vom Supermarkt bis zum Lotto-Laden. Im Zentrum befinden sich zudem zahlreiche zentrale Einrichtungen wie eine Stadtteil-Bibliothek, eine Kindertagesstätte, die Polizeiwache und ein Hallenbad. Scharnhorst-Ost ist mit einem eigenen U-Bahnhof direkt an das Stadtbahnnetz angebunden.



5.6.2 PROJEKT „WOHNUNGSWIRTSCHAFTLICHE KOOPERATION“

Diese Siedlung kann sich sehen lassen. In enger Kooperation haben Stadt, Wohnungsbauunternehmen und Vereine die Wohn- und Lebensqualität in Scharnhorst-Ost erheblich erhöht.

So hatten sich Stadtplaner in den 1960er Jahren die Zukunft des Lebens in der Stadt vorgestellt. Wegen mangelnder Fläche bauten und planten sie in die Höhe, nicht in die Breite. Vielfach entstanden Großsiedlungen wie in Scharnhorst Ost, in der heute rund 10.000 Menschen wohnen.

Wie wir heute wissen, häufen sich gerade in Großsiedlungen wie der in Scharnhorst- Ost soziale Problemlagen. Ein großer Teil der Menschen ist arbeitslos und kämpft mit schwierigen Lebenssituationen. Zudem vernachlässigen wenig investitionsbereite Eigentümerinnen und Eigentümer ihre Wohnungsbestände und verursachen damit einen erheblichen Modernisierungsstau: Deutlich sichtbar blättert dann hier und da der Putz ab, Flure sind verdreckt und Müll liegt auf der Straße. Das belastet die Menschen zusätzlich. Doch nicht so in Scharnhorst!

„Hier ist alles sauber und gepflegt“, sagt die Aktionsraumbeauftragte Barbara Dreja. Das liegt auch daran, dass Scharnhorst-Ost seit 1994 durch verschiedene Fördermaßnahmen des Bundes, des Landes, der Kommune und ansässiger Wohnungsunternehmen erneuert, entwickelt und aufgewertet wird. Ziel war und ist es, neben der Modernisierung auch den sozialen Zusammenhalt in der Siedlung zu stärken, Förderangebote für Kinder und Jugendliche anzubieten oder zur Qualifizierung der Bewohnerinnen und Bewohner für den Arbeitsmarkt beizutragen.

Zur Kooperationsgemeinschaft Dortmund Scharnhorst-Ost gehören die LEG NRW, die DOGEWO21 und der Spar- und Bauverein eG Dortmund. Unterstützt wird die Kooperation durch die Stadt Dortmund. Die Partner bündeln seit 2004 die Aktivitäten im Stadtteil und gehen übergreifende Ziele gemeinsam an. Im Mittelpunkt stehen die Aktivierung der Eigeninitiative der Bewohnerinnen und Bewohner, die Förderung der Nachbarschaften sowie die Imageaufwertung des Stadtteils. Das alles wäre ohne die aktive Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner nicht möglich gewesen, weiß auch die Aktionsraumbeauftragte Barbara Dreja: „Es gibt in Scharnhorst-Ost eine lebendige und sehr ausgeprägte Beteiligungskultur. Vereine und Verbände machen aktiv mit, um das Leben in der Großsiedlung zu verbessern.“ In Siedlungen wie dieser ist das nicht die Regel, betont sie: „Diesen Zusammenhalt kennt man so nicht aus jedem Stadtteil.“ Und läuft doch einmal nicht alles zur Zufriedenheit, können die Probleme besprochen werden. Dafür sorgt der Runde Tisch aus Vereinen, Wohnungsbauunternehmen, Politik und Stadt, der zweimal im Jahr tagt, um nach Lösungen zu suchen. Zudem soll der Runde Tisch dafür sorgen, dass die wichtigsten Akteurinnen und Akteure im Stadtteil immer über aktuelle Entwicklungen und Projekte informiert sind und sich vernetzen. Die Eigentümerinnen und Eigentümer der Immobilien stellen dafür jedes Jahr einen fünfstelligen Betrag zur Verfügung. Hinzu kommen städtische Mittel aus dem „Aktionsplan Soziale Stadt“.

Das wohnungswirtschaftliche Quartiersmanagement Dortmund Scharnhorst-Ost ist vorbildlich. Das bestätigt der Preis „Soziale Stadt 2010“, mit dem der GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V. und weitere Ausloberinnen und Auslober die Kooperationsgemeinschaft vor Ort auszeichneten.

Der DRK Kreisverband Dortmund e.V. arbeitet seit vielen Jahren mit der Aktionsraumbeauftragten erfolgreich bei Angeboten wie dem deutsch-russischen Sprachcafé und besonders bei der Kleinen Schülerstube, einem Hausaufgaben-Hilfeangebot, zusammen. Zum 10-jährigen Bestehen des „Aktionsplans Soziale Stadt“ wünschen wir alles Gute und freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit.

Anna Schneider, Sozialarbeiterin, Pädagogin, Rückkehrberatung für Flüchtlinge, Integrationsagentur, Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Dortmund e.V.

5.6.3 DREI FRAGEN AN ...

BARBARA DREJA, AKTIONSRÄUMBEAUFTRAGTE IN SCHARNHORST-OST

Frau Dreja, Sie wollen die Lebensqualität in Scharnhorst-Ost verbessern. Wie tun Sie das?

„Die Wohnungswirtschaft bietet über die Wohnungs-kooperation viele Projekte für Kinder an. Im Sommer gibt es die sogenannten ‚Spielentonnen‘ an vier Standorten mit Springseil, Bällen, Malfarbe und mehr. Viele Kinder haben zuhause wenig Spielzeug und kommen deshalb gern zu uns.“

Und was tun Sie für die Erwachsenen?

„In Zusammenarbeit mit den Wohnungsunternehmen gibt es über die Wohnungs-kooperation viele Angebote zur Freizeitgestaltung, zum Beispiel Ausflüge für die Mieterinnen und Mieter. Das können sich viele Leute hier nicht leisten. Wir organisieren dann einen Bus und fahren einfach mal raus. Zum Beispiel zum Schloss Beck in Bottrop oder ins Freilichtmuseum nach Hagen. Mit den Seniorinnen und Senioren sind wir mit der Santa Monica auf dem Kanal gefahren.“

Wie kommt das bei den Menschen an?

„Die Ausflüge sind der Renner. Die gut 80 Plätze waren vergangenes Jahr innerhalb von zwei Stunden ausgebucht.“



SCHARNHORST-OST IN ZAHLEN (STAND 2017)

Im Aktionsraum leben **12.538 Menschen.**

24,4 Prozent der Menschen sind jünger als 18 Jahre
(Dortmund gesamt: 16,1 Prozent).

2,5 Prozent der Kinder unter 15 Jahren leben von Leistungen
nach dem Sozialgesetzbuch II (Dortmund: 30,2).

19,6 Prozent der Menschen sind älter als 65 Jahre
(Dortmund: 20,1). 19,4 Prozent erhalten Grundsicherung im Alter (Dortmund: 6,4).

38,2 Prozent der Menschen unter 65 Jahren erhalten Leistungen
nach dem Sozialgesetzbuch II (Dortmund: 17,8).

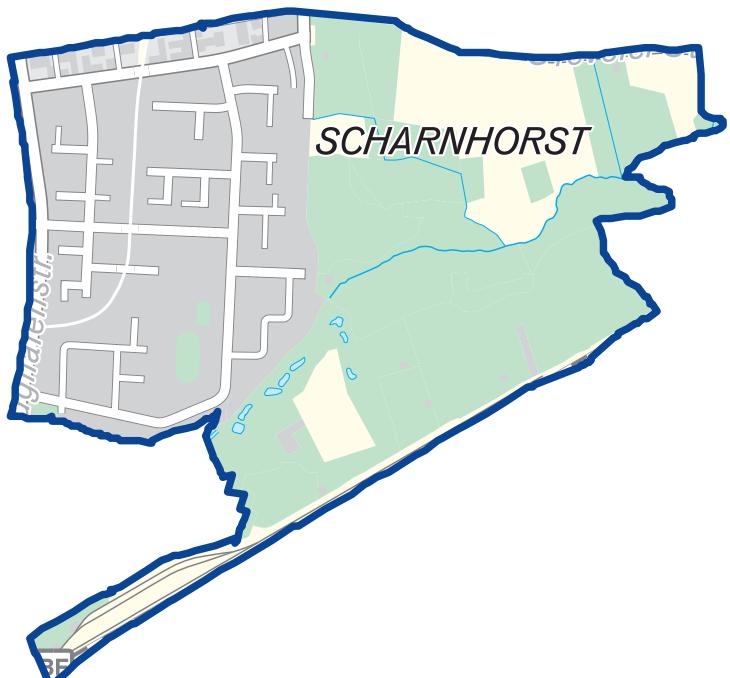
40,7 Prozent der deutschen Einwohnerinnen und Einwohner
haben einen Migrationshintergrund (Dortmund: 16,5).

24,9 Prozent der Menschen im Aktionsraum
haben einen ausländischen Pass (Dortmund: 17,7).

10 Jahre „Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund“ – das bedeutet für uns: Probleme vor Ort lösen – gemeinsam mit unserer Kooperation, vertreten durch DOGEWO21, LEG Wohnen NRW GmbH, Spar- und Bauverein eG und der Stadt Dortmund bringen wir uns im Quartier engagiert und erfolgreich in das Wohnungswirtschaftliche Quartiersmanagement Scharnhorst-Ost ein. Die Zusammenarbeit mit der Aktionsraumbeauftragten in Scharnhorst-Ost ist ein Erfolgsmodell und bildet für uns eine beispielhafte Vorgehensweise, eine Blaupause für weitere Quartiere. Durch die getätigten Investitionen konnten zahlreiche Projekte ermöglicht werden, die das Quartier positiv weiterentwickelt haben.

Scharnhorst-Ost liegt uns am Herzen und daher wollen wir, dass das Viertel eine gute Entwicklung erfährt. Wir sehen es als unseren Auftrag an, das Quartier auch in Zukunft im Sinne unserer Mieterinnen und Mieter zu stärken und nachhaltig zu stabilisieren. Daran arbeiten wir gemeinsam in unserer Kooperation stetig und konsequent.

Wohnungskooperation Scharnhorst Ost,
bestehend aus DOGEWO21,
LEG Wohnen NRW GmbH,
Spar- und Bauverein eG
und Stadt Dortmund



5.7 AKTIONSRaUM: SCHARNHORST-ALT

5.7.1 FAKTEN ZU SCHARNHORST-ALT

Der Name des Stadtteils geht auf die ehemalige Zeche Scharnhorst zurück, die von 1901 bis 1975 in Betrieb war. Der alte Teil Scharnhorsts besteht aus mehreren Zechensiedlungen mit großen Gärten, in denen früher auch Nutztiere gehalten wurden. Die Bergarbeiter-Häuser entstanden Anfang des 20. Jahrhunderts. In den 1950er Jahren erfolgte eine Erweiterung des Stadtteils, um Wohnraum für Kriegsvertriebene zu schaffen. An die Zeche erinnern heute nur noch eine Mauer und ein Gewerbegebiet, das nach ihr benannt ist. Die Flughafenstraße, die durch Scharnhorst geht, ist ein Hinweis darauf, dass hier früher der alte Dortmunder Flughafen stand, der vor dem Krieg größer als der in Düsseldorf war. Scharnhorst-Alt verfügt über viele Grünflächen, Fuß- und Wanderwege.



5.7.2 PROJEKT „WAMBELER HEIDE“

Das Wohnquartier rund um die Wambeler Heide ist Teil von Scharnhorst-Alt. Die Siedlung wurde durch den Bau einer Straße vom restlichen Ortsteil abgeschnitten. Das hatte Folgen ...

Für Autofahrerinnen und Autofahrer ist die B 236n zwischen Schwerte und Lünen eine Erleichterung. Früher brauchten sie für die Strecke mindestens doppelt so viel Zeit. So sehr sich Autofahrerinnen und Autofahrer über die vierspurige Bundesstraße freuen - für die Bewohnerinnen und Bewohner der „Wambeler Heide“ hat sie sehr viele Veränderungen mit sich gebracht.

Durch den Bau der B 236 ist das Wohnquartier „Wambeler Heide“ mit seiner Insellage entstanden. Die Grundschule musste weichen, die Kinder nehmen jetzt den Bus zur Schule. Geschäfte für die Versorgung des täglichen Bedarfs, Kindertageseinrichtungen und Kirchen sind entlang der Durchgangsstraße von Scharnhorst-Alt angesiedelt. Die Bewohnerinnen und Bewohner nutzen auch das Angebot des Einkaufszentrums in Scharnhorst-Ost. Beide Stadtteile liegen nebeneinander und sind verkehrstechnisch verbunden. Eine Moschee ist fußläufig erreichbar.

Im Wohnquartier „Wambeler Heide“ leben Menschen unterschiedlicher Nationalitäten und viele Familien mit Kindern. Auf die Verbesserung der Lebenssituation im Wohngebiet zielte ein Bürgerforum, das die Probleme des Quartiers in den Blick nahm und zusammen mit der Stadt Lösungen erarbeitete. Das Ergebnis sind unter anderen bessere Angebote für Kinder. So entwickelte sich aus einem Infotreff mit einer wöchentlichen Sprechstunde in Kooperation mit den „Falken“ ein wöchentliches Spielangebot für Kinder in den Monaten von April bis Oktober. Inzwischen wurde auch ein Spiel-Container angeschafft, um ein breiteres Angebot vorzuhalten. Die Finanzierung erfolgte aus den Mitteln des Aktionsfonds. Daneben gibt es in jedem Jahr den Einsatz des Bauwagens „Flitzmobil“, Grillfeste und zusätzliche Einzelaktionen für Kinder und ihre Eltern. Das führt auch die unterschiedlichen Nationalitäten zusammen und verbessert ihr Miteinander durch gemeinsame Aktivitäten. Zudem werden die Bewohnerinnen und Bewohner über weitere Angebote informiert, zu denen auch Kurse zur Verbesserung der Deutsch-Kenntnisse gehören.

Den Menschen in der Wambeler Heide ist die Sauberkeit in ihrem Quartier wichtig, was sie mit einem „Frühjahrsputz“ in ihrer Nachbarschaft bewiesen. Sie stärkten damit das Bewusstsein dafür, dass auch ein sauberes Wohnumfeld für mehr Lebensqualität sorgt. Ein eingesetzter Quartierskümmerer kümmert sich darum, dass dies so bleibt.



5.7.3 DREI FRAGEN AN ...

BARBARA DREJA, AKTIONSRÄUMBEAUFTRAGTE IN SCHARNHORST-ALT

Frau Dreja, Scharnhorst-Alt gilt als gutbürgerliches Viertel. Warum gibt es hier trotzdem einen Aktionsraum?

„Das stimmt für Scharnhorst-Alt insgesamt. Wenn wir aber kleinräumig in den Sozialraum schauen, dann sehen wir, dass wir hier mit dem Quartier ‚Wambeler Heide‘ eine kleinere Siedlung haben, die sich vom restlichen Stadtteil unterscheidet. Hier ist unter anderem die Arbeitslosigkeit höher als im übrigen Scharnhorst-Alt. Das belastet immer auch die Kinder der betroffenen Familien.“

Wie helfen Sie den Kindern?

„Wir sehen insgesamt, dass das Freizeitverhalten sich ändert. Auch Kinder verbringen die verbleibende Zeit nach der Schule zu Hause oft vor dem Fernseher oder dem PC. Wir bieten deshalb Aktionen im Freien an. Bewegung und frische Luft sind wichtig, es gibt regelmäßig Spielaktionen, die draußen stattfinden. Und weil wir festgestellt haben, dass nach dem Besuch der Schule mit OGS-Betreuung vielen Kindern nur wenig Zeit verbleibt, haben wir unser Angebot auf den Samstag verlegt.“

Und für die älteren Kinder?

„Wir arbeiten beispielsweise mit der Hauptschule Scharnhorst zusammen. Wir haben gemeinsam mit der Schule ein Projekt der interkulturellen Schreibwerkstatt eingerichtet.

Die Kinder erhalten Tipps und Impulse von einem Schriftsteller und sollen Spaß daran bekommen, eigene Texte und Geschichten über Toleranz und das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft zu verfassen. Die Ergebnisse werden öffentlich vorgestellt und in einem Buch zusammengefasst.“

Dem Sozialraum Wambeler Heide wird seit Jahren eine besondere Bedeutung beigemessen. Erfolgreich führen wir seit 2012 mit Unterstützung des „Aktionsplans Soziale Stadt“ im Zeitraum zwischen Ostern und den Herbstferien eine Spielplatzaktion durch, die von Eltern, Kindern und Teens gerne angenommen wird. Die Vernetzung zwischen Organisationen und Menschen findet auf Augenhöhe statt, wertvolle Gespräche und Aktionen kommen hinzu.

Wir freuen uns über die unkomplizierte Zusammenarbeit mit der Aktionsraumbeauftragten Barbara Dreja im Sinne der Kinder und Jugendlichen.

**Barbara Muche, Ortsverband Scharnhorst,
Die Falken Bildungs- und Freizeitwerk e.V.**

SCHARNHORST-ALT IN ZAHLEN (STAND 2017)

Im Aktionsraum leben **8.592 Menschen**.

15,7 Prozent der Menschen sind jünger als 18 Jahre
(Dortmund gesamt: 16,1 Prozent).

23,9 Prozent der Kinder unter 15 Jahren leben von Leistungen
nach dem Sozialgesetzbuch II (Dortmund: 30,2).

23,3 Prozent der Menschen sind älter als 65 Jahre
(Dortmund: 20,1). 4,3 Prozent erhalten Grundsicherung im Alter (Dortmund: 6,4).

15,0 Prozent der Menschen unter 65 Jahren erhalten Leistungen
nach dem Sozialgesetzbuch II (Dortmund: 17,8).

20,8 Prozent der deutschen Einwohnerinnen und Einwohner
haben einen Migrationshintergrund (Dortmund: 16,5).

12,5 Prozent der Menschen im Aktionsraum haben einen ausländischen Pass
(Dortmund: 17,7).



5.8 AKTIONSRaUM WICKEDE

5.8.1 FAKTEN ZU WICKEDE

Wickede ist der östlichste Stadtteil Dortmunds und grenzt an Unna und Holzwickede. Bis weit ins 19. Jahrhundert war Wickede bäuerlich geprägt, das änderte sich erst durch die Industrialisierung. Im Ortsteil stehen neben Fachwerk-, Reihen- und Einfamilienhäusern auch acht große Wohnblocks mit 1.400 Wohnungen, die in den 1960er Jahren errichtet wurden. Wickede liegt an der mittelalterlichen Handelsstraße Hellweg, die von Duisburg nach Ostwestfalen führte. Bezeichnungen wie Salzweg verweisen noch heute auf die Handelsgeschichte des Stadtteils. Der Hellweg soll bereits vor 5.000 Jahren ein Handelsweg gewesen sein. Heute verfügt Wickede über eine gute Infrastruktur mit S-Bahn-Anbindung und mehreren Supermärkten.



Die Meylant-Siedlung in Wickede leidet unter dem Wegzug der Geschäfte. Die Aktionsraumbeauftragte hat sich zum Ziel gesetzt, das Viertel wieder zu beleben.

5.8.2 PROJEKT „MEYLANT-SIEDLUNG“

„Verkehrsberuhigt, kinderfreundlich, angrenzend an ein Naherholungsgebiet mit vielen Freizeitmöglichkeiten“, so wirbt ein Vermieter für seine Wohnungen im Meylantviertel in Wickede im Dortmunder Osten. Der Stadtteil ist sehr grün. Die Ladenzeile, das frühere Einkaufszentrum (EKZ) Meylantstraße mit vielen Nahversorgungsmöglichkeiten, steht schon seit Jahren leer. Wie in vielen Vororten sind auch in Wickede die Geschäfte nach und nach verschwunden. „Wir haben hier den Friseurladen, einen Kiosk und das Jugendzentrum ‚Time Out‘, erzählt die Aktionsraumbeauftragte Barbara Dreja. Es ist jedoch inzwischen gelungen, einen Discounter anzusiedeln.

Barbara Dreja hat sich zur Aufgabe gemacht, wieder mehr Leben in die Siedlung zu bringen. Sie arbeitet dabei eng mit den dortigen Aktiven zusammen: der Evangelischen Kirche und dem von den „Falken“ betriebenen Wickeder Jugendtreff „Time Out“. Auch die Wohnungswirtschaft, die LEG, ist eine zuverlässige und engagierte Kooperationspartnerin.

Mit dem Angebot des „Time Out“ werden die jungen Menschen zwischen 14 und 23 Jahren in der Siedlung erreicht. Die finanzielle Unterstützung aus dem Aktionsfonds hilft beispielsweise, Kochkurse für Jugendliche zu veranstalten. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sollen dabei nicht nur das Kochen lernen, sondern sich auch intensiver mit ausgewogener Ernährung beschäftigen.

Weitere Angebote richten sich gezielt an die Mädchen und jungen Frauen im Viertel. Im „Mädchenzentrum“ des „Time Out“ wird das Selbstbewusstsein der Teilnehmerinnen gestärkt. Unter anderem werden die Mädchen an Kunstprojekte herangeführt.

„Mit den Nachbarn Topf an Topf“ ist ein Kooperationsangebot von LEG, Evangelischer Familienbildungsstätte und dem „Aktionsplan Soziale Stadt“. Vordergründig geht es um einen Kochkurs, in dem die Teilnehmerinnen und Teilnehmer beispielsweise Italienisch kochen lernen. Doch es steckt mehr dahinter. Wenn sich die Bewohnerinnen und Bewohner des Meylantviertels viermal im Jahr in der Lehrküche der Evangelischen Familienbildungsstätte treffen, dann ist das Ziel, sich über den kulinarischen Genuss näherzukommen und besser kennenzulernen. Ein Projekt, das für mehr Miteinander und Zusammenhalt im Viertel sorgt.

Das von Ehrenamtlichen geleitete „Café International“ in den Räumen der Evangelischen Familienbildung ist ein Treffpunkt für Flüchtlingsfamilien, in dem Beratung und Spracherwerb für die Erwachsenen angeboten werden. Die Kinder werden währenddessen durch Honorarkräfte mit einer Mischung aus Spiel- und Sprachförderung betreut.

In Kooperation mit der Evangelischen Familienbildung ist es gelungen, ein Vorleseprojekt in einer Kita einzurichten. Wöchentlich liest ein Ehrenamtlicher vor und die Kinder beteiligen sich.

Auch städtebaulich hat sich im Meylantviertel etwas getan. Eine auffällige Verbesserung ist die optische Aufwertung eines Großteils der Siedlung durch neue Farbanstriche, Sanierung der Balkone und Laubengänge und den Einbau neuer Kunststofffenster durch den Vermieter. Auch lange Zeit leerstehende Wohnungen konnten so wieder vermietet werden.

Die Zusammenarbeit mit der Aktionsraumbeauftragten für Wickede und Scharnhorst verläuft sehr konstruktiv und erfreulich unproblematisch. Mit Hilfe der Gelder aus dem Aktionsfonds können die Kinderbetreuung in der Flüchtlingsarbeit und ein Projekt für Lesepaten in einer Kindertageseinrichtung umgesetzt werden. Der regelmäßige Austausch über das, was im Stadtteil geschieht, fördert den Zusammenhalt und den Blick auf den gesamten Aktionsraum.

So können Projekte im Idealfall besser aufeinander abgestimmt werden und es kommt nicht zu einer Doppelung von Angeboten.

**Britta Martin,
Ev. Bildungswerk Dortmund, Familienbildung**

5.8.3 DREI FRAGEN AN ...

BARBARA DREJA, AKTIONSRÄUMBEAUFTRAGTE IN WICKEDE

In der Meylant-Siedlung ist der Migrationsanteil sehr hoch. Inwiefern kümmern Sie sich um Sprachförderung?

„Wir haben in Dortmund das Integrationsnetzwerk ‚Lokal Willkommen‘ aufgebaut, ein Angebot für Zugewanderte und interessierte Freiwillige. Der Standort in Dortmund-Braukel bietet Hilfen und Beratung an und vermittelt auch Deutschkurse. Niederschwellige Sprachangebote gibt es im ‚Café International‘ im Meylantviertel. Die Kinderbetreuung für Besucherinnen und Besucher und die Mittelausstattung werden aus dem Aktionsfonds unterstützt.“

Wickede ist ein sehr bürgerlicher Stadtteil mit viel Grün. Warum ist der Ortsteil ein Aktionsraum?

„Mit dem Sozialbericht und dem Sozialstrukturatlask wurde deutlich, dass wir sehr viel kleinräumiger planen und arbeiten müssen, nämlich quartiersbezogen. Wenn wir in Wickede in die Quartiere blicken, dann sehen wir, dass wir mit der Meylantsiedlung ein Viertel haben, in dem die soziale Lage deutlich schwieriger ist als im übrigen Stadtteil. Es gibt Leerstände in der Ladenzeile, viele Menschen sind arbeitslos und müssen mit einem schwierigeren Alltag zureckkommen. Hier brauchen wir dringend Maßnahmen zur Verbesserung der Situation.“

Sie suchen Menschen, die sich in Wickede beteiligen. Wer kann sich bei Ihnen melden und wobei können die Bürgerinnen und Bürger Ihnen helfen?

„Ja, das stimmt, Engagierte gibt es nie genug! Auf unserer Internetseite www.aktionsplan.dortmund.de haben wir eine Einladung zum Mitmachen in Wickede formuliert. Die Schwerpunkte unserer Arbeit sind vor allem die Förderung von Kindern und die Verbesserung des nachbarschaftlichen Zusammenlebens. Alle, die am Stadtteil interessiert sind oder eine Idee haben, was besser gemacht werden könnte, sind angesprochen.“



Es ist schön zu wissen, dass wir mit dem ‚Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund‘ einen Kooperationspartner haben, der es ermöglicht und uns dabei unterstützt, das Angebot unserer Einrichtung zu erweitern. So hat der Aktionsplan uns – dem ‚Time Out‘, einem Jugendtreff des Falken Bildungs- und Freizeitwerks Dortmund e.V. – bereits die Umsetzung einiger schöner Projektideen ermöglicht, darunter Koch- und Kunstprojekte, die stets sehr viel Anklang bei unseren Besucherinnen und Besuchern finden.

In diesem Sinne danken wir herzlich für die bisherige Kooperation – an dieser Stelle auch ganz besonders unserer Aktionsbeauftragten Barbara Dreja –, sehen der weiteren Kooperation freudig entgegen und wünschen alles, alles Gute zum zehnjährigen Jubiläum!

Marielle Zeidler,
Einrichtungsleitung Wickeder Jugendtreff „Time Out“

WICKEDE IN ZAHLEN (STAND 2017)

Im Aktionsraum leben **15.254 Menschen**.

15,6 Prozent der Menschen sind jünger als 18 Jahre
(Dortmund gesamt: 16,1 Prozent).

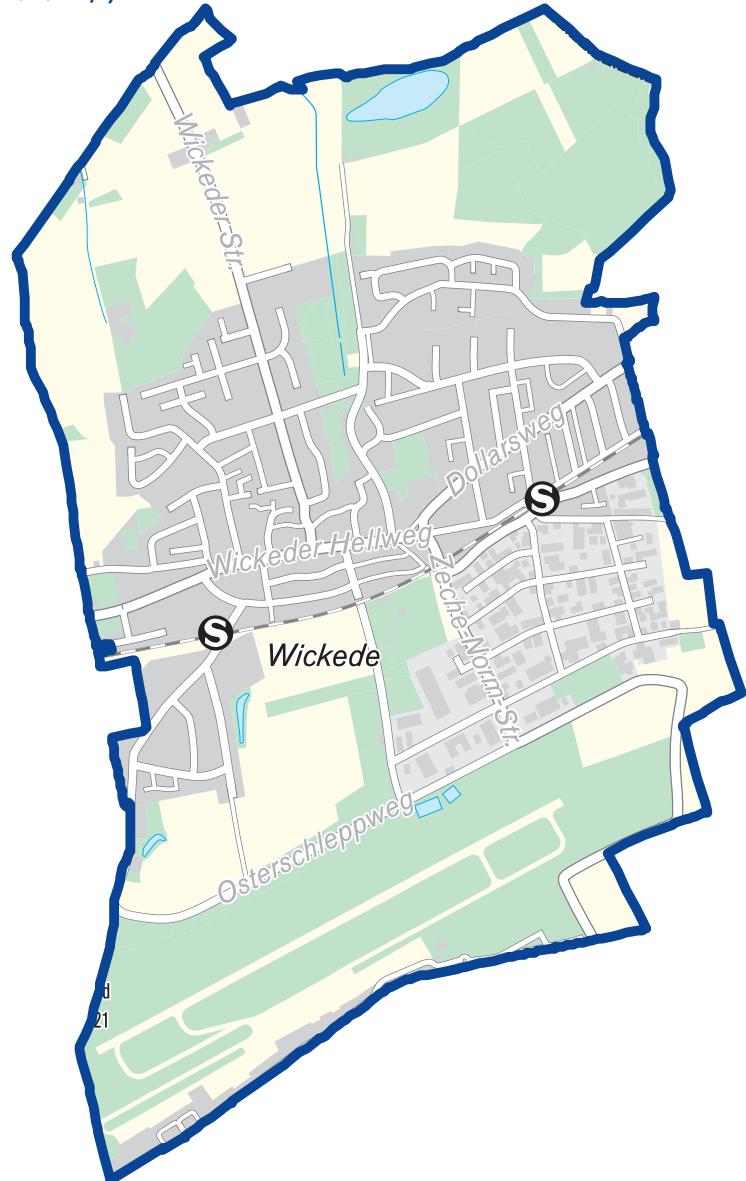
35,1 Prozent der Kinder unter 15 Jahren leben
von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (Dortmund: 30,2).

23,2 Prozent der Menschen sind älter als 65 Jahre
(Dortmund: 20,1). 5,4 Prozent erhalten Grundsicherung im Alter (Dortmund: 6,4).

20,0 Prozent der Menschen unter 65 Jahren
erhalten Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (Dortmund: 17,8).

19,2 Prozent der deutschen Einwohnerinnen und Einwohner
haben einen Migrationshintergrund (Dortmund: 16,5).

11,6 Prozent der Menschen im Aktionsraum
haben einen ausländischen Pass (Dortmund: 17,7).



DER AKTIONSPLAN IN DEN GEBIETEN DER STADTERNEUERUNG



Eine umfassende und nachhaltige Stabilisierung der Stadtteile ist allein mit Maßnahmen des „Aktionsplans Soziale Stadt“ nicht zu erreichen. Deshalb beauftragte der Rat der Stadt Dortmund die Verwaltung, für verschiedene Stadtteile „Integrierte Handlungskonzepte“ zu erarbeiten, in die neben städtebaulichen Aspekten ebenso soziale, ökonomische, ökologische, kulturelle und bildungspolitische Gesichtspunkte einfließen. Diese Aufgabe hat das Amt für Wohnen und Stadterneuerung übernommen. Ziel ist es, funktionsfähige Stadtteile zu schaffen und Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf zu stabilisieren. So sollen perspektivisch gleichwertige Lebensbedingungen in den Stadtteilen erreicht werden.

Zwar stimmen die Quartiere mit besonderem Erneuerungsbedarf nicht gänzlich mit den im „Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund“ identifizierten Aktionsräumen überein. Allerdings liegen fünf der 13 Aktionsräume in einem Stadterneuerungsgebiet. Da sich die Schwerpunkte des Aktionsplans in den Zielen für eine gute Quartiersentwicklung wiederfinden, lag es nahe, keine Doppelstrukturen aufzubauen, sondern die Entwicklung der fünf Aktionsräume - Hafen, Nordmarkt, Borsigplatz, Hörde und Dorstfelder Brücke - im Rahmen der Stadterneuerungsprozesse anzugehen. So konnten Synergieeffekte maximal nutzbar gemacht, neue wichtige Facetten in die Arbeit eingebracht und gleichzeitig finanzielle und personelle Ressourcen gespart werden.

Über die Jahre war daher die Funktion der Aktionsraumbeauftragten in der Regel an die Projektleitung des Quartiersmanagements geknüpft.

Integrierte Handlungskonzepte sind ein Instrument zur nachhaltigen Verbesserung von Lebensbedingungen in Stadtteilen. Im Rahmen gemeinsamen Handelns werden neue Wege für bekannte Probleme gefunden und beschritten. Dabei ist mehr als einmal deutlich geworden, dass Maßnahmen, die erstmals im Rahmen der Stadterneuerung durchgeführt worden sind - dazu gehört unter anderem das Quartiersmanagement - verstetigt werden müssen, wenn ihre positiven Effekte nachhaltig wirken sollen.

Insgesamt zeigen die Erfahrungen der Stadterneuerung, dass nachhaltige, von (Städtebau-)Förderung unabhängige Strukturen in den Stadtteilen durch Projektkonferenzen, Konsultationskreise, themenspezifische Arbeitskreise etc. einen erheblichen Beitrag zur Vernetzung der Akteurinnen und Akteure und zur Koordinierung der kommunalen Ressourcen leisten. Die Verfestigung dieser Strukturen ist allerdings keine Aufgabe der Stadterneuerung, da sie in der Regel zeitlich befristet für meistens zehn Jahre im Quartier vor Ort ist. Verfestigung muss vielmehr als dezernatsübergreifende, gesamtstädtische Aufgabe begriffen werden.

Viele gute Beispiele, die von der Stadterneuerung im Rahmen der Schwerpunkte des Aktionsplans initiiert wurden, zeigen vor Ort positive Wirkungen. In zwei Aktionsräumen – Dorstfelder Brücke und Hörde – wurde der „Staffelstab“ von der Stadterneuerung an das Dezernat für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Sport und Freizeit übergeben.

6.1 AKTIONSRaUM: DORSTFELDER BRÜCKE

6.1.1 FAKTEN ZUM AKTIONSRaUM DORSTFELDER BRÜCKE

Das innenstadtnahe Viertel Dorstfelder Brücke war über Jahrzehnte einer der wichtigsten Industriestandorte in Dortmund. Hier reihten sich unter anderem die Dortmunder Union- sowie die Actien-Brauerei oder auch das Stahlunternehmen Hoesch mit seiner Hauptverwaltung aneinander. Mit dem Weggang der Unternehmen seit den 1980er Jahren zeichnete sich ein Abwärtstrend im Viertel ab.

Heute ist der Stadtteil, der als Unionviertel bekannt ist, Heimat zahlreicher kultureller Einrichtungen. Dazu gehören auch Galerien oder Museen im Dortmunder U, dem ehemaligen Gär- und Lagerkeller der Union-Brauerei, das sich nach seiner Restaurierung schnell zum Wahrzeichen der Stadt entwickelt hat.



6.1.2 PROJEKT „U-JACK“

Ein Mitarbeiter zieht die Tischdecken noch einmal gerade, seine Kollegin bereitet die Theke vor. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des U-Jacks warten auf den Ansturm. Seelachs mit Petersilienkartoffeln, Erbsen und Möhren stehen heute auf der Tageskarte, zudem vegetarische Eier mit Senfsauce. Beide Gerichte zu erschwinglichen Preisen von 4,90 bzw. 4,70 Euro.

Das U-Jack, das es mittlerweile seit 2012 gibt, erfüllt zwei Funktionen. Zum einen werden hier langzeitarbeitslose Frauen und Männer qualifiziert, zum anderen hat es aber auch eine wichtige Funktion für das Viertel. Weil seit den 1980er Jahren viele Gaststätten geschlossen haben, gab es keinen Anlaufpunkt mehr für Beschäftigte und Bewohnerinnen und Bewohner des Viertels.

Auch das U-Jack war früher ein ganz normales privat betriebenes italienisches Restaurant. Die Gaststätte lebte von der naheliegenden Hauptverwaltung des Stahlkonzerns Hoesch. Als diese geschlossen wurde, konnte der Wirt sein Restaurant nicht mehr halten. Die Folge war jahrelanger Leerstand. Mit Mitteln des Stadtumbaus konnte die Gaststätte an der Rheinischen Straße 194 angemietet und betrieben werden. Aufgrund der Mietsicherheit wurde auch der Eigentümer motiviert, in sein Gebäude zu investieren – insbesondere in diesem Bereich der Rheinischen Straße ein wichtiges Signal.

Mittlerweile hat sich das U-Jack zu einem Treffpunkt für Handwerkerinnen und Handwerker, Beschäftigte des Union-Gewerbehofes sowie im Viertel ansässige Künstlerinnen und Künstler sowie Bewohnerinnen und Bewohner entwickelt. Neben dem werktäglichen Mittagstisch finden in den Räumlichkeiten inzwischen auch Events wie ein Frauenfrühstück oder internationale Kochkurse statt.

Wenn das U-Jack um 15 Uhr schließt, ist die Arbeit für die langzeitarbeitslosen Frauen und Männer noch lange nicht vorbei. Seit kurzem pflegt die EWEDO als Betreiberin des Restaurants nämlich auch einen Projektgarten, in dem frische Zutaten angebaut werden. Der Garten wurde ebenfalls aus Mitteln des Stadtumbaus Unionviertel unterstützt.



Entlang der Rheinischen Straße schlug das Herz der Dortmunder Brauereien. Die sind längst verschwunden – ebenso die Stahlarbeiter. Viele Gaststätten überlebten das nicht. Ein gemeinnütziges Restaurant ist an ihre Stelle getreten: das U-Jack.

6.1.3 DREI FRAGEN AN ...

PETRA PAPLEWSKY, MITARBEITERIN DES TEAMS STADTUMBAU UNIONVIERTEL UND BEWOHNERIN DES VIERTELS.

Frau Paplewsy, welche Probleme gibt es an der Dorstfelder Brücke?

„Früher waren hier viel mehr Menschen unterwegs, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Brauereien oder von Hoesch. Als diese Arbeitsplätze weggefallen sind, hat das Viertel seine Funktion verloren, es ging abwärts. Bäckereien, Geschäften oder der Gastronomie fehlte durch das Wegbleiben der Menschen plötzlich der Umsatz.“

Wie hat die Stadt Dortmund gegengesteuert?

„Viele Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer hatten das Vertrauen ins Viertel verloren und deshalb nicht mehr investiert. Ein Fassaden-Programm beispielsweise hat als Anreiz für Investitionen der Eigentümerinnen und Eigentümer gesorgt. Insgesamt sind 180 Fassaden erneuert worden. Leerständen von Wohnungen und Gewerbeimmobilien wurde durch Beratung entgegengewirkt. Investive Projekte wie Neugestaltung von Straßen oder der Bau von Spielplätzen wurden durchgeführt. Und das bis dahin namenlose Quartier bekam einen neuen Namen: Unionviertel. Das alles bewirkte ein positives Image und stärkte die Identifikation mit dem Viertel. Der Negativtrend wurde gestoppt.“

Wie würden Sie das Viertel Dorstfelder Brücke heute beschreiben?

„Die Dorstfelder Brücke ist heute ein Viertel mit vielen Studierenden und Kreativen, aber auch neuen Eigentümerinnen und Eigentümern. Zudem wohnen viele Migrantinnen und Migranten hier – speziell die große tamilische Community ist da hervorzuheben. Noch gibt es viele preisgünstige Wohnungen, hier kann sich jeder innenstadtnahes Wohnen leisten.“

Seit Januar 2018 ist Anke Weiermann die neue Aktionsraumbeauftragte für die Aktionsräume Hörde und Dorstfelder Brücke. Ein Interview mit Anke Weiermann finden Sie im folgenden Kapitel zum „Aktionsraum Hörde“.

Als Aktionsraum Dorstfelder Brücke erhalten wir aus dem sogenannten Aktionsfonds jährlich Fördermittel, mit denen wir tolle Projekte umsetzen können. Außerdem arbeiten wir als Quartiersmanagement eng mit der Aktionsraumbeauftragten Frau Weiermann zusammen. Sie ergänzt unsere Kompetenzen in sozialen Fragestellungen.

Wir freuen uns sehr über die Unterstützung, die durch den Aktionsplan möglich wurde!

Silvia Beckmann, Quartiersmanagement, InWest eG, Stadtteilgenossenschaft

DORSTFELDER BRÜCKE IN ZAHLEN (STAND 2017)

Im Aktionsraum leben **12.458 Menschen**.

12,2 Prozent der Menschen sind jünger als 18 Jahre (Dortmund gesamt: 16,1 Prozent).

33,1 Prozent der Kinder unter 15 Jahren leben von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (Dortmund: 30,2).

12,3 Prozent der Menschen sind älter als 65 Jahre

(Dortmund: 20,1). 12,4 Prozent erhalten Grundsicherung im Alter (Dortmund: 6,4).

17,9 Prozent der Menschen unter 65 Jahren erhalten Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (Dortmund: 17,8).

15,6 Prozent der deutschen Einwohnerinnen und Einwohner haben einen Migrationshintergrund (Dortmund: 16,5).

25,7 Prozent der Menschen im Aktionsraum haben einen ausländischen Pass

(Dortmund: 17,7).

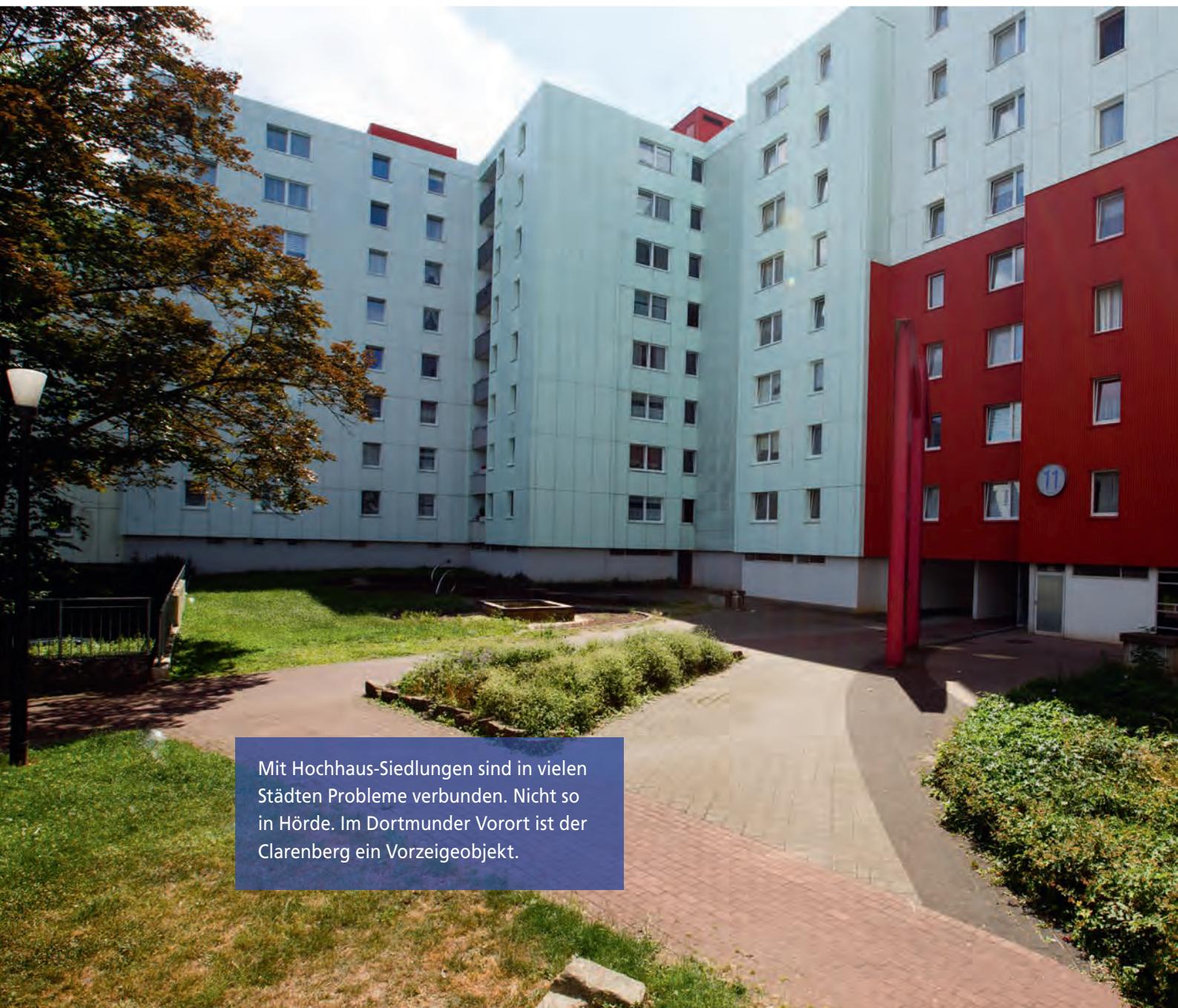


6.2 AKTIONSSAUM HÖRDE

6.2.1 FAKTEN ZU HÖRDE

Mit rund 55.000 Einwohnern gehört der Stadtteil Hörde zu den größten Stadtbezirken Dortmunds. Geprägt ist er durch seine Montangeschichte. 1840 wurde die Hermannshütte gegründet, die bis ins Jahr 2001 auf den beiden Arealen Phoenix-West und Phoenix-Ost Stahl produzierte. Nach der Stilllegung wurden Teile des Werks nach China verkauft.

Ein stillgelegter Hochofen steht nach wie vor auf dem Gelände Phoenix-West und erinnert an die Stahlgeschichte des Stadtteils. Auf dem Areal der Hermannshütte wurde der Phoenix See angelegt, der heute ein Naherholungsgebiet für die Dortmunderinnen und Dortmunder ist. Am Ufer entstanden Einfamilienhäuser und Eigentumswohnungen. Zudem haben sich viele Unternehmen und auch die Sparkassenakademie angesiedelt.



6.2.2 PROJEKT „DIE UNPROBLEMATISCHE HOCHHAUS-SIEDLUNG“

1.000 Wohneinheiten, 3.000 Bewohner – alles auf engstem Raum. Die Sozialdaten der Siedlung wiesen auf soziale Problemlagen hin. „Wir haben hier - im Vergleich zu ganz Nordrhein-Westfalen - eine hohe Quote an Menschen, die auf Transferleistungen angewiesen sind und eine hohe Kinderarmut“, ergänzt der ehemalige Aktionsraumbeauftragte der Stadtneuerung, Jens Woelki.

Eigentlich keine guten Voraussetzungen für eine gepflegte und ruhige Siedlung. Doch am Clarenberg ist alles etwas anders: „Der Clarenberg ist kein Problemfall. Das liegt an der sehr homogenen Bevölkerung. Viele Bewohnerinnen und Bewohner sind in den 90er Jahren aus der ehemaligen Sowjetunion nach Dortmund gekommen.“

Darunter auch viele hochqualifizierte Menschen, z.B. Zahnärztinnen und Zahnärzte, Ingenieurinnen und Ingenieure, die aber in Deutschland nur schwer oder gar keine Arbeit finden konnten. Viele sind für die Jobs, die sie dann gefunden haben, eigentlich überqualifiziert. Der Karriere in Deutschland stand häufig die fehlende Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse im Weg.

Im Rahmen eines Projekts wurde ein Sinfonieorchester gegründet, berichtet Jens Woelki. „Viele können Geige oder ein anderes Instrument spielen. Das sagt viel aus über den Bildungsstand der Menschen am Clarenberg.“

Um den Menschen eine Perspektive zu geben, haben der Eigentümer und die Stadt Dortmund das Gebiet als „Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf“ saniert. Der Eigentümer des Clarenbergs stellte Wohnungen für nachbarschaftliche Aktivitäten und Projekte zur Verfügung.

„In einer Wohnung wurde durch Initiative verschiedener Träger ein Nachbarschaftstreff für Frauen eingerichtet. In einer anderen Wohnung betreuen die ‚Falken‘ Kinder und helfen bei den Hausaufgaben“, so Jens Woelki.

Eine besondere Rolle spielt zudem der SKF, der Sozialdienst Katholischer Frauen, der in direkter Nachbarschaft sein „Mehrgenerationenhaus B3“ betreibt.

Im B 3 finden mit Unterstützung des „Aktionsplans Soziale Stadt“ auch zahlreiche Veranstaltungen für die Menschen am Clarenberg statt. Für ältere Menschen gibt es ein Seniorencafé mit speziellen Kursangeboten wie Gedächtnistraining.

Die meisten Angebote richten sich aber an Mütter. Insbesondere alleinerziehende Mütter mit Migrationshintergrund leiden oft an Isolation und Überforderung. Hier hilft der SKF zum Beispiel bei der Suche nach einer Arbeitsstelle, bei der Kinderbetreuung oder bei der Auswahl der richtigen Schulform für die Kinder.

Auch aufgrund der engen Begleitung durch Ehrenamtliche und soziale Vereine hat sich der Clarenberg zu einem Vorzeigeprojekt entwickelt.



6.2.3 FRAGEN AN ...

JENS WOELKI, MITARBEITER DER STADTERNEUERUNG IN HÖRDE

Sie haben mit Akteurinnen und Akteuren vor Ort zusammengearbeitet. Was haben Sie zusammen erreicht?

„Nehmen wir zum Beispiel den Hölder Neumarkt. Es haben dort Nachbarn einige Projekte entwickelt. So gibt es jetzt das Neumarktfest, das Se(h)-Fest als Künstlerfest und ein Kinderfest am Neumarkt. Das lockt viele Menschen nach Hörde.“

Welche Projekte gab es darüber hinaus?

„Der Aktionsplan funktioniert gut in Hörde. Wir haben verschiedene Projekte unterstützt. Vom Alleinerziehenden-Treff bis zum Seniorencafé.“

Wir schauen auf eine sehr kreative Zusammenarbeit zurück und freuen uns auf weitere Projekte.

Nina Sexauer, Jugendservicebüro, Projektleitung, Grünbau gGmbH



6.2.4. ... UND DREI FRAGEN AN ...

ANKE WEIERMANN, AKTIONSRÄUME HÖRDE UND DORSTFELDER BRÜCKE

Frau Weiermann, wo setzen Sie gerade Ihre Schwerpunkte in Hörde?

„Mein größtes Projekt in Hörde ist derzeit das, was ich zusammen mit der Jüdischen Kultusgemeinde am Clarenberg umsetze, das sind die ‚Lilmud‘-Hausaufgabenbetreuung und der Seniorinnen- und Seniorentreff ‚Nachbarschaften pflegen‘.“

Ziel des Projektes ‚Lilmud‘ ist es, allen Kindern und Jugendlichen aus dem Raum Clarenberg und Umgebung gleiche Bildungschancen zu ermöglichen. Mit der Hausaufgabenbetreuung wird den Schülerinnen und Schülern ermöglicht, ihre schulischen Leistungen zu verbessern.

Viele Kinder und Jugendliche aus dem Raum Clarenberg haben einen Migrationshintergrund. Ihnen soll der Übergang von der Grundschule an die Gesamtschule, die Realschule oder das Gymnasium bzw. der Übergang von der Mittelstufe in die gymnasiale Oberstufe erleichtert werden.“

Wie machen Sie das konkret?

„Wir haben hier beispielsweise ein Mentoring-Programm, in dem Studierende, die auch aus Hörde kommen, als Lernbegleiterinnen und -begleiter von Schülerinnen und Schülern arbeiten. Sie können einerseits bei den Hausaufgaben helfen. Sie sind andererseits aber auch Vorbilder in Sachen Bildung und Integration, weil sie den Schritt aus dem Viertel an die Uni geschafft haben.“

Aber Sie kümmern sich nicht nur um die Jüngsten in den Vierteln?

Anke Weiermann: „Nein, ein zweiter Schwerpunkt ist die Altersgruppe der Seniorinnen und Senioren. Wir veranstalten Lesungen, kümmern uns um die Sprachförderung, halten Deutsch-Kurse ab, bieten Vorträge an. Letztendlich geht es auch darum, mit diesen Projekten die Nachbarschaft und den Zusammenhalt in Hörde zu fördern. Damit soll Vereinsamung und Isolation vorgebeugt werden.“

Die Menschen haben durch den Austausch mit anderen Anwohnerinnen und Anwohnern die Möglichkeit, mehr über Stadtteilangebote zu erfahren und dadurch ihre Identifikation mit dem Stadtteil und Dortmund zu stärken.“

Seit Anfang 2018 arbeitet die Jüdische Gemeinde eng mit der Aktionsraumbeauftragten, Frau Anke Weiermann, zusammen. In dieser Zusammenarbeit wird in Hörde ein tolles Projekt auf die Beine gestellt, das die Integration und das Zusammenleben im Bezirk bereichert und real macht. Im großen Nachbarschaftstreff bieten wir als Jüdische Gemeinde soziale Beratung für alle Bewohnerinnen und Bewohner des Bezirks an. Außerdem stehen Unterhaltung und Treffs für Seniorinnen und Senioren sowie Hausaufgabenhilfe für Kinder des Bezirks auf dem Programm. Die Grünbau gGmbH, die uns auch die Räume zur Verfügung stellt, wird uns bei allen Fragen und Problemen zur Verfügung stehen. Weitere Projekte sind in Planung.

Wir sind der Stadt Dortmund sehr dankbar für diese Möglichkeit und wünschen dem Aktionsplan weiterhin viel Erfolg!

Anna Dick, Jüdische Kultusgemeinde Dortmund

HÖRDE IN ZAHLEN (STAND 2017)

Im Aktionsraum leben **25.229 Menschen**.

15,7 Prozent der Menschen sind jünger als 18 Jahre
(Dortmund gesamt: 16,1 Prozent).

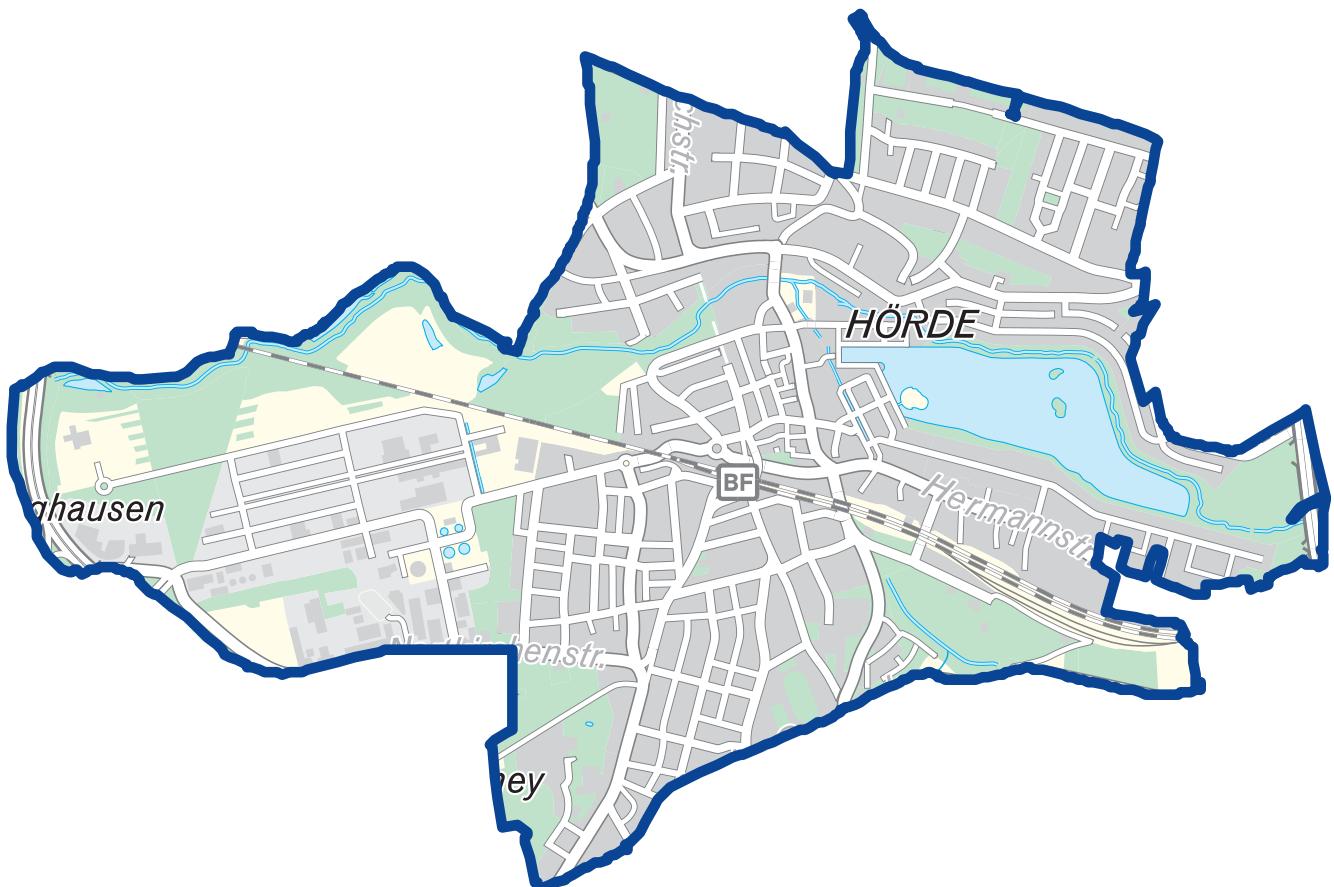
39,7 Prozent der Kinder unter 15 Jahren leben
von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (Dortmund: 30,2).

18,3 Prozent der Menschen sind über 65 Jahre alt (Dortmund: 20,1).
15,1 Prozent leben von der Grundsicherung im Alter (Dortmund: 6,4).

24,3 Prozent der Menschen unter 65 Jahren erhalten Leistungen
nach dem Sozialgesetzbuch II (Dortmund: 17,8).

18,9 Prozent der deutschen Einwohnerinnen und Einwohner
haben einen Migrationshintergrund (Dortmund: 16,5).

22,0 Prozent der Menschen im Aktionsraum haben einen ausländischen Pass
(Dortmund: 17,7).





6.3 AKTIONSRaUM NORDSTADT-BORSIGPLATZ

6.3.1 FAKTEN ZU NORDSTADT-BORSIGPLATZ

Der Borsigplatz ist auch über die Stadtgrenzen bekannt, weil hier der BVB gegründet wurde. Traditionsgemäß beginnt hier der Autokorso, wenn Borussia Dortmund große Erfolge in der Meisterschaft, im DFB Pokal oder der Championsleague feiert. In unmittelbarer Nähe liegt das ehemalige Stahlwerk ‚Westfalenhütte‘. Auf der zum Hoesch-Konzern gehörenden Hütte arbeiteten zu Hoch-Zeiten bis zu 25.000 Menschen. Viele davon wohnten in unmittelbarer Nähe am Borsigplatz. Auf dem Gelände des Stahlwerks haben sich mittlerweile große Unternehmen angesiedelt. Mit dem Hoeschpark verfügt der Borsigplatz über ein ausgedehntes Naherholungsgebiet mit Wiesen, Sportplätzen und Freibad.



6.3.2 PROJEKTE „SPIEL UND BEWEGUNG AM BORSIGPLATZ“

Der „Hoeschpark“, benannt nach dem ehemaligen Stahlwerk, das den Menschen hier 160 Jahre lang Brot und Arbeit gab, bis es 2001 geschlossen und komplett nach China verkauft wurde, liegt zwischen dem Borsigplatz und der ehemaligen Westfalenhütte der Hoesch Stahl AG. In der weitläufigen Grünanlage mit unterschiedlichen Sportstätten finden Kinder Platz zum Spielen. Verschiedene Vereine und andere Engagierte nutzen den Park, um den jüngsten Bewohnerinnen und Bewohnern im Quartier den Spaß an Spiel und Bewegung zu vermitteln.

„Aus dem Quartiersfonds werden unterschiedliche Aktionen für Kinder unterstützt. Im Hoeschpark wurden zum Beispiel Spielstationen eingerichtet“, erklärt Quartiersmanagerin Jana Heger: „Die Kinder ziehen von Station zu Station und können überall mitmachen. Zum Programm gehören vor allem Bewegungsspiele wie Seilchenspringen, Stelzenlaufen, Entdeckungstouren durch den Hoeschpark sowie Wurf- und Laufspiele und vieles mehr.“

Im Vordergrund steht dabei der Spaß an der Bewegung. Aber es werden auch spielerisch Regeln des Miteinanders und der Fairness praktiziert, die das Zusammenleben im Viertel und in Dortmund einfacher machen.

„Das Schöne an solchen Aktionen ist, dass nicht nur Kinder kommen. Häufig schließen sich auch die Mütter an“, erzählt Jana Heger. „Viele Mütter haben sich erst durch die Spielaktionen der Kinder kennengelernt. Der Zusammenhalt im Viertel konnte dadurch deutlich gestärkt werden.“



Das Viertel rund um den Borsigplatz ist eines der kinderreichsten in Dortmund. Mit einigen kleinen und großen Ideen konnte die Lebenssituation der Kinder erheblich verbessert werden.

6.3.3 DREI FRAGEN AN ...

JANA HEGER, QUARTIERSMANAGERIN AM BORSIGPLATZ

Frau Heger, die meisten verbinden den Borsigplatz mit dem BVB. Welche Rolle spielt das bei den Bewohnerinnen und Bewohnern?

„Viele Menschen identifizieren sich stark damit, dass Borussia Dortmund hier gegründet wurde. Manche ziehen deshalb sogar ins Viertel. Neben dem BVB spielt auch eine Rolle, dass es hier über Jahrzehnte das Hoesch-Stahlwerk gab. Häufig haben die Väter oder die Großväter bei Hoesch gearbeitet. Das Werk ist ein weiterer Identifikationsfaktor im Viertel.“

Wie zeigt sich das?

„Die Menschen wohnen gern hier. Sie mögen ihr Viertel, das fast dörflich wirkt. Und sie leben auch gern hier, weil es relativ innenstadtnah ist.“

In den Medien wird häufig ein ganz anderes, ein negatives Bild vom Borsigplatz gezeichnet. Wie empfinden die Bewohner ihr Viertel?

„Die verstehen das überhaupt nicht. Ein Jugendlicher hat mir kürzlich gesagt: Die, die über unser Viertel meckern, sollen mal hier hinkommen und sehen, wie schön es ist.“



Jana Heger,
Quartiersmanagerin
am Borsigplatz

DER BORSIGPLATZ IN ZAHLEN (STAND 2017)

Im Aktionsraum leben **12.905 Menschen**.

24,4 Prozent der Menschen sind jünger als 18 Jahre
(Dortmund gesamt: 16,1 Prozent).

58,5 Prozent der Kinder unter 15 Jahren leben von Leistungen
nach dem Sozialgesetzbuch II (Dortmund: 30,2).

9,5 Prozent der Menschen sind älter als 65 Jahre (Dortmund: 20,1).
23,1 Prozent erhalten Grundsicherung im Alter (Dortmund: 6,4).

41,3 Prozent der Menschen unter 65 Jahren erhalten Leistungen
nach dem Sozialgesetzbuch II (Dortmund: 17,8).

20,4 Prozent der deutschen Einwohnerinnen und Einwohner
haben einen Migrationshintergrund (Dortmund: 16,5).

54,7 Prozent der Menschen im Aktionsraum
haben einen ausländischen Pass (Dortmund: 17,7).



6.4 AKTIONSRaUM NORDSTADT-HAFEN

6.4.1 FAKTEN ZU NORDSTADT-HAFEN

Der 1899 von Kaiser Wilhelm II. eröffnete Hafen ist mit seinen zehn Hafenbecken und den Containerterminals der größte Kanalhafen Europas. Im direkten Umfeld wohnen rund 18.500 Menschen. Das Hafengebiet ist einerseits durch dichte Bebauung und Betriebe geprägt, andererseits aber auch einer der grünsten innerstädtischen Stadtteile Dortmunds. Neben dem großen Fredenbaumpark nutzen viele Dortmunderinnen und Dortmunder zur Naherholung auch die Wege entlang des Kanals. Die Gegend ist außerdem die Heimat des deutschen Ruder-Achters, der auf dem Dortmund-Ems-Kanal trainiert.

6.4.2 PROJEKT „HAFENSPAZIERGANG SCHWEISST EIN VIERTEL ZUSAMMEN“

Vor dem Eventschiff „Herr Walter“ spielt eine Band laute Rockmusik, an der Pauluskirche startet der stadtgeschichtliche Rundgang durchs Viertel, in einem Speicherhaus stellt ein Künstler seine Werke aus, am alten Straßenbahndepot gibt es einen „Hafenschnaps“, am Hafen laden Stände zu Pizza und schwedischem Zimtgebäck ein.

Einmal im Jahr, Anfang September, wird im Hafenquartier gefeiert. Quer durchs Viertel an 53 Orten gehen 2018 über 100 Veranstaltungen über die Bühne. Von 14 Uhr bis tief in die Nacht. Alle Events sind kostenlos, so dass jede Viertelbewohnerin und jeder Viertelbewohner die Veranstaltungen genießen kann, auch wenn er weniger Geld hat.

Doch der Hafenspaziergang ist viel mehr als ein Event unter vielen anderen, erklärt Quartiersmanager Didi Stahlschmidt. Ja, es geht darum, den Bewohnerinnen und Bewohnern an einem Tag ein besonderes Programm zu bieten und Auswärtige aus anderen Stadtteilen oder Städten anzulocken. Mittlerweile kommen die Gäste sogar aus dem Sauerland, um rund um den Dortmunder Hafen zu feiern. Aber es geht nicht nur ums Feiern.

„Der Hafenspaziergang hat die Leute hier zusammengeschweißt“, freut sich Didi Stahlschmidt: „Wir sitzen bereits Monate im Vorfeld zusammen, um das Programm zu planen und die einzelnen Events abzustimmen.“ Viele Akteurinnen und Akteure im Viertel haben sich erst durch diese Treffen kennengelernt. Seither ist das Viertel enger zusammengerückt.

Am Fest beteiligen sich auch soziale Einrichtungen wie beispielsweise die Lebenshilfe, die ihr barrierefreies Wohnprojekt einen Tag lang für die Menschen öffnet. „Die Bewohnerinnen und Bewohner sind stolz auf ihre Einrichtung und freuen sich das ganze Jahr darauf, ihre Räume zeigen zu können“, so Didi Stahlschmidt.

Der Hafenspaziergang hat 2011 klein angefangen. Die Pauluskirche, die Gaststätte „Subrosa“ und die Betreiber des Eventschiffs „Herr Walter“ waren unter anderen die Initiatoren. Seither ist das Fest jedes Jahr noch ein wenig gewachsen.

„Und der Zusammenhalt im Viertel wird auch größer“, freut sich der Quartiersmanager.

Das Hafenviertel heißt Gäste willkommen. Deshalb lädt es Bewohnerinnen und Bewohner sowie Gäste einmal im Jahr zum Hafenspaziergang ein. Ein Fest, zu dem alljährlich Tausende kommen.



6.4.3 DREI FRAGEN AN ...

DIDI STAHL SCHMIDT, QUARTIERMANAGER FÜR DAS HAFEN GE BIET

Herr Stahlschmidt, was macht Ihr Quartier aus?

„Wir haben hier rund um die Blücherstraße die höchste kulturelle Dichte in der ganzen Stadt. Hier gibt es viele Kneipen, Bars oder Projekträume mit Bühne wie das ‚Subrosa‘, den ‚Rekorder‘, das ‚Tyde‘, ‚Herr Walter‘ und viele andere Einrichtungen. Auch deshalb ziehen immer mehr junge Leute in diesen Bereich.“

Wer wohnt denn im Hafenviertel?

„Das kann man nicht so generell sagen. Wir haben hier von Straße zu Straße ganz unterschiedliche Bewohnerinnen- und Bewohnerstrukturen. Studierende, Migrantinnen und Migranten, Menschen, die hier arbeiten. Das Viertel ist nicht ganz so multikulturell wie am benachbarten Nordmarkt.“

Warum sollten auch Menschen von außerhalb das Hafenviertel besuchen?

„Das tun sie bereits! Wir haben hier einige Besonderheiten. Im Sommer kommen die Menschen zum Kanal, sie gehen im Fredenbaumpark spazieren, dem ‚Englischen Garten‘ Dortmunds‘. Oder besichtigen den Hafen und das Containerterminal.“



Didi Stahlschmidt,
Quartiermanager
für das Hafengebiet



DAS HAFENVIERTEL IN ZAHLEN (STAND 2017)

Im Aktionsraum leben **18.502 Menschen**.

17,2 Prozent der Menschen sind jünger als 18 Jahre
(Dortmund gesamt: 16,1 Prozent).

56,4 Prozent der Kinder unter 15 Jahren leben
von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (Dortmund: 30,2).

12,5 Prozent der Menschen sind älter als 65 Jahre (Dortmund: 20,1).
17,7 Prozent erhalten Grundsicherung im Alter (Dortmund: 6,4).

34,7 Prozent der Menschen unter 65 Jahren erhalten
Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (Dortmund: 17,8).

19,7 Prozent der deutschen Einwohnerinnen und Einwohner
haben einen Migrationshintergrund (Dortmund: 16,5).

42,6 Prozent der Menschen im Aktionsraum
haben einen ausländischen Pass (Dortmund: 17,7).



6.5 AKTIONSRaUM NORDSTADT-NORDMARKT

6.5.1 FAKTEN ZU NORDSTADT-NORDMARKT

Das Quartier Nordmarkt liegt zwischen den beiden Nordstadt-Bezirken Hafen und Borsigplatz. Im 19. Jahrhundert gehörte dieser Bereich zu den am schnellsten wachsenden Stadtteilen Dortmunds. Trotz der Bombardierung im Zweiten Weltkrieg befindet sich hier ein dichter Bestand an wunderschönen Altbauten: die Nordstadt gilt als das größte zusammenhängende Gründerzeitviertel Nordrhein-Westfalens. Der 1909 errichtete Nordmarkt sollte der Naherholung der Arbeiter und ihrer Familien dienen. Noch heute treffen sich hier die Menschen auf den Parkbänken, Spielplätzen oder in einem naheliegenden Café. Zudem findet hier der Wochenmarkt statt.



6.5.2 PROJEKT „SCHLESWIGER VIERTEL“

„Anfang des 21. Jahrhunderts hatten wir eine starke Zuwanderung aus Südosteuropa“, erklärt der Quartiersmanager für den Nordmarkt, Martin Gansau. „Viele sind ins Schleswiger Viertel gezogen, weil es hier verfügbaren Wohnraum gab.“ Doch mit dem Zuzug vergrößerten sich auch die Probleme.

„Die Immobilien waren heruntergekommen, es gab Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum, keine richtigen Treffpunkte, Gewerbeimmobilien standen leer und für Kinder gab es nicht ausreichend Plätze in den Tageseinrichtungen“, erläutert Gansau. Hinzu kamen Prostitution, Drogenhandel, wenig Sicherheitsgefühl. Keine gute Ausgangslage, um den Nordmarkt wieder nach vorn zu bringen.

Das Quartiersmanagement wurde aus Mitteln des „Aktionsplans Soziale Stadt“ personell verstärkt. „Wir haben erst einmal die Bewohnerinnen und Bewohner zusammengetrommelt und mit ihnen einen Workshop veranstaltet.“ Gansau war bewusst: Wenn er das Viertel auf Vordermann bringen will, dann geht das nur zusammen mit den Bewohnerinnen und Bewohnern. Der Workshop in einer Turnhalle sollte der Startschuss für die Zukunft des Schleswiger Viertels sein.



Die Bewohnerinnen und Bewohner regten an, einen Quartiershausmeister einzustellen, der für mehr Sicherheitsgefühl und Sauberkeit sorgen sollte. Zudem wurde eine Begegnungsstätte eingerichtet, der sogenannte „Raum vor Ort“. Hier finden seither beispielsweise Sprachkurse, Näh-Workshops oder Bildungsveranstaltungen rund um die Ernährung statt.

Gleichzeitig gingen das Quartiersmanagement und die Stadt auf Immobilieneigentümerinnen und Immobilieneigentümer zu, besprachen mit ihnen, wie die teilweise restaurierungsbedürftigen Häuser wieder „in Wert“ gesetzt werden können. Seither investiert ein großer Teil der Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer in Renovierungen und Modernisierung. Häuser von Eigentümerinnen und Eigentümern, die sich nicht beteiligen wollten, fanden neue, die aufwändige Sanierungen vornahmen.

„Aber wir haben auch in Aktivitäten im öffentlichen Raum investiert“, ergänzt Gansau. Mit dem Projekt sollte das Zusammenleben der Menschen im Viertel verbessert werden. Seither gibt es beispielsweise einen Spiele-Container, in dem sich alle Kinder Spielzeug und Spiele ausleihen können.

Ohne das Engagement der Bewohnerinnen und Bewohner wäre die Umgestaltung des Schleswiger Viertels nicht möglich gewesen. „Deshalb treffen wir uns nach wie vor viermal im Jahr mit Bewohnerinnen und Bewohnern sowie Vereinen, um zu besprechen, was wir als nächstes verbessern müssen.“ Gansau weiß: „Wir sind noch lange nicht am Ziel, aber wir sehen mehr und mehr, dass unsere Arbeit Früchte trägt und der eingeschlagene Weg der richtige ist.“

Das Schleswiger Viertel am Nordmarkt galt lange Zeit als Problemviertel. Durch ein ganzes Maßnahmenpaket konnte die Situation verbessert werden.

DER NORDMARKT IN ZAHLEN (STAND 2017)

Im Aktionsraum leben **28.072 Menschen**.

23,4 Prozent der Menschen sind jünger als 18 Jahre
(Dortmund gesamt: 16,1 Prozent).

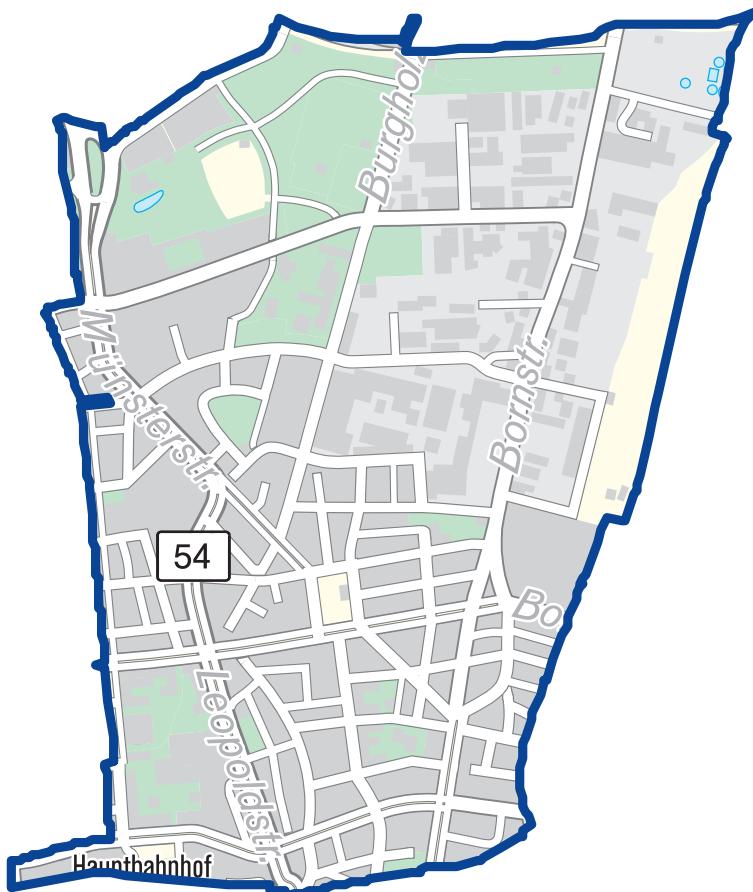
58,5 Prozent der Kinder unter 15 Jahren leben von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (Dortmund: 30,2).

10,4 Prozent der Menschen sind älter als 65 Jahre (Dortmund: 20,1).
27,2 Prozent erhalten Grundsicherung im Alter (Dortmund: 6,4).

40,6 Prozent der Menschen unter 65 Jahren erhalten Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (Dortmund: 17,8).

21,3 Prozent der deutschen Einwohnerinnen und Einwohner haben einen Migrationshintergrund (Dortmund: 16,5).

55,2 Prozent der Menschen im Aktionsraum haben einen ausländischen Pass (Dortmund: 17,7).



6.5.3 DREI FRAGEN AN...

MARTIN GANSAU, QUARTIERSMANAGER FÜR DEN NORDMARKT

Was gefällt Ihnen am Nordmarkt, Herr Gansau?

„Wir haben hier das größte zusammenhängende Altbauquartier in Nordrhein-Westfalen. Neben der dichten Bebauung gibt es grüne Oasen und Naherholungsgebiete wie Fredenbaumpark oder Hoeschpark, die schnell erreichbar sind.“

Wenn Menschen über den Nordmarkt sprechen, geht es meistens um soziale Probleme!

„Ja, bei uns leben Menschen mit über 150 unterschiedlichen Nationalitäten. Das führt natürlich auch zu Problemen, aber das macht die Arbeit auch wahnsinnig spannend.“

Warum?

„Nur ein Beispiel: Ich war kürzlich in einem Laden, den ein gebürtiger Senegalese auf der Münsterstraße eröffnet hat. Der ist hier hingekommen, ohne ein Wort Deutsch zu können. Das hat er dann in einem Jugendtreff von anderen gelernt. Nun will er etwas zurückgeben und engagiert sich als Spielplatzpate und Fußballtrainer.“



Martin Gansau,
Quartiersmanager
für den Nordmarkt



FÖRDERPREIS SOZIALE STADT

Alle zwei Jahre zeichnen Stadt und PSD Bank Rhein-Ruhr eG herausragende soziale Projekte in Dortmund aus. Der Förderpreis ist mit 50.000 Euro dotiert.

„Es ist erstaunlich, was in der Stadt ehrenamtlich geleistet wird. Es ist entscheidend, dass wir uns nicht wegducken“, begründet Prokurist Klaus Röthig das Engagement der PSD Bank beim Förderpreis: „Hier werden mit großer Energie Ideen geboren, die den Zusammenhalt der Gesellschaft fördern.“

Oberbürgermeister Ullrich Sierau freut sich, dass die Bank als Partnerin für den Preis gewonnen werden konnte. Ziel des Aktionsplans, aber auch des Förderpreises sei, „dass alle Menschen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können“, so Sierau.

2017 fand die Preisverleihung nach 2013 und 2015 zum dritten Mal statt. Stadt und PSD Bank zeichneten insgesamt 14 Projekte aus, die jeweils mit bis zu 6.000 Euro unterstützt werden.

Zu den Preisträgerinnen und Preisträgern 2017 gehörten unter anderem der Kinderschutzbund mit seinem „Zeitschenker-Projekt“, die Nachbarschaft „Wir am Hörder Neumarkt“, der marokkanische Sportverein für Projekte in der Nordstadt oder der Verein „Africa Positive“ für Projekte, die die Integration von Zuwanderern fördern.

Mit dem Preis prämiert werden vor allem Organisationen, die in besonderer Art und durch besondere Projekte einem der Themen „Arbeit und Beschäftigung“, „Eltern und Kinder stärken - Kinderarmut bekämpfen“, „Nachbarschaften und sozialen Zusammenhalt fördern“ in ihrer täglichen Arbeit oder in der Öffentlichkeit eine besondere Bedeutung geben.

Bereits im Bewerbungsverfahren zeigte die große Zahl sehr überzeugender Vorschläge, welch großes gesellschaftliches und soziales Engagement in Dortmund vorhanden ist. Über die Auswahl der Preisträger entschied eine Jury aus Vertreterinnen und Vertretern von Stadt, Wohlfahrtsverbänden, Integrationsrat und PSD Bank-Rhein Ruhr eG.



E-VOLL gGmbH:
DREIZEIT –
MITEINANDER ENTDECKEN,

AKTIONSBÜROS DES JOBCENTERS DORTMUND

Das Jobcenter Dortmund unterstützt als Partner die Ziele des „Aktionsplans Soziale Stadt“. In mehreren Aktionsräumen hat das Jobcenter Filialen eröffnet. Dennis Fabig, Teamleiter Aktionsbüros Jobcenter Dortmund, erklärt das deutschlandweit bisher einmalige Projekt.

Nicht die Menschen kommen zum Jobcenter, sondern das Jobcenter kommt zu den Menschen. So könnte die Philosophie des Dortmunder Jobcenters kurz und knapp zusammengefasst werden. Deshalb wurden vier Filialen, die sogenannten Aktionsbüros, in strukturell benachteiligten Stadtteilen eröffnet: am Borsigplatz, in Scharnhorst, Hörde und Westerfilde.

Das Besondere: Es sind immer dieselben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich in den kleinen Filialen um die Menschen kümmern: „Vertraute Gesichter bedeuten eine vertrauliche Atmosphäre und damit auch eine schnellere Problemlösung“, erklärt Dennis Fabig eine der Ideen, die hinter den dezentralen Einrichtungen stecken.

Die Zahlen sprechen für dieses Konzept: Allein das Aktionsbüro am Borsigplatz besuchen jährlich fast 9.000 Menschen. „Wenn wir das mal hochrechnen, haben seit der Gründung 2009 so viele Ratsuchende diese Filiale besucht, wie ins Westfalenstadion passen. Das finde ich schon beeindruckend.“ Beliebt sind die Aktionsbüros des Jobcenters insbesondere bei Menschen, die die Sprechstunden direkt vor der eigenen Haustür schätzen und so den Weg in die Stadt vermeiden können. Aber auch die kompetente Beratung mit einer Art lokalem Treffpunktcharakter wird sehr häufig als großer Vorteil genannt.

In den Aktionsbüros können die Menschen fast alles erledigen, wofür sie sonst ins Haupthaus fahren mussten. Die Mitarbeitenden beraten bei leistungsrechtlichen Fragen, nehmen Unterlagen und Anträge an, helfen bei Fragen rund um Wohnung und Umzug, stellen Sozialtickets und den Dortmund-Pass aus, mit dem die Jobcenterkundinnen und -kunden beispielsweise ermäßigt in den Zoo oder in Schwimmbäder gehen können.

Zudem profitieren die Besucherinnen und Besucher der Aktionsbüros von der Zusammenarbeit mit Kooperationspartnerinnen und -partnern in einem großen Netzwerk. Beispielhaft bietet die Caritas in jedem Aktionsbüro einen Stromsparscheck an. So konnten sich schon viele Leistungsempfängerinnen und -empfänger dabei helfen lassen, Stromfresser im Haushalt zu identifizieren und sich über Energiesparhilfen beraten lassen.

Doch nicht nur die Caritas ist mit den Aktionsbüros vernetzt: In Hörde gibt es beispielsweise eine enge Zusammenarbeit mit dem Sozialdienst Katholischer Frauen, in Scharnhorst besteht eine Anbindung zum Werkhof und mit „Lokal Willkommen“ existiert eine intensive Aktionsbüro-übergreifende Kooperation. Von den entstehenden Synergien profitieren die Besucherinnen und Besucher zusätzlich zum bestehenden Serviceangebot der Aktionsbüros des Jobcenters Dortmund.



Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
im Team Aktionsbüros

AUSBLICK

Zehn Jahre „Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund“ sind eine gute Gelegenheit, Bilanz zu ziehen: Wo war der Aktionsplan erfolgreich? Wo konnte noch nicht so viel erreicht werden? Entsprechen die Schwerpunktthemen noch den heutigen Herausforderungen? Braucht der eine oder andere Sozialraum die Unterstützung der letzten Jahre nicht mehr in dem Maße, während andere Quartiere Aktionsraum werden sollten?

Tatsächlich wird der „Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund“ von den Beteiligten durchweg als Erfolg bewertet und das ist ein gutes Zwischenfazit. Dabei ist es keine Selbstverständlichkeit, dass ein so breit angelegter und auf Beteiligung und Kooperation ausgerichteter Prozess gelingt. Vielmehr braucht es Erfolgsfaktoren, ohne die ein solches Vorhaben nicht möglich ist. Ein zentraler Gelingensfaktor ist das gemeinsame Ziel aller Beteiligten. Es geht darum, die Lebenssituation der Menschen in den Aktionsräumen zu verbessern. Viele Projekte unterstützen das Miteinander in den Quartieren. Sie schaffen Gelegenheiten zur Begegnung und zur besseren Verständigung und nehmen Kinder und Jugendliche genauso in den Blick wie deren Eltern oder die Seniorinnen und Senioren in der Nachbarschaft. Ebenso werden gute Ansätze für mehr Chancen auf gute Bildung erfolgreich umgesetzt und junge Menschen bei der Bewältigung der schulischen Herausforderungen und auf ihrem Weg in die Berufswahl begleitet. Und auch wenn der Zugang zu Beschäftigung örtlich nur bedingt beeinflusst werden kann, tragen zudem Beschäftigungs- und Qualifizierungsinitiativen dazu bei, die Chancen der Menschen zu verbessern.

Ein weiterer wichtiger Faktor für den Erfolg des gemeinsamen Handelns sind gut funktionierende lokale Netzwerke und Strukturen. In den Dortmunder Aktionsräumen konnten bestehende Netzwerke gefestigt und neue Strukturen aufgebaut und - wenn sie es nicht schon waren - zu tragenden Säulen im Quartier weiterentwickelt werden. Das ist nur möglich, wenn die Menschen im Quartier mit „anpacken“, wenn sie Zeit und eigene Ideen einbringen.

In den Aktionsräumen sind sie dazu bereit. Das beispiellose Engagement der zahlreichen Akteurinnen und Akteure aus der Zivilgesellschaft, die sich unermüdlich ehrenamtlich für ihr Quartier einsetzen, der Einsatz der Menschen aus den Vereinen und Verbänden und der Verwaltung belegt das eindrucksvoll. Nur so war es möglich, die vielen Projekte umzusetzen, die Frauen und Männer jeden Alters zusammenbringen, Eltern unterstützen, Schülerinnen und Schülern Mut auf neue Perspektiven machen, arbeitslose Menschen bei ihrer Arbeitssuche begleiten oder das Wohnumfeld schöner machen. Zukünftig sollen die aufgebauten Kooperationen weiter gepflegt und die Netzwerkarbeit noch weiter intensiviert werden.

Insgesamt konnte viel erreicht werden. Der eingeschlagene Weg ist noch lang, aber er geht in die richtige Richtung. Unsere zukünftige Aufgabe wird deshalb darin bestehen, die bisherige Arbeit gemeinsam fortzusetzen und sorgfältig weiterzuentwickeln. Zu diesem Zweck sind weiterhin verlässliche Rahmenbedingungen notwendig: eine gute Kenntnis über die Potenziale der Stadtteile und die Bedürfnisse der dort lebenden Menschen.

Dafür wird aktuell der „Bericht zur sozialen Lage in Dortmund“ erstellt, als Grundlage für den Weiterentwicklungsprozess des „Aktionsplans Soziale Stadt“. Er wird konkretisieren, ob und in welchen Bereichen die bisherigen Aktionsräume noch weiter Unterstützung benötigen und ob andere Sozialräume in den Aktionsplan aufgenommen werden sollten.



Wichtig ist auch, den Grundsatz des gemeinsamen Planens und Handelns weiter fortzusetzen. Wenn die Ergebnisse des „Berichts zur sozialen Lage“ vorliegen, wird sich - ähnlich wie vor zehn Jahren - ein Beteiligungsprozess in den Aktionsräumen anschließen. Interessierte Menschen im Quartier, Ehrenamtliche wie auch Fachakteurinnen und -akteure sind eingeladen, sich in diesen Prozess einzubringen und gemeinsam die Bedarfe zu beschreiben, die Angebotslücken zu erkennen und Projektideen zu entwickeln.

Klar ist: Die Herausforderungen in den Quartieren sind während der zurückliegenden zehn Jahre nicht kleiner geworden. Die Liste reicht von neuen Menschen, die in die Nachbarschaft ziehen, über schließende Geschäfte und leer stehende Wohnungen bis hin zu undemokratischen Kräften, die ihr Unwesen treiben. Aufbauend auf den Erfahrungen der letzten zehn Jahre soll es daher - vernetzt mit anderen städtischen Initiativen und Strategien - noch mehr darum gehen, erfolgreiche Aktivitäten vor Ort weiter zu optimieren und perspektivisch zu verstetigen. Erfahrungen aus diesen Maßnahmen sollen auch für andere Quartiere genutzt werden. So sollen Bildungsangebote weiter entwickelt und gelingende Projekte, wie die Mentoring-Projekte, in andere Aktionsräume übertragen werden. Die Netzwerkarbeit und die Demokratieförderung sollen ausgebaut und Menschen motiviert und unterstützt werden, sich für ihr Quartier einzusetzen. Für eine gute Sport- und Gesundheitsförderung im Quartier muss überprüft werden, ob die vorhandenen Potenziale zeitgemäß sind und angenommen werden. Damit das gelingt, müssen die vorhandenen Kooperationen, zum Beispiel zwischen Sportstätten, Kinder- und Jugendeinrichtungen, Kitas und Schulen, ausgebaut werden. Menschen im Quartier sollten sich weiter nah an ihrem Wohnort begegnen können. Aber auch Beratungsangebote müssen noch mehr und näher zu den Menschen jeden Alters gebracht werden.

Dies alles erfordert eine gute und abgestimmte Zusammenarbeit vor Ort, um den höchsten Nutzen für die Menschen zu erzielen. Es kann aber nur funktionieren, wenn die Menschen vor Ort nach wie vor bereit sind, sich einzubringen. Sie kennen ihren Stadtteil am besten. Sie tragen meistens ehrenamtlich viel dazu bei, dass die Stadtteile weiterhin eine hohe Integrationsleistung für die Gesamtstadt erbringen können. Der „Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund“ wird sie auch zukünftig dabei unterstützen und begleiten.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Stadt Dortmund, Dezernat für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Sport und Freizeit
Stadträtin Birgit Zoerner, Dezernentin für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Sport und Freizeit (verantwortlich)

Texte:

Michael Westerhoff, freier Journalist

Stadt Dortmund

-Dezernat für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Sport und Freizeit - Strategische Sozialplanung

-Fachbereich Statistik

-Fachbereich Wohnen - Stadtneuerung

Jobcenter Dortmund

Redaktion:

Christiane Certa, Angelika Roßbach, Matthias Siepmann, Özay Vural

Bildnachweise/Copyright:

Joe Kramer/Photodesign, www.joe-kramer.de, Daniel Sadrowski, Dietmar Wäsche, Klaus Hartmann,
Peter Brenneken/TriAss, Roland Gorecki – Stadt Dortmund, Thomas Kampmann

Kartographie:

Stadt Dortmund, Vermessungs- und Katasteramt, Sta 62/5, 10/2018

Gestaltung, Layout:

Stadt Dortmund, Dortmund-Agentur, 10/2018

Druck:

Stadt Dortmund, Dortmund-Agentur, 10/2018



Afrikanischer Trommel-und Tanzworkshop - Förderverein Hauptschule Am Externberg Ak Aktionstag für Mutter und Kind Alleinerziehendentreff Hörde - SKF An die Töpfe fertig los - Ev. Bildungswerk-Familienbildung Ausstellung "face to face" Ausweitung der Martener Angebotsstruktur - Ev. Familienzentrum Eliaskinder Marten AWO - Frauenfrühstück B 3 Windelcafe Bahnunterführung Krimstraße Bauernhofprojekt Elternselbsthilfe Nord eV Begrünung v. Baumscheiben Berufsorientierungscamp 2014/2015 Bewusstsein für gesundes Leben schaffen, Verbindung Sport und Bewegung Bildungskette im Quartier Broschüre und Konzept „Durchgängige Sprachbildung in Eving“ Brückengestaltung - Stadtteilwerkstatt Brunnenstraßenviertel blüht auf Bücherschrank Friedensgrundschule - Förderverein Dortmund-Marten und Germania e.V. Bürgerdialog Nordstadt - Depot Bürgerdialoge Dorstfeld Bürgerdialoge Marten Bürgerdialoge Westerfilde Bürgergarten Westerfilde Clarenbergfest-Feuershow - GrünBau gGmbH Container Heroldswiese Coolness-Training - Förderverein Hauptschule Scharnhorst Currendeblasen in der Germaniasiedlung Der gehende Schulbus - Walking Bus Der Tannenbaum - Familientheaterstück in der Jugendfreizeitstätte Hörde Ein besonderer Vorlesetag - DOTEV-Dortmunder Türkischer Elternverein e.V. Eltern-Kind-Klettern Ev. Noah-Kirchengemeinde Eltern-Kind-Schlittschuhlaufen Ev. Noah-Kirchengemeinde Eltern-Schulhofprojekt - Förderverein Libellen-Grundschule Erdmännchengruppe - GS Kl. Kielstraße Erdmännchengruppe - GS Kleine Kielstraße Erlebnispädagogischer Tag - Förderkreis Ernährungsprojekt - Förderschule Essen und Lernen in der Märchensiedlung in Dortmund-Eving Fahrräder für Quartierskümmerer Falken - Smile's Rap-Studio Familienzeit Dobeq Film „Heimat Nordstadt“ Fit for Food Flyer Bürgerwohnung Hausaufgaben Flyer Bürgerwohnung Mittwochscafe Fördermaßnahme Clarenberg Förderpreis Soziale Stadt mit der PSD Bank Rhein Ruhr eG Förderung u.a. kreativer Fähigkeiten und manueller Kompetenzen - Paul-Dohrmann-Schule Förderung Vorschulkinder - FriedensGS Frauenfußball WM Frühstücksprojekt an FriedensGS Frühstücksprojekt an Steinhammer GS FuN - Fußballtore Heroldswiese Gesunde Kids Graf Konrad Dobeq Gewaltprävention - Sozialkompetenz Goldrausch Graffiti Projekt - Förderverein Hauptschule Am Externberg Griffbereit - Gute Bindung trotz schweren Starts“ - SKF Haifisch II - Stadtteilschule Dortmund e.V. Hausaufgabenhilfe im Quartier Speckestraße/Gerlachweg/Kiepeweg Falken Bildungs- und Freizeitwerk e.V. Heimat 132, Auslandsgesellschaft Hilfe bevor es brennt Hörder Festtag Hörder Neumarktfest Inklusion im Gesundheitswesen - AWO Inklusives Tanzprojekt Integrationsprojekt Planerladen Interkulturelle Schreibwerkstatt - Förderverein HS Scharnhorst Interkulturelles Kochen - Förderverein Hauptschule Am Externberg Interkulturelles Kochen - Förderverein Hauptschule Am Externberg Interkulturelles Konfliktmanagement Nordstadt Planerladen e.V. Jahresabschlussfeier Nachbarschaft Germania Kids in Bewegung Kinder-Treff im Clarenberg - Falken Bildungs- und Freizeitwerk e.V. Kleine Schülerstube für Kinder mit und ohne Migrationshintergrund - DRK Kreisverband Dortmund e.V. Kochkultur - Ev. Kirche Kommunikation Sitzbank - Förderkreis der Max-Wittmann Schule e.V. Kommunikationstreffpunkt Sitzbank Kooperation Scharnhorst-Ost - Wohnungsunternehmen und Stadt Dortmund Kreative Schreibwerkstatt - Förderverein Hauptschule Am Externberg Kükenzirkus Kulturparty 2014 - DRK Lego Mindstorm Kid Lesebrücke - Okuma Köprüsü - DOTEV - Dortmund Türkischer Elternverein e.V. Lesereihe in der Meile - Förderverein Dortmund-Marten/Martener Forum und andere Lies mal - Lilmud-Hausaufgabenbetreuung - Jüdische Kultusgemeinde Mama lernt deutsch-Papa auch Marten aktuell Marten in Bewegung - ZWAR Netzwerk Dortmund Mentoring Heisenberg Mieterzeitung Mit den Nachbarn Topf an Topf im MeylantViertel Mosaik Regenbogen-Schlange - Caritas-Konferenz Heilige Familie Musikalische Frühförderung - AWO Müttersprachkurs an der FriedensGS Nachbarschaftsfest „Hoeschparkfest“ Nachbarschaftsfeste Germaniasiedlung - Mieterbeirat Germaniasiedlung Nachbarschaftshelfer in Marten Nachbarschaftstreff Fischsiedlung - Stadtteil-Schule e.V. Nachbarschaftstreff Kriminalprävention - Mieterbeirat Germaniasiedlung Nähkurs - Internationales Frauencafe Dortmund e.V. Neujahrsempfang IG Hö Neumarkt Niederschwellige Sprachförderung für Frauen mit Migrationshintergrund in Scharnhorst-Ost Niederschwelliges Angebot für Kinder und Eltern des Wohngebietes Wambeler Heide Nordstadt Multikulturelle Filmnacht Oasis-Nordstadt - Interkulturelle Waldorfinitiative Ruhrgebiet e.V. Obmann der Nordstadt Offener Kindertreff Clarenberg - Die Falken Pädagogische Spielplatzbetreuung Eugen Richter Straße Paul Dohrmann Schule/Förderschule (Werken) - verschiedene Projekte Paulus Picknick 2014 Percussion-Projekt Scharnhorst - Förderverein Gesamtschule Scharnhorst Perspektiven Wechsel - Hochschulen vor Ort Pimp your school Part 3 Plan B Plan B Clubraumgestaltung Plan B Filmworkshop Projekte mit dem Reit-Fahr- und Voltigier-Verein Projekte mit dem Schachclub Scharnhorst Projekte mit der Beratungsstelle „Heseweg“ Quartiershausmeister Quartiersmanagement Schleswiger Viertel Quartiersmanagement Westerfilde Quartiersservice Grün Quartiersservice Nord (Quartiershausmeister/Quartiersservicedienst) Quartierstreff Familienzentrum Marten, Ev. Familienzentrum Rechtschreibförderung Weingartenschule Rückfront Nordmarkt GS Rucksack Grundschule Dobeq Rucksack Kita DOTEV Rucksack/Bücherkiste Sandkastenbegegnung Schach für Kids Schaukasten Nachbarschaftstreff Schülernachhilfe/Lernförderung - Förderverein Hauptschule Am Externberg Schulfrühstück HS Wickede Schultanzwoche - Caritas Konferenz Heilige Familie Selbsthilfetag 2011: Selbsthilfe ein starkes Stück Dortmund Seniorenfreizeit „Nachbarschaften pflegen“ Seniorenfrühstück B 3 - Nachbarschaftshilfe e.V. Seniorennaschgarten - Gartenverein Zur Sonnenseite e.V. Sommerempfang im Meilenstein - Förderverein Dortmund Marten und Germania e.V. Sommerferienprogramm Nachbarschaftstreff Fischsiedlung - Stadtteil-Schule e.V. Sommerferienprojekt an der Bach-Grundschule - Förderverein Bach-Grundschule Spatzenest - Brückengemeinde Spielcontainer gestalten gemeinsam mit der Produktionsschule Plan B. - Graf Konrad Schule Spielfest Hörder Neumarkt in Bewegung - SKF Spielplatzaktivitäten/offenes Angebot - FBF Dortmund / Falkentreff Scharnhorst Sport vor Ort Sportpatenprojekt Sprachcafé für Frauen in Marten - Caritas Konferenz Heilige Familie Sprachförderung - Türk. Elternverein gemeinsam mit Lehrkräften aus dem Bereich DaZ Sprachförderung Heisenberg Sprachförderung HS Eving Sprachförderung in der Kinderbetreuung des Café International - Ev. Bildungswerk Dortmund Starke Mädchen im Clarenberg - SKF Stärkung der Nachbarschaft in der Germaniasiedlung, Aufbau eines Familienmanagements START Stiftung (Förderung Stipendiaten Nordstadt) Stromaggregat Heroldswiese Teestube für ausländische Frauen Theateraufführungen für Kinder - Kultur- und Bildungspark e.V. Theaterprojekt Hauptschule Eving - Förderverein Hauptschule Am Externberg Therapeutisches Reiten Tischlein deck dich - Falken Bildungs- und Freizeitwerk e.V. Trittmobil Trixitt - Die Challenge für Straßenkinder Unionviertel Unter den Linden - Förderverein Dortmund-Marten/Martener Forum und andere Unterstützungs- und Förderangebote im Ganztag - Herder-Grundschule Unterstützungs- und Förderangebote im Ganztag Veranstaltungen Lebensfragen Gemeinsames Mittagessen für alle Ganztagskinder und Bewegungskonzept - Hauptschule Westerfilde Videoprojekt mit libanesischen Jugendlichen - Schalom-Gemeinde MAI Job-Café - Aktivierungs- und Integrationscoaching - VMDO Waldtage - Friedens GS We are the voice!- Das Scharnhorst-Projekt für Vielfalt und Toleranz - Förderverein Albert-Einstein Realschule Dortmund Weihnachtsfeiern Germaniasiedlung - Mieterbeirat Germaniasiedlung Weihnachtsmarkt Fischsiedlung - Stadtteilschule Dortmund e.V. Wenn der Hunger kommt Werbebanner Jugendservicebüro Wir erobern unser Viertel - Ev. Kirche Zirkusprojekt Theodor-Heuss- Realschule - Förderverein Theodor-Heuss-Realschule ...

